Wolfram Hülsemann,
Michael Kohlstruck,
Dirk Wilking (Hg.)

δemos

Brandenburgisches Institut
für Gemeinwesenberatung

Einblicke II

Ein Werkstattbuch

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck, Dirk Wilking (Hg.)

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Einblicke II

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:
Cover: Daniel Abma
S. 8: Daniel Kause
S. 17: Uckermärkischer Anzeiger vom 10.10.2003
S. 17 u. 18: Wolfram Hülsemann
S. 22, 29, 30, 33-35 u. 39: Andrea Nienhuisen
S. 28, 40 u. 43: Daniel Abma
S. 38: Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe
S. 82, 85, 87 u. 93: Schutzbund Deutschland
S. 89: Dominique John
S. 91: Gabriele Schlamann
S. 105-108, 112-114: Informelle Gruppen. Bei Hells Angels soll es sich in den USA um ein Markenzeichen handeln.
S. 150-152 u. 161: KKJR MOL e.V.
S. 168: Ulrike Trellert
S. 169-171, 177, 183 u. 187: Karin Dörre und Jürgen Lorenz

© Dezember 2007, Potsdam
(für die elektronische Veröffentlichung korrigierte Fassung, August 2008)
Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von Demokratie und Integration Brandenburg e.V.
Geschäftsstelle:
Benzstraße 11-12
14482 Potsdam
Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81
Fax: 03 31 / 7 40 62 47
Email: geschaeftsstelle@big-demos.de
www.gemeinwesenberatung-demos.de
Redaktion: Sabine Garstecki, Berlin
Satz: Ralph Gabriel, Wien
Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
ISBN: 978-3-00-021870-5

TOLERANTES
BRANDENBURG

Inhalt

Grußwort 5

Vorwort 7

Wolfram Hülsemann
Rechtsextremismus – oder:
Worüber reden wir eigentlich? 9

Andrea Nienhuisen
Rechtsextreme Aufmärsche am Waldfriedhof in Halbe –
der lange Weg eines Bürgerbündnisses zum Erfolg 21

Jan Kasiske
Halbe 2007 – Mit Recht gegen Rechtsextrem? Über Möglichkeiten und Grenzen von Gesetzesänderungen zu Verboten
von Aufmärschen Rechtsextremer 45

Michael Kohlstruck, Daniel Krüger
„Die Treue ist das Mark der Ehre“ 55

Nicola Scuteri
Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs
am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“ 79

Dirk Wilking
Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg 95

Ray Kokoschko
Kommunalanalyse
„Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“ 125

Robin Kendon
Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft
im Bereich der Integration von Zuwanderern 149

Karin Dörre, Jürgen Lorenz
Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum 167

Gabriele Schlamann
Arbeitsfeld Elternberatung im Mobilen Beratungsteam 193

Grußwort des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg – Koordinator des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg für eine starke und lebendige Demokratie“ der Landesregierung Brandenburg.

Liebe Leserinnen und Leser,

es freut mich, Ihnen *Einblicke II* als eine Art neuen Werkstattbericht des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung vorstellen zu können. Hierin beschreiben die Mobilen Beratungsteams in Brandenburg zum zweiten Mal unterschiedliche und interessante Aspekte ihrer Arbeit und lassen uns teilhaben an ihrem gesammelten Hintergrundwissen aus den Regionen. Sie vermitteln damit sozialwissenschaftlich reflektierte Einschätzungen über Entwicklungen im Gemeinwesen - und dies nicht nur zum Thema Rechtsextremismus. Wer unser demokratisches Gemeinwesen aktiv mitgestalten will, braucht Anregung und Unterstützung.

Als die Brandenburgische Landesregierung 1998 das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg entwickelte, waren sich Fachleute und politisch Verantwortliche darin einig, dass die neuen Bundesländer in besonderer Weise Unterstützung und Förderung für die Stabilisierung einer demokratischen Zivilgesellschaft brauchen. Seitdem unterstützen die Beratungsteams des Institutes zivilgesellschaftliches Engagement in brandenburgischen Kommunen. Insbesondere Mandatsträger, Kommunalpolitiker, öffentliche Verwaltungen, die Möglichkeiten einer kritischen Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Gewalt und die Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung einer humanen und demokratischen Gesellschaft suchen, finden hier Unterstützung.

Wir wissen, wie wichtig die Verteidigung und Gestaltung demokratischer Werte und der Einsatz für die im Grundgesetz festgelegten Menschenrechte ist. Wir wissen auch: Die spürbar positive Entwicklung im demokratischen Selbstverständnis verdanken wir vor allem dem hohen ehrenamtlichen Engagement vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger vor Ort.

Einblicke II bietet daher nicht nur Einblicke in die Arbeit der Mobilen Beratungsteams, sondern auch Einsichten und Quersichten in gesellschaftliche Prozesse Brandenburgs. Ich empfehle Ihnen diese

Lektüre. Sie animiert zum Mittun, sie zeigt bei brennenden Fragen und Themen im Lande auch Perspektiven und Lösungsansätze, wie sie von Menschen vor Ort gefunden werden.

Zu danken habe ich allen, die sich täglich diesen Anforderungen stellen und denen, die am Zustandekommen dieses Buches mitgewirkt haben.

Ganz besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Mobilen Beratungsteams und vor allem des Leiters der Mobilen Beratungsteams, Herrn Wolfram Hülsemann.

Burkhard Jungkamp
Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend
und Sport des Landes Brandenburg

Vorwort

Es ist kein Geheimnis: nachdem unser erster Werkstattbericht „Einblicke“ sehr rasch unter interessierte Leserinnen und Leser gebracht worden war, sahen wir uns bald ermutigt, einen zweiten Band zusammenzustellen. Wiederholtes Nachfragen aus unterschiedlichen Richtungen bestärkte uns in dieser Absicht.

Dennoch hat es lange gedauert, bis wir uns entschließen konnten, den Band mit den nun vorliegenden „Bausteinen“ aus der Hand zu geben. Die Verzögerung hatte viele Gründe: Die Themenschwerpunkte wechselten. Aktuelle Aufgaben überlagerten das Vorhaben.

Zwischenzeitlich veränderten wir Arbeitsstrukturen und verständigten uns über die Profile unserer Arbeit neu: Die RAA Brandenburg und das von uns gebildete Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung sind nun konzeptionell eigenständig aber partnerschaftlich unter dem Dach des gemeinsamen Trägers „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“ vereint.

Nicht verändert hat sich unsere Aufgabe: Unterstützung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ der Landesregierung.

Diese Unterstützungsmöglichkeit wird inzwischen reichlich abgerufen. Das Problem ist nicht kleiner geworden! Was aber noch wichtiger ist: immer mehr Menschen erkennen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit als Grundprobleme unserer Gesellschaft, die sie aus eigener Aufmerksamkeit beschreiben können. Unser Beratungsangebot vor Ort als „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird deshalb häufig als passgenaues Angebot angefragt.

Die Beiträge des Buches folgen unterschiedlichen Perspektiven und widmen sich vielen Themen. So vielfältig die Texte sind, so vielfältig sind die Aufgaben und der lebendige Diskurs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Instituts. Die Themen und Fragestellungen leiten sich meist aus der unmittelbaren Beratungspraxis in den Weiten des Landes Brandenburgs ab, die sie umgekehrt auch wieder befördern sollen. Nur im Austausch von Fragen und Antworten werden wir wirklich weiterkommen. Wenn unsere „Einblicke“ mit dazu beitragen können, wäre dies zu begrüßen.

Wolfram Hülsemann
Leiter von „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinswesenberatung im November 2007

Wolfram Hülsemann

Rechtsextremismus – oder: Worüber reden wir eigentlich?

Wenn über Rechtsextremismus gesprochen wird, werden häufig verschiedene Phänomene in den Blick genommen bzw. ausgeblendet. Im Folgenden wird gezeigt, wie verschiedene Aspekte, gewissermaßen unterschiedliche „soziale Ausformungen" des Rechtsextremismus öffentlich wahrgenommen werden. Dies ist insofern von Belang, da differierende Problemdefinitionen zu unterschiedlichen Bewertungen und Handlungsoptionen führen können. Bereits die beiden Leitlinien „Kampf gegen Rechtsextremismus" einerseits und „Stärkung eines demokratischen Selbstverständnisses der Bürgerinnen und Bürger" andererseits weisen auf unterschiedliche Schwerpunkte fachorientierter wie zivilgesellschaftlicher Aufmerksamkeit hin.

Die NPD

Die NPD ist gegenwärtig in besonderer Weise im Fokus der Öffentlichkeit. Die Forderung nach ihrem Verbot bewegt sich seit einigen Jahren in Wellen durch öffentlich geführte Diskurse. Das „für und wider" findet jeweils gute Argumente. –

Die NPD und ihre Nachwuchsorganisation (JN) haben sich konsequent einer Art Doppelstrategie hinsichtlich des Aufbaus der Strukturen verschrieben: einerseits ist man bemüht, als Kaderpartei mit klaren Führerprinzipien zu wachsen. Andererseits wird eine Art Graswurzelstrategie im Gemeinwesen verfolgt. Dementsprechend werden auch die politischen Optionen in doppelter Weise beschrieben: Nach innen gelten die bekannten programmatischen, verfassungsfeindlichen Optionen unverändert. Nach außen aber will man, um neue Wählerschichten für sich zu erschließen, an Vorstellungswelten des historischen Nationalsozialismus nicht anknüpfen.[1] Auch die Personalpolitik der NPD ist offensichtlich bemüht, frühere Funktionsträger aus DDR-

[1] So erklärt die Vorsitzende des „Ring Nationaler Frauen" (RNF) Gitta Schüßler im „Stern": „Der Nationalsozialismus hat mit unserer Politik nichts zu tun." (31.10.2007, S. 58)

Parteien in Schlüsselstellungen zu bringen. Die sozialrevolutionäre fundamentale Kapitalismuskritik, aus der marxistischen Politökonomie abgeleitet, ist Teilen der NPD und der sogenannten Freien Kräfte, also der nicht parteiorganisierten Rechtsextremen, mehr als nur ein taktisches Manöver, es ist Teil ihrer biographischen Selbstbestätigung!

Konkrete gesellschaftliche Problemfelder und Konfliktlagen in Kommunen haben sich als effektive Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft bewährt. Der Zugang zu unterschiedlichen legislativen Ebenen (kommunale Parlamente und Landtage) hat sich auf diese Weise eröffnet. Dass sich die NPD-Spitze öffentlich von brutalen Straftaten distanziert und sich andererseits selbst als Opfer von „Rufmordkampagnen" sehen will, gehört ebenso zu diesem strategischen Konzept. Unauffälliger bemühen sich zugleich Vertreter, Anhänger, Sympathisanten der NPD oder ihnen nahe stehende Personen um Einfluss in Verbänden und Vereinen, in Kirchgemeinden, Gewerkschaften. Weitab von plakativen NPD-Forderungen nehmen sie Anteil an relevanten Themen des allgemeinen Bürgerdiskurses. In Bundesländern wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt sieht man deshalb den anstehenden Wahlterminen 2008/09 mit einiger Sorge entgegen. Die DVU, obwohl noch im brandenburgischen Landtag vertreten, verzeichnet bereits weniger Öffentlichkeit als ihre konkurrierende Schwesterpartei. Ihr fehlen Basisorganisation bzw. Zugänge zu nichtparteilichen Organisationsformen. Die hier skizzierte Entwicklung ist für die allgemeine Öffentlichkeit recht mühelos wahrzunehmen.

„Freie Kräfte"

Schwieriger wird es beim Wahrnehmen und Beschreiben der sog. Freien Kräfte. Die hier Agierenden haben meist ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild, wollen sich aber nicht in einer parteilichen Organisationsform binden. Neben der Pflege und Vergewisserung der eigenen Überzeugungen und konkreten Verabredungen spielen hier offensichtlich soziale Grundbedürfnisse nach „Vergemeinschaftung in hoher innerer Übereinstimmung", Festigung des sozialen Netzes, Kompensation von scheinbaren Ausgrenzungserfahrungen in der Mehrheitsgesellschaft u. a. eine wichtige Rolle. Diese „Freien Kräfte" haben inzwischen effektive Kommunikations- und Kooperationsnetze aufgebaut und kooperieren je nach Bedarf mit der NPD. Sie sind erfahrungsgemäß dem unmittelbaren Mobilisierungspotential der NPD zuzurechnen, agieren aber auch selbstständig. Solche Gruppie-

rungen würden von einem etwaigen NPD-Verbot nicht direkt berührt. Als politisches Potential werden sie insbesondere bei öffentlichen Demonstrationen sichtbar. Ihre ideologischen Optionen beschaffen sie gleichermaßen aus den völkisch-nazistischen Ideologiedepots wie denen der sozial-revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Sie artikulieren sich antikapitalistisch in „völkischer Begrenztheit", d.h. nationalistisch und sozialistisch, nutzen dabei auch Symboliken und Rituale einstiger linker Bewegungen.[2] Der Sinn bisheriger Verbote von sogenannten Kameradschaften darf einerseits nicht unterschätzt werden: Die Demokratie markiert mit Verboten deutlich die Grenzen, hinter denen sie die Zerstörung ihrer inneren Substanz erkennt und deren Verletzung sie deshalb nicht tolerieren kann. Andererseits zeigt diese Erfahrung, dass das Zerschlagen von festen Organisationsstrukturen keine Weltbilder ändert und politische Energien nicht absorbiert: Radikalisierte Gesinnungstäter suchen sich neue Gestaltungsformen.

Auffällig ist, dass diese Gruppierungen von der allgemeinen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bleiben und nicht thematisiert werden – wenigstens solange sie im jeweiligen Ort „keinen Ärger" machen.

Gewaltakte

In der allgemeinen Öffentlichkeit, aber auch in Politikerreden verbindet sich „Rechtsextremismus" meist mit brutaler Gewalt bzw. rassistischen Übergriffen. Neben symbolträchtigen Demonstrationen der Rechtsextremen werden die von einer sich martialisch gebenden rechtsextremen Subkultur inszenierten sogenannten Angsträume in der Regel wahrgenommen und debattiert. Menschliches Mitgefühl mit den Opfern, aber auch die Frage der Ruf- und Imagebeschädigung des jeweiligen Gemeinwesens bzw. des Landes spielen dabei eine Rolle. Erfreulicher Weise wird in Brandenburgs Kommunen zunehmend der offensive Umgang mit den Fakten als Gewinn für das eigene Image bewertet.[3]

[2] Che Guevara-T-Shirts ohne (!) den roten Stern auf der bekannten Baskenmütze; Kampfrufe für die „Freiheit Nordkoreas" und Kubas, gegen die USA gerichtet (z. B. auf einer Demonstration in Rathenow im Oktober 2007).

[3] Beispielhaft ist hier die Stadt Rheinsberg zu nennen, deren Stadtverwaltung und viele Bürgerinnen im Rahmen einer Zukunftskonferenz die lokalen Probleme konstruktiv angingen.

Fundierte Hinweise, dass eine Verwahrlosung z. B. in Teilen der ländlichen Alltagskultur und eine damit verbundene höhere Gewaltbereitschaft nicht immer und ohne weiteres dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind, müssen Beachtung finden. [4] Hier die inzwischen schon sprichwörtliche „Rechtsextremismuskeule" zu schwingen, hat sich längst als unangemessen erwiesen. Verstärkte politische Aufklärung oder Kampagnen gegen Rechtsextremismus greifen hier nicht. Eine Verharmlosung dieser sozialen Phänomene aber ist auch aus politischen Erwägungen nicht sinnvoll. Ohne vorschnellen Analogien das Wort zu reden, sollen hier dennoch Erinnerungen älterer Brandenburger Erwähnung finden, die beschrieben, dass in den Dörfern und kleinen Städten junge Männer häufig zwischen den sich gewaltsam bekämpfenden Formationen der SA und des Roten Frontkämpferbundes (RFB) wechselten. Die jeweiligen Wechsel hatten mit veränderten politischen Einsichten nichts zu tun. Eine Focussierung der Betrachtung auf brutale rechtsextrem bzw. rassistisch motivierte Gewalt war unumgänglich. Würde man sich damit begnügen und nicht auch einen Extremismus im Sozialverhalten auf die Agenda setzen, würde man Hintergründe und Antriebe delinquenten Verhaltens außer Acht lassen.

Rechtsextreme Jugendszenen

Die Existenz von rechtsextremen Jugendszenen lässt sich seit Jahren an einschlägigen Symbolen und Moden leicht erkennen. Aber erst die öffentliche Problematisierung mobilisierte eine kritische Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und in der politischen Öffentlichkeit. Das wiederum führte zur Überzeugung, Rechtsextremismus könne als Jugendproblem verstanden und entsprechend angegangen werden. Selbst das gegenwärtige Programm der Bundesregierung, das sich mit Fragen des Rechtsextremismus beschäftigt, nennt „Jugend" als Zielgruppe, obwohl alle Beteiligten wissen, dass dies irreführend ist.[5] Die kon-

[4] Vgl. Michael Kohlstruck/Anna Verena Münch: Exzessive Gewalttätigkeiten – politisch motivierte Taten? Der Mordfall Marinus Schöberl, in: Berliner Debatte Initial 16 (2005), H. 3, S. 4-14.

[5] „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ist der Titel eines seit Januar 2007 laufenden Förderprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=87498.html (Letzter Zugriff: 28.10.2007).

krete Ausgestaltung des Programms bezieht sich wohlweislich dann doch nicht nur auf junge Menschen als Zielgruppe. Inzwischen weist sich jede Diskussion als fachkundig aus, wenn darin festgestellt wird, dass „das Problem“ in der Mitte der Gesellschaft liege bzw. diese Mitte erreicht habe oder auch erst auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft sei. Was damit gemeint sein und was dies jeweils für Konsequenzen haben könnte, bleibt meist im Ungefähren.

Eine problematische Normalität

Beratungskontakte in den Schulbereich und zu Jugendfreizeiteinrichtungen in unterschiedlichster Trägerschaft lassen den Schluss zu, dass sich Jugendliche selbst häufig keineswegs als „Rechte“ einordnen. Und dieses Selbstbild teilt auch ein Großteil der Öffentlichkeit. Viele junge Menschen (nicht die Jugend!) kennen sich aber in der rechtsextremen Musiklandschaft, in der Bedeutung von Zeichen und Symbolen gut aus. Insbesondere die mit der Musik „subkutan“ verbundenen Wertvorstellungen über Vaterland, Rasse und Juden, Nazigrößen, deutsches Soldatentum wie auch Hassgefühle werden ohne größere Hemmschwelle konsumiert. Inwieweit die so aufgenommenen Inhalte eigene Vorstellungen bestätigen, kann nicht verallgemeinernd beurteilt werden. Hinsichtlich der Wirkweise gibt es selbstverständlich keinen linear angelegten Automatismus zwischen Musikkonsum, Einstellungen und Verhaltensweisen. Aber in kleinstädtischen und dörflichen Milieus muss insbesondere von Heranwachsenden eine erhebliche Anpassungsleistung erbracht werden. Demzufolge gilt hier hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen häufig als normal, was noch vor zehn Jahren als Normabweichung oder als (noch) nicht kommunizierbar gelten musste. Wenn keine Fensterscheiben klirren und kein Mensch zu Schaden kommt, stellen sich für Sicherheit und Ordnung keine Fragen. Diese Art „Normalität“ schafft keine Auffälligkeiten, die polizeilich zu sanktionieren wäre. Diese neue Normalität wird künftig möglicherweise zur größten Herausforderung politischer Bildung werden.

West-Ost-Vergleich?

Die hier skizzierten und wohl weitgehend unstrittigen Einschätzungen rechtsextremer Entwicklungen werden unter der Frage nach den Ursachen permanent von einem Ost-West-Vergleich begleitet. Vereinfacht

heißt das: in den alten Bundesländern sei alles nachweisbar geringer oder weniger bedrohlich – in den neuen Bundesländern dagegen alles viel schlimmer. Historische, geistesgeschichtliche und ökosoziale Gründe werden für die Divergenzen verantwortlich gemacht: die Rechtsextremisten der alten Bundesrepublik hätten als strategisches Ziel den Osten ausgemacht! Andere wiederum bestreiten die Berechtigung dieser pauschalierenden Zuweisungen nachdrücklich.[6] Die offen liegenden unbestreitbaren Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind oftmals beschrieben und müssen hier nicht wiederholt werden. Die Auseinandersetzung in diesen Fragen hilft kaum weiter.

Viel wichtiger ist wahrzunehmen und zu vertiefen, was in diesem Zusammenhang im „Brandenburgischen Konsens der Demokratinnen und Demokraten" aus allen demokratischen Parteien beschrieben wird – nämlich die Erkenntnis, dass der Rechtsextremismus die größte gegenwärtige gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt. Darum wird parteiübergreifend und von vielen gesellschaftlichen Kräften darauf aufmerksam gemacht, dass Bürgerinnen und Bürger, sich als Zivilgesellschaft verstehend, selbst achtsam und handlungsfähig sein müssen. Und eben diese Bürgerinnen und Bürger werden auch von den Rechtsextremen angesprochen.

„Wir sagen, was Sie denken …"

Dieser NPD-Slogan macht deutlich, wovon Rechtsextreme ausgehen: Sie rechnen mit vorhandenen Stimmungen und unausgesprochener Zustimmung zu ihren Zielen in Teilen der Bevölkerung. Entsprechend haben sich Rechtsextreme strategisch darauf eingerichtet. Ihre Fundamentalkritik bezieht sich gegenwärtig primär auf den Bereich sozialer Problemlagen, Strukturkonflikte und Perspektivverunsicherungen. Dabei wollen sie – darauf ist wiederholt hingewiesen worden – Bürgerinnen und Bürgern nahe kommen. Bei denen werden sie bei unveränderter Gesamtsituation auch Zustimmung finden, wenn ein heute noch halbwegs funktionierendes Tabu („NPD wählt man nicht") stärker als bisher zu erodieren beginnt. „Wir sagen, was Sie denken" korrespondiert mit dem anderen Satz: „Eigentlich haben die Rechtsextremen ja recht".

[6] Vgl. Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg 2007, S. 218 ff.

Neben dieser Annäherung an Fragen der allgemeinen Lebensgestaltung und Lebenssicherung in der Gesellschaft sind Affinitäten in der Mitte der Bevölkerung zu beschreiben, wie sie in der Beratungsarbeit immer wieder klar zu Tage treten und durch seriöse Untersuchungen bestätigt werden. Es sind Affinitäten, die in Stimmungen und Überzeugungen am klarsten an Stammtischen und bei Familienfesten, also im offiziösen oder privaten Bereich ihren Ausdruck finden: Es muss hier nicht vertieft werden, dass Rassismus seine festen Wurzeln mitten in der Bürgergesellschaft hat. Gewiss muss nicht jede xenophobe Haltung als rassistische Einstellung diagnostiziert werden. Dennoch: Höherwertigkeit der Weißen gegenüber den Schwarzen gehört zu einem gedanklichen und gefühlsmäßigen Repertoire, das uns offensichtlich, wenn auch meist uneingestanden und unausgesprochen, über Generationen aus Kolonialzeiten erhalten geblieben ist. Erstaunlich und mitunter bestürzend, was schwarze Deutsche aus eigener Langzeiterfahrung hier erzählen können.[7] Ein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus ist der Rassismus und er findet seine Anknüpfungen in der Gesellschaft. Die gewissermaßen völkische Vorstellung von einer Art homogener Abstammung des deutschen Volkes, grundlegendes Merkmal des Rechtsextremismus, gilt in Teilen der Bevölkerung unreflektiert als gesicherte Erkenntnis. Fremdheit gegenüber demokratischen Verfahren und Unverständnis auch für die mitunter begrenzt erscheinende Kompetenz politischer Akteure/innen; damit verbunden die kaum zu tilgende Überzeugung, dass autoritäre Strukturen Probleme schneller und besser lösen könnten, insbesondere auch der häufig ungeklärte Wunsch, die Nazi-Vergangenheit in den allgemeinen Geschichtsbilderbogen der Völker unauffällig einzugliedern bzw. die angeblichen Vorzüge dieser Zeit als bedeutsam für die Geschichte gelten zu lassen; nicht zuletzt das Trennen eigener Familiengeschichte von der NS-Geschichte – dies alles sind Teile eines „Resonanzbodens“, den die NPD nach dem Motto «Wir sagen, was Sie denken» zum Klingen bringen kann.

Konkreter lassen sich die verbreiteten Affinitäten zu wesentlichen Bestandteilen rechtsextremer Überzeugungen am Beispiel des Umgangs mit Kriegerdenkmälern beschreiben und belegen: Umgang, Pflege und Neugestaltung alter Kriegerdenkmale sind unauffällige

[7] Meine Frage an einen schwarzen deutschen Journalisten, ob er persönlich bedrohliche Erfahrungen gemacht habe, verneinte dieser. Ob er denn nach Einbruch der Dunkelheit allein auf ein bierseliges Volksfest gehen würde, verneinte er ebenfalls entschieden!

Möglichkeiten, niederschwellig und scheinbar unspektakulär die rechtsextremen Botschaften vom notwendigen Kampf, von Ehre und „Treue zur Heimat" zu rekultivieren.

Insbesondere in ländlichen Regionen sorgen sich Angehörige der „Kameradschaften" um diese steinernen „Zeitzeugen" und unterrichten sich via Internet gegenseitig von ihrem Bemühen, diese Orte des Gedenkens wieder angemessen in den Blick der Öffentlichkeit zu nehmen:

> „Am 8. Mai trafen sich nationale Aktivisten aus den Reihen der NPD und der Jungen Nationaldemokraten (JN), um ein Ehrenmal im Raum Verden von Wildbewuchs und Unkraut zu befreien. Mit vereinten Kräften wurde das kniehoch stehende Unkraut gemäht. (...) Nach der Säuberungsaktion wurde in einer würdevollen Gedenkfeier ein Gesteck zu Ehren den deutschen Gefallenen niedergelegt. Ein junger Kamerad erklärte den Anwesenden die Hintergründe über den 8. Mai und zählte viele Beispiele dafür auf, daß der 8. Mai kein „Tag der Befreiung" war, sondern einer der schlimmsten Tage in der deutschen Geschichte. Von einem anderen Kameraden wurde dann noch der letzte Wehrmachtsbericht verlesen und mit einer Schweigeminute wurde die Gedenkfeier beendet. Niederlagen feiert man nicht! Ewig lebt der Toten Tatenruhm! Unsere Großväter waren keine Verbrecher!"[8]

Das Bemühen um Kriegerdenkmäler muss nicht zwingend mit rechtsextremen Umtrieben zu tun haben. Zunächst ist es eher Ausdruck des Wunsches, nachzuholen, was zu DDR-Zeiten bedauerlicher Weise unterdrückt war: das öffentliche Trauern um die eigenen Toten des Krieges aus Familien, Nachbarschaft und Freundschaft in Dörfern und Städten. Mit diesem Wunsch gehen erklärlicher Weise auch Fragen nach dem Sinn dieses Sterbens, seiner Bewertung einher.

Häufig knüpft man an den steinernen Vorlagen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an und übernimmt vielleicht gedankenlos die Sprache jener Zeit: „Heldengedenken". Aber nicht nur Naivität, mangelnde Sensibilität oder schlichte Unkenntnis veranlassen Bürgerinnen und Bürger, solche Aktivitäten zu unterstützen. Es ist der tiefer sitzende Wunsch nach dem häufig diskutierten Schlussstrich, hinter dem dann die Frage nach der Entstehung und den Ursachen des für Deutschland so verheerenden Krieges verstummen.

[8] Exemplarisch wird hier eine web site der NPD Niedersachsen aus dem Jahr 2004 zitiert. Die Schreibweise des Originals wurde beibehalten.

Gedenksteine für gefallene Soldaten

Feierstunden in Luckow und Petershagen

Luckow-Petershagen (pl) Zwei Gedenksteine zur Erinnerung an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges wurden am Sonntag auf dem Luckower und Petershagener Friedhof der Öffentlichkeit übergeben. Mit dabei auch Altpfarrer Arnim Templin. Eine Gartzer Delegation des Amtes nahmen an der feierlichen Einweihung teil. In Luckow wurde der vier, in Petershagen der 14 unbekannten Soldaten gedacht, die bei dem Ansturm der Roten Armee in den letzten Kriegstagen gefallen sind. Sabine Beiersdorf vom Dorf- und Mühlenverein Luckow-Petershagen trug auf dem Petershagener Friedhof das Gedicht „Seliger Soldatentod“ vor. Gemeinsam wurde ein traditionsreiches Soldatenlied danach angestimmt.

Soldatengedenken: Uckermärkischer Anzeiger vom 10.10.2003

Während also in der offiziellen politischen Kultur der Zweite Weltkrieg als ein von Deutschland ausgegangener Raub- und Vernichtungskrieg bewertet wird, ehrt man nun – in Stein gehauen – seit ein paar Jahren unwidersprochen auch die fürs Vaterland 1939-1945 Gefallenen als Helden in Dankbarkeit. Während sich in Halbe Demokratinnen und Demokraten aus allen politischen Lagerungen gegen ein von Rechtsextremen inszeniertes Heldengendenken auf dem dortigen Friedhof wehren, lernen junge Menschen beim Entziffern restaurierter Denkmäler z. B. im nicht weit entfernten Duben (Landkreis Dahme-Spreewald), was es mit den deutschen Soldaten unter Hitlers Befehl auf sich hatte.

So auch beispielsweise in Lieskau (Landkreis Elbe-Elster)

In diesem Zusammenhang ist insbesondere festzustellen, dass sich in keinem der uns bekannten Orte an dieser Frage ein ernsthafter Streit entzündet hat. Kirchgemeinden und demokratische Parteien, auch die öffentliche Presse sehen hier offenbar kein größeres Problem. Als Gründe dafür sind von Desinteresse bis hin zur inhaltlichen Zustimmung vielerlei Möglichkeiten denkbar. Vermutlich befürchten insbesondere demokratische Einrichtungen, einen in seiner Wirkung unüberschaubaren Konflikt in der Bevölkerung auszulösen.

Das immer wieder vorgetragene Argument, dass es solche Denkmäler schließlich im Westen auch gäbe, kann nicht greifen: vergleichbare westdeutsche Denkmäler stammen meist aus den frühen fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus setzte erst später ein. Damit wurden solche kriegsverharmlosenden Interpretationen nicht mehr akzeptiert. Im Gegenteil, in vielen Städten gibt es an diesen Orten Hinweise, dass dieses Gedenken nicht mehr den heutigen Sichtweisen entspricht.

Zurück zum Anlass für diese Problemanzeige: Auch das Befördern oder Dulden solcher hier beschriebenen Restaurationsbemühungen lässt darauf schließen, dass es in der Mitte der Gesellschaft Affinitäten zu rechtsextremen Vorstellungen gibt. Insofern ist aus unserer Sicht der hier umrissene Resonanzboden ein virulenter Teil des Rechtsextremismusproblems.

Fazit: Zur politischen Gestaltung

Gewiss kann man einwenden, dass die hier vorgetragene Sichtweise überzogen sei. Dagegen steht die Erkenntnis, dass eine wirksame politische Auseinandersetzung mit den Optionen der Rechtsextremen dort nicht gelingen kann, wo unausgesprochene Zustimmungspotentiale oder entsprechende Stimmungen in der Mitte der Bevölkerung

nicht zur Sprache gebracht werden. Schon die verbreitete Abwehr alles „Politischen“, wie man sie immer wieder zu hören bekommt, muss in allen Bereichen der Gesellschaft besprochen werden. Aus einer unpolitischen Haltung heraus kann es immer wieder möglich sein, dass z .B. ein zivil und moderat erscheinender Jungnazi ohne erkennbare politische Option anbietet, im Jugendclub für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sicherheit am Fußballplatz können auch Rechtsextreme als Ehrenamtliche garantieren; sie mögen auch offene rassistische Parolen verhindern, weil man sonst Strafe aus der Vereinskasse an den Fußballverband zahlen muss! Es sind nicht nur Einzelfälle, wenn Rechtsextreme versuchen, Sitz und Stimme an runden Tischen für Sicherheit zu bekommen. Bebilderte Erfahrungen ließen sich so fortsetzen. Rechtsextreme sind dabei, sich dort zu etablieren, wo die demokratischen Vorzeichen im Sinne einer politischen Wertegemeinschaft verblassen.

Wenn der „Kampf gegen Rechtsextremismus“ Familien, die Arbeitswelt, den Stammtisch oder das Vereinsleben nur in Form von Kampagnen und Kriseninterventionen erreichen würde, könnte sich die notwendige Auseinandersetzung mit den hier beschriebenen Phänomenen nicht entwickeln. Wo demokratische Grundwerte nicht als unverrückbare Grundlage gesellschaftlichen Handelns bewusst sind, erlangen nichtdemokratische Überzeugungen rasch an Gewicht und wirken sich sogar bis auf die praktische Gestaltung des Gemeinwesens aus:

Wir können über Rechtsextremismus in Deutschland nicht ernsthaft reden, wenn wir diesen vorhandenen Resonanzboden nicht thematisieren und unsere demokratischen Handlungsstrategien nicht darauf ausrichten! Der demokratische Diskurs, die Auseinandersetzung fängt nicht da an, wo sich ein NPD-Stützpunkt gebildet hat, sondern dort, wo demokratische Grundwerte und Überzeugungen verletzt werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus gewinnt da an Qualität, wo sich – bei unterstützenden Rahmenbedingungen – Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens und seiner Perspektiven in demokratisch transparenten Prozessen einbringen können. Nur das sichert demokratische Identität, d. h. eine Zugehörigkeitserfahrung, die durch rechtsextreme Bauernfänger nicht zu zerstören ist.

Es wird den demokratischen Kräften im Lande deutlich sein, dass wir uns relativ rasch von der NPD oder im Falle ihres Verbotes von Nachfolgeorganisationen verabschieden können. Mit rechtsextremen Vorstellungswelten und mit dem Bedürfnis, diesen auch eine politische Gestalt zu geben, werden wir in demokratischer Achtsamkeit und Klarheit leben lernen müssen.

Andrea Nienhuisen

Rechtsextreme Aufmärsche am Waldfriedhof in Halbe – der lange Weg eines Bürgerbündnisses zum Erfolg

Als wir im Herbst 2003 unsere Arbeit in Dahme-Spreewald aufnahmen, wurde uns deutlich, dass sich mit dem Ort Halbe und dem in diesem Jahr wieder stattfindenden so genannten Heldengedenken ein Konfliktherd in unserem Zuständigkeitsbereich auftat. Obwohl rechtsextreme Aufmärsche bereits direkt nach der Wende am Waldfriedhof in Halbe beobachtet wurden, hatte es bisher aus dem Ort keine konkrete Beratungsanfrage an das MBT gegeben. Halbe mit seinen 1200 Einwohnern war eher ein Ort, der sich dem Ereignis zu entziehen schien und an dem die Bürger hinter verschlossenen Fenstern ärgerlich oder verständnislos die Achseln zuckten, während draußen schwarz gekleidete Demonstranten rechtsextreme Parolen skandierten. Politische Zusammenhänge ließen sich für einzelne nur schwer herstellen. In der DDR-Zeit war der Friedhof eine eher akzeptierte Selbstverständlichkeit, der vom Staat zur „sozialistischen Friedenserziehung" genutzt wurde. Als in den frühen 90er Jahren streng gescheitelte junge Männer und Frauen in BDM-ähnlichen Uniformen mit Fahnen und Kränzen die Ernst-Teichmann-Strasse hoch marschierten, mochten sich viele wohl wundern und vielleicht einige auch vor diesem Anblick fürchten. Doch welche politische Entwicklung und Provokation diese eher bizarr wirkende Erinnerung an den Nationalsozialismus noch nehmen sollte, ahnten damals wohl die Wenigsten.

Zurück zum Jahr 2003 – erstmalig meldete der rechtsextreme Kader und Versammlungsführer Christian Worch den Aufmarsch nicht für den sonntäglichen Volkstrauertag an, sondern bereits für den davor liegenden Samstag. Damit hatte er eine Gesetzeslücke gefunden das Sonn- und Feiertagsverbot für Demonstrationen in Brandenburg zu umgehen. Somit konnten die seit 1992 gerichtlich untersagten „Heldengedenkmärsche" im Jahre 2003 fortgesetzt werden.

Bereits zwei Jahre zuvor fand in der Nähe von Halbe, in Friedersdorf, eine geheime so genannte „Reichsgründungsfeier" statt. Dem damaligen „NPD-Kreisverband Spreewald" gelang es ca. hundert Teilnehmer zu mobilisieren. Das Jahr 2001 sollte der Auftakt zu einer bisher nicht gekannten Mobilisierung der rechtsextremen Szene werden. Ein bewegtes Jahr – mit auffällig vielen gewalttätigen Über-

Alte Schule und Denkwerkstatt in der Kirchstraße in Halbe

griffen aus einer äußerst selbstbewusst agierenden rechtsextremen Szene. Die lokalen Antifa-Gruppen, selbst auch betroffen von Brandsätzen werfenden Neonazis während eines Festivals in Königs Wusterhausen, erkannten als erstes die Notwendigkeit eines dauerhaften Engagements in Halbe. Bereits 2001 meldeten sie einen Infostand an. 2002 demonstrierten dann schon mehrere hundert Personen gegen die geplanten rechtsextremen Aufmärsche, trotz des in diesem Jahr noch geltenden Versammlungsverbots für die rechtsextremen Demonstranten am Volkstrauertag.

Im November 2003 wurde nach 10-jähriger Verbotsphase das rechtsextreme Heldengedenken erstmalig wieder erlaubt. Das MBT erkannte schnell, dass hier nun dringender Handlungsbedarf gegeben war, da sich die Problemlage vor Ort zu verfestigen drohte.

Auffällig war ja das scheinbare Desinteresse bzw. die Gleichgültigkeit der Anwohner in Halbe, die gleichzeitige öffentliche Kriminalisierung der linken und antifaschistischen Demonstrationsteilnehmer und die damit einhergehende Radikalisierung dieser Gruppen sowie das Fehlen einer politischen Stellungnahme der Landesregierung.

Der Demonstrationsort selbst und hier insbesondere die Lindenstraße, schien für alle Demonstrationsteilnehmer eine ungeheure symbolische Bedeutung zu haben. Während die Rechtsextremen den Friedhofsvorplatz als Bühne für ihre Selbstinszenierung im Blick hatten, versuchen die demokratischen und links-autonomen Gruppen sie von ihrem so genannten Heldengedenken abzuhalten. Dazwischen die Polizei, die ihrerseits mit gewaltiger Präsenz versucht die unterschiedlichen Demonstrantengruppen in dem kleinen Ort auseinander

zu halten und deeskalierend zu wirken. Auffällig passiv verhielt sich dabei die Halbener Bevölkerung. Schon dieser erste Besuch machte uns deutlich, wie schwierig hier eine Mobilisierung der Zivilbevölkerung sein würde – bürgerschaftliches Engagement schien damals in Halbe ein Fremdwort zu sein.

Ziemlich schnell wurde uns auch deutlich wie politisch-ideologisch aufgeladen das zentrale Thema in Halbe, der Umgang mit den Wehrmachtstoten des zweiten Weltkrieges war. Von linker – wie von rechter Seite. Hier prallten nicht nur unterschiedliche Jugendkulturen aufeinander, sondern Geschichtsbilder, die auf Banner durch die Straßen getragen wurden – „Nie wieder Ausschwitz – nie wieder Deutschland“ steht gegen „Ruhm und Ehre den deutschen Frontsoldaten” und „Hoch die internationale Solidarität“ gegen „Hier marschiert der nationale Widerstand“.

Während die unterschiedlichen linken und demokratischen Gruppen unter Protest in der abgelegenen Kirchstraße festgehalten wurden, marschierten die 600 Neo-Nazis betont geschlossen und fast würdevoll – abgeschirmt und begleitet von etwa 1000 Polizisten durch die zentrale Lindenstraße in Richtung Friedhof. Der linke Protest auf der anderen Seite tat sich schwer, ein geschlossenes und authentisches Bild zu vermitteln – zu unterschiedlich waren die Gruppen, nicht nur in ihren politischen Ansichten, sondern auch in ihrem Auftreten und Verhalten. In der Wahrnehmung der Halbener Bevölkerung setzte sich diese bunte und eher aggressiv wirkende Gruppe vor allem aus auswärtigen Demonstranten und Berliner Chaoten zusammen, deren politischen Forderungen für die Halbener nicht nachvollziehbar blieben. Ein Konflikt wie ein altes Glashaus – unscheinbar, durchsichtig, zerbrechlich, bemoost unter dem Belag jahrzehntealter deutscher Nachkriegsgeschichte zwischen der Verdrängung der Zeit des Nationalsozialismus und der Zeit des staatlich verordnetem Antifaschismus.

Erste Beratungsansätze – Vernetzung des Protestpotentials

Um zu verhindern, dass sich die Situation weiterhin verschärften, verfolgte das MBT zunächst die Strategie, das überregionale Protestpotenzial, insbesondere das aus Berlin, mit dem regionalen vor Ort bzw. im Landkreis Dahme-Spreewald zu verbinden. In Halbe selbst hatten wir bisher noch keine Ansprechpartner zu Verfügung.

Dem MBT war klar, dass über das Gelingen eines Beratungsprozesses zunächst die Ausgangssituation und eine deutlich formulierte

Auftragslage entscheiden würde. Um diese beiden Punkte zu klären, führten wir zahlreiche Hintergrundgespräche. Danach waren einige Fragen zu klären: Wen will man in dieser komplexen Situation beraten und mit welchem Ziel? Wem könnte ein Beratungsprozess nutzen? Wer würde sich am meisten über eine Veränderung der scheinbar festgefahrenen Situation freuen? Die demokratischen Protestierer, die frustriert auf der Straße den Geschehnissen folgten? Oder diejenigen, die aus Angst, Ohnmacht oder Wut an den Tagen zu Hause blieben? Oder auf der politischen Ebene die örtlichen Gemeindevertreter? Eher intuitiv haben wir uns zunächst für einen kleinen Umweg in der Beratungsarbeit entschieden …

Bewegung vom Rand in die Mitte des Problems

Nach der zivilgesellschaftlichen Niederlage 2003, traf sich in Berlin im Frühjahr 2004 zum wiederholten Male ein Bündnis aus VVN/BdA und Antifa. Unter dem Motto „den Naziaufmarsch 2004 verhindern" wurde erneut für die kommende Novemberdemonstration mobilisiert. Das MBT nahm an der öffentlichen Runde ebenfalls teil. Um den Austausch nicht zu gefährden und mögliche Erwartungen nicht zu enttäuschen, musste hier zunächst die Rolle des MBT als unparteilicher Berater geklärt werden. Trotz einiger Vorbehalte der anwesenden Antifa gelang es dem MBT hier eine wichtige Partnerin zu gewinnen: Silvia Hauffe, Vorstand des Landesverbandes der Brandenburger PDS und Rechtsextremismus-Expertin der Partei. Sie machte sich das Anliegen des MBTs, Kooperationspartner für die eigene Arbeit vor Ort zu findet, zu eigen. Nach einigen Gesprächen wurden wir auf eine Initiative in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes der PDS in Königs Wusterhausen aufmerksam. Ab Spätsommer 2004 nahmen wir nun auf deren Wunsch an ersten Treffen teil. Auf Initiative der PDS und Antifa in Königs Wusterhausen gab es auch hier eine Vorbereitungsplanung für Halbe im November 2004. Unterschiedliche Vertreter linker Gruppen aus Königs Wusterhausen waren gekommen. Diverse Kundgebungen waren bereits angemeldet, Transparente und Plakataktionen wurden vorbereitet. Gemeinsam mit lokalen PDS-Mitgliedern und Karin Weber (damals noch PDS-Kreistagsabgeordnete, heute Vorsitzende des Sprecherrates des Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe und MdL für die Linke/PDS im Landtag Brandenburgs) machten wir uns für die Einbindung der Halbener Bürger stark. Anwesend war hier von Anfang auch Arnold Mossham-

mer und Michael Schnieke, stellvertretender Bürgermeister aus Halbe. Gemeinsam entwarfen die Anwesenden einen Aufruf „Halbe erhebt seine Stimme“, der später von Michael Schnieke zwar in die Gemeindevertretung eingebracht wurde, aber dort keine Mehrheit fand. Auch zwischen den anderen linken Gruppierungen im Bündnis gab es Meinungsverschiedenheiten über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf „Naziaufmärsche verhindern“. Das MBT achtete in der Zeit besonders darauf, dass es von keiner Seite als Bündnispartner vereinnahmt wird und sich nicht an öffentlichen Aufrufen der unterschiedlichen Interessengruppen beteiligt. Wir berieten vor allem zu der Frage, wie das Bündnis unter dem Druck der mobilisierenden antifaschistischen und autonomen Gruppen aus Berlin friedlich agieren könnte. Als Berater, von außen kommend, hielten wir uns jedoch zunächst im Hintergrund. Dennoch nahmen wir wahr, dass durch unsere regelmäßige Teilnahme an den Bündnissitzungen, nicht nur unsere Akzeptanz als externe Berater zunahm, sondern sich auch das zu beratende System, hier also ein heterogenes Bündnis mit unterschiedlichen Interessen, nach und nach veränderte.

Unterstützung der Gemeinde bei der Entwicklung eines Konzeptes für eine Denkwerkstatt in Halbe

Während das „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ zunächst in Königs Wusterhausen tagte und sich hier stetig vergrößerte, nahmen wir von Seiten des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung in Halbe zunächst gewisse Vorbehalte gegen das o.g. Aktionsbündnis wahr. Aus längeren Gesprächen mit Ulrich Arnts, dem Amtsdirektor der Gemeinde Schenkenländchen und Ralf Kunze, dem Bürgermeister von Halbe wurde allerdings ein deutliches Interesse an pädagogischer Aufklärungsarbeit geäußert, die in einem Jugendbegegnungszentrum in Halbe münden könnte. Das MBT unterstützte den Bürgermeister in seinem Anliegen. Im September 2004 beschloss die Gemeindevertretung in Halbe, die frei stehenden Räume der Alten Schule in der Kirchstrasse zur Nutzung freizugeben, um dort ein Dokumentationszentrum zur Aufarbeitung der Kriegsereignisse im Jahr 1945 rund um Halbe zu ermöglichen. Im Oktober 2004 wurde das MBT an der Initiierung und Beratung einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz Anita Wedels, Jugendreferentin beim Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), tätig. Die Projektidee lautete, anlässlich des 60. Jahrestages der historischen Kesselschlacht rund um Halbe,

in der alten Grundschule in Halbe eine „Denkwerkstatt“ zu eröffnen. Unterstützung fand diese Idee ebenfalls beim landesweiten Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, dem pädagogischen Arbeitskreis des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK e.V.) und den gedenkstättenpädagogischen Mitarbeitern des Ministeriums für Bildung, Jugend und Schule (MBJS). Die Finanzierungsmöglichkeiten schienen jedoch zunächst begrenzt.

Erste herbe Rückschläge in der Arbeit des Aktionsbündnisses

Beratungsprozesse sind langwierige Prozesse – mit Höhen und Tiefen für alle Beteiligten. Als am 13. November 2004 erneut 1600 Rechtsextreme durch Halbe zogen und zwischen der Lindenstraße und dem Friedhofsvorplatz ihr volles Programm durchführen konnten, fiel die Stimmung bei vielen Gegendemonstranten auf einen bisherigen Tiefpunkt. Zu groß war die Enttäuschung und zu offensichtlich der eigene Misserfolg.

Während die Polizei die Demonstration der Rechtsextremen durch den Ort begleitete, wurden auf der anderen Seite der Ortschaft, jenseits der Bahngleise knapp 400 Demokraten am Bahnhofsvorplatz festgehalten und von berittener Polizei bewacht. Zahlreiche weitere Teilnehmer konnten erst gar nicht den Ort gelangen, da sie entweder bereits an Sammelpunkten in Berlin oder unterwegs stundenlang festgehalten wurden. Diese Erfahrung, die von den Mitgliedern im Aktionsbündnis bis heute als Kriminalisierung bezeichnet wird, wirkte nachhaltig. In der Beratungsarbeit des MBT spielten auch diese negativen Erfahrungen eine Rolle, wenn es darum ging erneut Motivation zu erzeugen.

Auf der anderen Seite nun marschierten alte und junge Rechtsextreme, überwiegend schwarz gekleidet, zur Lautsprechermusik von Friedrich Smetanas „Die Moldau“ durch den Ort. Eine für außenstehende Betrachter makaber wirkende Inszenierung, die nur noch durch das so genannte Heldengedenken am Friedhofsvorplatz selbst übertroffen wurde. Während den rechtsextremen Veranstaltern eine durchaus wirkungsvolle und dramatische Selbstinszenierung gelang, wurden die anwesenden Journalisten bei der Dokumentation des Geschehens, unter den Augen der Polizei, von den anwesenden Ordnern der rechtsextremen Veranstalter in ihrer Arbeit behindert. Als einer der Journalisten offensichtlich die Nerven zu verlieren drohte und in die neonazistische Trauergemeinde am Friedhof lauthals rief: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ wurde er von der Polizei abgedrängt.

Erst nach stundenlangem Ausharren in der Kälte, nachdem die Rechtsextremen auch noch ihre Abschlusskundgebung auf der Lindenstrasse abhalten konnten, durften auch die Gegendemonstranten den Ort verlassen. So tief die Enttäuschung beim Aktionsbündnis, so stark auch die sich zur Wut steigernde Hilflosigkeit beim Bürgermeister und vielen unbeteiligten Bürgern in Halbe war: Gegen Abend zog dann auch die Polizei ab und der „Belagerungsring" um Halbe löste sich auf.

Nach dieser als Niederlage empfundenen Erfahrung im November 2004 benötigten alle Beteiligten nicht nur aufmunternde Worte, sondern auch neue Impulse für ihre Arbeit und die Motivation zum Weitermachen. Das MBT half in dieser Zeit bei der internen Reflexion und der erneuten Zielfindung. Doch heterogene Bündnisse mit starker inhaltlicher Ausrichtung und konkreten Zielen haben eine erstaunliche Regenerationskraft, die besonders nach Rückschlägen zu wachsen scheint.

Aber auch in der Gemeinde und beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge kam erneut Bewegung ins Spiel und die Idee zu einem Jugendbegegnungszentrum in der Alten Schule in Halbe wurde forciert. Das Innenministerium sagte der Projektgruppe nun auch finanzielle Mittel zum Umbau der Alten Schule zu. In der Folgezeit verstärkte das MBT ebenfalls seine Beratung für das nun entstehende Projekt der Denkwerkstatt.

Das Jahr 2005 und ein lang ersehnter Teilerfolg für das lokale Aktionsbündnis

Ab Januar 2005 gründeten die Mitglieder des lokalen Aktionsbündnisses in Halbe Arbeitsgruppen, die in der Lage waren längerfristige Aufgaben zu übernehmen. Erste wirksame Maßnahmen der weiteren Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit erfolgten, indem das Aktionsbündnis Schreiben an Landtags- und Kreistagsabgeordnete versendete, mit der Bitte, die Arbeit perspektivisch zu unterstützen. Und dies mit großem Erfolg – das Bündnis erfuhr nun ersten deutlichen Zuspruch.

Im Februar entschied sich das Bündnis nicht länger in der PDS-Geschäftsstelle in Königs Wusterhausen zu tagen, sondern seinen Sitzungsort direkt nach Halbe zu verlegen. Dies war weit mehr als eine symbolische Geste, sondern der Anfang einer sich profilierenden, wachsenden und an die Öffentlichkeit gehenden, selbstbewussten Gemeinschaft.

Das lokale Aktionsbündnis berät sich in der Alten Schule

Auf Vermittlung des MBT wurde Privatdozent Dr. Rainer Erb aus Berlin zu einer Beratung ins Bündnis geladen. Er berichtete sehr anschaulich am Beispiel der oberfränkischen Stadt Wunsiedel wie sich bürgerschaftliches Engagement anlässlich der sich jährlich wiederholenden rechtsextremen Aufmärsche zu den Todestagen von Rudolf Hess in den Jahren zwischen 2001 und 2005 entwickelte. Parallelen zu Halbe werden deutlich aber auch neue kreative und phantasiereiche Möglichkeiten des eigenen Protestes diskutiert.

Im März fand eine weitere wichtige Beratung zur Professionalisierung der Bündnisarbeit in der Alten Schule statt. Erstmalig wurde der Focus vom jeweiligen Reagieren auf die Novemberaufmärsche zugunsten einer Jahresplanung verschoben. Man will langfristiger planen, um auch mit der Arbeit des Bündnisses eine breitere Wirkungskraft zu erzeugen. Ähnlich der seit Jahren schon sehr erfolgreich arbeitenden Fürstenwalder „Plattform gegen Rechts“ setzte man es sich zum Ziel nicht nur der rechtsextremen Szene in Halbe die Stirn zu bieten, sondern auch ein wachsames Auge auf die antidemokratischen Geschehnisse im gesamten Landkreis zu haben. Die Vernetzung mit anderen Initiativen und Bündnissen im Landkreis wie z. B. dem „Forum gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ in Lübben und der „Bunten Aktion“ in Königs Wusterhausen erfolgten.

Das MBT beriet bei der Gründung von dringend notwendigen Arbeitsgruppen: Finanzen, Multiplikatoren, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, die die wichtigsten Aufgaben abdecken sollten. Aber auch die Idee eines „Rock gegen Rechts-Festivals“ wurde geboren. Durch weitere Beratungen konnten wir auf die Notwendigkeit der stärkeren Transparenz der Bündnisarbeit hinwirken.

Dazu wurde im Frühjahr 2005 ein Sprecherrat gegründet, der sich aus den jeweiligen Sprechern dieser Arbeitsgruppen zusammensetzt. Dieser Sprecherrat trifft sich von nun ab meist eine Stunde vor den Beratungen und tauscht die aktuellen Arbeitsgruppenergebnisse aus.

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes –
Eröffnung einer Denkwerkstatt in Halbe

Unter gewaltiger Kraftanstrengung gelang es Anita Wedel und ihren Mitarbeitern, die Denkwerkstatt pünktlich zum 60. Jahrestag des Endes der Kesselschlacht zu eröffnen.

Feierliche Eröffnung der Denkwerkstatt Halbe am 29.4.2005

Initiatoren und Unterstützer der Denkwerkstatt

Diese Eröffnung wird bis heute in Halbe als ein sehr gelungener öffentlicher Festakt wahrgenommen, an dem sich zahlreiche Halbener Bürger, Zeitzeugen, Amtsträger und Mitarbeiter versammelten. Endlich hat Halbe ein offenes Haus, eine Anlaufstelle – in der sich historisch und thematisch interessierte Bürger treffen, austauschen und engagieren können.

Auch einige Mitglieder des lokalen Aktionsbündnisses in Halbe engagieren sich noch zusätzlich ehrenamtlich in der Denkwerkstatt. Wenn auch beide Initiativen großen Wert auf ihre unterschiedlichen inhaltlichen Arbeitsansätze legen, so ist man sich doch einig in der gegenseitigen Wertschätzung und Unterstützung. Auch das MBT unterstützte die Denkwerkstatt in ihrer Außendarstellung und bei der Beantragung einer durch das Bundesprogramm Civitas finanzierten Personalstelle.

Horst Mahnecke erklärt einigen Besuchern die Exponate

Durch eine zunehmende Konsolidierung des lokalen Aktionsbündnisses, die Verstetigung von Arbeitsgruppen und des Sprecherrates war es nun möglich, die Öffentlichkeitsarbeit des lokalen Aktionsbündnisses zu professionalisieren.

Hier erfolgte eine intensive Beratung der entsprechenden Arbeitsgruppe bis hin zur Unterstützung beim Aufbau einer Webseite, der Kontaktpflege zu Journalisten und dem Erstellen von Flyer, Pressemitteilungen, Imagevideo und der Durchführung von Pressekonferenzen. Immer wieder fragten die Mitglieder das MBT in dieser Zeit an, sie vor wichtigen Presseterminen zu coachen. Viele erkannten, dass eine Sensibilisierung im Umgang mit Journalisten notwendig ist. Die kursierenden Vorstellungen, man könne den Medienvertretern mehr oder

weniger diktieren, was sie zu schreiben hätten, führten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Auch sprachlich gab es einige Begrifflichkeiten und Redewendungen, die aktualisiert werden mussten, um nicht missverstanden zu werden. Durch diese nun inhaltlich qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit konnten wir helfen, dass das Image des lokalen Aktionsbündnisses sich im Jahr 2005 erheblich verbesserte. Bis Ende Mai des Jahres 2005 traten dem Bündnis zahlreiche gesellschaftlich relevante Gruppen bei, vom Seniorenrat der Stadt Königs Wusterhausen über den Verein für Bildung, Kultur, Tourismus und Gewerbe im Schenkenländchen bis hin zum Freidenkerverband Brandenburg.

Mitgliederliste des Aktionsbündnisses (Stand Dezember 2005):

1. SPD (KV)
2. PDS (KV)
3. Bündnis 90/Grüne (KV)
4. CDU (KV)
5. DKP (LV)
6. DGB Jugend Berlin-Brandenburg
7. Antifa Königs Wusterhausen
8. VdN Brandenburg
9. Gesellschaft zur Verteidigung humanitärer Rechte
10. Verein für Bildung, Kultur, Tourismus und Gewerbe im Schenkenländchen e.V.
11. Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte
12. Interessengemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V)
13. Dorfclub Hermsdorf
14. Freidenkerverband Brandenburg
15. Initiative Deserteursdenkmal Halbe
16. Seniorenrat Königs Wusterhausen
17. Interessengemeinschaft dezentrale Abwasserbehandlung Münchehofe

Insgesamt haben im Lauf der Zeit 41 Gemeindevertretungen sowie der Kreistag des Landkreis Dahme-Spreewald offiziell ihre Unterstützung erklärt. Ferner die Landesverbände von SPD, Die Linke/PDS und Bündnis90/Die Grünen, die Evangelische Landeskirche, die Gewerkschaft der Landespolizei, die Handwerkskammer, der Landeselternrat, der Anglerverband Brandenburg und viele mehr.

Das Bündnis läuft zur Topform auf

Als Ende April die Nachricht die Runde machte, dass bereits für den kommenden Juni eine weitere Demonstrationsanmeldung des rechtsextremen Freundeskreis Halbe vorliege, läuft das Bündnis nach dem ersten Schreckensmoment zur Topform auf. Da der Veranstaltungsführer Christian Worch für den 18. Juni eine Demo angemeldet hatte, um das geänderte brandenburgische Gräbergesetz zu testen, musste die gesamte bisherige Planung für 2005 auf den Kopf gestellt und unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, was nun innerhalb von sechs Wochen zu realisieren sei. Die Idee eines bunten Familienfestes, mit Bühne, musikalischem Rahmenprogramm, Rednerliste und Imbissmöglichkeiten wurde geboren. Schnell war man sich einig, diese Veranstaltung sollte im Sommermonat Juni einen anderen Charakter bekommen als die bisherigen, mehr auf Protest gerichteten Veranstaltungen im November. Durch die mittlerweile verbesserte Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei wurden die Planungen erleichtert. In einer gemeinsamen Beratung mit Amtsdirektor, Polizeipräsidenten, Einsatzleitung der Polizei und dem Aktionsbündnis Halbe prüfte man die räumlichen Gegebenheiten. An welchen strategischen Standorten sollte man Bühne und Zuhörerbänke platzieren, um trotz des Festcharakters der Veranstaltung das Hauptziel, den Rechtsextremen den Zugang zur Lindenstrasse und damit zum Friedhofsvorplatz zu verunmöglichen? Der Kerngedanke der Idee war „Wo wir sind, können die anderen nicht sein." Die Einsatzleitung der Polizei, die dafür Sorge zu tragen hatte, dass auch Worch und seine rechtsextremen Anhänger ihr im Grundgesetz verbrieftes Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen können, machte ihrerseits deutlich, dass sie den demokratischen Veranstaltern nur dann eine zentrale Position in Halbe zusichern könnte, wenn das Aktionsbündnis auch in der Lage sei, deutlich mehr Teilnehmer zu mobilisieren als die Gegenseite. Also wurde nun die Mobilisierung auf Hochtouren gefahren. Neben den zahlreichen organisatorischen Aufgaben zur Planung des 18. Juni erlahmte aber auch das inhaltliche Interesse an der Arbeit bei den Mitgliedern des Aktionsbündnisses nicht: „Geschichtsbilder, Themen und Diskurse aktueller rechtsextremer Rhetorik", war der Titel der Informations- und Diskussionsveranstaltung, die das MBT nur wenige Tage vor dem 18. Juni in Halbe durchführte. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmern anhand von nachvollziehbaren Beispielen aufzuzeigen, mit welchen revisionistischen Thesen und neonazistischen Weltbildern rechtsextreme Kader bisher gültige Geschichtsbilder in Frage stellen und die

Zeit von Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg bewusst umdeuten. Die Veranstaltung galt auch als argumentative Vorbereitung auf die geplanten Kundgebungen der Rechtsextremen in Halbe.

Am 18. Juni 2005 sollten dann zum ersten Mal deutlich mehr Demokraten als Rechtsextreme in Halbe erscheinen und den Ort für sich einnehmen. Letztendlich entschied aber wohl die Anwesenheit hoher Politprominenz darüber, dass an diesem Tag tatsächlich die Demokraten in Halbe Vorfahrt hatten. Trotzdem wertete das Aktionsbündnis diesen Tag als Erfolg. Es erhielt weiteren Zuspruch und Zulauf.

Gedränge bei der Rede des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse

Gelassene Stimmung bei Teilnehmer und Initiatoren am Ende des „Tages der Demokraten" in Halbe am See

Demonstranten aus Königs Wusterhausen vor der Bühne

Bei den Rechtsextremen auf der anderen Seite der Bahngleise versammelte sich an diesem Tag eine relativ kleine Gruppe von ca. 80 Personen um den Neonazi-Kader Christian Worch, eingezäunt von Absperrgittern am Bahnhofsvorplatz. Diesmal gab es für sie kein Durchkommen in den Ort und zum Friedhof, so dass sie nach zahlreichen Hetzreden gegen die demokratischen Veranstalter und den Bundespräsidenten Thierse verbittert wieder abziehen müssen.

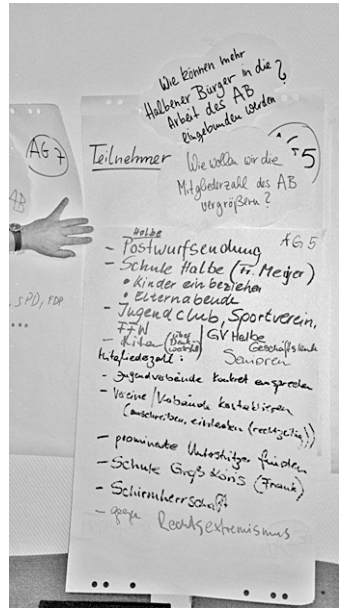
Nur gut ein halbes Jahr nach dem bitteren 13. November 2004 stellte sich die Lage völlig anders da: blaue Luftballons mit Friedenstaube steigen symbolträchtig in den sommerlichen Himmel. Das Aktionsbündnis Halbe hat unter mächtiger Kraftanstrengung bewiesen, zu was es organisatorisch und inhaltlich in der Lage ist. Die landesweite Mobilisierung war gelungen, wenn auch noch zu viele Berufsbetroffene und zu wenig Halbener gekommen waren. Dieser Punkt stand in den folgenden Beratungen mit dem MBT im Vordergrund.

Mitte August wurden der stellvertretende Bürgermeister Michael Schnieke und Arnold Mosshammer aus Halbe durch den Bildungsminister Holger Rupprecht für ihr ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Die beiden Einwohner aus Halbe hatten sich in den vergangenen Monaten besonders aktiv im „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Neonazi-Aufmärsche in Halbe“ engagiert. Als Bürger von Halbe wurden sie stellvertretend für das gesamte Bündnis und die engagierten Bürger von Halbe und Umgebung gewürdigt. Dies war ein weiteres Signal, wie sich die öffentliche Wahrnehmung, auch in der Landesregierung, in Bezug auf den gesellschaftlichen Protest in Halbe verändert hatte.

Wie weiter?" – Eine Ideenwerkstatt soll helfen

Zwischenbilanz und die Durchführung einer Ideenwerkstatt

Während unsere Beratungsarbeit im Jahr 2004 sehr stark auf die Stabilisierung und innere Arbeitsstruktur des lokalen Bündnisses gerichtet war – wie stelle ich ein parteiübergreifendes Bündnis auf? Wie definiere ich meine Ziele in einer Gruppe? Wie kann man nach einer Niederlage neue Motivation erzeugen? – kamen im Jahr 2005 neben der Beratung und der Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit weitere Aufgaben auf uns zu. Uns war aufgefallen, dass der Kommunikationsstil innerhalb des Bündnisses für Unzufriedenheit sorgte. Das lag zum einem am monologisierenden Diskussionsstil der Mitglieder, zum anderen aber auch an mangelnder Erfahrung kreativerer Arbeitsformen in der gesellschaftspolitischen Arbeit. Der Sprecherrat begründete seinen Auftrag an das MBT folgendermaßen: Während das Bündnis zwar über eine gut entwickelte Streitkultur verfügte, jedoch meist relativ straff an einem langen Tisch moderiert wurde, suchten sie nach Methoden, die es ermöglichten auch in kleineren



Erste Arbeitsergebnisse

Gesprächgruppen thematisch zu arbeiten. Das MBT bot eine Ideenwerkstatt an. Diese hatte das Ziel, innerhalb von Gesprächsgruppen die bisherige Arbeit des Bündnisses und insbesondere die Juni-Veranstaltung zu reflektieren und zum anderen neue Ideen in den Maßnahmen zur Verhinderung von Naziaufmärschen zu entwickeln.

Methodisch hatten wir uns zusammen mit einer Vorbereitungsgruppe auf eine Kombination aus Ideenwerkstatt und World Café verständigt, da wir nicht nur inhaltlich arbeiten, sondern vor allem die Kommunikation untereinander befördern wollten. World Café bedeutet eine Arbeitsmethode, die es den Teilnehmern ermöglicht, sich an kleineren Tischen, ähnlich einer Kaffeehaussituation, innerhalb von kleinen Gesprächsrunden zu verständigen. Dazu gab es nach einer gemeinsamen Einführungs- und Themensammlungsphase unterschiedliche Thementische.

Wir hatten uns auf einige Kommunikationsregeln geeignet, die das gegenseitige Zuhören und Achten auf Zwischentöne im Gespräch befördern und die gewohnt langen Statements möglichst überflüssig machen sollten. Obwohl für viele Teilnehmer diese Art des Arbeitens zunächst sehr ungewöhnlich war und auch Unsicherheiten auslöste, entstanden nach und nach an den „Themen-Tische" lebendige Gesprächsrunden mit vorzeigbaren Ergebnissen, die die Kleingruppen in einer Abschlussrunde mit sichtbarer Zufriedenheit untereinander austauschten.

Noch heute betonen einige Teilnehmer aus dem Aktionsbündnis, wie viel es für ihre Arbeitsfähigkeit gebracht hat, sich auf eine andere, kreative Arbeitsform einzulassen. Dies führte zur erfolgreichen Fortführung der im Frühjahr gegründeten Arbeitsgruppen, wie auch auf ein stärkeres Miteinander der im Bündnis vertretenen Parteien und deren Vertreter, die sich nur zehn Tage später darauf zur Bundestagswahl am 18. September mit ihren jeweiligen Infoständen und einer gemeinsamen erarbeiteten Erklärung in Halbe in bisher ungewohnter Eintracht präsentierten. Darin heißt es u. a.: Unverzichtbare Position unserer politischen Arbeit ist es sich „im Interesse des Friedens und der Demokratie in Deutschland gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen jegliche Formen der Diktaturen zu wenden."

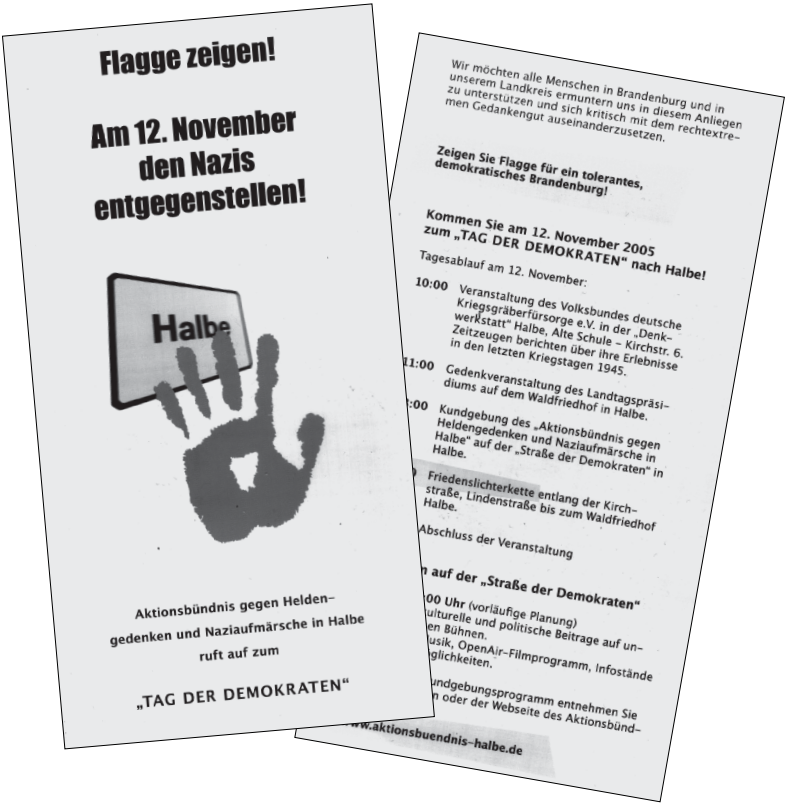
Zustande gekommen war die ungewöhnliche Aktion dadurch, dass Christian Worch sich nach dem demonstrativen Testlauf im Juni erneut für den 18. September angekündigt hatte und diesmal auch ungehindert, wenn auch in einem sehr bescheidenen Rahmen (ca. 40 Teilnehmer) zum Friedhof bewegen konnte. Den demokratischen Parteienvertreter blieb an diesem Tag zwar nichts anderes übrig als eine

Zaungastrolle zu spielen, dennoch konnten sie ihren Protest entlang der Demonstrationsroute der Rechtsextremen zumindest mit Pfiffen lautstark kundtun.

Reaktion der Halbener Bevölkerung

Dass sich in der Wahrnehmung und Reaktion der Halbener Bevölkerung im Laufe des Jahres 2005 etwas verändern sollte, merkten wir nicht nur an der zahlreichen Teilnahme an der erfolgreichen Gegenkundgebung am 18. Juni, sondern auch an einer einfachen aber sehr couragierten Protestaktion am Rande der rechtsextremen Demonstration am 18. September. Unbeeinflusst von der Polizei, die den Aufmarsch zu beiden Seiten begleitete konnten drei Frauen aus Halbe, die bisher noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten waren, in Sichtweite von Worch und seinen Anhängern, einfach gestaltete Plakate hochhalten, mit der schlichten Aufschrift „Gegen rechte Aufmärsche". Diese eher unspektakuläre Aktion stellte ein deutliches Zeichen von Zivilcourage in dem von unterschiedlichen Ängsten geprägten Ort dar. Man darf nicht unterschätzen, dass es in Halbe auch Sympathien für die rechtsextreme Szene gibt und die soziale Kontrolle – wer dafür und wer dagegen ist, in kleinen Orten unangenehme Polarisierungen hervorrufen kann. Nach und nach schien nun aber das Eis zu brechen, die ersten Bürger in Halbe hatten den Anfang gemacht, jetzt kamen weitere Personen hinzu, die z.T. auch zunächst nur das Gespräch suchten, beim Bäcker, in der Apotheke, auf der Straße. Die Bündnismitglieder berichteten uns, dass sie durchaus mittlerweile mit einem gewissen Interesse und Achtung im Ort bedacht wurden, auch von Personen, die ihnen noch vor einem Jahr ganz anderes begegnet seien.

Viel Zeit sich darüber zu freuen, blieb den Mitgliedern allerdings nicht. Nach der Bundestagswahl im September 2005 und dieser letzten Stippvisite von Worch und seinen Anhängern blieben dem Bündnis nur noch knapp zwei Monate, sich auf den nächsten rechtsextremen Aufmarsch vorzubereiten. Zum ersten Mal werden alle im Potsdamer Landtag vertretenen demokratischen Parteien (SPD, PDS, CDU), in einem gemeinsamen Beschluss zum „Tag der Demokraten" in Halbe aufrufen. Neben dem lokalen Aktionsbündnis Halbe wird nun auch das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine weitere Veranstaltung in Halbe anmelden. Auf der Meile der Demokratie werden analog zum „Tag der Demokratie" im fränkischen Wunsiedel im August 2005



Flyer des lokalen Aktionsbündnisses zum „Tag der Demokraten“, 2005

Infostände und ein buntes Kultur- und Rednerprogramm zusammengestellt.

Hinzu kommt in Halbe eine eigene Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum 60. Jahrestag des Kriegsendes auf dem Waldfriedhof. Hier hält Innenminister Jörg Schönbohm eine viel beachtete und folgenreiche Ansprache, in deren Anschluss sich ein Großteil der Trauergäste dem „Tag der Demokraten“ anschlossen. Die darauf folgende spontan angemeldete Kundgebung an der Kreuzung Barutherstr./Ecke Teichmannstrasse zog eine stundenlange Blockade des Zugangs zum Waldfriedhof nach sich. Aufgrund der Massivität des Protestes war die Polizei letztendlich nicht in der Lage, den Rechtsextremen den Zugang zum Friedhof zu ermöglichen. Zum ersten Mal seit drei Jahren konnte somit zum Volkstrauertag die rechtsextreme Gedenkveranstaltung verhindert werden. Damit war für viele ein lang ersehntes politisches Ziel ohne ein gerichtliches Verbot wahr geworden.

An der friedliche Blockade der Straßenkreuzung Lindenstraße / Barutherstraße beteiligten sich am 12.11.2005 Hunderte von Menschen

Reflexion und Resümee der eigenen Beratungstätigkeit

Für knapp zwei Jahre haben wir unseren Beratungsschwerpunkt im Landkreis Dahme-Spreewald auf den Ort Halbe und die Thematik ‚Umgang mit den Toten des Zweiten Weltkrieges' gelegt. Seitdem die Denkwerkstatt Halbe ihre pädagogische Arbeit aufgenommen und erfolgreich ausbauen konnte und das lokale Aktionsbündnis Halbe zu einem Parteien übergreifenden, breiten Bündnis mit engagierten Mitgliedern aus zahlreichen Initiativen wurde, konnten wir uns aus der aktiven Beratungsrolle zurückziehen. Zusätzlich ist festzustellen, dass die Landesregierung selbst ihr Engagement in Halbe verstärkt hat. So

effektiv nun die finanzielle Förderung des breiten gesellschaftlichen Protestes mit öffentlichen Mitteln auch sein mag, aus unserer Sicht sollte trotzdem die Verhältnismäßigkeit der Aufwendungen gewahrt bleiben. Was ehrenamtliches Engagement über die Jahre in kleinteiliger Feinarbeit aufgebaut hat, darf nicht durch symbolische Gesten oder unangemessene Großveranstaltungen an Stichtagen ersetzt werden. Die Menschen in Halbe und in der Region nehmen dies sehr genau wahr und messen auch die Glaubwürdigkeit der Politik daran, angemessene Antworten auf drängende Fragen und Probleme in einer Gesellschaft zu finden. Hier soll auch noch mal die Arbeit der Denkwerkstatt hervorgehoben werden, deren finanzielle Ausstattung immer weit unter dem tatsächlichen Bedarf liegt und deren wertvolle pädagogische Arbeit mehr politische und finanzielle Unterstützung benötigt und verdient.

Insgesamt muss man sagen, dass wir in unserer Beratungsarbeit zu unterschiedlichen Widerstands- und Aktionsformen gegen die rechtsextremen Aufmärsche in Halbe ermuntert haben. Dennoch lag die selbst gestellte Aufgabe des „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ zunächst stärker in der direkten Verhinderung des rechtsextremen Heldengedenkens und weniger in medienträchtigen Aktivitäten, die sich darauf konzentrierten z. B. die Rechtsextremen in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen und ihnen so die Schau zu stehlen. Aus unserer Sicht hatte dies mindestens zwei Gründe: Einmal ließ das Trennungs- bzw. Deeskalationskonzept der Polizei den Demokraten nur minimale Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit für kreative Aktionen, die sich gegen die rechtsextremen Ver-

Jahresausklang in der Kneipe „Goldener Stern“ in Halbe, Dezember 2005

anstalter richteten, zweitens haben die Mehrzahl der Bündnismitglieder es immer als ihr gemeinsames Ziel empfunden, jegliche Formen von rechtsextremen Aktivitäten in Halbe zu verhindern.

Das MBT griff in diesem Beratungsprozess die Ideen und Impulse der Bündnispartner auf und ermutigte sie schon früh zu kreativen Protestformen. Gegen Rechtsextremismus wirft immer die Frage nach einem „Wofür?“ auf. Der Erfolg des Bündnisses liegt letztlich darin begründet, dass es eigene Aktivitäten entwickelt, die auch unabhängig von den Aufmärschen der Neonazis in Halbe und im Land hohe Akzeptanz und großen Zuspruch finden.

Das MBT hat sich in seiner Arbeit immer um eine All- bzw. Unparteilichkeit bemüht. Innerhalb von gesellschaftspolitischen Bündnissen kommt es häufig zu Konkurrenzen zwischen den unterschiedlichen politischen Partnern, besonders soweit Parteipolitik mit in die Bündnisarbeit einzufließen droht. Das MBT hat sich daher in parteipolitischen Diskussionen inhaltlich oft bewusst zurückzuhalten und sich nicht an Abstimmungen beteiligt. Dadurch konnten wir auch sensible oder sehr kritische Fragen stellen. Dennoch wurden wir bei schwierigen Themen gelegentlich dirket nach unserer Meinung gefragt. Dabei wurden wir tatsächlich als neutrale und unparteiische Personen wahrgenommen. Wir haben uns ebenfalls bemüht, unsere Rolle als externe Berater immer wieder zu klären, auch um unsere eigene Unbefangenheit, Urteilsschärfe und Glaubwürdigkeit nicht zu gefährden.

Als zentrale Aufgabe in der Beratung erscheint uns die so genannte Anschlussfähigkeit. Unter welchen Voraussetzungen haben externe Berater die Möglichkeit von Ratsuchenden ernst genommen und in ihrer Arbeit als hilfreich betrachtet zu werden? In erster Linie dann, wenn sich auf der Beziehungsebene kommunikative Prozesse erfolgreich gestalten lassen, wenn es eine Art partnerschaftliches Miteinander und keine Hierarchie untereinander gibt. Der Aufbau einer partnerschaftlichen Beziehung kann manchmal Jahre dauern, manchmal hilft der Zufall, eine kluge Idee, eine Weiterempfehlung oder gegenseitige Sympathie. Oft ist aber längere Beziehungsarbeit, also Kontaktpflege, das gegenseitige sich Wahrnehmen erforderlich, das Heraushören von Zwischentönen und eine gebotene Zurückhaltung in der Bewertung des Anderen, weiche Faktoren also, die Vorraussetzungen für einen erfolgreichen Beratungsprozess markieren.

Der Notwendigkeit, eine tragfähige Beziehung aufzubauen entspricht es am Ende eines Beratungsprozesses eine Beziehung aufzulösen, wenn sich der Beratungsauftrag erfüllt hat. Dies kann natürlich nur im Einvernehmen aller Beteiligten geschehen. Die beraterische

Begleitung des MBT ist aber prinzipiell als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt und geht bis zu einem Punkt innerhalb eines Prozesses, der entweder zu Beginn festgelegt wurde oder in der Regel erst im Laufe des Beratungsprozesses markiert werden kann. Im Falle unserer Beratungsarbeit des lokalen Aktionsbündnisses in Halbe deutete sich ein vorläufiges Ende mit der Vereinsgründung zur Förderung des Aktionsbündnisses gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe e.V. Anfang Juni 2006 an. Das Bündnis hatte zur besseren Selbstorganisation und zur finanziellen Verwaltung seiner Beiträge und Spenden einen Verein gründen können.

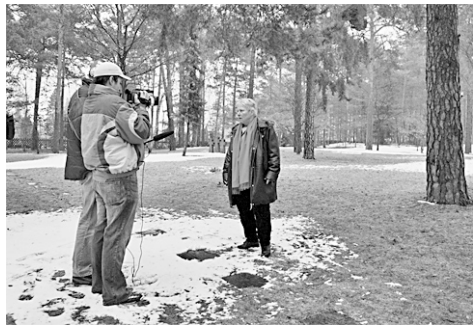
Die Arbeit des Bündnisses geht also weiter und wenn auch der Beratungsprozess als solcher beendet ist, bleibt man als Beratungsteam in einer Art ‚Standby-Funktion' in der Nähe der Akteure. Die Rolle des MBT hat sich aber verändert – wir sind jetzt bei Beratungen und Treffen nur noch gelegentliche Gäste, während das Bündnis selbstbewusst und zielstrebig seinen Kurs weiterfährt.

Am Ende geht die Arbeit weiter

Zu erwähnen sind darüber hinaus noch zum Schluss die zahlreichen Projekte, die begleitend die Arbeit der Denkwerkstatt und des lokalen Aktionsbündnis flankierten. Anzumerken wäre in diesem Fall das außergewöhnliche Rockfestival in Halbe „ Send a sign – Halbe bleibt bunt", das vom lokalen Aktionsbündnis als kultureller Beitrag besonders für Jugendliche des Landkreises im September 2006 organisiert wurde. Bei diesem Konzert wirkten allein sieben Bands aus der unmittelbaren Region mit und erhöhten damit auch die Akzeptanz des bisher eher mit politischen Themen an die Öffentlichkeit gehenden lokalen Aktionsbündnisses.

Und hervorheben wollen wir auch das medienpädagogische Videoprojekt „Kleines Halbe – Große Geschichte", das im Rahmen von Xenos (Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) mit Jugendlichen des Technologie- und Berufsbildungszentrum Königs Wusterhausen von November 2005 bis Mai 2006 durchgeführt wurde. Hier haben Jugendliche verschiedene Zeitzeugen zu der Geschichte der Kesselschlacht und des Waldfriedhofes interviewt, um sich zu den aktuellen Vorgängen in Halbe ein eigenes Bild zu machen. Die Qualität des Films, den wir in seiner Entstehung beraten haben, liegt in der unbefangenen und originellen Sichtweise von Jugendlichen. Sie erarbeiteten sich unter pädagogischer Anleitung

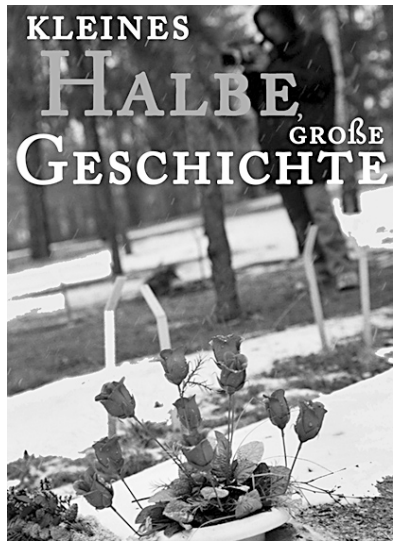
Spurensuche am Waldfriedhof



Die Pfarrerin Erdmute Labes im Interview

selbst ein Stück Wahrheit in diesem gesellschaftspolitischen Konflikt und trugen dazu bei, den gesellschaftlichen Dialog mit ihren Ergebnissen zu bereichern. Eine Sonderauflage der DVD des Films wurde mit der finanziellen Unterstützung des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung als pädagogisches Schulungsmaterial an weiterführende Schulen in Brandenburg verteilt. Auch einige Mitglieder aus dem lokalen Aktionsbündnis unterstützten und förderten dieses Projekt maßgeblich.

Darüber hinaus erhielt der Film zahlreiche Preise und sorgte dafür, dass der Waldfriedhof in Halbe, die noch lebenden Zeitzeugen der Kesselschlacht und die mutigen jugendlichen Filmemacher auch über Brandenburgs Landesgrenzen hinaus bekannt wurden.



Ein medienpädagogisches Zeitzeugenprojekt
www.kamerakultur.de

Jan Kasiske

Halbe 2007 – Mit Recht gegen Rechtsextrem? Über Möglichkeiten und Grenzen von Gesetzesänderungen zu Verboten von Aufmärschen Rechtsextremer

Ein Gespräch mit Jens Lehmann, Rechtsanwalt aus Berlin

Anfang März 2005 hat der Deutsche Bundestag Änderungen im Versammlungsgesetz und im Strafgesetzbuch vorgenommen, um rechtsextreme Versammlungen leichter verhindern zu können. Der Bundesrat hat der Föderalismusreform zugestimmt, so dass die Bundesländer seit September 2006 das Versammlungsrecht selbständig regeln können. So verabschiedete das Landesparlament in Brandenburg im Oktober 2006 ein neues Gräberstätten-Versammlungsgesetz, von den Medien auch „Lex Halbe" genannt. Es sieht die Einschränkung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit auf Gräberstätten und in ihrer unmittelbaren Umgebung vor.

Seit Jahren beschäftigen rechtsextreme Versammlungen Aktionsbündnisse, Gemeindevertretungen oder Medien sowie Gerichte, Polizei und Verwaltungen. Die Meinungen und Vorschläge dieser verschiedenen Gruppen zum Umgang damit sind von einer grundlegenden Ambivalenz geprägt: Die Mehrheit möchte solche Versammlungen aus moralischen und politischen Gründen verboten sehen, erkennt aber, dass Grundrechte für alle Menschen gleichermaßen gelten sollten. Mittlerweile gibt es eine Fülle juristischer sowie soziologischer Fachliteratur und TV-Beiträge zum Umgang mit Versammlungen und Aufmärschen von Rechtsextremen. Die Belastbarkeit unserer wertedemokratisch verfassten Gesellschaft in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen insbesondere bei Versammlungen steht immer wieder auf dem Prüfstand.

Auf der Kriegsgräberstätte in dem 1.200 Einwohner zählenden Ort Halbe liegen ca. 27.000 Tote aus den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges begraben. Jedes Jahr marschieren Rechtsextreme durch den Ort, um die gefallenen SS-Angehörigen und Wehrmachtssoldaten zu ehren. Seit 2002 wächst der Protest von Demokraten. 2005 bis 2007 standen sich jeweils mehr als 1.000 Kundgebungsteilnehmer gegenüber.

Doch helfen Versammlungsverbote oder Auflagen der Gerichte, diese Aufmärsche der Rechtsextremen zu verhindern? In unseren

Beratungen erleben wir häufig Unverständnis bezüglich richterlicher Entscheidungen, die Aufmärsche Rechtsextremer am Waldfriedhof in Halbe zu genehmigen. Einerseits ist das verständlich, andererseits können Gerichte niemals zivilgesellschaftliches Engagement ersetzen, unterstützen oder verbieten. So sollte dieses Interview gelesen werden, als Beitrag, diese komplexe Materie besser zu verstehen. Der Berliner Rechtsanwalt und Experte für Versammlungsrecht, Jens Lehmann, nimmt im folgenden Stellung zu einigen zentralen Fragen. Das Interview führte Jan Kasiske.

MBT: Herr Lehmann, viele Menschen, die die Rechtsprechung durch unsere Richter und Richterinnen nicht nachvollziehen können, fragen uns oft, warum die Gerichte im Fall Halbe nicht ähnlich wie im fränkischen Wunsiedel verfahren. Dort pilgerten alljährlich im August, noch bis ins Jahr 2004, Tausende von Neonazis an die Grabstätte von Rudolf Hess, um dort des von ihnen verehrten Stellvertreters Hitlers zu „gedenken". Dieses „Gedenken" wurde 2005 und 2006 vom Bundesverfassungsgericht (BverfG) verboten. Warum verfahren die Gerichte in Sachen Halbe nicht ähnlich?

Der Vergleich mit Wunsiedel drängt sich auf, beschreibt aber letzten Endes nur anhand eines anderen Beispiels dasselbe Problem. Denn im Falle Wunsiedel hat das Bundesverfassungsgericht bislang nicht etwa abschließend entschieden, dass Versammlungen am symbolträchtigen Todestag des Hitler-Stellvertreters Hess dort verboten werden können. Es hat seine Entscheidungen, mit denen es die Verbote bestätigt hat, vielmehr nur im sog. „einstweiligen Rechtsschutz" getroffen. In diesem Fall prüft das Gericht gar nicht, ob das Verbot der rechten Aufmärsche verfassungswidrig ist, sondern vergleicht lediglich die Folgen, die es hätte, wenn das Verbot aufgehoben würde, sich aber bei einer späteren eingehenden Prüfung herausstellen sollte, dass das Verbot rechtmäßig war, mit den Folgen, die es hätte, wenn das Verbot bestätigt wird, sich später aber herausstellt, dass es verfassungswidrig war, weil es die Rechtsextremen in ihren Grundrechten aus Art. 5 GG und Art. 8 GG verletzte. Im Falle Wunsiedel kam es zu der Auffassung, dass ein Verbot bis zur endgültigen Klärung der im vorherigen dargestellten verfassungsrechtlichen Bedenken im jeweiligen Jahr aufrecht erhalten werden konnte, weil die Rechtsextremen selbst durch Anmeldungen für viele Jahre im voraus gezeigt hatten, dass sie ihr Demonstrationsanliegen immer wieder anzubringen beabsichtigen. Der Verlust, in

einem Jahr einmal nicht demonstrieren zu können, wiege deshalb nicht so schwer, weil im nächsten Jahr zum selben Anlass ggf. ja wieder demonstriert werden könne. Nachdem das BVerfG diese Argumentation bereits zweimal seiner Bestätigung der Versammlungsverbote für Wunsiedel zugrunde gelegt hat, kann es sich in diesem Jahr allerdings nicht noch einmal auf die nächsten Jahre verweisen. Es hat deshalb bereits angekündigt, bis zum August 2007 nunmehr „in der Hauptsache" verbindlich über die Fragen der Verfassungsmäßigkeit der Versammlungsverbote für Wunsiedel zu entscheiden. Schon jetzt lässt sich voraussagen, dass mit diesem Urteil auch eine Vorentscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der Lex Halbe verbunden sein dürfte.

MBT: Bei den Überlegungen, wie diese – insbesondere auf Zeitzeugen provozierend wirkenden – Aufmärsche Rechtsextremer zu verhindern seien, werden wir immer wieder gefragt, warum denn der Artikel 139 Grundgesetz juristisch nicht dazu taugt, solche öffentlichen Auftritte Rechtsextremer unmöglich zu machen. Warum hilft dieser Artikel – der so genannte Entnazifizierungsartikel – da nicht weiter?

Der Name „Entnazifizierungsparagraf" lässt schon den historischen Kontext erkennen, aus dem er stammt. Es handelt sich um eine Vorschrift, die bei Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahr 1949 eine Ausnahme zum so genannten Sonderrechtsverbot (des Art. 5 Abs. 2 GG) für die von den Alliierten in Kraft gesetzten Entnazifizierungsregeln schaffen sollte. Sein Sinn war eine Durchbrechung des Verbotes ausschließlich für die damals geltenden Regelungen. Nach deren Außerkrafttreten hat der Art. 139 GG seinen Anwendungsbereich verloren. Er kann insbesondere nicht mehr zur Durchbrechung des Sonderrechtsverbotes für neue, erst jetzt geschaffene Regelungen wie die Lex Halbe herangezogen werden.

MBT: Warum hat eigentlich der Versuch des Amtes Schenkenländchen mit der Gemeinde Halbe, den Bereich vor dem Friedhofsvorplatz in Privatland umzuwidmen – und damit per Hausrecht und Sondergenehmigung zu entscheiden, wer ihn nutzt – nicht geklappt?

Das war ein lobenswerter Versuch, der letztlich vor dem OVG bereits im Jahr 2005 gescheitert ist, weil erstens nachgewiesen werden konnte, dass die Zufahrt zum Friedhof in der Vergangenheit immer

schon als öffentlicher Weg genutzt wurde; und zweitens die erforderliche öffentliche Bekanntgabe dieser beabsichtigten Umwidmung formal nicht korrekt erfolgte. Beidem wird man meines Erachtens zustimmen müssen. Unabhängig von dem verständlichen Anliegen, die rechtsextremen Aufmärsche auch von der Umgebung des Waldfriedhofes fernzuhalten, ließen sich mit dieser Herangehensweise weiträumige „versammlungsfreie Zonen" an allen möglichen politisch symbolträchtigen und damit als Versammlungsorte besonders reizvollen Orten schaffen. Letzten Endes wäre die demokratische Versammlungskultur das Opfer solcher Maßnahmen.

MBT: Herr Lehmann, jahrelang konnten die Rechtsextremisten juristisch offenbar ungehindert ein sogenanntes Heldengedenken wie z. B. am Waldfriedhof in Halbe bis zum März 2007 abhalten. Was war denn vorher anders im Gesetz hinsichtlich solcher Aufmärsche?

„Ungehindert" stimmt so nicht ganz. Denn auch in den Jahren vor den von Ihnen angesprochenen Gesetzesänderungen gab es Beschränkungen der rechtsextremen Aufmärsche in Halbe. So bestätigte 2003 das OVG Frankfurt (Oder) etwa die Entscheidung des Amtes Schenkenländchen, den Rechtsextremen die nach der Friedhofssatzung für die Benutzung des Waldfriedhofes für ihr so genanntes Heldengedenken erforderliche Ausnahmegenehmigung zu versagen. Stattfinden konnte der Aufmarsch allerdings vom Bahnhofsvorplatz bis zum Parkplatz vor dem Waldfriedhof. Denn, so argumentierte das OVG, „es liegt auf der Hand, dass der zweifellos gebotene Schutz des Waldfriedhofes als eines Ortes des stillen Gedenkens und des Schutzes seiner Besucher vor Störungen für sich genommen nicht dazu führen kann, auch in einem weiten Umkreis der geschützten Gedenkstätte, etwa in der gesamten Ortschaft Halbe, Versammlungen zu unterbinden." Deshalb erlaubte das OVG den Rechtsextremen, den Friedhofsvorplatz zu nutzen. Allerdings beschränkte es die Dauer auf maximal eine Stunde, da „wegen der unmittelbaren räumlichen Nähe" zum Friedhof „eher die Gefahr einer Beeinträchtigung des Widmungszwecks des Friedhofs besteht als bei einer in einiger Entfernung, etwa auf dem Bahnhofsvorplatz durchgeführten Versammlung." Um der stillen Einkehr und dem Gedenken an Krieg und Gewaltherrschaft, die der Ort ermöglichen will, Rechnung zu tragen, ohne das Grundrecht der Versammlungsteilnehmer nach Art. 8 I GG (Versammlungsfreiheit), über Ort und Zeit der Versammlung selbst zu bestimmen gänzlich

zurück treten zu lassen, hielt das OVG die zeitliche Einschränkung für geboten.

MBT: Bekanntlich galt das auch im Jahr 2004 noch. Damals mussten sich dann die Gegendemonstranten am Bahnhofsvorplatz aufhalten, während die Rechtsextremen sogar mit 1600 Teilnehmenden ihr „Heldengedenken" abhalten konnten; zwar mit den von Ihnen beschriebenen Auflagen, aber verhindert werden konnte das durch diese Rechtsprechung nicht. Wie sah die Rechtslage ein Jahr später aus?

Erste Änderungen der Rechtslage gab es dann im Jahr 2005. Im Frühjahr des Jahres beschloss der Bundestag eine Änderung des damals noch in der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers liegenden Versammlungsgesetzes (VersG): Durch das „Gesetz zur Änderung des Versammlungsgesetzes" vom 24.3.2005 wurde die Möglichkeit, eine Versammlung durch Auflagen zu beschränken oder ganz zu verbieten, wenn „die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist", konkretisiert. Nach dem neu in § 15 VersG eingeführten Absatz 2 kann eine Versammlung „insbesondere" verboten oder beschränkt werden, wenn

1. die Versammlung oder der Aufzug an einem Ort stattfindet, der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnert, und
2. nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung konkret feststellbaren Umständen zu besorgen ist, dass durch die Versammlung oder den Aufzug die Würde der Opfer beeinträchtigt wird"

Welche Orte unter Satz 1 Nr. 1 fallen sowie deren Abgrenzung sollte durch Landesgesetz bestimmt werden. Für Brandenburg geschah dies durch das sog. Gedenkstättenschutzgesetz, das am 26.5.2005 in Kraft trat. Es bestimmt als Orte, die in Brandenburg als Gedenkstätten von historisch herausragender Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnern, die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in Fürstenberg/Havel und die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen in Oranienburg. Von einer Erfassung des Waldfriedhofes in Halbe wurde abgesehen. Offenbar, weil man – wie ich meine zutreffend – davon ausging, dass er nicht die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 1 erfüllt.

MBT: Wie wirkte sich denn dann das sog. Gesetz zur Ausführung des Gräbergesetzes im Land Brandenburg auf die Aufzüge der Rechtsextremen aus?

Um gleichwohl Versammlungen in Halbe leichter als bislang verbieten zu können, nahm der brandenburgische Gesetzgeber die Umsetzung der geänderten Gesetzlage im Versammlungsgesetz des Bundes zum Anlass, in einem zweiten Teil des brandenburgischen Gedenkstättenschutzgesetzes ein Gesetz zur Ausführung des Gräbergesetzes im Land Brandenburg zu verabschieden. In der Gesetzesbegründung heißt es zur Bedeutung der Gräberstätte in Halbe, sie werde „auf Grund ihres besonderen Symbolwertes regelmäßig für Veranstaltungen in Anspruch genommen, die nationalsozialistisches Unrecht verherrlichen oder verharmlosen und die dadurch nicht nur am Ort der Gräberstätte das Andenken und die Würde der auf ihr ruhenden Opfer des Krieges, sondern darüber hinaus insbesondere auch das Andenken und die Würde der auf anderen Gräberstätten ruhenden Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft beeinträchtigen und die damit zugleich die Würde der Überlebenden sowie der Angehörigen, Hinterbliebenen und Nachkommen der Opfer beinträchtigen als auch das Ansehen des Landes Brandenburg schädigen."

MBT: Das Gesetz dient dem Ziel, den Schutz des Widmungszweckes von Grabstätten zu verbessern, die an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft erinnern. Was steht denn dazu im Gesetzestext?

Im Einzelnen soll der Schutz des Widmungszwecks der Gräberstätten dadurch erreicht werden, dass Gräberstätten zunächst als „Orte der stillen Einkehr und des ungestörten Gedenkens der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" definiert werden. Für sie gilt: „Veranstaltungen die besorgen lassen, dass sie die Würde von Opfern verletzen, die Erinnerung an die schrecklichen Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft oder die Ruhe der Toten stören oder in sonstiger Weise entgegen dem Widmungszweck nach § 2 die Würde oder Stille des Ortes beeinträchtigen könnten, sind auf Gräberstätten nicht erlaubt". Ferner sollen Veranstaltungen, die auf einer Gräberstätte nicht erlaubt sind oder dort nicht erlaubt wären, auch in ihrer unmittelbaren und engen räumlichen Nähe nicht durchgeführt werden, soweit sie den Zugang zu ihr unzumutbar erschweren würden oder mit dem Widmungs-

zweck nicht in Einklang stünden. Zum dritten wird geregelt, dass Veranstaltungen auf Gräberstätten einer Erlaubnis bedürfen.

MBT: Was erhofften sich die Gesetzgeber von diesen Vorschriften?

Durch diese Neuregelung schien ein effizienterer Schutz auch des räumlichen Umfeldes des Waldfriedhofes gewährleistet. Das OVG Berlin/Brandenburg, das im Herbst 2005 erstmalig das neue Gesetz anzuwenden hatte, sah dies jedoch anders. Es entschied, dass die Rechtsextremen am Vortag des Volkstrauertags ihren Aufmarsch bis zum Vorplatz des Waldfriedhofes durchführen durften. Das OVG begründete seine Entscheidung mit den grundrechtlich geschützten Freiheiten, insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Konkret sei es dem Staat versagt, aus einem bestimmten anzunehmenden Gedankengut eines einzelnen oder einer Gruppe auf eine Verletzung des gesetzlich bestimmten Widmungszweckes zu schließen, soweit es um die unmittelbare Nähe zum Friedhof gehe.

MBT: Viele Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt auch die Landtagsabgeordneten des Brandenburgischen Parlaments, beurteilten die von Ihnen skizzierte Rechtslage immer noch als unzureichend, um Aufmärsche der Rechtsextremisten zu verhindern. Im März 2007 mussten die Rechtsextremen ihren Aufmarsch an einer Absperrung weit vor dem Waldfriedhof in Halbe enden lassen. Was hat sich denn tatsächlich juristisch geändert?

Nachdem nun das neu geschaffene Gesetz zur Ausführung des Gräbergesetzes nach Auffassung des OVG diese Aufmärsche nicht vollständig verhindern konnte, machte der Gesetzgeber im Jahr 2006 von der ihm im Zuge der Föderalismusreform inzwischen übertragenen Kompetenz, das Versammlungsrecht als Ländersache zu regeln, Gebrauch.

Mit dem „Gesetz zur Ersetzung von § 16 des Versammlungsgesetzes“ wurden „öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf Gräberstätten sowie in dem durch oder auf Grund dieses Gesetzes bestimmten Bereich der unmittelbaren und engen räumlichen Nähe von Gräberstätten“ verboten.

Lediglich „im Einzelfall kann die zuständige Behörde auf Antrag des Veranstalters eine Ausnahme vom Verbot nach Absatz 1 erteilen,

es sei denn, der äußere Ablauf oder der Gegenstand der Versammlung oder des Aufzugs, insbesondere auch eine vorgesehene nicht strafbare Kundgabe bestimmter Meinungen, lässt besorgen, dass 1. an Formen oder Inhalte nationalsozialistischen Heldengedenkens oder von Verlautbarungen des Oberkommandos der Wehrmacht oder an bestimmte kennzeichnende Gebräuche und Gepflogenheiten nationalsozialistischer Organisationen angeknüpft wird, 2. das Unrecht eines Angriffskriegs, einer Gewaltherrschaft, von Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder von Kriegsverbrechen auch nur teilweise geleugnet, gebilligt oder verharmlost wird oder 3. die verantwortliche oder auch nur tatsächliche Mitwirkung an diesem Unrecht oder an der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, auch nur in Ansehung soldatischer Leistungen, als ehrenhaft oder sonst vorbildlich dargestellt wird".

Für die Gräberstätte „Waldfriedhof Halbe" wurde der Bereich der unmittelbaren und engen räumlichen Nähe unmittelbar im Gesetz bestimmt. Er umfasst danach „die an sie angrenzenden und zum Betreten oder Befahren bestimmten oder geeigneten Flächen 1. der Ernst-Teichmann-Straße vom Abzweig des Weges am Friedhof an, einschließlich der Park- und Wendefläche vor dem Haupteingang zur Gräberstätte, 2. des Friedhofes der Gemeinde Halbe einschließlich der Fläche des Denkmals an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, sowie 3. des Weges am Friedhof und des Weges, der in Verlängerung dieses Weges entlang der Einfriedung der Gräberstätte um diese herum bis auf die Ernst-Teichmann-Straße führt".

Ob dieses neuerliche Tätigwerden des Gesetzgebers allerdings künftig die Aufmärsche der Rechtsextremen auch in der Nähe des Waldfriedhofes verhindern können wird, bleibt abzuwarten. Denn im Jahr 2006 kam das Gesetz noch nicht zur Anwendung, da es erst nach der Verwaltungsentscheidung über den Aufmarsch der Rechtsextremen in Kraft trat. Der Erfolg des Jahres 2006, mit dem die Demonstration auch im weiteren Umfeld des Waldfriedhofes verhindert werden konnte, beruhte also auf einer inzwischen nicht mehr geltenden Rechtslage.

Im März 2007 kam erstmals die soeben dargestellte neue Gesetzeslage zur Anwendung. Da das Bundesverfassungsgericht von den Rechtsextremen meines Wissens nach bei dieser Gelegenheit aber nicht angerufen wurde, bleibt es abzuwarten, ob das Gesetz mit Blick auf den Schutz der Versammlungs- und – vor allem – der Meinungsfreiheit Bestand hat.

MBT: Sollten oder können sich denn die vielen Tausend Demokraten, die mittlerweile in Halbe protestieren, auf diese Rechtslage verlassen? Mit anderen Worten: Sind diese Gesetzesänderungen Ihrer Meinung nach denn überhaupt verfassungsgemäß?

Die Frage ist berechtigt, denn in der Tat scheint mir die Verfassungsmäßigkeit der bereits als „Lex Halbe" bezeichneten Neuregelung des Brandenburgischen Gesetzgebers zweifelhaft. Zunächst sieht Art. 8 GG, der die Versammlungsfreiheit schützt, in Absatz 1 ausdrücklich das Recht vor, „sich ohne Anmeldung und Erlaubnis" zu versammeln. Das Recht umfasst insbesondere grundsätzlich auch die freie Wahl des Ortes und Tages. Die „Lex Halbe" legt aber fest, auf dem Waldfriedhof und in dessen Umgebung seien Versammlungen grundsätzlich nicht erlaubt. Dies ist mit dem Gedanken der Erlaubnisfreiheit nur schwer vereinbar!

MBT: Nun ließe sich einwenden, dass Versammlungen ja erlaubt werden können, wenn sie nicht die im Gesetzestext aufgeführten nationalsozialistischen oder militaristischen Inhalte propagieren?

Umgekehrt heißt das aber, dass Versammlungen, die sich irgendwie unter diese Begriffe bringen lassen, allein deswegen verboten sein sollen, ohne dass sie gegen Strafgesetze verstießen! Das verstößt meines Erachtens gegen Art. 5 Abs. 1 GG. Dieser garantiert das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Das Recht findet, so besagt Art. 5 Abs. 2 GG, seine Schranken „ausschließlich in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze."

MBT: Aus juristischer Sicht machen Sie demnach wenig Hoffnung auf eine dauerhafte Verbotsregelung?

Ich bin zumindest skeptisch, denn „allgemein" heißt dabei, dass sich Beschränkungen der Meinungsfreiheit niemals gegen einen bestimmten Meinungsinhalt richten dürfen. Die Regelung wird deshalb auch als „Sonderrechtsverbot" oder als „Gebot der Meinungsneutralität" bezeichnet. Durch die Lex Halbe wird nun aber explizit an bestimmte Meinungsinhalte angeknüpft. Da es vom Sonderrechtsverbot keinerlei Ausnahmen gibt, scheint die Lex Halbe, auch und gerade wegen

Verstoßes gegen das sog. Sonderrechtsverbot des Art. 5 Abs. 2 GG, verfassungswidrig.

MBT: Mit Blick auf die von Ihnen dargestellten Verfassungsfragen bleibt abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Vielen Dank für das Gespräch.

Jens Lehmann ist Rechtsanwalt in Berlin und Referent der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für den BND-Untersuchungsausschuss. Er promoviert derzeit zum Thema „Versammlungsbeschränkungen an symbolträchtigen Orten" Bei den von ihm im Interview vertretenen Positionen handelt es sich ausschließlich um seine persönliche juristische Einschätzung.

Michael Kohlstruck, Daniel Krüger

„Die Treue ist das Mark der Ehre“

Ein besonderer Typ rechtsextremer Demonstrationen stellt die Erinnerung an einzelne Verstorbene oder das Gedenken an die Toten der Weltkriege in den Mittelpunkt. Solche Demonstrationen werden gezielt für Orte im Umfeld von Soldatenfriedhöfen geplant.

In Halbe (Landkreis Dahme-Spreewald, etwa 40 km südöstlich von Berlin) wurde diese Tradition nach der deutschen Vereinigung begründet, als erstmals 1990 eine rechtsextreme Demonstration stattfand. Über Jahre hinweg wurde für die politischen Gedenkmärsche ein Termin um den Volkstrauertrag gewählt. In den letzten Jahren setzten die Anmelder solcher Demonstrationen zusätzlich zu den Herbstveranstaltungen weitere Demonstrationen im Juni 2005 bzw. im März 2006 an. Im Jahr 2007 riefen sie für den 3. März zu einer – wie man annahm – ersten Demonstration auf. Für diese Veranstaltung wählten sie das Motto „Die Treue ist das Mark der Ehre“.[1]

Im Folgenden soll einigen Fragen nachgegangen werden, die mit der Wahl des Ortes, des Zusatztermins und des Mottos verbunden sind. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Entscheidung für bestimmte Orte, Termine und Motti wichtige Elemente in der symbolischen Selbstdarstellung der rechtsextremen Akteure sind. Dies gilt um so mehr, wenn es sich – wie bei den neonazistischen – um relativ kleine, randständige und vor allem um stark angefeindete politische Gruppen handelt. Ihre weltanschauliche Grundlage und ihre politischen Ziele begründen teils eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz, teils eine strafrechtliche Verfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Dies hat zur Folge, dass sie ihre fundamentaloppositionellen Positionen nicht direkt, sondern in Anspielungen oder mit mehrdeutigen symbolischen Verweisungen präsentieren. Um ein Echo zu erzielen, das ihre reale Bedeutung übersteigt, müssen sie die Medien auf sich aufmerksam machen. Gezielte und kalkulierte Verstöße gegen herrschende Regeln sind dabei probate Mittel. Direkte Gesetzesverstöße sind weniger gut geeignet, da sie Sanktionen und Handlungseinschränkungen nach sich ziehen und auf potenzielle

[1] „Halbe: Zweite Front eröffnet“, in: http://www.freier-widerstand.net/index.php?id=1264, aufgerufen am 14.11.2006.

Anhänger abschreckend wirken können. Deshalb werden eher Verstöße gegen die Regeln der politischen Kultur gewählt, gegen eine symbolische Ordnung, die nicht strafbewehrt ist und doch zwischen dem unterscheidet, was in der politischen Kommunikation zulässig ist und was nicht. Das Motto vom März 2007 stellt eine solche Provokation dar.

Warum gerade Halbe?

Für den Demonstrationsort Halbe entscheiden sich Rechtsextreme, da sich dort einer der größten deutschen Soldatenfriedhöfe befindet.[2] Im Gebiet um Halbe hatte im April 1945 die letzte große Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs stattgefunden. Rund 60.000 Menschen wurden getötet. Auf dem Waldfriedhof liegen über 22.000 Wehrmachtssoldaten, ortsansässige Zivilisten und Flüchtlinge begraben.[3]

Der Zweite Weltkrieg und die große Zahl von gefallenen Wehrmachtssoldaten sind für Neonazis ein Thema, das sie ihrer spezifischen Interpretation unterwerfen. Ihre Deutung steht in bewusstem Gegensatz zu demokratischen Geschichtsbildern; sie steht auch im Widerspruch zu den Ergebnissen der geschichtswissenschaftlichen Forschung.

Der Zweite Weltkrieg wird von rechtsextremer Seite als ein Verteidigungskrieg dargestellt, der in Übereinstimmung mit den damaligen ethischen und rechtlichen Standards des Kriegsrechts geführt worden sei. Von Ausnahmen abgesehen, so die rechtsextreme Behauptung, habe die Wehrmacht ehrenhaft gekämpft. Damit leugnet diese Geschichtsschreibung die Tatsache, dass bereits in den Planungen wie dann auch in der Durchführung der Krieg im Osten wie im Südosten Europas als ein Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt wurde. Sie leugnet, dass dieses Konzept zurückging auf die Rassenideologie und die imperialistischen Ziele der Nationalsozialisten.

[2] Rechtsextreme Demonstranten fanden sich 1990 und 1991 am Volkstrauertag in Halbe ein. Zwischen 1992 und 2002 blieben die Demonstrationen verboten. Von 2003 bis 2006 fanden rechtsextreme Demonstrationen statt. Vgl. Initiative gegen das Heldengedenken in Halbe (Hrsg.): _Gegen das Heldengedenken in Halbe_ Eine Informationsbroschüre, Berlin 2004; die für den Herbst 2007 vorliegende Anmeldung einer zweiten Demonstration wurde zurückgezogen (Berliner Zeitung, 6.11.2007).

Die Bestrebungen einer ethischen Normalisierung des Zweiten Weltkrieges stehen in dem weiteren Zusammenhang einer positiven Stilisierung der „eigenen" Geschichte: In der Frage, was als eigene Geschichte verstanden wird, folgt der Rechtsextremismus dem völkischen Denken. Im Mittelpunkt steht damit nicht die einzelne individuelle Person, sondern das „Volk". Das Konzept von Volk ist denkbar eng: Zum eigenen Volk gehören nur diejenigen, die „gleichartig" sind, die hinsichtlich der Abstammung, der Sprache und der Kultur „gleich" sind.

Bereits hier wird deutlich, dass diese Vorstellung von Volk wenig zu tun hat mit der Wirklichkeit: Die Vorstellung, eine politische Einheit könne eine Gemeinschaft von Gleichartigen sein, geht an den Realitäten des Lebens vorbei. Schon immer waren menschliche Gemeinschaften durch Vielfalt in Herkunft, Sprache, Kultur, Religion u. a. gekennzeichnet. Nur mit immenser Gewalt, durch Diskriminierung, Vertreibung und ethnische Säuberungen ließen sich zeitweise relativ homogene Sozialitäten formieren.

Im Gegensatz dazu geht das Konzept des Volkes in der Demokratie von einer qualitativen Vielfalt und Unterschiedlichkeit aus. Die Zugehörigkeit zum Staatsvolk wird hier verbunden mit Rechten und Pflichten. In dieser Hinsicht sind die Staatsbürger gleichgestellt, sie gelten als Gleiche in der Mitwirkung an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung.

Aus rechtsextremer Sicht stellt die Herkunftsgemeinschaft des Volkes den höchsten Wert dar. Für das eigene Handeln kommt es darauf an, seine Existenz, seinen Einfluss und seine Eigenarten zu erhalten und zu erweitern. Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hat dies in seiner Rede bei der Kundgebung am 3. März 2007 in Halbe deutlich formuliert: „Der Sinn des Lebens ist das Leben selbst. Und wir haben die Aufgabe, uns zu erhalten, als deutsches Volk mit einer deutschen Identität."[4] Damit ist „Volk" nicht lediglich ein politischer Grundbegriff, sondern ein moralischer Wert.

Aus völkischer Sicht ist die einzelne Person dem Ganzen des Volkes nachgeordnet. Nur in diesem abgeleiteten Sinn, als Angehörige ihres Volkes, haben die Individuen überhaupt eine Bedeutung. Das Leben

[3] Vgl. Richard Lakowski/Karl Stich: Der Kessel von Halbe 1945. Das letzte Drama, Berlin 1997, S. 138, 143.

[4] Zitiert nach Maurice Reisinger, Agentur Ahron.

des Volkes vollzieht sich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Als Einheit dieser drei Zeitdimensionen ist Geschichte im völkisch-rechtsextremen Denken Geschichte von Völkern, also von Kollektiven. Die Vergangenheit des Volkes gibt in der Sicht des völkischen Denkens Aufschluss über das, was das Volk ausmacht und was es von anderen Völkern in seinem Wesen unterscheidet.

Die kritische Auseinandersetzung, die seit 1945 mit der verbrecherischen Vergangenheit des NS-Regimes geführt wird, stellt aus der Sicht des Rechtsextremismus einen Makel dar, der getilgt werden muss. Sowohl in der antifaschistischen Staatskultur der DDR wie in den Lehren, die man institutionell mit der Gründung der Bundesrepublik im Westen gezogen hatte, war das völkische Denken entwertet worden: Als Wertfundamente wurden universalistische Prinzipien, also Sozialismus und Frieden im Osten oder Demokratie und Freiheit im Westen etabliert, die Reinhaltung der „eigenen Art", die territoriale Erweiterung und die Steigerung der Macht des eigenen „Volkes" waren als Leitprinzipien staatlicher Politik delegitimiert. Die Etablierung von universalen, nicht allein für „das deutsche Volk" geltenden Werte bedeutete die Absage an ein Denken, in dem Volk als Gemeinschaft der Gleichartigen den höchsten Wert darstellt. Im Lichte dieses universalistischen Denkens stellt sich die NS-Phase der deutschen Vergangenheit eben nicht als eine unter mehreren gleichrangigen Phasen dar, sie ist ethisch gerade nicht neutral, sondern wird zu Recht als verbrecherisch bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Rechtsextremismus seit 1945 auf drei Hauptstrategien in seiner Erinnerungspolitik konzentriert: Eine Variante besteht darin, die Darstellung der damaligen Zeit lediglich im Horizont des eigenen völkisch-partikularistischen, auf die Steigerung des Volkes gerichteten Bewertungsmaßstabes vorzunehmen. Dies geschieht in aller Regel implizit, ohne tatsächlich in eine offene Auseinandersetzung mit dem universalistischen Denken einzutreten. Eine zweite Variante besteht in Versuchen, die Darstellung von Verbrechen der NS-Zeit als unglaubwürdig und fehlerhaft erscheinen zu lassen. Damit soll deren systematischer Charakter unterschlagen wie Ausmaß und Intensität im einzelnen Fall verringert werden. Eine dritte Variante schließlich besteht darin, sich nicht auf die von Deutschland zu verantwortenden Verbrechen zu beziehen, sondern auf Kriegs- und andere Verbrechen, die von anderen Nationen begangen worden sind. Diese Strategie zielt auf eine Relativierung der Verurteilung, auf eine „Rehabilitierung durch Normalisierung", insofern zu zeigen versucht wird, dass Makroverbrechen auch bei anderen Völkern begangen wurden.

In allen Fällen geht es darum, die NS-Vergangenheit nicht als verbrecherische Ausnahme, sondern als normal erscheinen zu lassen. Damit soll sie den politischen, rechtlichen und moralischen Verurteilungen entzogen und als Geschichte verstanden werden, in die sich der „Geist der Volkes“ verbindlich eingeschrieben hat. Nur so bleibt Vergangenheit als Hauptdimension des völkischen Lebens gewahrt.

Diese Überlegungen machen deutlich, warum Geschichtsdeutung generell für das völkische Denken eine hohe Bedeutung hat. Werte und Normen der Gegenwartsorientierung können nicht aus universalen Grundsätzen abgeleitet werden, so dass sie an einer – natürlich ideologisierten – Geschichte des eigenen Volkes „abgelesen“ werden.

Die rechtsextremen Erinnerungszeremonien in Halbe gelten der Erinnerung an die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite Gefallenen und auf dem Waldfriedhof beigesetzten Soldaten. Ihrer wird in einem bestimmten Sinne gedacht: In rechtsextremer Sicht gelten sie als Angehörige einer ehrenhaft kämpfenden Armee, ja sie werden als „Helden“ verehrt, da sie Mut und Tapferkeit bewiesen hätten. Sie hätten gegen eine große Übermacht von Feinden durchgehalten bis sie schließlich besiegt worden seien.

Bis in die Sprache der Slogans und der Reden hinein lässt sich verfolgen, wie im einzelnen die moralische Normalisierung angelegt ist: Von den konkreten Zeitumständen, dem ideologischen System und den verbrecherischen Zielen der Kriegsführung ist nie die Rede. Im Zentrum steht das Militärische, Politik insgesamt wird ausgeblendet. Die Abstraktion von Politik bei der Würdigung der soldatischen Leistungen negiert systematisch den zeitgenössischen Zusammenhang, ja sie muss ihn negieren, um einen einzigen Gesichtspunkt zu verabsolutieren. Die Konzentration auf den kleinen Ausschnitt des individuellen Verhaltens und Empfindens, des Zusammenhalts der Kameradschaft und dergleichen, kurz: die Beschränkung auf die Mikroebene ist die Voraussetzung für eine Glorifizierung von individuellen Tugenden. Nur das konsequente Ausblenden von Ziel und Zweck des Zweiten Weltkrieges, die Nicht-Thematisierung der Ressourcenverhältnisse zwischen „der Achse“ und den Alliierten, das Absehen von der Entmachtung des Militärs zugunsten des sogenannten Führers, die Dominanz voluntaristischer Konzepte gegenüber professionellem Kriegshandwerk, erlauben es, den Zweiten Weltkrieg so zu entkonkretisieren, dass er als eine anthropologische Normalität, als bloßer „Krieg“ oder „Kampf“ in das Weltbild des völkischen Denkens passt und dort als eine legitime vitale Lebensäußerung „des Volkes“ im Kampf um Selbst-

behauptung fungieren kann. Um die Schlacht von Halbe für das völkische Denken nutzbar zu machen, muss von allen verbrecherischen Entscheidungen und allen Fehlern der deutschen Führung abgesehen werden; erst daraus resultiert das Artefakt von „Helden", die „für ihr Volk" gekämpft haben und dabei gefallen sind.

Die Neonazis konstruieren sich damit eine Geschichte, deren Tradition sie dann selbst fortzusetzen behaupten. Sie werten sich auf, indem sie das Erbe der „gefallenen Helden" antreten. Wie diese damals das Vaterland militärisch gegen die Feinde verteidigt hätten, verteidigten „ihre Enkel" Deutschland heute gegen „Überfremdung" und eine vermeintlich antideutsche politische Elite.

Warum wird für das „Heldengedenken" ein Termin im März gewählt?

Seit 1920 wurde vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK) angeregt, einen Volkstrauertag zur Erinnerung an die deutschen Toten des Ersten Weltkriegs einzuführen.[5] Die kontroversen Diskussionen um ein angemessenes und praktikables Datum für einen solchen Gedenktag zogen sich über Jahre hin. Für 1926 legte die Reichsregierung den Volkstrauertag für den Sonntag Reminiscere, den fünften Sonntag vor Ostern fest. Der Volkstrauertag war damit ein beweglicher Feiertag ohne festes kalendarisches Datum und mit dem Kirchenjahr verbunden. Das Datum blieb umstritten, eine verbindliche reichseinheitliche Regelung kam bis zum Ende der Weimarer Republik nicht zustande.

Während der NS-Herrschaft wurde der Volkstrauertag verschiedenen Neuregelungen unterworfen. Zunächst wurde der Termin belassen, aber die Bezeichnung per Gesetz verändert: Seit 1934 wurde nicht der Volkstrauertag, sondern der „Heldengedenktag" begangen.[6] Seit dem Heldengedenktag 1935 wurde nicht mehr halbmast sondern vollstock geflaggt. Eine Anweisung Hitlers legte 1939 den „Heldengedenktag" auf den „Tag der Wehrfreiheit", den 16. März. Am 16. März

[5] Vgl. zum folgenden Fritz Schellack: Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945. Frankfurt a.M. 1990; Thomas Peter Petersen: Der Volkstrauertag – seine Geschichte und Entwicklung, Bad Kleinen 1998.

[6] Vgl. Wolfgang Bergsdorf: Sprachlenkung im Nationalsozialismus, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, Bonn 1980, S. 65-74; vgl. Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1998, S. 304f.

1935 war die allgemeine Wehrpflicht im Deutschen Reich wiedereingeführt worden. Falls der 16. März nicht auf einen Sonntag fiel, wurde der Heldengedenktag am jeweils vorangehenden Sonntag gefeiert. Mit dieser Datierung war die Verbindung zum Kirchenjahr gelöst.

Das politische Gedenken der Weltkriegstoten als „Heldengedenken" zu begehen und dazu einen Märztermin zu wählen, bedeutet – wie dies der „Freundeskreis Halbe" selbst formuliert hat – die Nazi-Tradition fortzuführen. Das deutsche Volk wird damit als Opfer der Geschichte dargestellt, das sich rechtmäßig verteidigt hat. Die getöteten Soldaten gelten deshalb als Helden, die im Kampf für die Freiheit ihres Volkes gefallen sind.

Was hat es mit dem Motto auf sich?

Als Motto für die Demonstration am 3. März 2007 wurde eine Sentenz gewählt, die für das heutige Denken befremdend wirkt: „Die Treue ist das Mark der Ehre". Für die meisten heutigen Zeitgenossen sind Begriffe wie „Treue" und „Ehre" in politischen Zusammenhängen pathetische Sonntagswörter, die man selbst kaum verwendet. Eine solche Irritation ist wohl beabsichtigt; die Demonstrationsveranstalter greifen mit der Wahl dieses Mottos auf eine Vorstellungs- und Wertwelt der Vergangenheit zurück. Die Entscheidung für ein historisches Motto, das, wie zu zeigen sein wird, vor rund 200 Jahren entstanden ist und seinerseits auf heute rund 500 Jahre alten Motivbeständen des politischen Denkens basiert, folgt der völkischen Auffassung von der politischen und ethischen Funktion der Vergangenheit: Legitime politische Handlungsziele sind die Erhaltung und die Steigerung des eigenen Volkes. Wesen und Art des Volkes können nur über seine Vergangenheit erschlossen werden. Bereits die Wahl einer „alten Weisheit" als Slogan einer aktuellen politischen Demonstration folgt also dem Prinzip des völkischen Denkens, in der Geschichte die Wahrheit über das eigene Volk zu finden.

Das historische Motto nun hat selbst – wie viele geflügelte Worte – eine eigene Geschichte: Während seine sprachliche Form nur wenig verändert wurde, hat sich sein Sinn in den verschiedenen Zusammenhängen gewandelt. Die heutige Bedeutung seiner Verwendung kann nicht geklärt werden, indem man lediglich die erstmalige Verwendung des Slogans oder die besonderen Spitzen seiner Wirkungsgeschichte rekonstruiert. Sie erschließt sich erst durch die Betrachtung ihres heutigen Kontextes in Verbindung mit den historischen Bedeutungen.

Friedrich Schlegel

Der Satz geht zurück auf den Dichter Friedrich Schlegel (1772-1829). Schlegel war anfangs Vertreter eines rationalen Universalismus. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte er sich dann einem mystischen Nationalismus zugewandt. Die Abkehr von einem Republikanismus mündete in seinen Umzug nach Wien 1808 und seinen Eintritt in den österreichischen Staatsdienst. Seit 1809 war Schlegel Propagandist im Stab des Generalissimus Erzherzog Karl.[7] Als „embedded journalist" erhielt er den Titel eines Hofsekretärs und war zuständig für die Abfassung von Kriegs-Aufrufen und anderen mobilisierenden Texten. Seit Juni 1809 gab er die „Österreichische Zeitung" heraus, ein Periodikum, das die Verlautbarungen des Generalstabes in Form von Nachrichten verbreitete.

Im Zusammenhang mit seinem Auftrag, Öffentlichkeitsarbeit für den Krieg gegen Napoleon zu betreiben, verfasste Schlegel Anfang 1809 das Gedicht „Gelübde". Dabei handelt es sich um ein patriotisches Gedicht, das mit den Zeilen beginnt: „Es sei mein Herz und Blut geweiht, /Dich, Vaterland zu retten. Wohlan, es gilt, du seist befreit! /Wir sprengen deine Ketten!"[8] Die fragliche Zeile stammt aus der dritten Strophe:

> „Der deutsche Stamm ist alt und stark, /Voll Hochgefühl und Glauben; /
> Die Treue ist der Ehre Mark, /Wankt nicht, wenn Stürme schnauben. /
> Es schafft ein ernster, tiefer Sinn /Dem Herzen solchen Hochgewinn, /
> Den uns kein Feind mag rauben."

Dieses Gedicht gehörte zu den ersten, mit denen zu einem Opfertod für das Vaterland aufgerufen wurde. Seine antinapoleonische Tendenz führte dazu, dass es der preußischen Zensur bei der Publikation von Schlegels Gesammelten Gedichten von 1809 zum Opfer fiel – noch war Berlin französisch besetzt. Das Lied wurde jedoch während der sogenannten Befreiungskriege 1813 mehrfach in Sammlungen von

[7] Vgl. Johann Foit: Die publizistische Tätigkeit Friedrich Schlegels in Wien, Diss. Wien 1956, S. 41-83; Marianne Lunzer-Lindhausen: Friedrich Schlegel als Publizist der österreichischen Regierung im Kampfe gegen Napoleon, in: Publizistik 5 (1960), H. 6, S. 202-211.

[8] Kritische Friedrich-Schlegel-Ausgabe, Fünfter Band, hrsg. von Hans Eichner: Dichtungen, München 1962, S. XC-XCII, das Gedicht selbst S. 397f.

Freikorpsliedern aufgenommen.[9] Noch 100 Jahre später galt es manchem als Meilenstein nationaler Lyrik: „Dies Gedicht, unzweifelhaft das schönste Friedrich Schlegels, das schönste gleichzeitig der Erhebung von 1809, hat formell und inhaltlich auf die Lyrik der Befreiungskriege bestimmend eingewirkt, welche überhaupt Schlegeln tiefer verpflichtet ist, als man gemeinhin annimmt."[10]

Schlegel leistete mit diesem Gedicht einen nachhaltigen poetischen Beitrag für das Leitbild des „Nationalkriegers". Mit diesem Terminus wird in der Forschung ein bestimmtes Ideal bezeichnet, das von Schlegel und anderen Dichtern besungen wurde.[11] Der Nationalkrieger entschließt sich aus freier Selbstverpflichtung zum Kriegsdienst, weil er ihn als Kampf für die Freiheit und die Einheit des Vaterlandes begreift. Mit diesem freiwilligen Einsatz verbindet sich für die gebildeten und besitzenden Männer der Anspruch auf politische Partizipation. Das lyrisch propagierte Männlichkeitsbild umfasst im wesentlichen drei Momente: Nur der Mann gilt als deutscher Mann, der sich für die Freiheit wehrhaft einsetzt. In Verbindung damit wird häufig eine heldenhafte germanische Vergangenheit beschworen, der man sich in der Gegenwart durch eigenen Einsatz würdig zu erweisen habe. Schließlich wird die Forderung nach einer gesamtnationalen Einheit und Brüderlichkeit in den einschlägigen Liedern betont.

Neben Schlegels lyrischem Vorhaben, dem individuellen Tod auf dem Schlachtfeld einen Sinn zu verleihen und ihn als einen „Kampfe für Recht und Gerechtigkeit" zu legitimieren, ist die Engführung der Ehre auf die Treue bemerkenswert.[12] Schlegels Gedicht sieht den Kerngehalt der sozialen Wertschätzung („Ehre") allein in einer besonderen persönlichen Tugend, eben der Treue. Er greift damit die ältere deutsche Selbstbeschreibung auf, wonach die Treue einer der zen-

[9] Vgl. Paul Czygan: Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege, Bd. I, Leipzig 1911, S. 212-223.

[10] Robert F. Arnold/Karl Wagner (Hrsg.): Achtzehnhundertneun. Die politische Lyrik des Kriegsjahres, Wien 1909, S. 306.

[11] Vgl. Karen Hagemann: „Mannlicher Muth und Teutsche Ehre". Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preußens, Paderborn 2002, S. 135-143.

[12] Foit, Publizistische Tätigkeit (Anm. 7), S. 47. Auch damals war man auf eine Kompatibilität der Propaganda mit dem politischen System bedacht, „damit nicht jene, die Leben und Gesundheit wagten, glaubten, sie könnten die vermeintliche Freiheit fürs Sterben auch auf Gebiete des Lebens ausdehnen." (S. 52f.).

tralen oder sogar der wichtigste Bestandteil des Nationalcharakters der Deutschen überhaupt sei und ein Unterscheidungsmerkmal zu anderen Völkern darstelle. Diese von Schlegel aufgegriffene und affirmativ fortgeführte Tradition lässt sich im deutschen Nationsdenken zurückverfolgen bis auf die Humanisten des 16. Jahrhunderts. Mit der Wiederentdeckung des Textes von Tacitus „De Germania" und dessen intensiver Rezeption begann eine aufschlussreiche Interpretationsgeschichte. Tacitus hatte bekanntlich in seinem Bericht über Germanien seinen römischen Zeitgenossen das Bild der wilden, rohen, unkultivierten Germanen präsentiert. Sie wurden als kulturlose, aber sittenstrenge Völkerschaften gezeichnet. Dem Moralverfall, den Tacitus in Rom zu beobachten meinte, kontrastierte er die hohe Moral bei „den Wilden". Die Humanismus-Rezeption folgte diesem antithetischen Muster, wobei sie den Mangel an Zivilisation und die hochstehende Moral bei den zu Vorfahren stilisierten Germanen als Leitbild für ihre eigene Gegenwart erklärte. In der „Vergangenheitsspiegelung [der] Gegenwartssehnsucht" nach einer eigenen kollektiven Identität wurde Tacitus' „Germania" zu einem Verzeichnis von hoch geschätzten „typisch deutschen" Eigenschaften.[13] Was dabei als geistige Welt der Germanen vorgestellt wird, ist allerdings weitgehend „der zu typisch germanischen Eigentümlichkeiten umstilisierte natürliche Ausdruck einer primitiven Gesellschaftsform."[14]

In der Tradition einer Germanenideologie wird vor allem der Treue die Bedeutung eines besonderen germanisch-deutschen Wesens-

[13] Paul Joachimsen: „Der Humanismus und die Entwicklung des deutschen Geistes" (1930), in: ders.: Gesammelte Aufsätze. Beiträge zu Renaissance, Humanismus und Reformation; zur Historiographie und zum deutschen Staatsgedanken. Ausgewählt und eingeleitet von Notker Hammerstein, Aalen 1970, S. 325-386, S. 350.

[14] Klaus von See: Deutsche Germanen-Ideologie. Vom Humanismus bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M. 1970, S. 13; vgl. zur Rezeptionsgeschichte der „Germania" und dem darauf fußenden völkischen Denken weitere Arbeiten von Sees, etwa: Einleitung: Die „Ideen von 1789" und die „Ideen von 1914", in: ders.: Freiheit und Gemeinschaft. Völkisch-nationales Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, Heidelberg 2001, S. 11-15. Vgl. die ebenso prägnante wie unbeabsichtigte Bestätigung der zitierten These in Ludwig Uhlands Schriften zur Geschichte der Dichtung und Sage, ein Text, der wiederum gerade als Beleg der These von der germanentypischen Treue rezipiert wurde (vgl. Max Wundt: Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung (1924) [Faksimile], Bremen o.J., S. 7).

merkmals zugesprochen. Sie wird zur deutschen Tugend schlechthin erklärt.[15] Schlegel hat mit seiner Verszeile ein altes Thema der Deutschen aufgegriffen und mit der poetischen Verdichtung eine stehende Wendung geschaffen. Die Formulierung hat sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts von ihrem Entstehungszusammenhang gelöst und gehörte seitdem als geflügeltes Wort zu den Stereotypen der nationalen Selbstdeutung.[16]

Paul von Hindenburg

Der Slogan stand bei Schlegel im Kontext eines Lobs des freiwilligen Kriegsdienstes für die Freiheit des deutschen Vaterlandes und dessen vermeintlich überlegener Moral. Nicht als Inbegriff des Volkscharakters, sondern als persönliches Tugendideal wurde der Slogan von und durch Paul von Hindenburg popularisiert.

Für Paul von Hindenburg (1847-1934), Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, Reichspräsident der Jahre 1925-1932 und von 1932 bis zu seinem Tod im August 1934, gehörte der Satz „Die Treue ist das Mark der Ehre" zu den gern verwendeten Redensarten, ja er bezeichnete ihn sogar als sein persönliches Lebensmotto.[17] Die hohe Bedeu-

[15] Ein exemplarisches Dokument dieses Denkens ist Wundt, Treue (Anm. 14.): „Im Mythos gestaltet ein Volk ursprünglich ein Bild seines Wesens, und diesem Bilde senkt es seinen Glauben ein, seine sittlichen Überzeugungen und die Ergebnisse seines Nachdenkens über Leben und Welt. (...) Die Schilderung des Volkstums aber in seinen sittlichen Bezügen, wie sie die deutsche Sage bietet [gemeint sind die Edda und das Nibelungenlied, d.Verf.], rankt sich an einem Gedanken empor, dem Gedanken der Treue. Er ist die Klammer, die alle Gestalten und Ereignisse der Sage zusammenhält; Treue und Untreue sind ihr großer Gegenstand." (3, 7). Weitere Dokumente dieser germanodeutschen Treueideologie finden sich u. a. bei: Hans Buchheim: Harte Schale, morscher Kern. Die Kameradschaft der SS (1993), in: Ruthard Stäblein (Hrsg.): Treue. Zwischen Vertrauen und Starrsinn, Frankfurt a.M. 1997, S. 121-154.

[16] Deutlich wird dies an der stereotypen, autorenlosen Verwendung im zeitgenössischen Gebrauch (etwa Wundt, Treue, Anm. 14, S. 12) wie in der wissenschaftlichen Literatur (etwa Klaus Theweleit: Männerphantasien. Band 2. Männerkörper. Zur Psychoanalyse des weißen Terrors (1978). München 1995, S. 52).

[17] Carl Severing, sozialdemokratischer Politiker, Reichsminister des Innern 1928-1930 und preußischer Minister des Innern berichtet darüber in seinen Lebenserinnerungen. Vgl. Carl Severing: Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 213.

tung, die der Satz für Hindenburgs Selbstbild und Selbstdarstellung hatte, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass er sich den Slogan auf seinem Gut Neudeck als Kamininschrift anbringen ließ.[18] In einem kurz nach seinem Tode publizierten Band findet sich die faksimilierte handschriftliche Wiedergabe des Wahlspruches – gewissermaßen das Markenzeichen Hindenburg.[19] Wichtiger als die Bedeutung, die das Treuemotiv für die individuelle Person Hindenburg hatte, ist indes das politische Image des „treuen Hindenburg".

Seine politische Karriere hatte erst mit seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg nach Beendigung seines regulären Berufslebens begonnen. Zusammen mit Erich von Ludendorff hatte er die Kämpfe Ende August 1914 in Ostpreußen geführt, die als „Schlacht bei Tannenberg" seinen politischen Mythos begründeten.[20] Die Schlacht fand in der Nähe des Ortes statt, an dem 1410 der Deutsche Ritterorden besiegt worden war. Eine erinnerungspolitisch konstruierte Kontinuität stellte den Sieg über die russischen Truppen 1914 als aktuelle Rettung Ostpreußens und zugleich als Vergeltung der historischen Niederlage dar. Hindenburg hatte eine alte Schmach getilgt und galt fortan als der „Heros der Deutschen" und als der „Held von Tannenberg".[21]

Die Mythologisierung Hindenburgs bestand darin, einzelne Züge des ihm zugeschriebenen persönlichen Arbeitsstils oder Charakters zunächst zu steigern und zu idealisieren und sie dann – angepasst an die wechselnden Bedarfslagen in der Weimarer Republik – zum Bild

[18] Vgl. Erich Marcks/Ernst von Eisenhart Rothe: Paul von Hindenburg als Mensch, Staatsmann, Feldherr, hrsg. im Namen der Hindenburg-Spende von Oskar Karstedt, Berlin 1932, S. 158; weitere Hinweise auf v. Hindenburgs Wahlspruch S. 124, S. 156 u.ö.

[19] Rudolf Olden: Hindenburg oder Der Geist der preussischen Armee. Neudruck der Ausgabe Paris 1935, Hildesheim 1982, S. 33.

[20] Die Schlacht hatte nicht bei Tannenberg, sondern bei Hohenstein stattgefunden. Ludendorff wie Hindenburg beanspruchten, den Namen „Schlacht von Tannenberg" bewusst aus geschichtspolitischen Gründen kreiert zu haben. Vgl. Erich von Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919, S. 44; Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, S. 54f., 151.

[21] Der Titel „Heros der Deutschen" wurde Hindenburg zu seinem 70. Geburtstag durch Wilhelm II. verliehen, vgl. Frithjof Benjamin Schenk: Tannenberg/Grunwald, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte I, München 2001, S. 438-454; vgl. Jesko von Hoegen: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos, Köln 2007, S. 35ff.

eines über den politischen Lagern stehenden „Volkskaisers“ zusammenzusetzen, der die Kontinuität deutscher Traditionen und die Legitimität staatlicher Ordnung verkörperte.[22]

Hindenburg galt zunächst als „unpolitischer Soldat“, der seinem Kaiser treu diente; er galt als pflichtbewusst, rechtschaffen und verlässlich; während seiner Zeit als Reichspräsident und vor allem vor der Reichspräsidentenwahl 1932 wurde seine Treue zur Weimarer Reichsverfassung hervorgehoben – auch wenn dies zu seinem monarchistisch ausgerichteten Traditionssinn in Widerspruch stand.[23]

Die verschiedenen, im Zeitverlauf wechselnden und sich teilweise widersprechenden Bedeutungen der Symbolfigur Hindenburg wurden in einem weiten und diffusen Sinn in der Formel der „Treue“ fixiert. Für die politische Wirksamkeit des Mythos war entscheidend, dass die mit dem Treuebegriff verbundenen Assoziationen einem breiten Bedürfnis nach Tradition, Kontinuität, Sicherheit und Legitimität entsprachen. Hindenburg symbolisierte die Sehnsucht nach einer „guten“ und auch „alten Ordnung“ jenseits der Parteienkonflikte.

Nationalsozialismus und SS

Zur nationalsozialistischen Erinnerungspolitik gehörte es, Hitler und mit ihm die NS-Bewegung als legitime Erben der preußischen und deutschen Geschichte zu darzustellen. Eine der bekanntesten Inszenierungen war der „Tag von Potsdam“ am 21.3.1933, wo der neu, aber nicht mehr frei gewählte Reichstag feierlich zu seiner ersten Sitzung in der Garnisonkirche zusammentrat und der Reichskanzler Hitler (in Zivil) dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg (in der kaiserlichen Uniform des Generalfeldmarschalls) seine Aufwartung machte.

Zu dieser Politik der Legitimationsbeschaffung durch demonstrative geschichtliche Kontinuität gehörte auch der 1934 herausgegebene Band „Die Treue ist das Mark der Ehre“, der Dokumente aus der Zeit der Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft bis zum

[22] Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914 – 1933. Düsseldorf 2003, S. 183.

[23] Vgl. Andreas Dorpalen: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin, Frankfurt a.M. 1966, S. 269.

Begräbnis Hindenburgs enthält.[24] Das in der Bevölkerung bekannte Motto Hindenburgs wurde damit im Sinne einer Kontinuitätsgarantie aufgenommen und als Empfehlung für den Nationalsozialismus vereinnahmt. Hindenburg wurde von den Nazis als „getreuer Eckart" verehrt, der im Januar 1933 die Bildung einer „nationalen Regierung" ermöglicht habe.[25]

Diese Politik demonstrativer Geschichtskontinuität hatte bereits früher mit der Kreation einer Variante der tradierten Formel für die SS begonnen. „SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue" und „Meine Ehre heißt Treue" sind die beiden durch die SS verbreiteten Varianten der Schlegelschen Verszeile. Inhaltlich stellen die Varianten der SS eine Radikalisierung des alten Motivs dar, insofern nun nicht mehr nur ein enger Zusammenhang zwischen Ehre und Treue hergestellt wird, sondern die Ehre vollständig in der Treue besteht.

Die Einführung dieses Wahlspruches wurde als Teil der offiziellen Parteigeschichtsschreibung in folgender Weise überliefert: 1930/31 protestierten Teile der Berliner SA unter Walter Stennes gegen die Führung der NSDAP. 1930 verlangten sie zur Verbesserung der finanziellen Situation, SA-Repräsentanten als Kandidaten zur Reichstagswahl aufzustellen, 1931 wandten sie sich gegen Hitlers legalistischen Kurs und drängten zu unmittelbaren Aktionen. Stennes konnte sich nicht durchsetzen, er wurde am 1.4.1931 von Hitler als „Oberster SA-Führer (OSAF) – Stellvertreter Ost" abgesetzt.[26]

[24] Kurt L. Walter-Schomburg (Hrsg.): Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg, Berlin 1934; auf dieser Linie einer Legitimation durch Tradition lag auch der Tagesbefehl vom 23.7.1944, den der Chef des Generalstabes, Guderian, nach dem Attentat auf Hitler im Rundfunk verlas. Darin heißt es: „Ich bürge dem Führer und dem deutschen Volk für die Geschlossenheit der Generalität, des Offizierskorps und der Männer des Heeres in dem einzigen Ziel der Erkämpfung des Sieges und unter dem Wahlspruch, den der ehrwürdige Feldmarschall von Hindenburg uns oft einprägte. Die Treue ist das Mark der Ehre! Es lebe Deutschland und unser Führer Adolf Hitler! Und nun Volk: Ans Gewehr!" (Archiv der Gegenwart, S. 6459).

[25] Richard Suchenwirth: Deutsche Geschichte. Von der germanischen Vorzeit bis zur Gegenwart, Leipzig 1940, S. 597.

[26] Vgl. die juristische Vollmacht vom 1.4.1931, mit der Hitler Kurt Deluege beauftragte, die Entmachtung von Stennes zu vollziehen, in: SS-Obergruppenführer und General der Polizei Kurt Daluege: der Chef der Ordnungspolizei. Dokumentensammlung, zusammengestellt von T. Friedmann (Institute of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crimes), Haifa 1997, S. 19.

Die offizielle Version der Stiftungsgeschichte wurde durch zwei Publikationen verbreitet: Einmal erschien von 1934 bis mindestens 1943 in elf Auflagen im Verlag A.G. Ploetz die chronologisch geordnete Sammlung der „Daten der Geschichte der NSDAP" von Hans Volz.[27] Dort heißt es unter dem 1.April 1931: „Stennes Putsch (...); in Anerkennung der Verdienste der SS (unter Daluege) um die Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin in Berlin schreibt der Führer: ‚SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue.'„[28] Hitler selbst also habe der SS ihr Motto verliehen. Der Wahlspruch ist damit von höchster Stelle autorisiert worden.

Die parteioffizielle Stiftungsgeschichte wurde zum zweiten von der SS in ihrer Propaganda verwendet, mit der sie während des Krieges Freiwillige für die Waffen-SS rekrutierte. Überliefert sind Auszüge aus einer Werbepublikation mit dem Titel „Dich ruft die SS", (datiert auf die Zeit nach April 1942). Bekannt wurde dieses Dokument durch die Teilpublikation in einer der Dokumentensammlungen von Léon Poliakov und Joseph Wulf.[29] In dieser vom SS-Hauptamt in Berlin-Wilmersdorf herausgegebenen Publikation heißt es unter anderem: „Daß sich so viele junge Deutsche zur Waffen-SS melden, ist ein sprechendes Zeugnis für das Vertrauen, das von der heutigen jungen Generation gerade der Waffen-SS, ihrem Geist und vor allem ihrer Führung entgegengebracht wird. Es ist aber auch ein stolzer Beweis für die weltanschaulich sichere Haltung dieser deutschen Jugend, daß sie den Sinn des Kampfes der SS verstanden hat und genau weiß, warum die Waffen-SS eine dem Führer besonders verpflichtete Gemeinschaft bildet. So wird auch auf deinem Koppelschloß der Wahlspruch stehen, den der Führer selbst am 1. April 1931 seiner SS verliehen hat: Meine Ehre heißt Treue!"

Es ist unwahrscheinlich, dass Hitler tatsächlich am 1. April 1931 das markige Wort geschrieben hat. Ein entsprechendes Dokument

[27] Frühere Auflagen erschienen unter dem Titel „Auszug aus der Geschichte der NSDAP", nachgewiesen ist die 2. Aufl. aus dem Jahr 1934.

[28] Zitiert nach der 10. unveränderten Auflage 1939, S. 98; gleicher Text auch in der 5. Auflage 1935, S. 54 sowie der 6. Auflage 1936, S. 57.

[29] Léon Poliakov/Joseph Wulf (Hrsg.): Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Auswärtiges Amt, Justiz und Wehrmacht (1956), Nachdruck München 1978, S. 506. Das Dokument war im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshofes (IMT) in Nürnberg eingeführt worden: IMT (Hrsg.): Trial of the Major War Criminals before The International Military Tribunal. Nuremberg 1948, Vol. XXXII, S. 282-284, S. 284. Document 3429-PS.

findet sich in keiner publizierten Quellensammlung.[30] Für die Wirkungsgeschichte innerhalb des Nationalsozialismus wie in der Nachkriegszeit ist dies jedoch unerheblich: Der Satz wurde Hitler zugeschrieben und galt fortan an authentisches „Führerwort".[31] Prominent wurde der Slogan vor allem durch seine Verwendung als Teil der Uniform: Im Oktober 1931 erhielt die SS ein eigenes Koppelschloss mit der Aufschrift „Meine Ehre heißt Treue".[32]

Wie kann der Slogan heute verstanden und bewertet werden?

Die Zeile „Die Treue ist das Mark der Ehre" fasst die Abstrakta Treue und Ehre in einem biologischen Bild: Der Gehalt, der Kern der Ehre liegt in der Treue. Der Satz ist mit dem Kontrast zwischen den beiden abstrakten Begriffe einerseits und der Anschaulichkeit von „Mark" auf der anderen Seite besonders eingängig.

Für die Rezeptionsgeschichte des Slogans bleibt vor allem die historisch jüngste Verwendung durch die SS im kollektiven Gedächtnis, obwohl Hitler den Slogan auch an die SA gerichtet hatte. Bei einer

[30] Anfragen beim Bundesarchiv und beim Institut für Zeitgeschichte sowie bei Autoren einschlägiger Spezialmonographien führten zum gleichen Ergebnis: Ein Schreiben Hitlers an Daluege ist nicht bekannt; die Ursprungsgeschichte stützt sich allein auf die parteieigene Historiographie.

[31] Ohne weitere Problematisierung wird die NS-Parteiversion u. a. übernommen von: Ermenhild Neusüß-Hunkel: Die SS, Hannover 1956, S. 8, S. 120; Hans Buchheim: Die SS – das Herrschaftsinstrument (1965), in: Hans Buchheim u. a.: Anatomie des SS-Staates, Band 1 (2. Aufl.), München 1979, S. 13-212, S. 32; Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS (1967). München o. J., S. 67; Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und Frühgeschichte von Gestapo und SD. Stuttgart 1971, Fn. 110; Peter Hoffmann: Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmassnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München, Zürich 1975, S. 31; Kurt Pätzold datiert die Verleihung des Mottos an die SS irrtümlicherweise auf die Liquidation der SA-Führung im Juni 1934, vgl. Deine Ehre heißt Treue, in: ders./Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, 2. Bd. Leipzig 2002, S. 118-122.

[32] Vgl. SS-Befehl Nr. 50 vom 9.10.1931, zitiert nach Adolf Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 5: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung. April 1932-Januar 1933. Teil 2: Oktober 1932-Januar 1933, hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit, München 1998, S. 253-257, S. 257, Fn. 17.

Rede zu SA-Männern im Mai 1931 begrüßte er seine Zuhörer mit den Worten „Eure Ehre heißt Treue, Eure Ehre heißt Deutschland!“[33] Hannah Arendt verweist darauf, dass Himmler bewusst Slogans ausgab, um eine SS-interne Moral zu formulieren und damit Gewissenskonflikte ruhigzustellen. Vor Gericht in Jerusalem erinnerte sich Eichmann an solche, wie er sie nannte, „geflügelte Worte“. Dazu hätten auch der Satz „Treue ist das Mark der Ehre“ oder „Meine Ehre heißt Treue“ gehört.[34]

Es ist nicht sinnvoll, die heutige Verwendung des Slogans unabhängig von seinen ihm historisch zugewachsenen Bedeutungen und einem heutigen Verwendungskontext zu bewerten. Gleichwohl erwachsen auch daraus bestimmte Einsichten, die im folgenden in zwei Aspekten dargestellt werden.

In Absehung von der historischen Wirkungsgeschichte enthält der Satz „Die Treue ist das Mark der Ehre“ die Aussage, dass die individuelle oder die kollektive Ehre im wesentlichen oder sogar exklusiv darin bestehe, treu zu sein. Was aber heißt Ehre?[35] Gewöhnlich wird zwischen innerer und äußerer Ehre unterschieden. Die innere Ehre umfasst die individuelle Moral oder die Maximen ethischen Handelns eines Menschen, die dieser zu erfüllen beansprucht, um sich selbst wertschätzen zu können. Äußere Ehre bedeutet die Wertschätzung durch andere, also allgemein die soziale Reputation, im positiven Fall Ruhm oder Berühmtheit einer Person.[36]

„Die Treue ist das Mark der Ehre“ hat damit einen umfassenden Sinn: Diese Aussage kann sich auf die innere wie die äußere Ehre beziehen. „Meine/Unsere Ehre heißt Treue“ formuliert hingegen

[33] Adolf Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 5: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung. Oktober 1930-März 1932. Teil 1: Oktober 1930-Juni 1931, hrsg. und kommentiert von Constantin Goschler, München 1994, S. 379.

[34] Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (1964), München 1986, S. 139. Ein bekennender Altnazi hat seine Erinnerungen unter dem Titel des SS-Mottos veröffentlicht: Oswald Siegmund: Meine Ehre heißt Treue. Von der Leibstandarte ins Landsberger Kriegsverbrechergefängnis, Essen 1992.

[35] Vgl. zum folgenden: Dagmar Burkhart: Eine Geschichte der Ehre, Darmstadt 2006.

[36] Vgl. den „Exkurs über die Ehre“ in: Hartmut Esser: Soziologie. Spezielle Grundlagen, Bd. 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt a.M. 1999, S. 115-124

einen Selbstanspruch aus der Perspektive der ersten Person Singular/Plural, ist also auf die innere Ehre beschränkt.

Ersichtlich hängt jede konkrete inhaltliche Bestimmtheit des Satzes davon ab, ob das geforderte Treueverhältnis personal, sozial oder wertbezogen verstanden wird. Es kann sich beziehen auf einzelne Personen, auf Primärgruppen (Familie u. a.), auf Kollektive (Nationen, Völker u. dgl.), schließlich auch auf Ideen, Weltanschauungen, Wertordnungen (etwa eine Verfassungsordnung) oder einzelne Werte. Bei den letztgenannten hängt viel davon ab, ob es sich um partikularistische Werte handelt, die auch offen sind für universale Werte oder ob es sich um dezidiert antiuniversalistische Werte handelt.[37]

Isoliert gelesen, ist der Satz hochgradig unbestimmt. Diese Unbestimmtheit erlaubt es, die Sentenz in verschiedenen historisch, sozial und politisch differierenden Bezügen zu verwenden. Die drei geschilderten historischen Stationen (Schlegel, Hindenburg, Hitler) veranschaulichen einen solchen Wechsel von Kontexten. Der konkrete Sinn des Satzes variiert mit den wechselnden Bezügen.

Unabhängig von den vielen denkbaren Bezügen, in denen die als „Treue" konzipierte Ehre überhaupt erst eine Aussagekraft gewinnt, verbindet sich mit einem Konzept von Ehre, das diese nur an eine einzige Tugend bindet, ein zentrales Problem: Die eigene Moralität, das Gewissen oder der als verbindlich geltende Maßstab wird auf ein singuläres Kriterium, eben die Treue reduziert. Damit wird von der denkmöglichen und lebenspraktisch meist gegebenen Vielfalt von Maximen abgesehen und eine Spannung zwischen gegensätzlichen Werten sowie der gegebenenfalls erforderlichen psychischen Kraft zu einer Entscheidung ausgeblendet. Ein einzelner Wert wird verabsolutiert, so dass alle anderen denkbaren Werte abgewertet werden. So jedenfalls lässt sich der Satz von einem modernen Standpunkt aus verstehen, für den die innere Ehre an die moralische Fähigkeit von Individuen gebunden ist, selbstverantwortlich, problem- und situationsangemessen zwischen verschiedenen Wertanforderungen zu entscheiden.

Lesen lässt sich der Satz auch in einem sozialgeschichtlichen Horizont. Über Jahrhunderte hinweg war Ehre Ausdruck eines gesellschaftlichen Status in hierarchischen Gesellschaften, „eine Quelle der Solida-

[37] Vgl. Roland Eckert: Extremismus und kein Ende. Zur Dynamik von Radikalisierung, in: Rudolf Egg (Hrsg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006, S. 107-126.

rität unter gesellschaftlich Gleichgestellten und eine Abgrenzungslinie gegen gesellschaftlich Tieferstehende."[38] Äußere Ehre wurde in früheren Jahrhunderten zuerkannt nach den „nichtverantwortlichen Eigenschaften einer Person (Abkunft, Alter, Geschlecht etc.)" und ihrer Stellung im gesellschaftlichen Rang- und Funktionsgefüge.[39] Der Wandel des Ehrbegriffes zwischen dem 19. und dem 21. Jahrhundert lässt sich auch so beschreiben, dass die statusbezogene Ehrzuweisung abgelöst worden ist zugunsten einer Ehrzuweisung aufgrund von individuellen leistungs- und moralitätsbezogenem Verhalten, also aufgrund von Merkmalen, die nicht objektiv vorgegeben sind, sondern im subjektiv-individuellen Verantwortungsbereich liegen.

Interpretiert man den Satz Schlegels in dieser Weise, so enthält er eine Abgrenzung gegen das altfeudale System Österreichs und Preußens: Schlegel opponiert gegen ein System, in dem Herkunft, Status und Besitz über die Reputation entscheiden. Er setzt dem das Ideal gegenüber, dass eine bestimmte Moralität und ein engagiertes Verhalten – die selbstlose Treue zum Vaterland und gerade nicht zum König – den „wahren Adel" ausmache. Unter der Voraussetzung der damaligen Maßstäbe bedeutete dies gleichwohl keine Egalitarität im heutigen Sinne: die männliche Bereitschaft, sich für das Vaterland zu opfern, war ein Schichtphänomen der gebildeten und begüterten bürgerlichen Kreise.[40]

Was bedeutet es, den alten Slogan heute als Motto einer Neonazi-Demonstration zu verwenden?

Wie kann man die Verwendung dieses Slogans bei einer politischen Veranstaltung der extremen Rechten bewerten, eines Slogans, dessen historische Wirkungsgeschichte rund 200 Jahre und dessen Vorgeschichte 500 Jahre alt ist? Die drei skizzierten historischen Verwendungszusammenhänge des Wortes bestätigen die alte Einsicht, dass sich die Vieldeutigkeit eines Topos, eines Slogans oder ganz allgemein eines Textes mit der Dauer seiner Wirkungsgeschichte erhöht.

[38] Peter L. Berger; Brigitte Berger; Hansfried Kellner: Das Unbehagen in der Modernität (1973), Frankfurt a.M./New York 1975, Exkurs: Über den Begriff der Ehre und seinen Niedergang (S. 75-85), S. 77.

[39] Burkhart, Geschichte (Anm. 35), S. 114.

[40] Vgl. Hagemann, „Mannlicher Muth" (Anm. 11), S. 324-331.

Auch angesichts einer „nur“ 200-jährigen Geschichte kann man also mit einer eindeutigen Bedeutung des Satzes selbst nicht rechnen. Er könnte für sich genommen ebenso „nationalsozialistisch“ verstanden werden, wie er sich „konservativ“ oder „befreiungsnational“ lesen ließe. Die drei skizzierten historischen Verwendungen zeigen, dass es die historische Situation und der semantische Kontext sind, die diesem (wie vielen anderen) Slogans seinen jeweils konkreten Sinn verleihen.

In Verbindung mit der neonazistischen Ausrichtung der Demonstrationsanmelder, dem erklärten Ziel, mit dem „Heldengedenken“ an die NS-Tradition anzuschließen und im Hinblick auf die bei der Demonstration mitgeführten Bilder der Wehrmacht, hat der Slogan eine nationalsozialistische Bedeutung. Dies bedeutet, dass Treue nicht als ein wechselseitiges Verhältnis verstanden wird, sondern als die „absolute Treue zur Volksgemeinschaft und die Bereitschaft zur fraglosen Selbstaufgabe“. Implizit wird damit das Ideal propagiert, sich bedingungslos für den Dienst an Volk und Führer hinzugeben: „Treue fragt nicht nach Gewinn, Treue währt von Anbeginn bis zum bittern letzten End, willig, dass sie sich verschwend“ hat der NS-Dichter Heinrich Anacker dies formuliert.[41]

Die Kontextbedingtheit der Sinnkonkretion macht den Slogan heute für Rechtsextreme zu einem – immanent betrachtet – leistungsfähigen Instrument bei der politischen Mobilisierung. Insbesondere für neonazistische Politaktivisten hat er mehrere Vorzüge: Er ist geeignet, in strafrechtlich unangreifbarer Weise mit dem historischen Nationalsozialismus zu sympathisieren, er schafft mit der Fokussierung auf die Mikroebene persönlichen Verhaltens eine Entpolitisierung seiner Verwendungszusammenhänge, er stellt für die Integration der rechtsextremen Bewegung ein moralisches Bindemittel zur Verfügung und schließlich ermöglicht er es, nahezu jedes Tun und Nichtstun als Erfüllung des Treueideals zu imaginieren. Unabhängig von diesen einzelnen Funktionen repräsentiert die Formel die eingangs skizzierte völkische Vorstellung der eigenen Volksgeschichte.

Der Slogan wurde in einer sprachlichen Variante von der SS popularisiert. Diese historisch jüngste und erinnerungsmächtigste Verwendung hat dazu geführt, dass viele historisch interessierte Laien die

[41] Jürgen Reulecke: Die Ehre der Lemminge oder „ehrenvoll“ bis unter den Boden (1993), in: ders. (Hrsg.): „Ich möchte einer werden so wie die …“. Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2001, S. 279-283, S. 280.

Formel ausschließlich in Verbindung mit dem Nazi-Regime bringen. Wie dargestellt ist der Slogan aber sehr viel älter und entgeht schon allein dadurch einer „eindeutigen" Klassifizierung als „NS-Gedankengut". Zudem gehört er nicht zu dem historischen Bestand an NS-Symbolen und Emblemen, die als Zeichen verbotener Organisationen automatisch mit verboten sind.[42]

Die Verwendung des Slogans erlaubt nun aber einen affirmativen Bezug zum NS herzustellen ohne dass der Slogan selbst umgekehrt nur auf den NS verweisen würde. Damit steht ein Symbol zur Verfügung, das für die Rechtsextremen – im Hinblick auf die Gesetzeslage – die vorteilhafte Eigenschaft hat, die SS zu meinen, ohne aber ein eineindeutiges Zeichen zu sein, das exklusiv nur auf den NS und sein Konzept der absoluten Opfertreue bezogen werden kann. Diese erste erinnerungspolitische Funktion teilt der Slogan mit anderen historischen Dokumenten, etwa dem Lied „Wenn alle untreu werden", das bei den heutigen rechtsextremen Aufmärschen vor Soldatenfriedhöfen oft gesungen wird. Auch dieses Lied aus den sogenannten Befreiungskriegen gegen Frankreich geht auf ein Gedicht zurück. Die Zeile von Novalis wurde aus dem Singular in den Plural übertragen und von Max von Schenkendorf in ein Soldatenlied integriert. Bei der SS galt es als „Treuelied der SS".[43]

Die Verwendung des Slogans schließt durch die Engführung auf die persönliche Moral jene Aspekte aus der Thematisierung von Geschichte aus, die über die Mikrowelt des persönlichen Verhaltens hinausreichen. Durch die Betonung der Treue als einer Tugend wird die persönliche Haltung als relevanter Gesichtspunkt verabsolutiert. Bezogen auf die problematische Geschichte der moralischen Maxime ist dies gleichbedeutend mit der Aussage, dass die politischen Zwecke, für die etwa die SS geschaffen und eingesetzt wurde, ihr Terror und ihre Verbrechen sekundär seien gegenüber dem archimedischen Punkt der Treue als Haltung des Einzelnen. Das systematische Ausblenden der Makrobezüge stellt eine bewusste Entpolitisierung dar. Diese Funktion teilt der Slogan mit anderen Strategien der rechtsextremen Erinnerungspolitik, etwa dem Rudolf-Heß-Gedenken: An Heß werden

[42] Verboten sind die Varianten des SS-Slogans „Meine Ehre heißt Treue" und „Unsere Ehre heißt Treue". Dirk Reuter: Verbotene Symbole. Eine strafrechtsdogmatische Untersuchung zum Verbot verfassungswidriger Organisationen in § 86a StGB, Baden-Baden 2005, S. 172, 292.

[43] Vgl. Höhne, Orden (Anm. 31), S. 31.

persönliche Eigenschaften gelobt, ohne zu thematisieren, in welchen Herrschaftszusammenhängen und für welche Ziele Heß seinen Mut, seine Risikobereitschaft und schließlich seine jahrzehntelange standhafte Weigerung einsetzte, die Spandauer Haft durch ein Gnadengesuch zu beenden.[44]

Die dritte aktuelle Funktion bezieht sich auf das Selbstbild der rechtsextremen Bewegung. Indem sich die Angehörigen des sogenannten Nationalen Widerstands selbst als diejenigen darstellen, die moralische Werte wie Ehre und Treue hochhalten, grenzen sie sich von all den anderen ab, die in ihren Augen ohne wirkliche Ideale und ohne persönlichen Idealismus leben. Diese moralische Selbsterhöhung erlaubt es, auf die Normalbürger herabzuschauen, die vermeintlich einer materialistischen Wertorientierung verfallen sind und nur privatisieren. Wer für sich selbst die Suggestivformel von der Treue in Anspruch nimmt, kann mit Seinesgleichen das Gefühl einer überlegenen moralischen Elite goutieren – auch wenn es sich dabei natürlich nur um den „sittlichen Dünkel seiner Sekte" (Treitschke) handelt.

Der Slogan lässt inhaltlich unbestimmt, worin „Treue" bestehen kann und wie sie sich praktisch darstellt. Damit wird ein weiter Raum für Projektionen eröffnet. Sehr vieles kann in der Selbstsicht der Neonazis als Dokument ihrer Treue gelten: die Teilnahme am „Heldengedenken" selbst, politische Agitation nach außen – aber auch die affirmative Lektüre von NS-Literatur oder der bloße Glauben, auf der Seite derer zu stehen, die „das Wort nicht brechen" wollen. Die inhaltliche Vieldeutigkeit des Slogans unterstützt die Mobilisierung und die soziale Integration der rechtsextremen Bewegung. Viele können sich zugehörig fühlen ohne dies wirklich praktisch unter Beweis stellen zu müssen.

Abgesehen vom strategischen Nutzen und einer klammheimlichen Freude bei den Anmeldern, das originale „Thema" anzuspielen, wo die „Variationen" strafbar sind, hat die Verwendung des Mottos ihre aktuelle politische Bedeutung weniger in einer bestimmten Interpretationsmöglichkeit des Slogans. Die politische Hauptbedeutung ist vielmehr darin zu sehen, dass in Form und Inhalt des Mottos das völkische Geschichtsbild als solches propagiert wird. Das Motto ist von der literarischen Form her ein Zitat des romantischen Nationalismus

[44] Vgl. Michael Kohlstruck: Die zweite Geschichte von Nr. 7. Der Mythos Rudolf Heß im deutschen Rechtsextremismus, in: Michael Bienert (Hrsg.): Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, Berlin 2007, S. 217-229.

und damit ein affirmativer Rückgriff auf ein bestimmtes Verständnis von Geschichte. Die Geschichte eines Volkes zeige sein „Wesen“. Nur sie gebe Aufschluss über die einem Volk eigenen Werte und Prinzipien und damit über die legitimen Kriterien und Ziele der aktuellen Politik. Der Satz von der Treue, dem Mark und der Ehre konkretisiert dies für „die Deutschen“, insofern die Treue als deren Haupttugend zum zentralen Inhalt der sozialen und individuellen Wertschätzung erklärt wird. Damit wird die alte Tradition einer kollektiven Selbststilisierung fortgesetzt. Als Hüter des wahren Deutschtums stellt sich der „nationale Widerstand“ dar: „Wenn alle untreu werden“ hält er dem „ewigen Deutschland“ und seinen vermeintlichen Wesenseigenschaften die Treue.

Mit der Wahl eines einzigen Zitats als Motto der Demonstration ist es gelungen, den ganzen Kosmos des völkischen Denkens zu repräsentieren. Demgegenüber scheint es sekundär zu sein, welchen konkreten Sinn die Veranstalter selbst, einzelne Demonstrationsteilnehmer oder Beobachter mit dem Motto verbinden.

Nicola Scuteri

Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“

Als Mobiles Beratungsteam im Regionalbüro Neuruppin sind wir in den Landkreisen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel beratend tätig. Nach vielen Jahren Beratungsarbeit in der Region werden wir in immer mehr Kommunen als kompetente Ansprechpartner für das Thema Rechtsextremismus wahrgenommen. Insbesondere unsere regionalspezifischen Kenntnisse werden immer stärker eingefordert.

Der „Schutzbund Deutschland“ stellte in der Region, in der wir tätig waren, die wichtigste rechtsextreme Organisation dar. Wir sahen es daher als eine unserer wichtigsten Aufgaben, uns mit dieser Organisation zu beschäftigen, um in den Kommunen über ihre Struktur, Zielsetzung und Strategie informieren und aufklären zu können. Dieser über Jahre stattfindende Aufklärungsprozess in den Kommunen hat sicherlich die Auseinandersetzung und somit die offizielle Ächtung dieser Organisation in der Region wesentlich gefördert. Die Stadt Perleberg z. B. hat eine von allen Parteien unterschriebene Erklärung verabschiedet, in der sie sich ausdrücklich von der Ideologie des „Schutzbund Deutschland“ distanziert. Darüber hinaus wurden die Bürger in dieser Erklärung dazu aufgerufen, sich gegen die Aktivitäten des „Schutzbund Deutschland“ zu wehren, indem sie deren Flugblätter, Aufkleber und Plakate aus dem öffentlichen Raum entfernen.

Der folgende Beitrag stellt im Kern eine Zusammenfassung unserer Rechercheergebnisse zum „Schutzbund Deutschland“ dar, wie wir sie als Beraterin und Berater in die Kommunen hineingetragen haben.

Zur Entwicklung des „Schutzbund Deutschland“

Der „Schutzbund Deutschland“ ist eine Organisation, die aus dem ehemaligen NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin hervorgegangen ist. Dem ehemaligen Chef dieses NPD-Kreisverbandes, Mario Schulz, einem Landwirt aus Cumlosen, gelang es bereits bei den Kommunalwahlen 1998 und 2003 als NPDler einen Sitz im Prignitzer Kreistag zu erringen. Parallel dazu schaffte es einer seiner Getreuen, Mathias Wirth, im Oktober 2003 in das Wittstocker Stadtparlament gewählt zu

werden. Auch nachdem beide nicht mehr Vertreter der NPD im jeweiligen Kreistag und Stadtparlament waren, behielten sie ihre Mandate.

Der damalige NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin spaltete sich bereits Ende 2003 von der NPD ab. Als offizieller Grund dafür wurde die Aufstellung eines NPD-Kandidaten bosnischer Herkunft für die Europawahl angegeben. Der NPD-Ortsverband Trier hatte den Deutsch-Bosnier Safet Babic als seinen Europakanditaten aufgestellt. Bereits im Vorfeld hatte es auf Bundesebene rege Diskussionen gegeben, ob eine derartige Öffnung für Menschen nichtdeutscher Herkunft mit dem Parteiprogramm und den Zielen der NPD vereinbar wäre. Der damalige Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jens Pakleppa, und Mario Schulz waren der Ansicht, dass mit der Nominierung Babics die NPD ihren Grundsatz, wonach nur derjenige Deutscher ist, der deutschen Blutes sei, verraten habe.

Am 1. Februar 2004 gründeten Jens Pakleppa und Mario Schulz in Vetschau gemeinsam mit ca. 100 Anwesenden die Bewegung Neue Ordnung (BNO). Es ist anzunehmen, dass bei der Namensgebung ein zumindest symbolischer Bezug zu anderen europäischen Rechtsextremisten hergestellt werden sollte, wie z. B. zur rechtsextremen Terrororganisation „Ordine Nuovo“ (ital. Neue Ordnung). Ordine Nuovo und deren Ableger verübten in Italien zwischen 1969 und 1980 mehrere Bombenattentate, bei denen insgesamt über hundert Menschen ums Leben kamen.[1]

Bereits am 4. Februar 2004 tauchte erstmals das Grundsatzprogramm der BNO in der Öffentlichkeit auf. Sechs Personen, die der BNO zuzuordnen waren, statteten in Pritzwalk der neu gegründeten antirassistischen Initiative „Gesicht Zeigen“ uneingeladen einen Besuch ab und legten den Anwesenden ihr Grundsatzprogramm vor, um es zu erläutern. Das Mobile Beratungsteam befand sich zufällig unter den Anwesenden, da es an diesem Abend zu einer Beratung mit der Initiative „Gesicht Zeigen“ eingeladen war. Den BNO-Mitgliedern wurde von der Initiative zehn Minuten Zeit zur Darstellung eingeräumt, um danach die Räumlichkeiten zu verlassen. Zwar wurden einige von ihnen ausfallend als sie nach Ablauf der zehn Minuten tatsächlich aufgefordert wurden zu gehen, doch verließen sie die Räumlichkeiten letztendlich wie vereinbart.

Zur Brandenburger Landtagswahl 2004 trat die BNO unter dem Namen „JA zu Brandenburg“ an die Öffentlichkeit. Insgesamt kan-

[1] Vgl. Daniele Ganser: Nato-Geheimarmeen und ihr Terror. In: „Der Bund“, Bern, 20.12.2004, S. 2ff.

didierten zehn Personen für „JA zu Brandenburg“ mit Mario Schulz, Mathias Wirth und Lutz Meier an der Spitze. Für den gesamten nordwestlichen Teil Brandenburgs waren Wahlkreiskandidaten aufgestellt worden. Allerdings fiel auf, dass die direkt an Potsdam oder Berlin liegenden Wahlkreise im Speckgürtel mit unbedeutenden Kandidaten versehen waren, während die wichtigeren Kandidaten in den ländlichen Gebieten aufgestellt wurden. Auf ihrer Webseite erklärte „JA zu Brandenburg“, nicht an einer Mitarbeit im Landtag interessiert zu sein, sondern einzig und allein am Bezug der Wahlkampfkostenerstattung für die weitere Verbreitung ihrer Flugblätter. „JA zu Brandenburg“ verfehlte sein selbsternanntes Ziel, 1% der Stimmen zu erhalten und erreichte nur 0,4 % (4.107 Stimmen). Wichtig in diesem Zusammenhang aber ist, dass die BNO als „JA zu Brandenburg“ erstmals im Internet präsent war und somit der Weg für den bald darauf folgenden Internetauftritt des „Schutzbund Deutschland“ geebnet wurde.

In einer Zwischenphase, vom Abschalten der „JA zu Brandenburg“-Homepage bis zum Auftritt des „Schutzbund Deutschland“ und ein wenig darüber hinaus, tauchten Flugblätter mit rechtsextremen Inhalten auf, die „Heimat-Arbeit-Zukunft“ als presserechtlich Verantwortliche angaben. Im Prinzip setzte der „Schutzbund Deutschland“ eine Strategie um, die einst von Michael Kühnen verkündet wurde: Neonazistische Organisationen sollten regelmäßig ihre Namen ändern bzw. unter verschiedenen Synonymen operieren, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Die Bezeichnung „Schutzbund Deutschland“ war im Prinzip auch nur ein Synonym, welches zwei Jahre lang verwendet wurde. Hinter dem „Schutzbund Deutschland“ verbirgt sich die „Bewegung neue Ordnung“ (BNO). Die BNO wurde unter dem Namen „Schutzbund Deutschland“ in der Öffentlichkeit bekannt und auch als solcher verboten.

Im Herbst 2004, trat der „Schutzbund Deutschland“ mit einer Internetseite an die Öffentlichkeit, auch wenn sie anfangs noch sehr textlastig war. Jedoch wurde die Internetseite des „Schutzbund Deutschland“ mit der Zeit immer professioneller und „userfriendly“. Anstatt lange geschichtsrevisionistische und weltanschauliche Texte zur Verfügung zu stellen, entwickelte sich die Webseite zu einer aktionsorientierten und interaktiven Plattform für die rechtsextreme Szene in der Region. Es konnten Flugblätter und Aufkleber über die Webseite bestellt oder heruntergeladen werden, sowie eine vom „Schutzbund Deutschland“ herausgegebene Zeitschrift mit dem Titel „Ein Junges Volk“, die sich explizit an Jugendliche wandte. Des Weiteren wurde

auch ein Radioprogramm über das Internet verbreitet, welches, nach eigenen Angaben, 24 Stunden am Tag zu empfangen war.

Fast zwei Jahre lang gehörten die Flugblätter vom „Schutzbund Deutschland“ zur Normalität in vielen Kleinstädten der Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Potsdam-Mittelmark. Die Flugblätter thematisierten Spekulantentum, Arbeitslosigkeit, soziale Not und offene Ablehnung vermeintlich „undeutscher“ Menschen. Ihr bekanntestes Flugblatt war wohl das, welches den farbigen Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft, Gerald Assamoa, abbildete und mit dem Satz versah „Nein Gerald, du bist nicht Deutschland, du bist BRD!“. Mit der Rückendeckung seines Vereins klagte Gerald Assamoa in diesem Zusammenhang gegen den „Schutzbund Deutschland“ wegen Beleidigung. Das Gerichtsverfahren kam den „Schutzbund Deutschland“ teuer zu stehen. Durch die „Nein Gerald, du bist nicht Deutschland, du bist BRD!“-Aktion kam er aber erstmals bundesweit in die Schlagzeilen.

Kurz vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2006 nutzte der „Schutzbund Deutschland“ die Debatte um „No-Go-Areas“ in bestimmten Gebieten Ostdeutschlands und sprang gewissermaßen auf den fahrenden Zug auf. Auf seiner Webseite warb er mit dem passenden Aufkleber zu der Debatte um die „No-Go-Areas“ und erklärte „helfen Sie mit, Deutschland wieder sicherer zu machen und markieren sie die „No-Go-Areas“, damit auch die Älteren, die Kinder, die Frauen und auch der Nachbar nicht mehr zum Opfer werden“.[2] Neben einem Profilierungsversuch war dies auch eine Einschüchterungsaktion gegen Migranten, da die Aufkleber gezielt an Orten angebracht wurden, an denen Menschen mit Migrationshintergrund verkehrten. In der Region waren das hauptsächlich von Migranten betriebene Gaststätten und Imbisse. Insgesamt kann das Funktionalisieren bundesweiter Mediendebatten für die eigenen Zwecke als eine konstante Strategie des „Schutzbund Deutschland“ beschrieben werden.

Dies war allerdings die letzte Aktion des „Schutzbundes Deutschland“, da er am 26. Juni 2006 vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten wurde. Anfang Juli 2006 wurden 13 Wohnungen von Mitgliedern des „Schutzbund Deutschland“ im Norden und Westen Brandenburgs von der Polizei durchsucht. Gefunden wurden eine riesige Anzahl von Flugblättern und Plakaten mit rechtsextremem Inhalt; in einer Wohnung in der Prignitz wurde eine teure professionelle

[2] Quelle: http://www.schutzbund-deutschland.de/, eingesehen am 21.06.2006.

Druckerwerkstatt ausfindig gemacht. Insbesondere die Beschlagnahmung dieser komplett ausgestatteten Druckerwerkstatt hat die Schlagkraft der organisierten rechtsextremen Szene im Nordwesten Brandenburgs, zumindest vorübergehend, geschwächt.[3]

Eine Ersatzorganisation für den verbotenen „Schutzbund Deutschland" ließ allerdings nicht lange auf sich warten. Wenige Tage nach dem Verbot tauchte bereits ein Flugblatt auf der Webseite vom „Nationalen Widerstand" auf, das mit den Flugblättern des „Schutzbund Deutschland" fast deckungsgleich war. Anstatt „Schutzbund Deutschland" trat nun die „Bewegung Neues Deutschland" als Herausgeber des neuen Flugblatts auf. Es dauerte nur einige Wochen bis die Flugblätter von „Bewegung Neues Deutschland" wieder in den Briefkästen der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin zu finden waren. Als Zwischenlösung wurden von dem „Schutzbund Deutschland" nahe stehenden Personen kurzzeitig Flugblätter von der Märkischen Aktionsfront aus Mecklenburg Vorpommern verteilt. Bereits im August 2006 war die „Bewegung Neues Deutschland" auch wieder im Internet präsent. Allerdings ist die Intensität der Flugblattverteilung bisher nicht mit der vor dem Verbot des „Schutzbund Deutschlands" zu vergleichen.

Bei den Ermittlungen gegen den „Schutzbund Deutschland" geht es um einen Personenkreis der ca. 15 Leute umfasst. Der „Schutzbund Deutschland" hat allerdings Klage gegen das Verbot eingereicht. Der Anwalt des ehemaligen Schutzbund-Vorsitzenden Mario Schulz gab sich der Presse gegenüber siegessicher: „Das Innenministerium hat beim Verbot dilettantische Fehler begangen. Ich sehe der Entscheidung des Gerichts optimistisch entgegen".[4] Es handelt sich hierbei um den Anwalt Markus Beisicht, der auch Vorsitzender der rechtsextremen Gruppe „Pro Köln" e.V. ist, die mit fünf Mitgliedern im Kölner Stadtparlament vertreten ist.[5] Eine Hauptargumentation der Anwälte aus Leverkusen ist, dass das Verbot rechtswidrig ist, weil der „Schutzbund Deutschland" überregional tätig gewesen sei und in mehreren Bundesländern wie Berlin und Sachsen-Anhalt Dependancen unterhalten habe, das Verbot aber vom Brandenburgischen Innenministerium ausgesprochen wurde. Da passt es gut ins Bild, dass die Ersatzorganisation „Bewegung Neues Deutschland" in Leipzig gemeldet ist.

[3] Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung vom 06.07.2006.

[4] Quelle: Berliner Morgenpost vom 18.08.2006.

[5] Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2004.

Zur Programmatik und politischen Zielsetzung

Programmatisch knüpft der „Schutzbund Deutschland“ an das 25-Punkte-Programm der NSDAP an und gibt sich somit offen neonazistisch. Die Programmatik neonazistischer Organisationen kann zwischen den einzelnen Gruppen variieren, doch gibt es eine gemeinsame ideologische Basis, die u. a. im Zentralorgan (Hrg. 1998) und auf Internetseiten (z.B. Nationaler Widerstand) nachzulesen ist. Demnach haben sich „Freie Kräfte“ zuerst „dem Volke und der Nation“ zu verpflichten. Gemein sei allen „Freien“, eine „nationalsozialistische Gesinnung“ und eine „revolutionäre Grundhaltung“.[6]

Gemäß ihrer im Internet nachzulesenden Präambel will die BNO den „biologischen Bestand des Volkes erhalten” und „sich dieser Aufgabe mit aller Kraft widmen”. Ihr Ansatzpunkt ist „ein revolutionäres Bewusstsein”, dessen Wurzeln in „der deutschen Weltanschauung” liegen sollen. Im Zentrum von allem steht für sie das deutsche Volk. „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist.” Alles hat sich einem vermeintlichen „Wesen des Volkes“ unterzuordnen, Staat und Wirtschaft, Kunst und Kultur, der Einzelne. Darüber hinaus werden die Revision der europäischen Nachkriegsordnung und die Eingliederung der „geraubten” Gebiete gefordert.[7] Ihr immer wieder formuliertes Ziel ist die Zerstörung des „BRD-Systems“ und die Schaffung einer „neuen Ordnung“ nach ihren Gesetzen. Der „Schutzbund Deutschland“ begreift sich als Volksbewegung mit dem Ziel, die Bundesrepublik in eine „Volksgemeinschaft“ umzustrukturieren und die pluralistische Demokratie abzuschaffen. Wie auch andere, insbesondere „Freie Kräfte“ aus dem rechtsextremen Spektrum, denken sie in Generationenzeiträumen:

> „Deutschland aber, unser Deutschland werden wir dereinst auf den Trümmern des BRD-Systems aufbauen. Ein Deutschland der Arbeit und der Leistung, eine Heimstatt für unsere Volksgemeinschaft statt Geldpresse des raffenden Kapitals. Und wenn das BRD-System zusammengebrochen ist, werden wir sagen: Das war ein guter Tag für Deutschland!“[8]

6 Vgl. Thomas Grumke, Bernd Wagner: *Handbuch Rechtsradikalismus*, S. 393-394ff, Opladen 2002.

7 Vgl. www.verfassungsschutz.brandenburg.de: *„Bewegung neue Ordnung” (BNO)* Neue rechtsextremistische Organisation in Brandenburg, eingesehen am 26.02.2004.

8 Quelle: Deutsche Jugend, V.i.S.d.P, Christof Schmidt, 16921 Pritzwalk, Postfach 1089. *Ein junges Volk, Zeitung für die deutsche Jugend, Laß dich nicht entwurzeln*: „Deutschland oder BRD“, ohne Seitenangabe, 2005.

Die BRD hat es geschafft!

Die Deutschen sind die unangefochtenen Weltmeister

- bei der Staatsverschuldung (über 1.5 Billionen €, Tendenz steigend)
- bei der Arbeitslosigkeit (real fast 10 Millionen Arbeitslose)
- bei den Abtreibungen (über 130.000 Kindstötungen pro Jahr)
- bei der Schwarzarbeit (über 100 Milliarden € gehen jährlich an der Steuer vorbei)
- bei der demographischen Fehlentwicklung (fehlende Kinder)
- bei der gezielten Arbeitsplatzvernichtung und –verlagerung ins Ausland
- bei den steigenden Lebenshaltungskosten und sinkenden Löhnen
- bei der Integration von mittlerweile mehr als 14 Millionen Ausländern
- bei der Finanzierung der EU (BRD zahlt den größten Anteil)
- beim Abbau des Sozialstaates
- bei der Verunglimpfung und Verleumdung der eigenen Geschichte
- ...

Deutschland wird abgewickelt!

Und immer noch lassen wir dies alles ohne Widerworte über uns ergehen.

Was muß eigentlich noch passieren, bis der Deutsche aufsteht und die Geschicke wieder in seine Hände nimmt?

Deutschland ist uns zu wichtig, als daß wir es solchen Machenschaften ausliefern wollten.
Es ist an der Zeit, daß wir wieder Weltmeister werden und uns durch die Leistungen und die Schaffenskraft unseres Volkes auszeichnen. Ob Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Sport oder Kultur. Ein gesundes und starkes Volk vermag Höchstleistungen in allen Bereichen aus eigener Kraft zu erringen, ohne daß es sich mit den Leistungsträgern anderer Völker und Nationen schmücken muß.
Ist die BRD erst Teil der Geschichte, kann auch Deutschland wieder durchatmen und aus eigener Kraft zu neuer Blüte heranwachsen.

- Bewegung Neues Deutschland -

Postfach 101540, 04015 Leipzig
V.i.S.d.P.: Maik Emminger, Postfach 101540, 04015 Leipzig

Ganz im Sinne einer neonazistischen Organisation hat der „Schutzbund Deutschland“ keine offiziellen Mitglieder, sondern nur Aktivisten und Unterstützer. Auf ihrer Internetseite wurden diese Personen als „Förderer“ beschrieben, wobei die Aktivisten als „aktive Förderer“ und die Unterstützer als „stille Förderer“ tituliert wurden. Alle „Förderer“ waren aufgefordert einen Mindestbetrag von 5,00 Euro im Monat beizusteuern, wobei die „Richtschnur für die Höhe der Spende 3% des eigenen Bruttolohns sein sollte“. Während für den „stillen Förderer“ die reine finanzielle Unterstützung (vor allem „alters- und gesundheitsbedingt“) als ausreichend angesehen wurde, sollte der „aktive Förderer“ regelmäßig, insbesondere in seinem Umfeld, Propaganda verteilen und „möglichst einen eigenen Verteilerkreis aufbauen“.

Der „Schutzbund Deutschland“ unterscheidet sich hinsichtlich seiner Programmatik etwas deutlicher von anderen rechtsextremen Kräften wie z. B. dem Märkischen Heimatschutz (MHS)[9], insofern er den Focus auf die Landwirtschafts- und Agrarpolitik richtet. Dies kann sicherlich damit erklärt werden, dass Mario Schulz wie auch andere Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ Landwirte sind. Darüber hinaus ist das Hauptaktionsfeld des „Schutzbund Deutschland“ der ländliche Raum, insbesondere die Prignitz mit ihren überdurchschnittlich großen Nutzflächen. Im Wahlprogramm von „JA zu Brandenburg“ z. B. hieß es:

> „Wir brauchen eine neue Landwirtschafts- und Agrarpolitik. Der Brandenburger Bauer muss wieder als Ernährer des Volkes wahrgenommen werden und einen entsprechenden Stellenwert in der Landesförderung erhalten“.[10]

Auch in weiteren Veröffentlichungen wird immer wieder auf die Agrar- und Landwirtschaftspolitik Bezug genommen und sinngemäß gefordert, dass das „Deutsche Volk“ sich ausschließlich vom dem, was auf „deutschem Boden“ wächst, zu ernähren hat.

Von seinem Selbstverständnis her begreift sich der „Schutzbund Deutschland“ nicht als Partei, Verein oder Organisation sondern als

[9] Anfang November 2006 hat sich der „Märkische Heimatschutz“ (MHS), der zu den führenden rechtsextremen Organisationen in Brandenburg zählte, aufgelöst. Nach Informationen des Tagesspiegels vom 07.11.2006 ist die Gruppierung damit nur knapp einem bevorstehenden Verbot durch das brandenburgische Innenministerium entgangen.

[10] Quelle: http://www.ja-zu-brandenburg.de/, eingesehen am 30.08.2004.

Die BRD ist der Schlüssel zur Ausplünderung unseres Volkes durch das raffende Kapital

Spekulationsgewinne sind Diebstahl !

Wie lange wollen wir uns das noch mit anschauen, wie sich einige Schmarotzer auf Kosten unseres Volkes an unserem Volksvermögen bedienen ? Die BRD-Partei-Kadaver liefern uns an das raffende Kapital aus, statt uns vor diesen Schmarotzern zu beschützen. Und nicht nur das, die BRD- Politiker pressen uns immer höhere Steuern ab, damit sie den Zins und Zinseszins für die ständig wachsende Staats-verschuldung aufbringen können. An jeder Herztablette, an jedem Kinderspielzeug, an jedem Liter Benzin oder Wasser,überall machen die Spekulanten satte Gewinne. Aus unserer Jugend werden umherziehende Arbeitsnomaden, die mit Negern, Polen usw. um die Arbeit streiten müssen. Selbst Familienväter werden um des Profits willen entlassen. Selbst an unserer Altersvorsorge verdienen sie Milliarden.

Brechung der Zinsknechtschaft, Zerschlagung der Börsenmafia !

In unserem Deutschland wird es keinen Platz für Zinshaie, Spekulanten und Schmarotzer geben. Es wird ein Deutschland der Leistung und der Arbeit sein, unsere Volkswirtschaft wird der Garant für Vollbeschäftigung und Wohlstand des gesamten deutschen Volkes sein und nicht einiger weniger. Eine neue Ordnung statt der alten Unordnung! Wir schaffen das Recht auf Arbeit für jeden Deutschen. Schluß mit dem Diebstahl an der Zukunft unserer Kinder. Mit dem BRD – System wird auch das kranke und asoziale Wirtschaftssystem verschwinden.

WWW.Schutzbund-Deutschland.de

Postfach 200539, 06006 Halle

Glauben Sie auch nicht mehr an das BRD-System ?
Dann werden Sie Förderer vom „ Schutzbund Deutschland“.
Spendenkonto: Sonderkonto Ch. Schmidt, Sparkasse Prignitz,
Kontonummer: 1220142863, BLZ: 16050101

V.i.S.d.P.: Mario Schulz, 16921 Pritzwalk, Postf. 1089

eine „Aktionsplattform zur Erstellung und Verteilung von politischer Propaganda“. Der „Schutzbund Deutschland“ ist von seiner Organisationsstruktur her also nicht als „Kameradschaft“ zu verstehen, sondern als Koordinierungs- und Organisationsbüro für die rechtsextreme Szene im Nordwesten Brandenburgs, insbesondere in der Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Potsdam-Mittelmark. In diesem Sinne organisieren die Mitglieder Demonstrationen und Kundgebungen, halten Vorträge, organisieren Schulungen, unterhalten Internetseiten und koordinieren temporäre „Zweckbündnisse“ mit anderen rechtsextremen Organisation wie z. B. der Mecklenburgischen Aktionsfront oder auch der NPD.

Zu den Aktionsfeldern und Strategien

Vornehmlich in den Jahren 2001 bis 2004 folgten Mario Schulz und seine Anhänger der altbewährten Strategie der SA, über zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen die Straße zu erobern. Insbesondere Wittstock war in den Jahren 2002 bis 2004 immer wieder Schauplatz von Aufmärschen und Demonstrationen zu den unterschiedlichsten Themen. Vor allem zum Anlass des Todestags von Rudolf Hess am 17. August, hatten die Aufmärsche in Wittstock in den Jahren 2003 und 2004 bereits überregionale Bedeutung innerhalb der rechtsextremen Szenen in Nordostdeutschland gewonnen. Der aktive Kern von ca. 15 Personen, die sich um Mario Schulz herum gruppierten, war in der Lage, relativ kurzfristig ca. 150 Personen zu mobilisieren und innerhalb weniger Tage einen Aufmarsch durchzuführen.

Im August 2004 schafften es die Bürger und Bürgerinnen Wittstocks, endlich ein deutliches Zeichen gegen die regelmäßigen Aufmärsche des „Schutzbund Deutschland“ bzw. der BNO zu setzen. Während der Versuch einer Demonstration gegen den Aufmarsch zum Todestag von Rudolf Hess im Jahr 2003 scheiterte und die Rechtsextremen unbehelligt, ja gar mit offenen Zuspruch aus Teilen der Bevölkerung, durch Wittstock marschieren konnten, wurden sie im darauf folgenden Jahr symbolisch aus der Stadt gekehrt.

Das damalige „Aktionsbündnis Couragiert gegen Rechts – für ein tolerantes Wittstock“ (Heute „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung“) hatte zur Demonstration unter dem Motto „Wir kehren den braunen Müll aus unserer Stadt“ aufgerufen. Die Stadt hatte hierzu eine Kehrmaschine bereitgestellt und ein Teil der Demonstranten hatte Besen zum symbolischen Kehren

Rechtsextreme Heß-Verehrung

mitgebracht. Ungefähr hundert Personen, unter ihnen viele Jugendliche, sowie auch der Wittstocker Bürgermeister Lutz Scheidemann, eroberten an diesem Tag durch eine sehr kreative, bunte und laute Aktion den öffentlichen Raum zurück. Obwohl die Rechtsextremen an diesem 18. August 2004 rein zahlenmäßig den Gegendemonstranten leicht überlegen waren, so stellte dieser Aufmarsch doch eine Blamage für sie dar. Ihre gesamte Demoroute, inklusive Marktplatz auf dem die zentrale Kundgebung stattfand, war von Plakaten gesäumt, auf denen ihnen klar verdeutlicht wurde, dass sie und ihre Ideologie unerwünscht sind. Die angebrachten Plakate und die anschließende Gegendemonstration ließen ein Bild in den Medien entstehen, das die rechtsextremen Demonstranten lächerlich machte. Die „demokratischen Kräfte" hatten an diesem Tag den „Kampf um die Bilder" eindeutig gewonnen. Dieser gesamte Prozess war intensiv vom Mobilen Beratungsteam begleitet worden.

Überraschenderweise blieb die Demo vom 18. August 2004 die bisher letzte öffentliche Kundgebung des „Schutzbund Deutschland" bzw. der BNO. Inwiefern die Gegenaktion hierbei ausschlaggebend war, lässt sich nur schwer beurteilen. Auf jedem Fall aber kann von diesem Zeitpunkt an eine Veränderung der rechtsextremen Strategie beobachtet werden. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten verlagerte sich von der „Eroberung der Straße" auf die „Eroberung der Köpfe". Dies geschah insbesondere über den Ausbau der Vernetzung mit Hilfe ihrer Internetpräsenz, das Propagieren eigener politischer Inhalte und Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen und über die Verteilung von Flugblättern.

Die Zielgruppe der Flugblätter des „Schutzbund Deutschland" sind Erwachsene mit niedrigem bis mittlerem Bildungsrad; generell versuchen sie, an die sozialen Notlagen der Bevölkerung anzudocken. Ihre Flugblätter thematisieren Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Perspektiven für Kinder, Diäten der Abgeordneten, demografischen Wandel, Gedenktage, Spekulantentum, Arbeitslosigkeit und offene Ablehnung vermeintlich „undeutscher" Menschen. Beobachtet man die räumliche Verteilung der Flugblätter, so stellt man fest, dass diese schwerpunktmäßig in Plattenbaugebieten der Kleinstädte verteilt werden. Zum einen mag es bewusste Strategie sein, zum anderen hängt es sicherlich auch damit zusammen, dass die Verteiler dieser Flugblätter selber oft in diesen Gebieten leben. In jedem Fall wird bei der Verbreitung von Flugblättern strategisch darauf abgezielt, immer wieder in den gleichen Gebieten über Jahre hinweg die gleichen Botschaften zu transportieren:

„Steter Tropfen höhlt den Stein.
Flugblattaktionen sind nur dann sinnvoll, wenn sie in regelmäßigen Abständen mit neuen Themen wiederholt werden, erst die ständige Wiederholung bringt die gewünschte Öffentlichkeit. Dass wir auch auf andere Weise mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln das, was wir zu sagen haben, an das Volk herantragen, versteht sich von selbst. Mit diesem Internet-Auftritt und den ersten bereits bundesweit durchgeführten Flugblattverteilungen ist ein kleiner, aber immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung getan".[11]

Demonstration gegen Rechtsextreme, Wittstock 2004

[11] Quelle: http://www.bewegung-neues-deutschland.info/start.html, eingesehen am 24.10.2006.

Die Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ werden in ihrem Wohnumfeld, insbesondere in den Dörfern, überwiegend als eher hilfsbereite, fleißige und höfliche Zeitgenossen wahrgenommen. In Cumlosen ist über Mario Schulz kaum Negatives zu hören, hilfsbereit sei er, leihe problemlos landwirtschaftliche Geräte aus und engagiere sich im Ort. In Cumlosen selber ist von Flugblättern des „Schutzbund Deutschland“ nichts zu sehen. Ähnlich sieht es auch in anderen Ortschaften aus, in denen Führungskader des „Schutzbund Deutschland“ wohnen. Ein beachtlicher Teil der Menschen im Einzugsgebiet des „Schutzbund Deutschland“ haben bereits rechtsextreme Teileinstellungen und sind daher für die Inhalte, wie sie der „Schutzbund Deutschland“ propagiert empfänglich.[12]

Zudem kommt es immer wieder zu Gewalttaten. Auch wenn nie eine direkte Verbindung zum „Schutzbund Deutschland“ nachgewiesen werden konnte, wurden Einzelpersonen aus dem Umfeld des „Schutzbund Deutschland“ immer wieder gewalttätig. So wurde zum Beispiel am 19.11.2005 ein junger Student in Wittstock wegen seiner langen Haare auf offener Straße zusammengeschlagen[13], unter den Tätern befanden sich Personen, die eindeutig dem direkten Umfeld des „Schutzbund Deutschland“ zugeordnet werden können. Es greift eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite versuchen sich die Führungskader des „Schutzbund Deutschland“ als bürgernah darzustellen, während das „Fußvolk“ Andersdenkende, Migranten und „Systemvertreter“ einschüchtert und auch gewaltsam bekämpft.

Die Besetzung von Räumen ist eine Aktionsform, die zunehmend von den führenden Köpfen des „Schutzbund Deutschland“ bzw. der BNO wahrgenommen wurde. Regelmäßig störten sie politische Veranstaltungen, auf denen sie die Strategie der „Wortergreifung“ anwendeten, wie sie die NPD formuliert hat. Auf einer Informationsveranstaltung zum Rechtsextremismus mit dem Mobilen Beratungsteam und Vertretern der Stadt Wittstock im Sommer 2003 forderte Mario Schulz, der mit mehreren seiner Getreuen die Veranstaltung besucht hatte, die Stadt auf, einen Jugendclub für „national gesinnte Jugendliche“ bereitzustellen. Auf einer weiteren Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus mit dem Leiter der Kripo für den Schutzbereich Ostprignitz-Ruppin und der Leiterin der Gedenkstätte Belower Wald, tauchten ca. zehn Aktivisten des „Schutzbund Deutschland“ auf (damals noch

[12] Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout für die Pressekonferenz am 23.03.2005.

[13] Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung vom 21.11.2005.

NPD) und schafften es, die gesamte Veranstaltung an sich zu reißen und die Themen vorzugeben. Die Wortführer dieser Gruppe, Mathias Wirth und Sven Knopp, hatten sich auf dieser Veranstaltung als „Biedermänner“ darstellen können. Sie fand nur eine Woche vor den Brandenburger Kommunalwahlen statt, bei denen Mathias Wirth mit 4,1% der Stimmen ins Wittstocker Stadtparlament gewählt wurde.

Die Einflussnahme auf Heranwachsende gehört zu den wichtigsten Zielen rechtsextremer Strategen. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft; je früher sie mit der rechtsextremen Ideologie indoktriniert werden, umso nachhaltiger ist die Wirkung. Deshalb gibt es auch im „Schutzbund Deutschland“ Personen, die Orte aufsuchen, an denen Heranwachsende sich aufhalten: Jugendclubs, Schulen, Treffpunkte an Einkaufsmärkten oder Bushaltestellen, wo sie Kinder und Jugendliche gezielt ansprechen und sich als Gesprächspartner und Kontaktperson anbieten.

Die meisten Jugendlichen sind handlungs- und erlebnisorientiert. Rechtsextreme knüpfen gezielt an die Faszination von Lagerfeuern

oder Kampfspielen im Wald, von Szenepartys oder Aufmärschen und bei der Verteilung von Flugblättern an. Dazu kommt eine möglichst persönliche Bindung, die diese Zugehörigkeit verstärken soll. Gerade in ländlichen Räumen scheint dieses Konzept der Rechtsextremen zu greifen. Die vermutlich wichtigste Bedeutung einer Organisation wie dem „Schutzbund Deutschland" liegt somit darin, rechtsextreme Jugendmilieus zu schaffen und zu festigen.

Ausblick

Seit dem im Juli 2006 verhängten Verbot scheint der „Schutzbund Deutschland" deutlich geschwächt. Die Ersatzorganisation „Bewegung neues Deutschland" (BND) ist zwar im Internet vertreten und es werden auch wieder Flugblätter in der Region verteilt, aber ansonsten ist sie weniger wahrnehmbar als in der Vergangenheit. Ihre Mitglieder tauchen nicht mehr bei öffentlichen Veranstaltungen auf, organisieren keine Demonstrationen mehr und bringen sich bis auf die spärliche Verteilung von Flugblättern kaum noch in den öffentlichen Diskurs ein.

Diese „Schwächung" ist aber sicherlich nicht nur ein Verdienst des Verbots, sondern eben auch ganz wesentlich der Kommunen und der Zivilgesellschaft in der Region. Ohne deren Engagement gegen den „Schutzbund Deutschland" und die damit einhergehende Aufmerksamkeit wäre womöglich auch kein Verbot zustande gekommen. Hier hat die niedrigschwellige und über Jahre kontinuierliche Aufklärungsarbeit des Mobilen Beratungsteams einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Es ist anzunehmen, dass sich der „Schutzbund Deutschland" in einer Phase der Reorganisierung befindet. Fast fünfzig Anhänger des sonst so NPD-kritischen „Schutzbund Deutschland" waren z. B. am 21. Oktober 2006 bei einer NPD-Demonstration in Berlin-Tegel für die Freilassung von Lunikoff, Sänger der mittlerweile als „kriminelle Vereinigung" eingestuften rechtsextremen Kultband Landser. Der Landesverband der NPD Brandenburg hat bereits angekündigt, mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 den brachliegenden NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin wieder aktivieren zu wollen. Darüber hinaus gab die NPD auf einem Treffen in Alt-Friesack am 14. April 2007 bekannt, einen neuen Ortsbereich Neuruppin gegründet zu haben. Es bleibt insofern abzuwarten, welchen Lauf diese Entwicklungen in Zukunft nehmen werden.

Dirk Wilking

Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg

Eine Verbindung von Rechtsextremismus und Rockermilieu bezogen auf Brandenburg herstellen zu wollen, mag auf den ersten Blick überraschen. In einem Flächenland mit geringer Bevölkerungsdichte erscheint das mit großstädtischen Milieus assoziierte Problem eher geringfügig. Aber für uns hat diese Szene punktuell eine beachtliche Größenordnung erreicht.

In Berlin ist das Problem der Verbindung von Rechtsextremismus und Rockerkultur seit Jahren bekannt. Damit sind nicht die Vandalen des Arnulf Priem gemeint, die keine Rocker im engeren Sinne sind, sondern das Umfeld des Hells Angels MC. Anfang der 90er Jahre gelang es den Rockern, den BFC Dynamo Berlin zu übernehmen, seitdem entwickelte sich im Umfeld des Clubs eine unselige Melange aus Rechtsextremismus, Hooliganismus und entsprechendem Lifestyle. Ähnliche Tendenzen können wir auch in Brandenburg beobachten. Dabei stellt die Rockerszene auch ein ökonomisches Standbein des Rechtsextremismus dar. Wir können zeigen, dass lokal eine Vielzahl kleinerer Gewerbebetriebe im Umfeld der Rockergruppen entstehen, die den häufig bildungsschwachen jungen Rechtsextremen auch ohne Berufsabschluss eine attraktive Zukunftsperspektive in der Region bieten. Zudem gelingt es Rechtsextremisten, über die Rockerszene den Eingang ins lokale Establishment zu gewinnen, indem sie als Unternehmer eine wichtige Funktion haben, die durch die Öffentlichkeit und die Verwaltung auch als solche wahrgenommen wird. Für unsere Aufgabe ist es besonders relevant, Gegenmaßnahmen auf zivilgesellschaftlicher Seite zu erarbeiten. War es schon schwierig, lokale Handlungsperspektiven gegen Angsträume zu entwickeln, ist das bezogen auf den Komplex Rocker und Rechtsextremismus ungleich schwieriger, da hier eine Schnittstelle mit organisierter Kriminalität und illegalem Waffenbesitz besteht, das Angstszenario also deutlich ausgeprägter ist. Mit Runden Tischen und lokalen Aktionen in der Öffentlichkeit ist hier kaum etwas zu bewirken.

Seit Beginn der bundesweiten Kampagne gegen Rechtsextremismus im Jahr 2000 ist durch die unterschiedlichen Aktivitäten von Staat und Gesellschaft ein deutliches Rückzugsverhalten der rechtsextremen Szene in der Öffentlichkeit festzustellen. Glatzen und Schlä-

gereien waren nicht mehr angesagt, die Druckszenarien, vor allem auf die gewaltbereite Szene, waren erheblich, so dass einige Gruppen befürchteten, keine Chance mehr auf ein bürgerliches Leben zu haben. Diese an sich sehr begrüßenswerte Tendenz hat das MBT Cottbus zu der Frage veranlasst, was mit den aktiven Neonazis der Region geschehen ist. Mit Sicherheit sind sie nicht „geläutert" in den Schoß der Gesellschaft zurückgekehrt. An Einzelpersonen der harten Szene konnten wir ausmachen, dass sich ein Trend zur „wirtschaftlichen" Orientierung der Kader abzeichnete: zunächst in klassischen Bereichen der Jugendsubkultur: Tattoo-Läden, Piercing-Studios, Fitness-Center inklusive Anabolika-Handel, CD-Läden und Boutiquen. Diese Tendenzen gerieten in unseren Fokus, als wir deutliche Hinweise auf eine Verquickung der Szene mit Teilen der organisierten Kriminalität erhielten, wo Drogenhandel, Prostitution und Waffenhandel als illegale Szeneerscheinungen hinzukommen. Wir fragten uns, welche der legalen Aktivitäten wünschenswerte Ausstiegsstrategien sind und welche u.U. dazu dienen, den aktiven Kern der Szene so zu platzieren, dass er politisch handlungsfähig bleibt, aber gleichzeitig von massiven Kampagnen nicht erreicht werden kann. Unsere Hypothese war also, dass sich einige „verbunkern" würden, um bei nachlassendem Druck wieder ihre Aktivitäten entfalten zu können. Unsere Recherchen haben ergeben, dass in Südbrandenburg nicht das Konzept der „Burgen und Schlösser", wie es Steffen Hupka und andere etwa in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern angeregt hatten, verfolgt wurde, sondern eher die Durchdringung der lokalen Wirtschaftsstruktur.[1] Die Szene hat damit eindeutig Vorteile: sie verfügt über die Ressourcen Arbeitsplatz und Geld (es kann sich lohnen Neonazi zu sein), sie kann Tabus aufbauen und brechen (der Begriff „Julfest" oder „Sonnenwendfeier" etwa ist nicht mehr anstößig), da sie über Einfluss in der Lokalpolitik verfügt, und die Stigmatisierung der rechtsextremen Ideologie wird aufgehoben, weil die Szeneführer „erfolgreiche" Geschäftsmänner und -frauen sind.

Ein Problem ist die unzureichende Forschungslage zu Rockern im Vergleich zum Rechtsextremismus. Und selbst die wenigen vorhandenen Texte zum Thema sind nicht aktuell. So kann man z. B. inzwischen nicht mehr davon ausgehen, dass die Rockerkultur ein Phänomen der

[1] Steffen Hupka hatte als rechtsextremer Vordenker die Idee gehabt, durch den Kauf von Immobilien eine unangreifbare Struktur des Rechtsextremismus aufzubauen, die den dort Lebenden Sicherheit und Arbeitsplätze geben, aber auch eine Art Ideologie-Kloster darstellen soll.

Jugendkultur ist, wie das bis Anfang der 90er Jahre üblich war, als man von einem Alter zwischen 18 und 25 Jahren ausging.[2] Rocker sind, je nach Club, um die 30 Jahre alt, z.T. sogar älter.

Dennoch ist die ältere Literatur punktuell brauchbar. Erstaunlicherweise ist einer der ältesten Texte überhaupt immer noch ein wichtiges Hilfsmittel der Interpretation vieler Erscheinungsformen des Rockermilieus. Der Ethnologe Paul Willis hat in den frühen 60er Jahren englische Rocker vor Ort untersucht, und hat dabei bis heute gültige Aussagen über deren Kultur getroffen.[3] Die Aktualität des Textes hat ihre Ursache in der, zumindest teilweisen, Beschreibung aus dem „Innenraum" der Gruppen. An der mangelnden ethnologischen Perspektive krankt aber die Literatur der folgenden Jahrzehnte. Diese Literatur lässt sich grob klassifizieren in: 1. Texte der Polizei, 2. Texte von SozialarbeiterInnen und PfarrerInnen, 3. sozialwissenschaftliche Texte, 4. Autobiographien von Rockern, und Texte aus dem Innenraum des Milieus, z.T. Selbstzeugnisse, 5. Presseberichterstattung.

Ohne hier genauer auf die Texte einzugehen, sei bemerkt, dass selbst die qualitativ besten Arbeiten zum Thema von Simon, Opitz, Cremer und Baumann sich nicht auf die ostdeutsche Situation anwenden lassen.[4] Sie entstanden Ende der 80er Jahre und konnten noch nicht berücksichtigen, was nach der Wiedervereinigung im relativen Vakuum Ostdeutschlands geschehen würde. Zwar gab es in der DDR durchaus eine kleine Rockerszene, diese aber war völlig anders strukturiert und motiviert als die der Bundesrepublik. Die großen europäischen Clubs gründeten nach der Wende im Osten in der Regel neue Clubs, die sich deutlich anders zusammensetzten, als die westdeutschen Gruppen.

„Rocker" ist kein wissenschaftlicher Begriff, er ist nicht einmal eine Bezeichnung aus dem Land, das die ersten Rocker hatte: den USA.[5]

[2] Hamann etwa betrachtet die Rockerphase von Jugendlichen als „Durchgangsstadium" (S.128) und ihre Grundhaltung als „unpolitisch" (S.73). Bernd-Jürgen Hamann: Im frischen Fahrtwind will ich dich loben. Ein Rockerpfarrer berichtet, München 1980.

[3] Willis, Paul: „Profane Culture". Rocker, Hippies: Subversive Stile der Jugendkultur, Frankfurt/M. 1981.

[4] Titus Simon: Rocker in der Bundesrepublik, Weinheim 1989; Günter Cremer: Die Subkultur der Rocker. Erscheinungsform und Selbstdarstellung, Pfaffenweiler 1992; Hans D. Baumann: Rocker. Die wilden Motorradgruppen, Mannheim 1989; Martin G. Opitz: Rocker im Spannungsfeld zwischen Clubinteressen und Gesellschaftsnormen, Konstanz 1990.

[5] Vgl. Anm.4, Martin G. Opitz, 1990, S.9.

In der wichtigen Literatur zum Thema Rocker befriedigen die Definitionen nicht. Das scheint mit der Dynamik der Entwicklung dieser Szene zu tun zu haben. Unser Problemfeld „Rocker“ umfasst keine individuellen Fahrer, sondern nur einen kleinen Teil der organisierten Szene. Diese wiederum ist auch in sich sehr differenziert. Es soll hier unterschieden werden zwischen Bikern (also Motorradfahrern in Gemeinschaft) und den MCs. Biker sind Fahrer die sich gemeinsam zu einem Hobby treffen.

Biker		**MCs**	
Motorradclubs regional	Freundeskreise, z.T. als eingetragener Verein, oft mit dem Zusatz MF (Motorradfreunde) oder „Freebiker“	**Regional**	Beanspruchen ein „Territorium“, in dem niemand sonst ohne „Erlaubnis“ einen Club gründen darf
Motorradclubs überregional	Harley-Owners-Group HOG	**Überregional**	Profirocker sind in der Regel in überregionalen Gangs zusammengeschlossen. Die auch international agierenden „Rockerkonzerne“ sind: Hells Angels, Outlaws, Gremium MC und Bandidos**.**

Die MCs haben sich unterschiedliche, aber immer verbindliche Regeln gegeben.[6] MCs bilden häufig „Filialen“ in anderen Städten, die sich zu einem Netzwerk entwickeln können. Die großen Rockergruppen haben häufig enge Bezüge zum Bereich der organisierten Kriminalität.

[6] MCs: Motorcycle-Clubs sind eine militärisch organisierte exklusive Gruppe mit Anspruch auf ein Territorium. Sie sind streng hierarchisch in Einheiten (Chapter, die eine Stadt für die Rockerszene in Anspruch nehmen), Präsidenten, Offiziere, wie Secretary (eine Art Verbindungsoffizier in die Gesellschaft), Sergeant at Arms (Waffenmeister), Soldaten (Member genannt) und Rekruten, die noch kein vollwertiges Mitglied der Einheit sind (Prospect). Die Einheit einer Stadt hat ein allgemein akzeptiertes Abzeichen (Color) auf dem Rücken der Motorradjacke (Kutte). Das Color besteht aus dem Symbol (Patch), dem Toprocker (Schriftzug oberhalb des Patches mit dem Namen der Gruppe), und dem Bottomrocker (geographische Herkunftsbezeichnung mit dem Namen der Stadt oder des Landes).Vgl. Michael Ahlsdorf: Alles über Rocker. Mannheim 2002, S. 8-47.

Bestimmte Gruppen, die landläufig als „Rocker“ gelten, fallen für uns heraus. An zwei Beispielen soll das verdeutlicht werden:

In der (Boulevard-)Presse wird im Zusammenhang von Rechtsextremismus und Rockern häufig die Berliner Gruppe „Vandalen“ als militante, rechtsextreme Rockergruppe bezeichnet. Diese Gruppe ist aber keine Rockergruppe, sie sind eher Habitus-Rocker. Ihr (ehemaliger) Anführer Arnulf Winfried Horst Priem gibt sich zwar äußerlich als Rocker, aber den Vandalen fehlen alle wesentlich Merkmale einer Rockergruppe, wie etwa ein Motorrad, der Gebietsanspruch eines „MC“ und das Color. In der wissenschaftlichen Literatur zum Rechtsextremismus wird Priem auch nicht als Rocker geführt.[7] Ähnlich verhält es sich mit der sich links definierenden Gruppe Kuhle Wampe. Sie erfüllt die Kriterien der Exklusivität nicht (Frauen sind Mitglied), sie hat, obwohl MC, keinen Gebietsanspruch und keine klaren Hierarchien.

Traditionelle Verbindungen der Rockerkultur zum Rechtsextremismus

Die Zuordnung einer deutschen Rockergruppe zur rechtsextremen Szene ist nicht so einfach, wie das bei anderen Gruppen ist, weil diese Subkultur einen anderen Umgang mit Symbolen der NS-Zeit pflegt. Ursächlich für diesen Umgang ist die Herkunft der Rockergruppen aus dem US-amerikanischen subkulturellen Raum. Die ersten Rockergruppen der 40er Jahre waren allesamt junge, desillusionierte Ex-GIs des 2. Weltkrieges, die ihr Flugzeug oder ihren Jeep gegen eine Harley Davidson getauscht hatten. Eine tiefe Verachtung für das kleinbürgerliche Wohlstandsamerika verband diese erste Rockergeneration, die sowohl das Bild von den Rockern wie auch deren Selbstbewusstsein bis heute prägt. Eisernes Kreuz, Wehrmachtsstahlhelm und SS-Insignien waren Trophäen des Feindes und werden von vielen Gruppen bis heute verwendet. Rocker fuhren mit diesen Trophäen durch die kalifornischen Kleinstädte.[8] Ihren militärischen Hintergrund haben die

[7] Margret Chatwin: Priem, Arnulf Winfried. In: IDGR Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, http://lexikon.idgr.de/p/p_r/priem-winfried-arnulf/priem-winfried-arnulf.php, eingesehen am 26.8.2004.

[8] Yves Lavigne: Hell’s Angels. „Three Can Keep a Secret if Two Are Dead”, New York 1989, S. 20.

Gruppen im Wesentlichen nie abgelegt. Willis konstatiert in seiner Studie von 1969, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der britischen Rockerszene nicht nur üblich waren, sondern konstitutiven Charakter hatten. Fremdes zu verstehen – in welcher Form auch immer – erfordert Denkmuster, die die eigene Erlebniswelt relativieren, andere Formen annehmen und tolerieren.[9] Der Hass, den Willis den Gruppen attestiert, bezieht sich nicht nur auf Ausländer, sondern ebenso auf alle anderen Lebenswelten und Gruppen, die nicht den eigenen Vorstellungen entsprechen. Dazu gehören Frauen, das Ausland, die demokratische Politik etc. Verbunden mit einem hohen Maß von Empathielosigkeit sind bereits in den 60er Jahren deutliche Tendenzen zum Rechtsextremismus erkennbar.[10] Der "Alltagsrassismus" der US-Rocker politisierte sich mit der öffentlichen Diskussion der Bürgerrechtsbewegungen. Dass es dort nicht zu einer rechtsextremen Bewegung kam, liegt u. a. daran, dass die Rocker damals über keinerlei Vision eines Staates verfügten.

Wenn also der soziokulturelle Prozess von Chiffrierung und Dechiffrierung der Nazisymbole in den USA klar ist, was passiert dann hier, wenn durch unsere Chapter der Rockergruppen nur die Form des soziokulturellen Prozesses wiederholt wird (Zeigen der NS-Symbole), nicht aber deren Inhalt? Handelt es sich bei einem Mann mit Wehrmachts-Stahlhelm auf dem Kopf, einem Eisernen Kreuz auf dem Rücken und eintätowierten SS-Runen um einen „Nazi"? Die Frage stellt sich in dieser Zuspitzung schon empirisch nicht mehr. Der Kult um die NS-Symbole ist in der Rocker-Szene in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen.

Richtig scheint zu sein, dass es keine relevanten Rockergruppen gab, deren primäres Ziel und deren Auftrag es war, für eine (rechtsextreme) Ideologie zu werben, oder die Gruppe als Mittel zur Umsetzung politischer Ziele einzusetzen. Rockergruppen sind heute deutlich unterscheidbar in Biker und Profirocker. Die Profirocker verhalten sich professionell, sie akzeptieren alles, was gut für das Geschäft ist. Wenn Neonazis günstige Wirkung auf die Geschäfte der organisierten Kriminalität haben, werden sie eingebunden und aufgenommen, wenn nicht, werden sie hinausgeworfen oder müssen ihren Auftritt verändern. Eine gewissermaßen „automatische" Sperre gegen NS-Ideologie, wie sie Baumann konstatiert, wenn er Biker zitiert, die das freie Biken nur in einer Demokratie für möglich halten,

[9] Vgl. Anm. 3, Paul Willis 1981, S. 54f.
[10] Vgl. Anm. 8, Yves Lavigne 1989, S. 56f.

ist nicht stichhaltig[11], da NS-Ideologie immer auch Führer-Ideologie ist und die Führer in einer Diktatur ja die nötigen Freiheiten genössen. Rechtsextreme Tendenzen in der Rockerszene waren nie tabu, auch wenn sie nicht konstituierend waren. Eine rechtsextreme Denkweise behindert einen Rocker keineswegs in seiner Rockerkarriere, sondern dürfte sie eher befördern. Die offen getragenen Symbole der NS-Zeit gehören nicht mehr zum Fundus der Rocker-Gangs. Dafür wird heute auf das Spektrum der nicht strafrechtlich relevanten Symbole der rechtsextremen Subkultur zurückgegriffen.

Nur gelegentlich kam es in der Geschichte der deutschen Rockerbewegung zur Gründung von explizit rechtsextremen Gruppen. So annoncierte der bekannteste dieser Clubs, der MC National 1981 anlässlich seiner Gründung in der „Deutschen Stimme“:

> „Achtung! /Rocker gegen Kommunismus /
> Motor-Fans schließen sich bundesweit im MC-National zusammen.
> Voraussetzung: Kameradschaft, Mut, Vaterlandstreue
> Unerwünscht: Linke, Spinner, Muttersöhnchen, Haschkrüppel
> Meldet Euch beim MC-National, 6800 Mannheim, Postfach 5609.“[12]

Solche Gruppierungen (der Stander Greif MC etwa zählte ebenso dazu[13]) wurden in der Szene aber nie besonders ernst genommen und übten praktisch keinen Einfluss auf die Rockerszene aus.

Die vorhandenen älteren Texte (und es gibt kaum neue) beziehen sich z. T. engagiert auf die Szene der Bundesrepublik (Simon, Opitz, Cremer) und verteidigen die Gruppen zu Recht als inhomogen. Doch seitdem haben sich wesentliche Veränderungen ergeben.

Mit der Wiedervereinigung entstand in Ostdeutschland ein rockerkulturelles Vakuum. Spätestens Mitte der 90er Jahre etablierten sich hier MCs, die unter ihren Mitgliedern überwiegend Rechtsextremisten hatten, oder deren Führungspersonal sich aus Rechtsextremisten zusammensetzte. Als die Biker-Union 2000 eine Kampagne „Biker gegen Rechts“ führte, war das zumindest doppelzüngig. Der damalige Bones MC hatte gleichzeitig das Chapter Lauchhammer, das verantwortlich für eine ganze Anzahl rechtsextremer Konzerte war, und dessen Mitglieder der rechtsextremen Szene zuzurechnen waren.

[11] Vgl. Anm. 4, Hans D. Baumann 1989, S. 73.

[12] „Deutsche Stimme“, Monatszeitung der NPD, Jg. 5 (1981), Nr. 3, S. 6.

[13] „Wir sind die neue SA“ – die ANS, Fuldaer Hefte, Band 3, Petersberg 1984, S. 121f.

Zum Ende der 90er Jahre war dann beobachtbar, dass immer mehr rechtsextreme Skinheads in die Rockergruppen gingen, um sich auch geschäftlich zu „etablieren". Am spektakulärsten war dabei der Fall von Andreas „Oswald" Pohl, einem der führenden Köpfe der militanten rechtsextremen Szene der Bundesrepublik, der in Dresden dem Gremium MC beitrat.[14] Die Bewegungsrichtung bei diesen Annäherungsprozessen ist jedenfalls eindeutig: die Rechtsextremisten nähern sich den Rockergruppen an, vor allem in Ostdeutschland.

Interne Debatten im Rockermilieu

Es gibt immer wieder Debatten unter Rockern, die sich mit der politischen Interpretation ihrer Gruppen durch die Umwelt beschäftigen. Dabei ähneln die Argumentationsmuster denen der Diskussion um Gewalt und Kriminalität bei Rockern. Es wird fast stereotyp darauf verwiesen, dass rechtsextreme Gesinnung nicht das Ziel der Vereinigung zu einer Rockergruppe sei, und deshalb jedes Phänomen nur individuell zu betrachten sei. Diese Argumentationsstrategie ist mit großer Verve durch den „Rockerintellektuellen" Dr. Hans D. Baumann in den 80er Jahren eingeführt worden. Zuletzt hat er sich vehement gegen eine Nachricht im „Stern" gewehrt, in der von einem Skinhead-Konzert, organisiert von Rockern, berichtet wurde.[15] Diese eigentlich unbedeutende Marginalie ist Anlass für Baumann weit ausholend zu antworten. Er greift die tatsächlich unhaltbaren Argumentationen der Innenpolitiker an, um dann erneut das Selbstbild der Szene als „völlig unpolitisch" zu propagieren – ohne den üblichen Hinweis zu unterlassen, dass ihm persönlich eine höhere Politisierung (er meint damit Lobbytätigkeit) gefallen würde. Und dann zaubert er das Kaninchen aus dem Hut:

> „Ohnehin sind die Rechtstendenzen für unsere Szene keineswegs repräsentativ: So ist nach unserer neuesten Befragung der Anteil derer, die sich als „stark rechts" bezeichnen, auf knapp 2% gesunken. Von früher mal 35% auf 20% ist auch der Anteil derer zurückgegangen, die sich als „politisch uninteressiert"

[14] „81 meets 28?", in: Antifaschistisches Infoblatt 61, H.1, 2004, S.28. Pohl ist inzwischen nicht mehr dort Mitglied. Unklar ist, ob er ausgetreten ist oder „herausgetreten" wurde.

[15] Stern, H.51, 2002.

> einstufen, dagegen stiegen die aus der „politischen Mitte“ in diesen Jahren von 25% auf fast 45%. Ein MC, der rechte Bands einlud, sieht sich auch gar nicht in dieser politischen Ecke: Man sei einfach frei und unabhängig, hier könnten ebenso linke Gruppen auftreten.“[16]

Was bei ihm unter „politischer Mitte“ verstanden wird, bleibt ebenso unklar, wie die Quelle der Umfrage, ihre Repräsentativität, und Angaben darüber, wer befragt wurde. Die ganze Argumentation hat also nur rhetorisches Gewicht, insofern behauptet wird, dass in der Szene die rechtsextremen Tendenzen (von welchem Level aus?) auf 2% zurückgegangen seien. Dennoch ist das „Zentralorgan“ der Rocker sichtlich über rechtsextreme Tendenzen in der Szene beunruhigt:

> „Ebenso wenig reicht es aus, sich Sorgen darüber zu machen, dass bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung Auseinandersetzungen zwischen MCs eine ganz neue Dimension annehmen könnten: Feindschaft nicht nur aus den altbekannten Gründen, sondern womöglich noch deswegen, weil die einen politisch auf dieser und die anderen auf jener Seite stehen.“[17]

Ursache für diese Unruhe dürfte weniger die Sensationshascherei eines „Stern“ sein, sondern die kleinen Meldungen aus der Provinz, die zu einer Verschiebung des ständig instabilen Machtgefüges der Szene führen können.[18]

Die Befürchtungen werden von Baumann mit einem ehrlichen Bekenntnis zur Demokratie verknüpft:

> „Rechtsradikale Ideen und Bikerphilosophie passen nicht zusammen. Die Werte der Biker sind völlig andere als jene, die sich in den menschenverachtenden Songs vieler rechter Bands ausdrücken. Unser gemeinsamer Kampf gegen die zunehmende Einschränkung der Bürgerrechte kann glaubwürdig nur von einer demokratischen Basis aus geführt werden.“[19]

Damit knüpft Baumann an die (idealisierte) Tradition der Easy-Rider-Generation der USA an. In Deutschland allerdings war die Rocker-

[16] Hans D. Baumann: Mein Senf: Unheimliche Allianzen? in: Biker News H.250, Februar 2003, S. 3.

[17] ebd.

[18] Etwa: Rocker und Neonazis scheinen sich in Baden-Württemberg zu verbrüdern. „Hohenzollerische Zeitung“ vom 23.12.2002.

[19] Vgl. Anm. 16, Hans D. Baumann 2003, S. 3.

bewegung zu keinem Zeitpunkt Teil einer Bürgerrechtsbewegung. Deshalb wird es hier auch kaum zu einem Zerreißen der Gruppen kommen, da die „Bürgerrechte“ hier kein konstituierendes Element der Rockerkultur sind. Zudem sind Rockergruppen keine Trendsetter mehr, sondern orientieren sich in einigen Bereichen an anderen Subkulturen, wie etwa im Bereich der Musik. Wenn dort rechtsextrem orientierter Mainstream vorherrscht, dann tauchen diese Strömungen auch in der Rockerkultur auf. So sind viele der Schnittmengen zwischen Rockern und Neonazis denn auch im Bereich der Musik sichtbar. Immer wieder kommt es dazu, dass Rechtsextremisten und Rocker über die Musikszene gemeinsam handeln. Dabei versuchen die Rocker in der Regel die ideologischen Vernetzungen dieser Musik zu leugnen.

Rockergruppen

Seit etlichen Jahrzehnten wird die Rockerkultur durch die Trends in den USA dominiert. Dort haben sich vier große Gruppen etabliert: die Hells Angels, die Bandidos, die Outlaws und die Pagans. Die Pagans spielen derzeit keine wesentliche Rolle im außeramerikanischen Bereich, die anderen Gruppen bestimmen auch das Geschehen außerhalb der USA.

Auf der europäischen Bühne ist dafür der Gremium MC aufgestiegen. Die großen Rockergruppen unterlagen in den letzten 15 Jahren einem starken strukturellen Wandel. Was vor 1990 zwar schon groß, aber immer noch recht überschaubar war, näherte sich allmählich immer mehr den Strukturen eines Konzerns an. Es wurden kaum noch einzelne Mitglieder aufgenommen, sondern international gleich gruppenweise die großen Rockergangs übernommen. In diesem Wettrennen um Marktanteile änderten sich auch die Rituale: musste früher ein neues Mitglied individuell in die Gruppe integriert werden, bevor es die Farben des Clubs tragen durfte, gibt es den „Prospect“ (so werden die Anwärter auf eine Vollmitgliedschaft genannt) im traditionellen Sinne nicht mehr. Die meisten Großgruppen haben heute ganze „Support-Chapter“ (das ist eine Gruppe von Unterstützern eines Rockerclubs) oder sogar MC-Gruppen, die unter eigenen Namen fahren. Sie unterliegen nicht den strengeren Regeln der Mutter-Clubs, müssen sich vor Ort bewähren und werden erst, wenn die „Mitgift“ stimmt (bestimmte wirtschaftliche Verbindungen) und ihre Zuverlässigkeit überprüft ist, in den Großclub aufgenommen.

Von den großen „Konzernen“ des Rockergeschäftes sind in der Region die Hells Angels, die Bandidos und die Outlaws vertreten. Stärkster europäischer MC ist der Gremium MC.

Von 1965, als es nur sechs „Charter“ gab, bis 1987, als ein Konzern von 67 Filialen bestand, war ein Weg ins multinationale Geschäft beschritten worden.[20] Die Organisation konzentrierte sich auf einige „Kerngeschäfte“: Prostitution, Drogen, Waffen und Schutzgeld – also das Gebiet, das man für gewöhnlich mit „organisierter Kriminalität“ beschreibt. Verantwortlich für diesen ökonomischen Erfolg war der langjährige Präsident der Hells Angels, Sonny Barger.[21]

Nach der aggressiven Expansionspolitik der anderen Gruppen zu multinationalen „Konzernen“ in den 80er und 90er Jahren folgten auch die Hells Angels und übernahmen in Deutschland den Ghost Riders MC. In Brandenburg spielen die Hells Angels seit Juli 2006 eine unmittelbare Rolle. Das bis dahin einzige Chapter in der Region war Berlin. Durch eine Vereinbarung zwischen dem Gremium MC und den Hells Angels kam es zur Gründung eines Charters in Cottbus. Das rekrutiert sich zum Teil aus ehemaligen Rechtsextremisten der frühen 90er Jahre, die sich in den letzten Jahren als erfolgreiche Unternehmer im Jugendmilieu etabliert hatten.

[20] Vgl. Anm. 8, Yves Lavigne 1989, S. 33. Der Begriff „Charter“ ist nicht zu verwechseln mit „Chapter“ der anderen MCs. „Charter“ ist bei den Hells Angels tatsächlich im Sinne von „mieten“ zu verstehen. Eine Gruppe, die zu den Hells Angels gehören will, muss neben der Erfüllung der clubinternen Bedingungen auch eine kontinuierliche „Abgabe“ an die Zentrale entrichten, sie „mietet“ die Namensrechte.

[21] Ralph Sonny Barger,Hells Angel. Mein Leben: München 2001. Diese Autobiographie sowie der Folgeband wurden 2002 mit großem Aufwand in Deutschland vermarktet. Da Sonny Barger an Kehlkopfkrebs leidet, konnten die Hells Angels Deutschland den Schauspieler Ben Becker für die Lesungen gewinnen.

Zudem gibt es die Red Devils (den Probeclub der Hells Angels) die in das Umland Berlins expandieren.[22] Die derzeit relevanten Charter sind Potsdam und East County.[23] Diese Probe-Clubs, die auch andere Clubs haben, um die aufwändigen Prüfungen der einzelnen Probationarys zu umgehen, unterliegen nicht ganz so straffen Regeln wie die Mutterclubs und genießen mehr Freiheit. In Bad Freienwalde etwa verstieß ein Mitglied der Red Devils gegen den Kodex der Hells Angels. Die Gruppe lehnte den Ausschluss des betreffenden Mitgliedes ab und legte die Kutte der Devils ab.

Der Outlaws MC gehört in den USA zu den Großen Vier der Rockerszene. In den frühen 70er Jahren lieferten sich die Hells Angels und die Outlaws eine langjährige blutige Fehde (in der Öffentlichkeit bis heute als „Rockerkrieg" bekannt) mit etlichen Toten.[24]

Ihr Wahlspruch ist seit dieser Zeit „God forgives, Outlaws don't" (Gott vergibt, Outlaws nicht). Den Outlaws MC Germany gibt es erst seit 2001. Bis heute hat die Gruppe 31 Chapter in Deutschland aufgebaut.[25] Hier hatte der Ghost-Rider MC seine Farben abgelegt und ist zum Outlaws MC übergetreten.[26] Der Charakter der deutschen Filiale ist noch nicht deutlich erkennbar. Da nur die Chapter Gera und Berlin für einen gewissen Einfluss in den ostdeutschen Ländern sorgen könnten, ist der MC hier zu vernachlässigen. Dennoch wird der Outlaws MC in absehbarer Zeit auch in Brandenburg auftauchen.

22 http://www.rdmc-germany.de/.

23 http://www.reddevilsmcaalter.be/index.php?module=pagesetter&func=viewpub&tid=2&pid=0&POSTNUKESID=4cf96fdcd3e419e4e59eeca625abf690.

24 ebd.

25 http://www.outlawsmc.de/, eingesehen am 3.7.2006.

26 Michael Ahlsdorf, Michael: Patchover, in Biker News, H.6, Juni 01.

Die Bandidos sind eine texanische Gründung aus dem Jahre 1966. Von Houston aus verbreitete sich die Gruppe vor allem in den Südstaaten der USA. Die Verbindungen zum Drogenhandel sind durch die Nähe zum Drogenhandelszentrum Mittelamerika bedingt. Die Bandidos besorgen den Stoff per Flugzeug und verkaufen ihn weiter in den USA.[27] Traditionell kooperierten in den USA die Bandidos mit den Outlaws. Die Koalitionsfähigkeit der Bandidos dürfte ein wesentlicher Grund für ihren Erfolg und ihre Expansion sein. In Kanada und in Skandinavien verliefen die Übernahmen bestehender MCs durch die Bandidos im wirklichen Sinne „kriegerisch" mit den lokalen Hells Angels. Über hundert Tote und der Einsatz von Kriegswaffen versetzten die internationale Polizei in höchste Alarmbereitschaft. Auch der Weg nach Deutschland verlief nach demselben Muster. Die 14 Chapter des deutschen Ghostriders MC traten am 18. November 1999 zu den Bandidos über.[28] In Ostdeutschland gab es zunächst nur das Chapter Stralsund.[29] Alleine zwischen dem 4.10. und dem 11.11.2002 erhöhte sich die Anzahl der Voll-Chapter in der Internetpräsenz um Berlin Eastgate, Wuppertal und Mannheim.[30] Inzwischen verläuft das Wachstum nicht mehr so rapide, aber immer noch expandiert der Club. Die Bandidos sind in Ostdeutschland derzeit in Neubrandenburg und Stralsund vertreten und Magdeburg ist zur Probe aufgenommen.[31]. In Berlin gibt es derzeit drei Chapter (Berlin, Berlin East Gate und Berlin Centro), die

[27] Vgl. Anm. 8, Yves Lavigne, S. 189.

[28] Interview „Wir fahren Harley, das ist geiler" in Focus Nr. 47, 20.11.2000, S. 62-64.

[29] http://www.bandidosmc.dk/4.10.02.

[30] http://www.bandidosmc.dk/11.11.02.

[31] http://www.bandidosmc.com/euro/chapters_germany.htm, eingesehen am 9. 6.2006.

sich heftig gegen die Hells Angels, den Gremium MC und die Born to be Wild MC durchsetzen müssen.[32]

Der Gremium MC ist einer der führenden Motorrad-Clubs in der europäischen Bikerszene, der im Jahr 2002 auf eine 30-jährige Tradition zurückblicken konnte. 1972 in Mannheim gegründet, ist der Club straff hierarchisch organisiert. Der MC wurde dezidiert gegen die „amerikanisierten" Hells Angels gerichtet, was ihm schon früh den Vorwurf einer starken Tendenz zu rechtsextremen Strömungen eintrug.[33] Dieser Vorwurf erscheint nicht stichhaltig. Es handelte sich viel eher um eine Ablehnung des Hells-Angels-Dogmatismus: die völlige Unterordnung der Angels unter die amerikanische Muttergruppe, die Pflicht Harley-Davidson zu fahren und die unzähligen amerikanischen Riten, die bis in die Sprache hineinreichen. Seit ihrem Bestehen hatten die Gruppen des Gremium MC immer auch ausländische und farbige Mitglieder. Der Gremium MC ist also nicht per se tendenziell rechtsextrem. Aber durch eine Veränderung des Colors 2004 gab man diesem Verdacht erneut Nahrung. Wortreich und unglaubwürdig wurde versucht, die Veränderung des Kreuzes (angeblich sei es vorher ein „Keltenkreuz" gewesen) in das Eiserne Kreuz als wertneutral zu behandeln (Rückgriff auf mittelalterliche Traditionen), während die veränderte Faust, die jetzt eine „White-Power"-Faust darstellt, über-

[32] So ist auf der Homepage des Bandidos East Gate das Brandenburger Tor umrahmt von zwei Odin-Statuen und dem darüber geschriebenen Text „Our Colors dont run" zu sehen. http://www.bandidos-eastgate.de/frame.html eingesehen am 9.6.2006.

[33] Michael Ahlsdorf: 30 Jahre Gremium MC. in: Biker News, 23.Jg., H. 244, August 2002, S.6.

haupt nicht erwähnt wird.[34] 1988 wurde der Gremium MC als kriminelle Vereinigung durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg aufgelöst. Das Verbot war bis 1992 gültig.[35] Die Expansion des Clubs seit 1992 war enorm. Aus den vier südwestdeutschen Chaptern (Mannheim, Karlsruhe, Konstanz und Ludwigsburg) wurden ab 1992 rund 35 Filialen mit weiter steigender Tendenz. Auch ausländische Filialen wurden gegründet, so etwa in Thailand, Italien, Bosnien-Herzegowina, Österreich, Slowenien, Polen, Luxemburg und Spanien.[36] 53 lokale Gruppen bestehen derzeit in Deutschland, davon bilden nur 7 den „Rat der Vereinigung". Aktuell sind dies die Clubs aus Mannheim, Karlsruhe, Konstanz, Ludwigsburg, Köln, München und Landau.[37] Wirklich bestimmend ist jedoch der Club in Karlsruhe, der den Präsidenten für die Gesamtorganisation stellt.

Situation und Entwicklung in Südbrandenburg

Als Anfang der 90er Jahre der Gremium MC Cottbus gegründet wurde, galt er in Westdeutschland als Lachnummer, weil kaum ein Mitglied einen Motorradführerschein hatte, geschweige denn eine schwere Maschine. Die Fußgängertruppe hatte für den großen Club zunächst nur eine strategische Bedeutung: man wollte eine brandenburgische Großstadt für sich reklamieren. Aber die Gruppe hatte den Nachteil, dass sie sich in der Stadt nicht durchsetzen konnte, sie war ambitioniert, aber nicht rechtsextrem beeinflusst. Weder konnte sie im Rotlichtbereich nennenswerte Marktanteile gewinnen, noch gab es auf anderen wirtschaftlichen Gebieten wesentliche Erfolge: das Tattoo-Gewerbe war in Händen von rechtsextrem orientierten ehemaligen Skinheads, im Security-Milieu konnte man zwar Fuß fassen, aber keine eindeu-

[34] Gremium MC – Infos: http://www.gremium.de/d/gremium.html eingesehen am 29.6. 2006. Die von Mike Asboe im „Stern" nachgereichte Erklärung, dass man mit der Änderung den moslemischen Brüdern in Bosnien habe entgegen kommen wollen, erscheint nicht überzeugend. Peter Ilg: Rocker-Club Gremium MC: ‚Wir fordern vollständige Rehabilitation', unter: http://www.stern.de/politik/deutschland/564705.html?nv=cb,eingesehen am 3.7.2006.

[35] Vgl. Anm. 30, Michael Ahlsdorf 2002, S. 11.

[36] http://www.gremium.de/d/gremium.html eingesehen am 19.7.2007.

[37] http://www.gremium-mc.de/start.htm Mit Stand 15.5.02 waren es noch 32 Chapter. Dazu gibt es noch drei italienische Clubs, sieben polnische, drei Clubs in Bosnien und je einen in Slowenien und auf den Kanarischen Inseln.

tige Dominanz in der Stadt erlangen und auch im Bereich Schutzgeld liefen die Geschäfte nicht gut.

Wesentlich durchschlagender waren dagegen die Aktivitäten des Bones MC in Lauchhammer. Der Club organisierte auf seinem Clubgelände zahlreiche Konzerte rechtsextremer Bands und tauchte in den 90er Jahren in nahezu jedem Verfassungsschutzbericht auf. Der „MC Bones Lauchhammer e.V." ist seit 1997 bekannt für seine Verbindung zur rechtsextremen Szene der Region und trat 1997 und 1998 auch als Veranstalter von Skinhead-Konzerten auf.[38] 1998 wurde die Gruppe dann durch einen Überfall auf einen Jugendraum in Lauchhammer auffällig, bei dem zwei Asylbewerber aus fremdenfeindlichen Motiven verletzt und gequält wurden.[39] Nachdem der Bones MC 1999 geschlossen das Patchover zu den Hells Angels vollzog, galt das nicht für das Chapter Lauchhammer.[40] Sie gingen zu den Erzfeinden der Angels: als Calavera MC waren sie Prospect-Club des Bandidos MC, im Sommer 2006 sind sie dann ganz zu den Bandidos gegangen. Einige der ehemaligen Bones haben sich von ihrer Gruppe getrennt und firmieren als HD-Legion Ost MC in Plessa, einige Kilometer von Lauchhammer entfernt. 2003, während der SSS-Verfahren[41] in Sachsen, fanden auf ihrem Clubgelände Veranstaltungen des SSS-Umfeldes statt. Der Bandidos MC Lauchhammer versucht seit geraumer Zeit, ein „sauberes" Image zu gewinnen und sich massiv in die Aktivitäten des Lausitz-Rings einzuschalten.

In Spremberg hatte sich in den 90er Jahren eine Rockergruppe gegründet, die zunächst als Berserker MC auftrat. Sie entstand mit einigen Mitgliedern der ehemaligen Skinheadszene und setzte sich recht zügig und effektiv durch. Die „Kutte" wurde nach unseren Beobachtungen nur bei Ausfahrten und „öffentlichen" Anlässen getragen, nicht aber im Alltagsleben in Spremberg. Bei den häufig stattfindenden

[38] Lausitzer Motorradclubs haben Kontakt zur rechten Szene. Berliner Zeitung, 24.2.2000. Die Zeitung beruft sich auf Angaben von Innenminister Schönbohm im Brandenburger Landtag.

[39] Heike Kleffner: MC Bones als Knochenbrecher, Jungle World, 3.2.1999.

[40] Martin Hecht, Geschichte der Rocker- und Clubbewegung. Quelle: http://www.german-biker-stuff.de, eingesehen am 24.5.2002.

[41] SSS – Skinheads Sächsische Schweiz. Gegründet wurde die SSS 1997 von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen Wiking-Jugend. Angaben über Mitgliederzahlen schwankten zwischen 100 und 120 Personen. Die SSS wurde durch den sächsischen Innenminister im April 2001 verboten. http://de.wikipedia.org/wiki/Skinheads_S%C3%A4chsische_Schweiz, eingesehen am 1.10.2007.

Bikertreffen in Deutschland tauchten die Berserker überwiegend in Brandenburg und Sachsen auf. Der spezielle Charakter der Berserker wird auch durch das später veränderte Patch des Clubs deutlich: Thor und Odin, Keltenkreuz und Methörner. Diese Gruppe wurde dann bei einem Rockertreffen in Spremberg vom 28.-30. Juni 2002 offiziell zum Bestandteil des Gremium MC.[42] Der Versuch, sich auch in Senftenberg zu etablieren, scheiterte. Das Black-Seven Support-Chapter Senftenberg das 2003 bestand, ist durch den Abgang der tragenden Mitglieder in die JVA 2004 eingegangen, die alte Kneipe war aber noch eine Weile offen und komplett im Gremium-Design gehalten.

Die Los Defenderos aus Cottbus sind eine Gruppe, die 1999 in ihrem Gründungsjahr auffiel, als einzelne Mitglieder sich in rechtsextremen Kreisen aufhielten. Dies scheint aber eine kurze und unspektakuläre Episode gewesen zu sein, denn seit dieser Zeit hatte man von der Gruppe so gut wie nichts mehr gehört. Die Farben Schwarz-Gelb-Rot (die immer wieder den Verdacht nährten, der MC stünde den Bandidos nahe) wurden damals gewählt, weil einige Mitglieder vom Vorläuferclub „Bodycount“ (1994) das Schwarz haben wollten, andererseits war man von Januar bis August 1999 Prospect-Chapter der Road Eagles.[43] Der Club war ein Verein und kein MC. Er betrieb einen Club gegenüber dem Cottbuser Hauptbahnhof. Mit der Fusion von Gremium Cottbus und den Berserkern in Spremberg hielten auch härtere Sitten in die Bikerszene Einzug. Als sich die Defenderos zum MC wandeln wollten, mussten sie die Genehmigung des Gremium MC erhalten. Der gab diese, da der MC faktisch nur noch in Spremberg tätig war, und dort auch sein Clubhaus hatte. Die Defenderos, die als eher harmlose Gruppe im regionalen Bikermilieu gelten, fuhren fortan in schwarz-weiß. Auf dem Bikertreffen in Spremberg im Jahr 2002 war auch eine Gruppe anwesend, die sich auffällig gut mit den Berserkern verstand: der Ritterorden Frankfurt/O., mit großem W (für „Widerstand“) auf der Brust, ein Zeichen für die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Kameradschafts-Szene. Diese Gruppe ist später zum Gremium-Chapter Frankfurt-Oder gekommen. Das Chapter wurde

[42] Ein Text mit dem warnenden Hinweis des MBT an den Bürgermeister, dass hier möglicherweise ein Teil der rechtsextremen Szene sich sehr effizient vernetzt, lag nach wenigen Tagen auch dem Chef des Gremium MC vor. In den folgenden Jahren hat sich erwiesen, dass der Club offensichtlich über gute Verbindungen in die lokalpolitische Szene verfügt. Stets war man bestens über Anfragen und Prozesse zum Thema Gremium MC informiert.

[43] http://www.los-defenderos.de eingesehen am 2.7.03: History.

2004 durch massive Unterstützung aus Cottbus/Spremberg gegründet:[44] Zur selben Zeit war der Chef des Spremberger/Cottbuser MC bereits Chef des Gremium-Chapters Nomads East-Side, das den Auftrag hatte, eine Dependance in Berlin zu gründen. Neben den Hells Angels und den Bandidos wollte auch der Gremium MC ein Stück der Torte. Das gelang Weihnachten 2004.[45] Das Berliner Chapter Dark Side wird von früheren Mitgliedern der verbotenen FAP dominiert.[46] Damit stieg der Gremium MC Cottbus in der Hierarchie des Clubs sehr weit nach oben und spielte auch in der ostdeutschen Szene eine strukturierende Rolle. Das Chapter Potsdam wird seit dem 31.05.2005 als Prospect-Chapter geführt.[47] 2006 geriet der Club in die nationalen Schlagzeilen, als berichtet wurde, dass einer der Täter bei dem Überfall auf Ermyas M. Kontakte zum Motorrad-Club Gremium MC gehabt haben soll. In seiner Stellungnahme wies der MC diese Darstellung durchaus glaubwürdig zurück.[48]

Neben den etablierten großen „Konzernen" mit internationaler Ausrichtung bestehen auch kleinere Gruppen mit expansivem Charakter. Die Berliner Born to be wild MC sind in Brandenburg vertreten (Prenzlau, Eberswalde, Frankfurt (Oder) und Brandenburg/Groß

[44] „Besonderen Dank gebührt Eisen und den Jungs aus Cottbus, die uns auf diesem Weg immer unterstützt haben". So bedankt sich Dave im Gästebuch des Gremium MC. http://258501.guestbook.onetwomax.de/?sn=1, eingesehen am 22.7. 2004.

[45] Foto aus http://www.los-defenderos.de/, eingesehen am 5.7.05.

[46] Peter Ilg: Rocker-Club Gremium MC: ‚Wir fordern vollständige Rehabilitation', unter: http://www.stern.de/politik/deutschland/564705.html?nv=cb, eingesehen am 3.7.2006.

[47] http://www.gremium.de/d/updates.html eingesehen am 11.7.05.

[48] Rocker-Club Gremium MC „Wir fordern vollständige Rehabilitation".03.07.2006 http://www.ride-free.de/include.php?path=content/articles.php&contentid=1453&PHPKITSID=507dc475381d7d75ef0d0dd95c122c57, eingesehen am 13.7.2006.

Colors des Born To Be Wild MC

Kreutz).[49] BTBW ist eine Gruppe, die ursprünglich aus Westberlin stammt. Das Motherchapter ist durch Pfarrer Hamann gut dokumentiert und hatte schon 1970 rechtsextreme Tendenzen.[50] Die Filialen hatten sich zunächst in den Raum Braunschweig – Hannover entwickelt (entlang der ehemaligen Transitstrecke durch die DDR), nach der Wende stärker in den Norden des Landes Brandenburg. BTBW veranstaltet in Biesenthal jährlich das derzeit größte deutsche Rockermeeting. In der Gruppe gibt es einen sehr starken rechtsextremen Flügel. Die Borns werden in den letzten Jahren immer wieder im Zusammenhang mit rechtsextremen Gruppen genannt. So wurden bei einer Razzia am 17.11.2003 bei einer „Nordmannparty" des Walhalla 92 MC etliche Member des BTBW festgenommen, gemeinsam mit einzelnen „Vandalen"-Leuten (aus dem Umfeld von Arnulf Priem).[51]

Die Rolling Wheels haben in den letzten Jahren vor allem in den kleineren Städten Dependancen eingerichtet. 1976 in Berlin gegründet, bestand bis zum Mauerfall nur das Chapter Berlin. Der MC expandierte zunächst nach Strausberg, dann entstanden die Rolling Wheels Nomads, Neuruppin und Velten. Daraufhin wurde der Supportclub MC Dark Division mit drei Chaptern in Berlin, Neuruppin und Forst gegründet. Dazu gekommen ist als Supporter der MC Bloody Devils.[52] Die Rolling Wheels bewegen sich derzeit nicht auf einer Ebene mit den großen „Konzernen", stellen aber in Brandenburg eine erhebliche Macht dar. Nach unseren Beobachtungen sind vor allem die Chapter

[49] Lutz Arnken, Lommel: History http://www.btbw.org/eingesehen am 21.7.03.

[50] Vgl. Anm. 2, Bernd Jürgen Hamann 1980.

[51] Jörn Hasselmann: Null Toleranz: Polizei sprengt eine Nazi-Party nach der anderen. Beamte verschärfen den Druck auf die rechtsradikale Szene, die immer mehr Fußball-Hooligans und Rocker anzieht. Tagesspiegel 17.11.2003.

[52] http://www.rolling-wheels.de/common.php?show=chapter, eingesehen am 16. 11.2006.

des MC Dark Division im rechtsextremen Milieu präsent. Allerdings gelten die Dark Division Mitglieder, die sich dort bewegen eher als etwas wirre Zeitgenossen, die in der rechtsextremen Szene ideologisch nicht sonderlich ernst genommen werden. Dennoch sind sie Bestandteil des Netzwerkes. Durch die freundschaftliche Verbindung der beiden Gruppen zum größten russischen Rockerclub Night Wolves MF kommt es in den Regionen zur gezielten Rekrutierung von Aussiedler-Jugendlichen, vor allem aus dem Bereich verurteilter Straftäter.

Der Erfolg des Gremium MC in Brandenburg und Berlin führte zu Reaktionen der anderen großen Clubs. Im Juli 2006 kam es zu einer heftigen Veränderung der Szene. Der Calavera MC wurde offiziell zum Teil der Bandidos, ebenfalls die Reste der ehemaligen Gremium MC-Gruppe aus Cottbus. Neu erschienen die Hells Angels in Cottbus. Sie rekrutierten sich überwiegend aus Mitgliedern der ehemaligen Glatzenszene der Stadt, die inzwischen erfolgreich im Bereich der Tätowierstudios und im Boutiquenmilieu etabliert sind. Vor allem das Erscheinen der Hells Angels deutet auf heftige Konflikte im Rockermilieu hin. Der Präsident des Bandidos-Prospectclubs will wohl die Rotlicht- und Drogenszene umkrempeln.

Die Cottbuser Hells Angels rekrutieren sich aus der Szene ehemaliger Skinheads, die sich im Verlauf der 90er Jahre „kommerzialisiert“ haben, d.h. sie haben sich nicht von ihrem Skinhead-Dasein entfernt, sondern es zum Ausgangspunkt einer szenespezifischen Karriere gemacht. Auf Cottbus bezogen bedeutet das, die Gruppe rekrutiert sich aus Menschen um eine Firma, die aus der Skinheadszene entstanden ist und dem Sicherheitsdienst „Bulldozer“. Die Mitglieder sind auch heute noch recht unschwer als ehemalige Mitglieder der Skinheadszene und Anabolikakonsumenten zu erkennen. Unmittel-

bar nach der Gründung gingen die Hells Angels in die Offensive. Die Cottbuser Mitglieder waren noch Prospects, aber sie erhielten Verstärkung aus Berlin und anderen Regionen. Im Sommer 2006 fuhren sie gemeinsam demonstrativ Patrouille durch die Stadt um ihr Revier zu markieren.[53] Die Bandidos hielten sich öffentlich zunächst zurück, versuchten aber im Hintergrund den lokalen Drogenmarkt unter Kontrolle zu bringen und in das Rotlichtmilieu einzudringen. Die Angels versuchten offen, Fakten zu schaffen. Der Präsident der Bandidos in Cottbus wurde von Hells Angels durch die Stadt gejagt. Es kam relativ schnell zu größeren und kleineren Aktionen der Polizei gegen die neuen Stukturen. Polizeiintern gab es angeblich erhebliche Irritationen zwischen Berliner und Brandenburger Polizei wegen eines zu „laschen" Vorgehens gegen diese Gruppen.[54] Wenige Tage später, im Oktober 2006, wurde eine große Aktion gegen ein Treffen der Hells Angels bei dem ehemaligen Spieler Sven Benken von Energie Cottbus statt, das als „Geburtstagsfeier" durchaus demonstrativen Charakter hatte.[55]

Der Gremium MC Cottbus wurde in Folge der Ereignisse im Juli 2006 praktisch neu gegründet. Nachdem der überwiegende Teil der ehemaligen Cottbuser Mitglieder sich zum Bandidos MC gewandt hatten, waren in Cottbus nur Hells Angels und Bandidos vertreten. Seit dem 1.8.2006 hat der ehemalige Los Defenderos MC (der vorher mit Gremium-Genehmigung fuhr) ein Patchover vollzogen und firmiert jetzt als Prospect-Chapter des Gremium MC – so zunächst auf der Homepage.[56] Ein Gremium-Member, das den Wechsel zu den Bandidos nicht mit vollzogen hat, wurde auf dem Fischerfest in Peitz von Bandidos verprügelt. Das Clubhaus in Cottbus wurde am 25.8.2006 von maskierten Männern überfallen und zerstört. Die Täter trugen keine Kutten und waren maskiert. Im Juli vermutete die Presse, dass sich in Berlin-Brandenburg eventuell eine Kooperation zwischen Gre-

[53] Axel Lier; Michael Behrendt: Kampf der Rocker um die Vorherrschaft. Rivalisierende Banden in Berlin und Brandenburg – Polizei befürchtet Schießereien und Sprengstoffanschläge. Berliner Morgenpost 14.7.2006 Die „Streifen" des HAMC fanden nach unserer Wahrnehmung nahezu täglich statt.

[54] Axel Lier: Rockerkriminalität. Kritik an Brandenburger Polizeibehörde. Berliner Ermittler zeigen sich erstaunt über das lasche Vorgehen des Brandenburger Landeskriminalamtes. Die Welt, 23.10.2006.

[55] Axel Lier; Michael Behrendt: Internationales Rockertreffen in der Provinz. Hells Angels feiern in Cottbus. Polizei stellt Schlagstöcke und Pfefferspray sicher, Berliner Morgenpost, 30.10. 2006.

[56] http://cottbus.gremium.de/eingesehen 7.9.2006.

mium und Bandidos ergeben könnte.[57] Diese Spekulation scheint sich nicht zu bewahrheiten. 2007 ist das Clubhaus des Cottbuser Gremium MC immer noch leer und ein Chapter Cottbus gibt es nicht mehr.[58] Die Konflikte scheinen sich auf die „tradierte" Feindschaft zwischen Hells Angels und den Bandidos zu beschränken. So gab es am 3.5. 2006 eine wilde Prügelei zwischen Hells Angels und Bandidos mitten auf der Stadtautobahn Berlins[59] und am 23. Juni eine Schießerei zwischen Bandidos und dem Hells Angels-Unterstützerclub Red Devils in Berlin-Wedding, bei der ein Bandido auf drei Red Devils schoss.[60] Auch in Cottbus zeichnet sich ein ähnliches Bild ab.[61] Die hektische Gründung neuer Chapter in der Region – zuletzt wurde der Calavera MC im Oktober 2006 offiziell zum Bandido-Chapter und veranstaltete eine große Party in Lauchhammer[62] – ist eine konsequente Fortentwicklung der üblichen Strategien. Vom 20. bis 22. Oktober fand im Clubhaus der Bandidos in Lauchhammer-West eine „Patch-over-Party" statt, an der insgesamt etwa 300 Bandidos teilnahmen, ehemalige Calaveras und Cottbuser.[63] Die Cottbuser Gruppe hatte nicht so eindeutige Bezüge in das rechtsextreme Milieu wie die Spremberger Gremium-Mitglieder und hat sich 2007 als Bandido-Chapter stark in Richtung Rotlicht-Milieu orientiert. Tendenzen in Richtung rechtsextremer Musikveranstaltungen, wie sie noch vor einigen Jahren in Lauchhammer zu beobachten waren, und wie sie bei den Bandidos in Mannheim und Kassel beobachtet werden, sind derzeit nicht feststellbar.[64] Nach der Bildung der „Brückenköpfe" wird in einer Konsolidierungsphase das Gebiet ökonomisch untersucht. Das geschieht weniger nach strategischen Gesichtspunkten, sondern eher nach den individuellen Fähigkeiten und Interessen der Mitglieder. Die Tätigkeiten der

57 Vgl. Anm. 53.

58 www.gremium.de eingesehen am 8.8.2007.

59 Axel Lier: Verfeindete Rocker prügeln sich auf der Autobahn. Berliner Morgenpost 5.5. 2006

60 Vgl. Anm. 53.

61 Simone Wendler, Kampf zwischen Rockerbanden. Polizei durchsucht Cottbuser Tattoo-Studio. Lausitzer Rundschau 26.10.2006; Rockerkrieg mitten in Cottbus. Lausitzer Rundschau, 6.11. 2006.

62 Vgl. Anm. 54.

63 Ebd.

64 Joachim Tornau; Carsten F. Meyer: Polizei verhindert Neonazi-Konzerte, Frankfurter Rundschau 9.5.2007; Rocker und Neonazis jetzt auf Schmusekurs, Mannheimer Morgen vom 19.01.2005. http://www.turnitdown.de/317.html eingesehen am 26.1.2005.

Mitglieder werden dann nach Möglichkeit aufeinander abgestimmt, ggf. gezielt neue Mitglieder geworben, um ein möglichst effizientes Geflecht der Tätigkeiten zu erzielen. Parallel dazu wird ein System des Angstklimas etabliert, das nach Möglichkeit nur auf ein bestimmtes Milieu ausgerichtet wird – das Establishment soll die „rauen Jungs" zwar nicht lieben, aber als integralen Bestandteil des Gemeinwesens akzeptieren. So wird gerne Geld für ein lokales Kinderheim gesammelt und öffentlich gespendet. Ist der MC dann einmal im kommunalen System verankert, entfaltet er regional weitere Aktivitäten. Der MC expandiert in die umliegenden Dörfer, wirbt dort gezielt Mitglieder und verbreitert die Marktbasis für die Geschäfte des Clubs. Dabei verschwimmt die Grenze zwischen legalen und illegalen Geschäften. In dieser Phase professionalisieren sich einige (zumeist führende) Mitglieder des MC, d.h. sie nutzen ihre Rockerzugehörigkeit als Berufsgrundlage, z. B. in den Bereichen Sicherheitsdienst/Türsteher, Bodyguard, Drogenhandel, Rotlicht, Schutzgeld etc. Gemeinsam mit den legalen Aktivitäten ergibt sich ein Geflecht, das auf Expansion ausgerichtet ist, und sich einerseits auf die innere Durchdringung des Sozialraums konzentriert, andererseits eine regionale Erweiterung anstrebt. Gelingt es beispielsweise, die Kontrolle über den Einlass einer beliebten Disco zu bekommen, wird neben Drogenhandel auch „Table-Dance" möglich, Wettbewerbe für das schönste Tattoo können veranstaltet werden, und weitere Geschäftsinteressen von MC-Mitgliedern können berücksichtigt werden. Wird eines dieser Geschäfte durch die Inhaftierung eines Mitglieds gefährdet, übernimmt ein anderes Mitglied des Clubs diesen Geschäftszweig kommissarisch. So bedeutet eine Verurteilung nicht, dass das Geschäft nachhaltig beeinträchtigt ist. Wenn, wie jüngst geschehen, der Präsident des Gremium MC Berlin (vormals Chef in Spremberg) zu über sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wird er nach seiner Freilassung sein Geschäft inklusive Gewinnen wieder übernehmen können.[65]

Betrachtet man einen Rockerclub nicht unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten, sondern in seiner Funktion innerhalb des Phänomens Rechtsextremismus ergeben sich einige bedenkenswerte Aspekte. In einer Kleinstadt hat der Club nach unseren Beobachtungen direkt oder indirekt Einfluss auf rund zehn kleingewerbliche Betriebe. Neben eher szenetypischen Erscheinungen (Tattoo und Piercing,

[65] Vgl. Anm. 61. Die Verurteilung des HIV-Positiven erfolgte wegen Drogenhandels und ungeschütztem Geschlechtsverkehr in wenigstens 12 Fällen.

Diskotheken, Kneipen, Boutiquen, Fitnessstudios, Sicherheitsdienste) spielen nach unserer Beobachtung vor allem Gewerbe eine Rolle, die für gering Qualifizierte attraktiv sind (Gerüstbau, Gebrauchtwagenhandel, Eventagenturen, Bühnenbau, etc.). Hier spielt die illegale Szene eine erhebliche Rolle: Gelder aus illegaler Tätigkeit werden strategisch investiert. Einnahmen aus Schutzgeldern, Drogenhandel, Anabolikahandel werden häufig als „Kredit" an Mitglieder der rechtsextremen Szene gegeben. Wenn etwa rechtsextreme Jugendliche sich mit einem Gebrauchtwagenhandel selbständig machen wollen, gibt ihnen kaum eine Bank einen Kredit, soweit sie keinen Schulabschluss haben oder vorbestraft sind. Günstig sind zum Beispiel informelle Unterstützungen für eine Kneipe oder eine Diskothek: läuft der Laden nach der finanzierten Renovierung gut, zahlt der Betreiber die Gelder zurück, übernimmt Personal nach Vorschlag des Kreditgebers, oder vergibt Aufträge an legale Zweige des Gewerbes (z.B. Sicherheitsdienste). In diesem Milieu sind weniger die führenden Köpfe der rechtsextremen Szene involviert. Aber etliche der Mitläufer finden über diesen Weg zu Arbeit und geraten in ein Geflecht aus Abhängigkeiten. Die von Titus Simon ermittelten Werte zur Bildungsstruktur der Rockergruppen gehen von einem Wert von rund 20% Ungelernten und Arbeitslosen in der Szene aus.[66] Diese Zahlen beziehen sich jedoch auf die süddeutsche Szene in den 80er Jahren. Nach unseren Erfahrungen liegt der Anteil in Brandenburg derzeit um ein Vielfaches höher. Der Anteil von Mitgliedern mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild ist schwer zu beziffern. Simon hatte in den 80er Jahren noch 16% der Gruppen als politisch „rechts" ermittelt.[67] Dieser Wert ist in Brandenburg heute wohl nicht realistisch. Eher kann man für unser Gebiet davon sprechen, dass das politische Denken in den Gruppen dem in der Arbeiterschicht entspricht. Dort sind allerdings seit Jahren Meinungsbilder anwachsend, die rechtsextremen Denkmustern nahe stehen. Diese Grundhaltungen finden sich in den Rockergruppen gespiegelt. Wir konnten im Laufe der letzten Jahre aber auch beobachten, dass die Gründung von MCs von Rechtsextremen ausging. Diese Gründer(gruppen) kamen selten aus dem Bereich der ideologisierten lokalen Szene, sondern wurden innerhalb der rechtsextremen Szene häufig nicht besonders ernst genommen. Gründungen von MCs aus der ehemaligen Skinheadszene fanden vor allem seit Mitte der 90er

[66] Vgl. Anm 4, Titus Simon 1989, S.204.
[67] Ebd., S. 245f.

Jahre statt. Der Bones MC Lauchhammer etwa spielte für die regionale rechtsextreme Szene eine erhebliche Rolle, weil dort viele Konzerte einschlägiger Musikgruppen stattfanden. Dennoch kann man heute kaum sagen, dass es in Brandenburg eine Rockergruppe mit vorrangig ideologischen Zielsetzungen gibt. Vorrangig sind immer das Motorrad und das Geschäft. Dennoch besteht ein enger Zusammenhang zwischen rechtsextremer Szene und den Rockergruppen. Titus Simon hat bezogen auf Südwestdeutschland einige Schnittmengen zwischen Rechtsextremismus und Rockern genannt: überhöhter Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Kameradschaftssystem, Gewalt als akzeptierte Form der Konfliktlösung, Betonung des Rechts des Stärkeren.[68] Ergänzend muss wohl noch hinzugefügt werden, dass die teilweise Ablehnung des Staates und seiner Normen ebenfalls relevant sind. Das weniger bezogen auf das Grundgesetz, sondern auf die für Rocker erlebbaren Gesetze und Verordnungen. Als wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Milieus arbeitet Simon heraus, dass

- es bei Rockern wenig soziales Gefälle innerhalb der Rockergruppen gibt
- Rocker keine Vision von gesellschaftlichen Veränderungen haben
- es keine ideologische Schulung gibt
- Entscheidungen in der Regel gemeinschaftlich getroffen werden
- es keine militärisch-hierarchische Umgangsformen gibt

Im Wesentlichen treffen diese Hemmnisse auch auf die ostdeutsche Rockerszene zu. Allerdings konnte Simon 1989 noch nicht wissen, wie sich die Einstellungsmuster in den bildungsfernen Milieus in Ostdeutschland verändern würden. Auch die Modernisierung der rechtsextremen Organisationen und Gruppen war damals noch nicht abzusehen.

Nach unseren Erfahrungen sind Rocker nicht unmittelbar zur rechtsextremen Szene zu zählen, aber das Rockermilieu spielt eine nicht unerhebliche Rolle im Milieu des Rechtsextremismus:

- Einzelne Rocker sind Mitglied in der Kameradschaftsszene.
- Gleichzeitig stellt die Rockerzene für einzelne Rechtsextremisten eine Möglichkeit dar, sich ein wirtschaftliches Standbein zu verschaffen.
- Im (z.T. personenidentischen) Zusammenspiel mit den Ultra-Hooligans besteht ein stabiler Kern, der von den Bürgern weitgehend akzeptiert öffentlich Gewalt ausübt. Diese Gewaltakzeptanz ist ein wichtiges Ziel rechtsextremer Politik. Im Rockermilieu findet sich zudem die

[68] ebd., S. 283f

Möglichkeit, Kontakt zu bewaffneten Gruppen und Verbindung zum Waffenhandel zu halten.
- In der Intention, die Meinungsführerschaft in bestimmten Milieus zu gewinnen, spielen Rocker eine stabilisierende Rolle.
- Die Tendenz zur Internationalisierung der rechtsextremen Szene kann durch eine Kooperation mit der traditionell international agierenden Rockerszene vereinfacht und lukrativer werden.

Analog zu den Ultras unter den Fußball-Hooligans gilt auch bei den Rockern: rechtsextreme Gruppen und Organisationen bewegen sich auf diese Zielgruppe zu, nicht umgekehrt. Die hemmenden Faktoren für eine Funktionalisierung sind in der Regel zu groß, als dass eine integrative Beziehung langfristig bestehen könnte.

Reaktionen auf Rocker

Polizei

Eine „schrott- und bullenfreie Saison" wird im Schriftverkehr des Rockermilieus noch heute synonym für „mit freundlichen Grüßen" benutzt. Diese Floskel weist auf das jahrzehntelang gespannte Verhältnis zwischen Polizei und Rockern hin. Die bei Kraußlach behauptete gleiche „psychische Konstitution" von Polizei und Rockern[69] mag zwar punktuell zutreffen, ist aber grundsätzlich angesichts der heutigen Polizeistrukturen kaum haltbar. Eher ist auf lokaler Ebene ein normales Verhalten zu beobachten: da die Rocker im Gemeinwesen genauso bekannt sind wie die Polizisten der Wache auch, differenzieren sich in der Polizei Haltungen aus, die sich an den individuellen soziokulturellen Kontexten orientieren. Damit variieren die Haltungen in der lokalen Wache zwischen völliger Ablehnung und hoher Sympathie (im Extrem bis zur Mitgliedschaft). Der Bereich „Rockerkriminalität" wird aber nicht auf der Wache vor Ort behandelt, sondern speziellen Kommissariaten zugeordnet. Aktionen gegen Rockergruppen sind in der Regel sehr aufwändig, da hier mit einer hohen Zahl

[69] Jörg Kraußlach; Friedrich W Düwer.; Gerda Fellberg, Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast, München 1980, S. 93ff. Dort wird behauptet, dass Rocker und Polizei bei gleicher Persönlichkeitsstruktur sich nur darin unterscheiden, dass die einen in ihrem Handeln gesellschaftlich anerkannt sind und die anderen nicht.

von Polizisten gearbeitet werden muss, und Sondereinsatzkräfte zugezogen werden müssen. Entsprechend spektakulär fallen diese Aktionen in der Regel aus und der Begriff „Rockerkrieg“, der bei nahezu jedem Konflikt in der Szene fällt, hat hier optisch am ehesten seine Entsprechung. Zudem kommt es zu schwierigen Zuordnungsproblemen der Straftaten. Ist eine Körperverletzung gegen einen ausländischen Rocker, der im Rotlichtmilieu tätig ist, eine ausländerfeindliche oder rechtsextremistisch motivierte Straftat, oder nicht doch ein Streit unter Kriminellen?

Verwaltungen

Die uns bekannten Kommunen reagieren auf das Phänomen Rocker meist wachsam, aber ratlos. Auf Verwaltungsebene wird das Phänomen in der Regel dem Bereich Ordnungsamt zugeordnet. Das beschränkt sich aufgabengemäß darauf, die Einhaltung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen zu überwachen. Auch den zumeist engagierten MitarbeiterInnen dieser Ämter sind die Hände gebunden, wenn es keine Verstöße gibt. Andere Ämter befassen sich in der Regel nicht mit dem Problem. Dort, wo das geschieht, etwa in dem Fall einer aktiven Jugendarbeit eines MC, zeigte sich, dass das Jugendamt keinerlei Handlungsoptionen entwickeln konnte oder wollte.

Politik

Auf politischer Ebene wird das Phänomen selten thematisiert und diskutiert. Zumeist taucht es auf, wenn Veranstaltungen der Gruppen angekündigt sind, und dann die Verwaltung gefragt wird, ob das nicht zu „verbieten“ sei. Die gesellschaftspolitische Dimension der Rockergruppe im Ort wird so gut wie nie thematisiert. Das intensiv gepflegte Bürgerschreck-Image der Rockergruppen ist nicht nur verantwortlich für Angsträume in der Stadt, sondern ist zweigeteilt: wer sich mit den Rockern „gut“ stellt, hat deren Rückhalt und fühlt sich gut, weil er den „weichen Kern“ bei ihnen zur Geltung gebracht hat. Das alte Kampfhund-Argument „Der ist eigentlich ganz lieb, man darf ihn nur nicht reizen“ gilt auch hier: wer aus dem Establishment von sich annimmt, mit Rockern gut umzugehen, ist stolz darauf, die Bestie gebändigt zu haben. Ohne dass möglicherweise ein Bedrohungsszenario intendiert war, ist es dennoch entstanden, weil die Gruppen in den kommunalpolitischen Kontext integriert werden. Die Spenden für das Kinderheim, die bei der Stripshow des Rockertreffens gesammelt wurden, verleihen der Gruppe eine öffentliche Anerkennung, wenn sie von lokalen Honoratioren entgegen genommen werden.

Zivilgesellschaft
Bürgerinitiativen, Kirchgemeinden und Jugendgruppen reagieren nach unserer Erfahrung verstört, wenn sie mit dem Thema Rocker konfrontiert werden. Vor allem bei Frauen ist das Thema sehr angstbesetzt. Menschen älterer Generationen reagieren aber fast immer mit völliger Verständnislosigkeit. Erst nach kontinuierlicher Beschäftigung mit diesen Gruppen ist man interessiert an dem Thema, jedoch fast immer mit einem unverhohlenen Gruseleffekt und der klaren Mitteilung, dass man unmittelbar mit diesem Milieu nichts zu tun haben wolle. Bei Jugendgruppen sind Rockergruppen in hohem Maße angstbesetzt.

Es liegt nahe, dass ein Beratungskonzept wie das des MBT beim Thema „Rocker" an seine Grenzen stößt. Zwar können wir gelegentlich erkennen, dass eine Gruppe faktisch die Funktion einer Kameradschaft ausübt, aber dagegen sind zivilgesellschaftliche Kräfte kaum geeignete Mittel. Im kleinstädtischen Milieu können wir punktuell beobachten, dass die Jugendarbeit und Rekrutierung der NPD über Rockergruppen verläuft: Die aus dem politischen Milieu stammenden Rocker stellen ein Gebäude für einen Jugendtreff zur Verfügung, in den bevorzugt männliche Jugendliche im Alter von 13-15 Jahren eingeladen werden. Diese Jugendlichen stammen überwiegend aus dem Bereich der Oberschule und zählen dort zu den bildungsschwachen Schülern. In dem Club werden sie persönlich stabilisiert, indem die erwachsenen Rocker ihnen vermitteln, dass sie keine Angst vor Arbeitslosigkeit haben müssen, weil es für sie in ihrem Umfeld durchaus Jobs gibt, auch sehr angesehene im Milieu. Derselbe Jugendclub wird dann auch von bekannten NPD-Mitgliedern besucht, die sich mit den Jungen unterhalten. Für das MBT bleibt dann nur, betroffene Eltern, die hilflos zusehen müssen wie ihnen die Kinder „entgleiten", auf angemessene Hilfsangebote zu verweisen. Nach einigen Jahren warnender Hinweise ist es uns aber zumindest gelungen in einigen betroffenen Städten soweit ein Problembewusstsein bei lokalen Multiplikatoren zu schaffen, dass man engagiert Informationen zu Neuentwicklungen der Rockerszene einfordert. Ebenso sieht man dort genauer auf die Gruppen und kommuniziert deren Verhalten. Damit sind nach unserer Einschätzung die Möglichkeiten der Arbeit in diesem Gebiet erschöpft. Alles weitere Vorgehen muss Sache der Polizei sein.

Entwicklungspotenzial
Nimmt man die Konstituenten der Rockerkultur als Ausgangspunkt für Überlegungen über das Potenzial des Rechtsextremismus in der Rockerkultur, lassen sich einige Entwicklungsmöglichkeiten beschreiben:

Rocker werden nicht eine politische Gruppe in der rechtsextremen Szene werden. Das verträgt sich nicht mit ganz wesentlichen Merkmalen ihres Selbstverständnisses (Motorrad im Mittelpunkt des Interesses, wirtschaftliche Tätigkeiten, Geschlossenheit des Systems).

Rocker bleiben Zielgruppe rechtsextremer Bemühungen. Der Wechsel zwischen rechtsextremer Szene und Rockermilieu gestaltet sich für die jeweiligen Akteure sehr unproblematisch. So ist der Übergang für ehemalige rechtsextreme Aktivisten in das Rockermilieu als „Ruheraum" (Beispiel Andreas Pohl) möglich, ohne Abstriche an der eigenen ideologischen Ausrichtung zu machen, ebenso einfach wie der umgekehrte Weg. Mitglieder eines MC können völlig problemlos in einer rechtsextremen Gruppierung tätig sein, ohne ihr Rockerdasein zu gefährden. Die Schnittmengen der gruppenkulturellen Elemente zwischen beiden Gruppen sind beachtlich.

Rocker können Funktionen der rechtsextremen Szene übernehmen (Outsourcing). Bestimmte, politisch nicht opportune Aufgaben der rechtsextremen Organisationen lassen sich einfach an das Rockermilieu als „Subunternehmer" delegieren. Dabei könnten Bereiche des inneren „Sicherheitsapparates" der Szene in Frage kommen (Security, Disziplinierungsaktionen, Inkasso, etc.), aber auch externe Aufgaben wie Überfälle, Einbruch, „Strafkommandos". Durch die internationale Vernetzung des Rockermilieus bieten sich weitere Handlungsfelder.

Eine Symbiose von Rockern, Rechtsextremismus und Organisierter Kriminalität hat es auf individueller Ebene durch Mehrfachmitgliedschaften immer schon gegeben. Es besteht aber die Gefahr, dass diese Symbiose zu einem funktionalen Bestandteil überregionaler Strukturen wird. Solche Strukturen lassen sich dann praktisch von lokalen Akteursgruppen aller Ebenen kaum noch erkennen, und schon gar nicht bekämpfen. Auf lokaler Ebene aber lassen sich jetzt schon Strukturen beobachten, die Ähnlichkeiten mit den „Racist-Prison-Gangs" der USA haben.[70]

Perspektivisch besteht das Risiko, dass das Milieu aus Rechtsextremismus und Rockern „ehrenamtliche Politik" in Kommunen betreibt. Über die ökonomische Schiene der Kleingewerbe gewinnen solche Milieus Zuspruch in der Bevölkerung (sie bieten Arbeitsplätze für Geringqualifizierte). Durch die demographische Entwicklung und die Migrationstrends gewinnen diese Bevölkerungsgruppen immer stärker

[70] In den USA werden damit Gruppen bezeichnet, deren Mitglieder sich aus dem Gefängnis kennen und eine Art „Bruderschaft" bilden, die sich auf einen gemeinsamen rassistischen Wertekanon beruft.

an Gewicht. Es ist wahrscheinlich, dass dann diese „erfolgreichen“ Gewerbetreibenden zumindest in den Randregionen Brandenburgs proportional an Gewicht gewinnen werden.

Ray Kokoschko

Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde"

Kommunalanalyse als ein Arbeitsmodell des MBT Brandenburg für die systemische Beratung im Gemeinwesen

Der Beratungsprozeß des MBT führte wiederholt zu lokalen Schwerpunktbildungen in einzelnen Kommunen. Dies konnte als eine zeitlich umgrenzte Kampagne geschehen, die sich koordiniert auf ein Gemeinwesen bezieht.[1] Andere Ansätze sind heterogener, d.h. die Arbeitsansätze sind zufälliger, die lokalen Akteure wechselnd, und in der Regel ohne zeitliche Rahmung langfristig ausgelegt.[2] Neben den zahlreichen segmentären Ansätzen in Teilbereichen einer Kommune gibt es zwei Verfahren, die geeignet sind, ein gesamtes kommunales System in den Fokus zu nehmen: die Sozialraumanalyse und die Kommunalanalyse. Die auf den Wiener Paul Lazarsfeld zurückgehende Sozialraumanalyse ist vor allem im Bereich der Stadt- und Regionalplanung angesiedelt und hat den Nachteil, dass sie in einem Maße arbeits- und finanzaufwändig ist, dass sie auf Brandenburger Verhältnisse kaum anwendbar ist.[3] Das Konzept der Kommunalanalyse war seit Mitte der 90er Jahre mit unterschiedlichen Versuchsstadien Bestandteil der Arbeit des MBT Brandenburg. Unter personell sehr ungünstigen Bedingungen (drei Stellen für das gesamte Land Brandenburg) wurde zuerst in Mahlow und Fürstenwalde versucht, ein

[1] Etwa in Guben nach dem Tod von Farid Guendoul 1998. Dirk Wilking; Gerd Wermerskirch, Weltoffenes Guben. Abschlußbericht. Cottbus 2001.

[2] Karin Dörre, Jürgen Lorenz,: Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Hülsemann; Kohlstruck (Hg.): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam 2004, S. 117 ff.

[3] Marlo Riege, Herbert Schubert (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen 2002. Wenn im Zusammenhang mit mobiler Beratung von „Sozialraumanalyse" die Rede ist, dann handelt es sich in der Regel um eine vereinfachte Form, die eher eine Sozialraumbeschreibung ist als eine Analyse. So etwa in MBR Berlin; MBT Sachsen (Hg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen – Analysen – Beispiele. Berlin 2004, S. 17 ff.

analytisches Besteck für kommunale Interventionen zu entwickeln.[4] Systematisiert für die MBT-Arbeit wurde die Kommunalanalyse überwiegend von Dierk Borstel. Sie ist verbunden mit dem Anspruch eines „Community-Coachings", d.h. aus der kommunalen Analyse sollten Handlungsspielräume entwickelt werden.[5] Dabei ist es nicht entscheidend, dass die Ersteller der Kommunalanalyse identisch mit den Community-Coaches sind.

Borstel beschreibt die Basis des Ansatzes: „Wir orientieren uns dabei an dem Konzept der ‚dichten Beschreibung' von Clifford Geertz. Das Ziel ist es, soziale Konstellationen in einem begrenzten Raum möglichst umfassend und komplex (‚dicht') zu beschreiben. So werden Interaktionen, Wirkungszusammenhänge, Problemlagen des Handelns und unterschiedliche Perspektiven, besonders durch die Betonung von Opferperspektiven, deutlich. Die Stärke dieser Methodik liegt darin, eine Vielzahl von Informationen zuzulassen und neuen Erkenntnissen flexibel Raum zu geben. Der Nachteil ist die fehlende Repräsentativität für den Gesamtraum."[6]

Der vermeintliche Nachteil dieser „Verdichtung" ist aber praktisch ein Vorteil. Das originär MBT-typische bei der Kommunalanalyse ist nämlich die Fokussierung auf das Themenfeld Rechtsextremismus und das Einbringen von speziellen Kenntnissen der rechtsextremen Strukturen und Arbeitsweisen in das kommunale System. Es werden vor allem die kulturellen Aspekte eines Gemeinwesens berücksichtigt, die wirkungsrelevant im Umfeld des politischen Extremismus sind. Vogel beschreibt dies: „Gemäß dem Prinzip „Wahrnehmen – Deuten – Handeln" kommt dann das Fachwissen der MBTs in Bezug auf rechtsextreme Strukturen zum Tragen. D.h. die lokalen AkteurInnen werden über Strategien und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus informiert. Erst danach beginnt die konkrete Aktionsplanung, wird ein

4 Ray Kokoschko: Zur offenen Kinder und Jugendarbeit in der Stadt Fürstenwalde, in: Bernd Wagner, Hans-Jürgen Lehnert (Hg.): MBT – ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. Potsdam 1997.

5 Dierk Borstel: Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Situation und Perspektiven für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, in: Gudrun Heinrich (Hrsg.): Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus, Rostock 2005, S. 49; Dierk Borstel: Ein Angebot zur kommunalen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen – Community Coaching, in: Andrea Pingel (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit, Halle, 2004, S. 89-97.

6 Dierk Borstel/Kerstin Sischka: Das Konzept Community Coaching – eine Einführung, in: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 9.

Handlungskatalog erstellt, der auf Erkenntnissen beruht, die aus der Lokalraumanalyse gewonnen wurden."[7]

Kommunalanalyse ist kein geschützter Begriff und keine umfänglich beschriebene sozialwissenschaftliche Kategorie. Der Begriff erscheint vielmehr im Kontext von CIVITAS-geförderten mobilen Beratungsansätzen des Gemeinwesens in Berlin, Sachsen, Mecklenburg Vorpommern aber auch innerhalb der mobilen Beratung in Brandenburg. Empirische Erhebungen unter dieser Bezeichnung werden in den verschiedenen Selbstdarstellungen der Beratungsstrukturen zum Teil als fachlicher Standard beschrieben und dargestellt. Dazu werden die jeweiligen unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen und methodischen Ansätze beschrieben.[8]

[7] Christopher Vogel: Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Ein ostdeutsches Konzept für Westdeutschland? Diplomarbeit FH Kassel, Fachbereich Sozialwesen; Kassel 2006, S.81.

[8] Eine Übersicht der durchgeführten Kommunalanalysen: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2000; Kerstin Sischka: Kommunalanalysen in der Praxis – Rechtsextremismus und demokratische Potentiale im Landkreis Dahme-Spreewald, in: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 16-30; Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Lokaler Aktionsplan Lichtenberg – Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Berlin 2003; Zentrum demokratische Kultur (Hg.): Lokaler Aktionsplan Pankow – Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Berlin 2003; ZDK-Bulletin 4/2003 Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie. Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, ZDK Studien zu Berlin Mitte, Treptow-Köpenick 2003/2004; Kommunalanalyse des Kooperationsverbundes „Rechtsextremismus und Demokratie gefährdende Phänomene in Berlin Mahrzahn-Hellersdorf – Möglichkeiten der demokratischen Intervention, Berlin 2004; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Mobiles Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen (MBT Sachsen): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen – Analysen – Beispiele, Berlin 2004; Caritasverband für Dresden e.V.: Kommunalanalyse Reinhardtsdorf-Schöna, unter www.caritas-dresden.de, eingesehen am 26.10.2007; Andrea Fischer-Tahir, Friedemann Affolderbach, MBT Kulturbüro Sachsen e.V.: „Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen. Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Beispiel Wurzen, unter www.kulturbuero-sachsen.de, eingesehen am 26.10.2007; Friedemann Bringt: Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldental, in: ZDK-Bulletin 1999; ZDK: Studien im Kreis Ostvorpommern (2002), Rostock (2002); MBT: Kommunalanalyse Ueckermünde 2004; MBT: Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Ausgangspunkt der analytischen Bestrebungen ist dabei oft die qualitative Analyse eines konkreten Gemeinwesens oder eines Landkreises. Eine Prozessqualität lässt sich für die Kommunalanalysen beschreiben, in deren Ergebnis:

- die unterschiedlichen lokalen rechtsextremen Erscheinungsformen,
- die unterschiedlichen berufsbezogenen und durch die Zivilgesellschaft entwickelten Konzepte und Aktivitäten
- und der Abgleich beider Komponenten über Bewertung, Evaluation und Bedarfsbeschreibung festgehalten werden.

Einige der Kommunalanalysen bleiben bei der analytischen Beschreibung des untersuchten Gegenstandes stehen und implizieren einen eher zufälligen Aha-Effekt bei den Akteuren. Je nach dem wie die Studie lokal verankert wird, ist ein möglicher Ertrag für die Nachhaltigkeit zu erwarten. Die Chance der lokalen Verankerung einer Kommunalanalyse hängt vom Grad der Partizipation beim Entstehen, der Durchführung, der Auswertung und der Erarbeitung der Schlussfolgerungen ab. Von einer externen Beschreibung demokratischer Defizite des Gemeinwesens kann man sich eher distanzieren als von der „eigenen", im Sinne von gewollter und mitbeförderter Analyse. Der partizipative Aspekt der Kommunalanalyse entspricht einer Stimulation, die von Friedemann Bringt als „Soziokulturelle Animation" bezeichnet wird:

> „Mit dem Konzept der Soziokulturellen Animation versuchen wir, europäische Vorstellungen der Kommunalentwicklung mittels Nutzung sozialer und kultureller Ressourcen für unsere Arbeit nutzbar zu machen."[9]

Lagebilder für die Landkreise und kreisfreien Städte. Juli 2005; MBT Brandenburg: Guben, Fürstenwalde, Königs Wusterhausen und Mahlow.

9 Interview mit Friedemann Bringt (Kulturbüro Sachsen), in: Christopher Vogel: Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Ein ostdeutsches Konzept für Westdeutschland? Diplomarbeit, FH Kassel, Fachbereich Sozialwesen; Kassel 2006, Anhang, S.X. Bringt bemängelt in dem Interview zu Recht, dass der Aspekt von gemeinwesenorientierten Angeboten in der Wissenschaft kaum berücksichtigt wird: „Soziokulturelle Animation ist ein Fachgebiet der sozialen Arbeit, welches man in der Schweiz, bspw. in Bern oder Basel studieren kann und im deutschen Sprach- und Wissenschaftsgebrauch am ehesten der Gemeinwesenarbeit entspricht. Nur leider gibt es in der BRD seit den frühen 90er Jahren keinen grundständigen universitären bzw. fachhochschulischen Ausbildungsgang zur Gemeinwesenarbeit mehr.".

Anhand der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der MBTs haben sich im Laufe der letzten Jahre recht unterschiedliche Formen der Kommunalanalyse entwickelt. Das bezieht sich sowohl auf die Erstellung, als auch auf das Verfahren nach der Veröffentlichung der Analyse. Es besteht ein erkennbarer Unterschied, wenn die Kommunalanalyse von MitarbeiterInnen erstellt wird, die die Kommune seit vielen Jahren kennen, oder wenn es jemand ist, der völlig fremd ist. Ebenso ist es nach der Veröffentlichung ein qualitativer Unterschied, ob der Berater oder die Beraterin weiter in dem Ort berät, oder (wegen der fehlenden finanziellen Ressourcen) mit einigen Hinweisen und Vereinbarungen die Region verlässt. In der Praxis hat sich gezeigt, dass sich bereits während der Erhebungsphase für die Kommunalanalyse ein deutlich wahrnehmbarer Beratungsbedarf bei den Akteuren bemerkbar macht. Das bedeutet, dass die Ergebnisse der Analyse z.T. „unrein" sein können – in dem Sinne, dass Akteure der Kommune, die relativ spät in den Prozess einbezogen werden, bereits die ersten Veränderungen durch vorher am Prozess Beteiligte in ihr Bild aufnehmen. Ein weiterer Erfahrungswert des MBT Brandenburg ist, dass die Akteure z.T. sehr schnell wechseln. Eine Vereinbarung mit einer Behörde kann beispielsweise durch Wahlen oder innerbetriebliche Veränderungen der Verwaltung bereits nach wenigen Monaten in Vergessenheit geraten sein. Zivilgesellschaftliche KooperationspartnerInnen ziehen weg, haben sich übernommen oder boykottieren eine Mitarbeit – die Ergebnisse der Kommunalanalyse sind dann zwar in den Aktenordnern gesichert, aber kaum noch „animierend". Hier hat sich eine mittel- und langfristige Begleitung durch das MBT bewährt, die das Thema immer wieder anspricht und variiert wieder ins Gemeinwesen transportiert.

Die Ausgangssituation für den Beratungsprozess in Bad Freienwalde

Auslöser weiterer Beratungstätigkeit des MBT in Bad Freienwalde war die Ausstrahlung einer Fernsehsendung (ARD: Rabatz, September 2005). Die Inhalte der Sendung wurden in der Bad Freienwalder Öffentlichkeit polarisierend diskutiert. Es kam verstärkt zu konflikthaften Diskussionen. Die Sendung sollte die impliziten Bedrohungslagen zweier Akteurinnen mit einem antifaschistischen Selbstverständnis beschreiben. Weil wenig Bildmaterial vorhanden war, das den Rechtsextremismus in Bad Freienwalde dokumentierte, vorhanden war, wurden zur Unterstreichung des Themenfeldes martialische Auftritte von Neonazis in den Beitrag hinein geschnitten. Die verwende-

ten Sequenzen haben mit Bad Freienwalde als Ort des eigentlichen Geschehens nichts zu tun.

Wirkungen des Films waren unter anderem das Entstehen einer „Wagenburg-Mentalität“ gegen „Nestbeschmutzer“:

- Die Stadtverordnetenversammlung kritisierte den Film scharf und erwog eine Klage gegen die ARD: Die Gemeinde sei diskreditierend dargestellt worden.
- Viele Menschen im Ort sprachen sich gegen den Film aus.
- Kurgäste stornierten schon gebuchte Aufenthalte im Ort.
- Es gab kommunales Mobbing gegen die linksalternativen Jugendlichen, auch an der Schule.
- Der Konflikt zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen eskalierte.
- Auf die im Film eigentlich thematisierte Bedrohung der linksalternativen Jugendszene wurde im Ort nicht eingegangen. Deren subjektive Wahrnehmungen der rechtsextremen Szene sind aber als solche berechtigt.

Als Mitarbeiter des MBT war uns klar, dass in dieser Konfliktsituation auch Chancen lagen. Niemand sprach mehr über das eigentliche Thema: Demokratie gefährdende Entwicklungen in Bad Freienwalde. Wir suchten nach Partnern und versuchten, über methodische Ansätze der systemischen Beratung, neue kommunale Ressourcen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu erschließen.

Nach ausführlichen Gesprächen mit unterschiedlichen Akteuren der Stadt, wurden erste Ideen für einen konstruktiven Umgang mit der Situation gesammelt. Verantwortliche der Stadt wollten ein schnelles weiteres öffentliches Treffen durchführen, organisiert durch die Betreiber des Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrums „Offi“, die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Walter May, Niederlassung Brandenburg (SPI), ohne grundlegende konzeptionelle Überlegungen anzustellen. Wir haben dem SPI geraten diese Veranstaltung nicht über das Knie zu brechen und stattdessen noch einmal mit den Spitzen der Stadt in eine Vorbereitungs- und strategische Planungsrunde zu gehen. Wir sind als beratende Institution durch das SPI mit eingeladen worden. Es kam zu besagtem Treffen, an dem der Bürgermeister, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, die Hauptamtsleiterin, der Leiter des „OFFI“ (SPI) und das MBT teilnahmen. Unser Vorschlag eine partizipative „Kommunalanalyse – für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“ durchzuführen und sie als Ausgangspunkt weiterer konzeptioneller Entwicklungen auf den

verschiedenen Ebenen des Gemeinwesens zu sehen, wurde sehr positiv aufgenommen. Das MBT wurde schriftlich mit der Koordination und Durchführung besagter Analyse durch den Bürgermeister beauftragt. Der Bürgermeister entsprach damit unserem Wunsch. Es fand eine erste öffentliche Veranstaltung statt, zu der die verschiedenen berufsbezogenen Akteure direkt eingeladen wurden. Wir unterstützten den Bürgermeister bei der Formulierung des Einladungstextes und entwickelten erste konzeptionelle Überlegungen über Ziele, Inhalte und Methoden der Kommunalanalyse. Mit der Einladung konstituierte der Bürgermeister den Arbeitskreis „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde". Aus dem Einladungstext wird deutlich, dass sowohl der Bürgermeister als auch der Vorsitzende der SVV das Problem ernst nehmen. Zitat: „… hiermit möchten wir Sie um Unterstützung unserer Initiative: „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde" bitten. Gefährdungen des demokratischen Gemeinwesens können erfolgreich durch demokratische Initiativen begegnet werden. Wir sehen gemeinsam mit anderen einen Handlungsbedarf, insbesondere durch Gefährdungen, die von rechtsextrem orientierten Gruppierungen ausgehen. Um angemessene Handlungsstrategien entwickeln zu können, brauchen wir ihre Sichtweisen, Situationsbeschreibungen und kreativen Ideen. Sie als Bürger und Akteur sind die Experten vor Ort und gestalten das demokratische Image der Stadt weiter. Darum bitten wir Sie an einer Kommunalanalyse mitzuarbeiten, die wir gemeinsam mit dem Mobilen Beratungsteam im Rahmen des Toleranten Brandenburgs erstellen wollen. Herr Kokoschko ist als kompetenter Berater so freundlich, diesen Prozess zu moderieren und zu begeleiten. Wir wollen die Situation in Bad Freienwalde durch eine gemeinsam erarbeitete Kommunalanalyse beschreiben. Die Ergebnisse werden in den Prozess der weiteren Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens der Kurstadt Bad Freienwalde einfließen."

Für die Durchführung der Kommunalanalyse wurde eine Steuerungs- und Koordinierungsgruppe, bestehend aus dem Bürgermeister, der Hauptamtsleiterin, dem Vorsitzenden der SVV und dem Leiter des „OFFI" eingerichtet. Dadurch hatte das MBT direkte Ansprechpartner im Gemeinwesen. Verschiedene vorbereitende Absprachen in und mit diesem Gremium führten zur Festlegung des Forschungsdesigns.

Das Interesse der Mitglieder der Koordinierungsgruppe an der Kommunalanalyse lag insbesondere darin, Erkenntnisse über Umfang und Stärke rechtsextremer Bestrebungen und Entwicklungen in Bad Freienwalde zu gewinnen. Zudem sollte der Prozess des Beschreibens die Verständigung unter den verschiedenen Akteuren des Gemeinwe-

sens befördern. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Wissensstandes über Demokratie gefährdende Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus führte zu einer neuen Qualität der Sensibilisierung im Gemeinwesen.

Es fand ein Austausch mit Dominique John vom Verein Opferperspektive zur Situation in Bad Freienwalde statt. Er bat uns um Unterstützung für die Bewertung einer aktuellen Chronik rechtsextremer Vorkommnisse in der Stadt. Er nahm parallel zu uns Kontakt zu den JungdemokratInnen/Junge Linke vor Ort auf und zu den in der Chronik erwähnten Jugendlichen.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Durchführung der Kommunalanalyse wurden abgeschlossen. Dazu zählte auch das klärende Gespräch zwischen der Leitung des Institutes und den Entscheidungsträgern der Stadt (Bürgermeister und Hauptamtsleiterin) bezüglich der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Die Stadt blieb in der Steuerung der Analyse und der Erstellung des kommunalen Handlungskonzeptes in der Verantwortung.

Der Interviewleitfaden wurde erarbeitet und fand im Rahmen der Experteninterviews seine Erweiterung und Überarbeitung.

Inhaltliche Schwerpunkte, methodische Herangehensweise, empirische Grundlagen und Verlauf der Analyse

Die Kommunalanalyse in Bad Freienwalde sollte folgende inhaltliche Schwerpunkte erfassen:

1. Die Beschreibung der Erscheinungsformen, Vorfälle, Ereignisse etc. in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, insbesondere in spezifischen Jugendmilieus.
2. Die Erfassung der Problemwahrnehmung und Beschreibungskompetenzen.
3. Die Beschreibung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Ressourcen.
4. Die Eruierung von Handlungsfeldern.
5. Das Zusammentragen von Vorstellungen und Ideen für zukünftige demokratiefördernde Handlungsstrategien und deren Weiterentwicklung; Perspektiven der Stärkung demokratischer Strukturen.
6. Auf der Basis all dieser Erkenntnisse auf partizipative Weise demokratiefördernde Handlungsstrategien zu entwickeln und in einen Aktionsplan zu integrieren.

Für die Erhebung und Auswertung des Datenmaterials wurde eine qualitative Herangehensweise vereinbart. Das bedeutete unter anderem:

- Einzelfallanalysen wurden eingebaut.
- Der Analyseprozess wurde grundsätzlich für Ergänzungen und Revisionen offen gehalten.
- Die Erhebung der Daten wurde als Interaktion betrachtet. Dies bezieht sich insbesondere auf die wertschätzende, partizipative und aktivierende Form der Befragung.
- Es wurde von einer ganzheitlichen Gegenstandsauffassung ausgegangen.
- Es wurde an die konkreten praktischen Problemstellungen angeknüpft.
- Die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse wird argumentativ begründet.
- Ausgangspunkt für die Analyse und Beschreibung der Phänomene war die Sicht der verschiedenen Subjekte und deren Intentionen. Bei der Auswertung der Ergebnisse wurde versucht, eine Reduktion auf das Wesentliche zu erreichen.
- Die mit der Durchführung der Erhebung betrauten Menschen entwickelten während der Datensammlung theoretische Konzepte, Konstrukte und Hypothesen, die sie verfeinerten und verknüpften, so dass Erhebung und Auswertung sich überschnitten. [10]

Die empirischen Grundlagen der Kommunalanalyse

Im Rahmen eines Workshops wurde ein Sozialraumatlas erstellt, der verschiedene Sozialräume hinsichtlich rechtsextremer Gefährdungen beschreibt. Dieser wurde ergänzt und verifiziert durch eine Expertenrunde mit der Polizei und dem Bürgermeister sowie MitarbeiterInnen der Verwaltung. Es wurde eine umfangreiche Presse- und Internetrecherche zum Themenfeld für die Stadt Bad Freienwalde durchgeführt. Weiterhin wurden fünf Sozialraumbegehungen durchgeführt wo weiterführende Gespräche mit zufällig angetroffenen Personen geführt wurden, darunter unter anderem zwei Hausmeister und eine Gruppe von jungen Erwachsenen. Entsprechend dem Forschungsdesign wurden mit 30 ExpertInnen leitfadengestützte narrative Interviews

[10] Vgl. Philipp Mayring: Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim und Basel, 5. Auflage 2002.

durchgeführt. Die Experten waren VertreterInnen aus den Bereichen Jugendarbeit/Schule, Kultur/Subkultur, Vereine/Sport, Kirche, Politik und Wirtschaft.

Verlauf der Analyse:

0. Vorbereitende Maßnahmen:
- Auftragserteilung durch den Bürgermeister zur Erstellung einer Kommunalanalyse „Weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“
- Bildung des Beirates für die Kommunalanalyse und Partnersuche
- Problembeschreibung durch Partner, Begründung des Arbeitskreises für ein Weltoffenes und Tolerantes Bad Freienwalde
- Begriffliche Annäherungen
- Konzipierung der Kommunalanalyse incl. Zeitplan
- Erstellung Interviewleitfaden

INFORMIEREN

1. Erhebung:
- Internet und Medienrecherche
- Gruppendiskussionen
- Erstellung Sozialraumatlas
- Eruierung der zu beschreibenden Handlungsfelder
- Qualitative Befragung, leitfadengestützte narrative- und Experteninterviews, der Handlungsfelder Jugendarbeit, Schule und Kultur
- 1. Zwischenauswertung
- Qualitative Befragung, leitfadengestützte narrative- und Experteninterviews, der Handlungsfelder Wirtschaft, Politik und Kirche
- Dokumentenanalyse insbesondere zur Leitbildentwicklung der Stadt und Stadtentwicklungskonzeption
- Verschiedene teilnehmende Beobachtungen
- Sozialraumbeobachtungen
- Fototour

BETEILIGEN

2. Analyse und Auswertung:
- Zusammenfassung und schriftliche Dokumentation der Ergebnisse
- Schlussfolgerungen, Beschreibung des Handlungsbedarfes
- Qualifizierung der verschiedenen Handlungsfelder und Akteursebenen

KOOPERIEREN UND VERNETZEN

3. Handlungsebene:
- Kommunaler Aktionsplan
- Konzeptionelle Erweiterung verschiedener Angebote
- Strukturbildung in Form von weiterer Vernetzung/Kooperation
- Situationsbezogene Absprachen
- Fachbezogene Qualifikation und Fortbildungen unterschiedlicher Akteursgruppen

Auszug aus den Ergebnissen

Wahrnehmungen zum Themenfeld Rechtsextremismus – empirische Beschreibungen

Es gab unterschiedliche Sensibilisierungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen bezüglich Demokratie gefährdender Phänomene in der Stadt. Alle interviewten Personen konnten Aussagen zu rechtsextremen Erscheinungen für die Stadt machen. Es gab unterschiedliche Beschreibungen, die zum Teil aus persönlichen Erfahrungen herrührten. Rund 30 Prozent der Interviewpartner gaben an, keine persönlichen Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht zu haben.

Rechtsextremismus wurde nicht einheitlich definiert. Es spielten aber als Bestandteile einer Definition Vorurteile insbesondere gegen Ausländer, sozial Schwache und Politiker eine Rolle. Gewaltakzeptanz und -bereitschaft und menschenverachtende Grundhaltungen und Intoleranz wurden als weitere Bestandteile einer Definition benannt. Kleidung und massives Auftreten in Gruppen, extreme Ausländerfeindlichkeit, kontrollierendes Verhalten und Bewusstheit im Tun, Orientierung am Nationalsozialismus, die Behauptung biologischer Hierarchien und dem daraus resultierenden „Vorrecht der arischen Rasse“, Sexismus, Antisemitismus und ein bestimmtes Outfit wurden als weitere Merkmale von Rechtsextremismus gedeutet.

Sehr kontrovers dagegen wurden rechtsextreme Gefährdungspotentiale für das Gemeinwesen beschrieben. Die Mehrheit der Interviewpartner hält die gesellschaftliche Mitte für nicht rechtsextrem gefährdet. Jedoch wurden Stimmenzuwächse für rechtsextreme Parteien bei Wahlen prognostiziert. Es gab vereinzelte Hinweise auf rassistische Einstellungsmomente in der Querschnittsbevölkerung. Dazu folgendes Zitat:

> „…ansonsten hatte er nur hier einmal beim Arzt mit einer Frau Schwierigkeiten. (Es handelt sich dabei um einen Bad Freienwalder Bürger russischer Abstammung) Die war vielleicht so 55. Sie sind wohl Jude? Richtig laut, beim Arzt. Das sieht man doch an Ihrer Nase! Die hat ihn voll bepöbelt, was er hier will, und was er in Deutschland zu suchen hat und dass er den Leuten doch nur die Arbeit wegnimmt. Er hätte doch zu verschwinden. Das Wartezimmer war voll und niemand hat sich empört."

Einige der Interviewten beschrieben verschiedene Milieus für Bad Freienwalde, die besonders anfällig für Offerten des politischen Rechtsextremismus sind. Es handelt sich dabei um Menschen, die mit Vorurteilen belastet sind und dem politischen System distanziert gegenüberstehen. Ein über fünfzigjähriger Gesprächspartner äußerte sich wie folgt: „Rechtsextremismus ist oft unterschwellig vorhanden und nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch im Gespräch mit Älteren, wo manchmal Kriegserlebnisse recht heroisch überliefert werden. Gerade wenn es um das Thema Juden geht, höre ich erschreckende Dinge manchmal nebenbei am Kaffeetisch, wo ich nicht gleich so reagieren kann, wo es mir die Sprache verschlägt, auch bei Leuten, wo ich es nicht gedacht habe. Das sind zum Teil tief verwurzelte antisemitische Anschauungen, die mit rationalen Argumenten nicht aufzuarbeiten sind. Ich frage mich, wo kommt das her? Das sind Leute, die sind vielleicht so alt wie ich oder ein wenig älter. Das sind wahrscheinlich tradierte, von Eltern übernommene Worte, die einfach reingesenkt sind ins Bewusstsein und dann irgendwann wieder auftauchen. Ich kann es mir nicht anders erklären."

Das subjektive Sicherheitsempfinden einiger Interviewpartner, das durch traumatische Erfahrungen in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen geprägt wurde, beeinflusst und prägt deren alltägliche Lebensbezüge[11]. So meiden diese

[11] Es gibt eine Reihe von Bemühungen insbesondere alternativer und antifaschistischer Gruppen derartige Erfahrungen in Chroniken zu erfassen. Etwa Jung-

Menschen zu bestimmten Zeiten oder Anlässen bestimmte Orte oder Veranstaltungen. Folgendes Zitat aus einem Interview soll die Situation näher verdeutlichen: „Ich kenne eine Familie, die leben zum Teil in Deutschland und zum Teil im Ausland. Und der Sohn ist links, das schließe ich zumindest aus seiner Kleidung. Er kleidet sich bewusst so. Und er hatte wohl oft Schwierigkeiten, dass er nicht wusste, ob er gut nach Hause kommt. Ihm wurde aufgelauert, aber er wusste, dass es welche aus der Schule waren. Es waren zum Teil Schüler aus seiner Schule. Und da waren ihm die Leute bekannt, die sich so versammelt haben. Ich habe es so verstanden, dass sie ihm aufgelauert haben, um ihn fertig zu machen auf Grund seiner politischen Einstellung. Ich denke er hatte schon Angst, aber auf der anderen Seite wollte er nicht klein beigeben und andere Klamotten tragen oder so."

Mit der Erstellung des Sozialraumatlas' wurden verschiedene Orte für Bad Freienwalde beschrieben, an denen sich eine rechtsextreme Klientel trifft und öffentliche Räume z.T. wahrnehmbar besetzt. Es wurden auffällige Verhaltensweisen wie Pöbeleien, ein rechtsextremes Outfit und starker Alkoholkonsum beschrieben. In diesem Zusammenhang wurden folgende Orte benannt:

- der Bahnhof, insbesondere der Bahnhofsvorplatz
- die Bushaltestelle in der Nähe vom REWE-Einkaufsmarkt
- die Freilichtbühne
- die Konzerthalle St. Georg
- das Kriegerdenkmal
- das OFFI (das lokale Jugendzentrum)
- der Schlosspark
- das Park-Eck
- das Bertold-Brecht-Gymnasium
- die Shell Tankstelle

Während der Erhebungsphase ließen sich zwei festere Anlaufpunkte von Jugendlichen mit anscheinend rechtsextremen Orientierungen verifizieren. Es handelt sich dabei um den Bahnhof und die Bushaltestelle in der Nähe des REWE-Einkaufsmarktes. Von einigen Interviewpartnern wurde von öffentlichen Veranstaltungen, Feiern und Festen, wie Altstadtfest und Köhlerfest berichtet, an denen sich „stadtbekannte Rechtsextreme" treffen und zumindest bedrohlich wirken. Insbeson-

demokratInnen/Junge Linke Bad Freienwalde /Chronik: http://www.inforiot.de/jdjl/frw/chronik.html. Eingesehen am 11.6.2007.

dere jugendliche Milieus, die auf spezifische Weise sozial und organisatorisch strukturiert und ideologisch vorgeprägt sind, wurden als besonders kriminell gefährdet beschrieben. Für die öffentliche Ruhe und Ordnung stellen diese Gesellungen nach Angaben der Experten keine strukturierte Bedrohung da. Gewalttaten oder andere Straftaten, die von der Polizei der „Politisch motivierten Kriminalität" (PMK) zugerechnet werden, sind aber prinzipiell nicht auszuschließen. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der PMK unterstrichen das nachhaltig. So genannte „No-Go-Areas" oder „national befreite Zonen" wurden von keiner der befragten Personen beschrieben oder benannt.

Als Ursachen rechtsextremer Entwicklungen wurden insbesondere allgemeine soziale Problemlagen, hohe Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Zukunftsängste, Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen, fehlende Eigeninitiative, fehlendes Engagement der Menschen selbst, mangelnde Freizeitangebote oder nicht bezahlbare Wohnungen benannt. Die Verantwortung der Elternhäuser und die Rolle der Schulen wurde ebenfalls thematisiert.

Auf die explizit formulierte Fragestellung, ob die Interviewpartner Bad Freienwalde für weltoffen und tolerant halten, antworteten einige mit Nein.

Während des Erhebungszeitraumes kam es zu drei Schlägereien, an denen Täter beteiligt waren, die der rechtsextremen Szene angehören sollen. Eine Tat wurde von verschiedenen Seiten wegen möglicher Tatmotivationen unterschiedlich interpretiert. Darüber hinaus kam es zu einer Reihe von politischen Aktivitäten der NPD. Es wurden Flugblätter verteilt und der Stammtisch der NPD wurde von Strausberg nach Bad Freienwalde verlegt und im „Park-Eck" abgehalten. Erklärtes Ziel der Veranstaltung, an der ca. 30 interessierte und vor allem junge Menschen teilnahmen, war die Gründung eines Ortsbereiches der NPD. Außerdem wurden mehrere Treffpunkte in privaten Wohnungen von „rechtsextremen" Jugendlichen benannt. Im direkten Wohnumfeld von rechtsextrem orientierten Jungendlichen kommt es immer wieder zu beschriebenen Auffälligkeiten wie lautem Musikhören, insbesondere rechtsextremer Musik, Pöbeleien und verbalen Bedrohungen (in der Eberswalder Straße, Grünstraße, Neuen Bergstraße, Waldsiedlung, Wriezener Straße, Königstraße).

Jugendliche mit „rechtsextremem" Outfit waren während der verschiedenen Sozialraumbegehungen im Stadtkern anzutreffen. Darüber hinaus ließen sich eine Reihe von rechtsextremen Schmierereien und Symbolen verteilt über die ganze Stadt finden. Die rechtsextreme Klientel wird für Bad Freienwalde auf 20-50 Personen geschätzt, die zum

Teil überregional vernetzt sind. Ca. 5-10 Personen gelten davon als „harter Kern“ der rechtsextremen Szene. Politische Kameradschaften und Parteien, wie der Märkische Heimatschutz[12] und die NPD, sind nur partiell aktiv und wenig in Bad Freienwalde verankert. Es werden vereinzelt Aktivisten mit politischem Sendungsbewusstsein beschrieben, die versuchen, rechtsextreme politische Strukturen zu verankern. Bad Freienwalde verfügt über keine neonazistische Kameradschaft wie Eberswalde oder andere Orte. Die rechtsextreme Szene in Bad Freienwalde ist wenig homogen, sie tritt nicht als eine geschlossene Gruppierung auf. Es gibt eine Vielzahl von politisch wenig gefestigten Mitläufern, die unterschiedliche subkulturelle Milieus begründen. Für 2005 erfasste die Polizei 13 Straftaten mit rechtsextrem politisch motiviertem Hintergrund und die Jugendgerichtshilfe beschrieb 25 Fälle im Zusammenhang mit rechtsextremen Orientierungen.

Die allgemeinen und speziellen Konzepte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die im eigenen Handlungsfeld und darüber hinaus vorhanden sind sowie deren bisherige Umsetzung und Wirksamkeit

Sowohl die Polizei, das Jugendamt, das SPI als Betreiber des Jugendzentrums OFFI und die Bad Freienwalder Alternative(BFA), die JungdemokratInnen/Junge Linke Bad Freienwalde als auch die Antifa Bad Freienwalde setzen sich mit dem Themenfeld Rechtsextremismus systematisch auseinander. Keine andere befragte Akteursgruppe setzt sich explizit mit diesem Themenfeld auseinander. Mögliche Aktivitäten der Schulen konnten nicht ausreichend beschrieben werden. Hier ließen sich nur in unzureichendem Maße Interviewpartner akquirieren.

Für das Handlungsfeld Jugendarbeit/Jugendhilfe ließen sich lediglich durch die Jugendgerichtshilfe eine kontinuierliche und durch das SPI fallbezogene Arbeit mit rechtsextremer Klientel beschreiben. Ansonsten arbeitet niemand im Bereich der Jugendarbeit mit der oben beschrieben Klientel explizite und mit konzeptionellen Überlegungen. Andere Interviewpartner, die im Rahmen von Sport, Kultur oder Vereinsarbeit mit jungen Menschen zu tun haben, benannten ihr eigenes Problembewusstsein und die Bereitschaft, sich mit anfallenden Fragestellungen zu gegebenem Anlass in ihren eigenen Reihen auseinanderzusetzen. Einige der Interviewpartner verneinten die Notwendigkeit, ein Handlungskonzept für ein weltoffenes und tolerantes

[12] Der Märkische Heimatschutz löste sich als überregional agierende rechtsextreme Struktur im November 2006 auf.

Bad Freienwalde zu erarbeiten. Sie hielten das für übertrieben und aufgesetzt oder aus zeitlichen Gründen für sich nicht vorstellbar. Die befragten Vereine und Institutionen stellten sich als weltoffen und tolerant dar, ohne auf besondere Aktionen oder Ereignisse abzuheben oder zu verweisen.

Vorstellungen und Ideen für zukünftige Demokratie fördernde Handlungsstrategien und deren Weiterentwicklung; Perspektiven der Stärkung demokratischer Strukturen

Als eher problematisch für gemeinschaftliche kommunale Aktivitäten wurde das Fehlen der Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Trägern und Institutionen benannt. Es fehle eine konkurrenzlose und vorurteilsfreie Kommunikationsatmosphäre. Viele Konflikte ständen im Raum, die nicht bearbeitet werden können. Erklärungsversuche schlügen fehl: „Es war schon immer so. Es fehlt das Interesse am Anderen, man fühlt sich zurückgesetzt oder nicht ausreichend beachtet, es werden nur die Steckenpferde gepflegt und die anderen kleinen Initiativen kommen zu kurz, größere gemeinsame Aktivitäten werden unzureichend koordiniert, jeder macht nur sein Ding".

Schwierig war es für die Interviewpartner, Themen zu bestimmen, zu denen man sich im Interesse des gesamten Gemeinwesens an einen Tisch setzt. Einige der wenigen Problemfelder waren unter anderem: die fehlende öffentliche Anerkennung, insbesondere durch die politischen Vertreter der Stadt, Nachwuchsschwierigkeiten (es kommen immer weniger junge Menschen in die Vereine), finanzielle Schwierigkeiten, die zeitliche Überforderung bei ehrenamtlichem Engagement.

Beschreibung zivilgesellschaftlicher Ressourcen

Für die Entwicklung demokratischer Handlungsoptionen ist es notwendig, die zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Stadt zu beschreiben. Den Autoren der Studie ging es nicht um ein plakatives Aufzählen der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, des ehrenamtlichen Engagements oder das Benennen der vielen Vereine der Stadt mit den dazugehörigen Ortsteilen, sondern um das Aufzeigen der Qualität der Vernetzung, die daraus entstehenden Synergien und die verbindenden Themen und möglichen gemeinsamen Zielsetzungen. Bad Freienwalde ist eine Stadt mit sehr vielen zivilgesellschaftlichen Ressourcen auf den Handlungsebenen Jugend, Bildung, Kultur, Sport und Politik.

Es gibt auf den unterschiedlichen Ebenen viele Menschen, die sich sehr stark engagieren und sich somit in das Gemeinwesen einbringen. Es handelt sich dabei um Menschen, die sich mit ihrer Stadt im Allgemeinen identifizieren und Visionen haben. Interviewpartner sprachen von Enthusiasmus und Leidenschaft, die sie während ihres Engagements begleiteten.[13] Viele Menschen sind an der weiteren Entwicklung der Stadt interessiert und wollen sich konstruktiv einbringen. Gewerbetreibende verpflichten sich sehr stark, auch ehrenamtlich. Alle interviewten Gewerbetreibenden engagieren sich in oder für Vereine der Stadt durch finanzielle Unterstützungen oder auch persönliches Engagement. Auf der anderen Seite wurden durch die Interviewpartner nur sehr wenig positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger, Institutionen und ehrenamtlichen Einrichtungen beschrieben. Ausnahme war hier das Altstadtfest. Hier kommt es zu Kooperationen, Vernetzungen und Absprachen. Die verschiedenen Vereine und Träger haben die Möglichkeit, sich öffentlich zu präsentieren. Hier wurden vereinzelt unterschiedliche Kooperationen benannt. Jedoch gab es auch hier vereinzelt Kritik. Die kleineren Träger fühlen sich zurückgesetzt und durch die Kommune wenig anerkannt. Grundproblem ist, dass die Akteure wenig bereit sind, sich kooperativ mit anderen in Beziehung zu setzen. In den Interviews wurden Verhaltensweisen benannt, wie „kleinkariertes Verhalten und Denken", „wenig Interesse am Anderen" oder „Jeder macht eben nur sein Ding". Es wurde eine fehlende Kultur des kooperativen Miteinanders beklagt. In den Interviews wurden verschiedene Konfliktfelder benannt. (z.B. Konflikte zwischen dem Wintersportverein und der SV Jahn, der Musikschule und dem Jugendzentrum OFFI, dem SPI und der BFA, den Gewerbetreibenden einer Sparte). Begründet wurde das mit Neid und Protektionismus und dem Herrschaftsprinzip divide et impera (teile und herrsche). Die Menschen konnten Visionen und Themen für den Bereich benennen, in dem sie sich engagieren. Übergreifende Themen und Visionen, die sie mit Anderen und der Stadt als Ganzem verbindet, wurden durch die Interviewpartner nicht benannt. Das Leitbild der Stadt fungiert hier nur teilweise als etwas Verbindendes. Nach Aussage der interviewten Experten hat das Leitbild der Stadt eine geringe Bedeutung für die gemeinwesenbezogene Orientierung

[13] Die Auswahl der interviewten Personen erfolgte durch die Benennung von Experten durch den Beirat der Kommunalanalyse. Des Weiteren gab es während der Interviews immer wieder Empfehlungen durch die interviewten Probanden für neue Experten, mit denen unbedingt Interviews zu führen seien.

vor allem für die Bewohner der zu Bad Freienwalde gehörenden Ortsteile, wie auch für junge Menschen. Besondere extreme Formen dieses Defizits würden insbesondere durch die Vielzahl von Sachbeschädigungen an Gebäuden durch Graffitis und Schmierereien deutlich.

Um Beteiligungsbereitschaft und Partizipation an der soziokulturellen und demokratischen Ausgestaltung der Stadt zu befördern, bedarf es weiterer positiver Vernetzungserfahrungen, übergreifender Themenfindung und der Entwicklung gemeinsamer Lösungsstrategien für anstehende Probleme. Die weitere Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens der Stadt braucht Synergien durch die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft als auch durch die Vernetzung mit Vertretern von kommunaler Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Partizipativ müssen weitere gemeinsame Identität stiftende Visionen entstehen, z. B. über die Fortschreibung des Leitbildes der Stadt und der Stadtentwicklungskonzeption, aber möglicherweise auch über einen kommunalen Aktionsplan: „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde (Oder)“.

Aktivitäten in verschiedenen Handlungsfeldern während und nach der Erhebung (Beispiele)

- moderierte Diskussionen zur Auswertung des Dokumentarfilms „Rabatz“
- Konzeptberatung zum Umgang mit Rechtsextremismus
- Beratung zur ausstiegsorientierten Jugendsozialarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
- Vereinbarung zu einem dreiteiligen Fortbildungszyklus mit Jugendsozialarbeitern zum Thema: „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen – Möglichkeiten und Grenzen sozialpädagogischer Interventionen“, Durchführung der Veranstaltungen
- Seminar zur politisch motivierten Gewalt mit Jugendlichen
- Zwischenbericht in der Stadtverordnetenversammlung (SVV), Information durch die Polizei in der SVV
- Erarbeitung von Eckpunkten für eine Vereinbarung zur Gleichbehandlung im Rahmen von Fördermaßnahmen des Jugendamtes, des Jobcenters und dem SPI
- Stadt beteiligt sich an der „Tour der Toleranz“
- Beratungsgespräche mit dem Jugendamtsleiter des Landkreises und den Sozialarbeitern der Jugendgerichtshilfe
- Gedenkveranstaltung der evangelischen Kirchengemeinde zum 9.November

- Informationsveranstaltung für den „Wirte-Stammtisch“ Bad Freienwalde
- Informationsveranstaltung für den Ortsverein der PDS
- Informationsveranstaltung für den Ortsverein der SPD
- Gründung des „Bündnis aktiver Demokraten gegen Rechts“
- Vorschlag, einen ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten sowie einen ehrenamtlichen Beauftragten zur Integration von Behinderten und Ausländern zu bestellen
- Informationsveranstaltung für die Polizeiwache Bad Freienwalde
- Durchführung einer öffentlichen Auswertungsveranstaltung: „Ideencafe – für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“ mit konkreten Vereinbarungen

Anhang: Explorationsleitfaden

0. Demographisches

- Schule, Berufsaubildung, Studium?
- Wie ist Ihr beruflicher Werdegang?
- Was machen Sie zur Zeit beruflich, welche Funktion bekleiden Sie, welche Arbeit/berufliche Tätigkeit üben Sie aus?
- Wo engagieren Sie sich ehrenamtlich?
- Privates wie: Familienstand, Wohnort (Stadt, Land etc. nicht die genaue Wohnadresse), Kinder, Alter, Geschlecht?
- Wo sind Sie aufgewachsen?

0.1 Persönliches

- Wie würden Sie sich selbst beschreiben?
- Was sind Ihre Stärken und Ihre Schwächen?
- Was mögen Sie an sich und was nicht?
- Was waren für Sie politisch prägende biographische oder sonstige Ereignisse?
- Was verbindet Sie mit Ihrem Wohnort?
- Was verbindet Sie mit Deutschland?

1. Problemwahrnehmung

- Wie würden Sie Rechtsextremismus definieren?
- Was bedeutet für Sie Ausländerfeindlichkeit?
- Ab wann ist für Sie etwas extremistisch?
- Wodurch unterscheidet sich Ihre Kommune von anderen und wodurch nicht?
- Welche Phänomene im Bereich rechtsextremer Erscheinungen nahmen Sie in der letzten Zeit wahr?
- Worin bestehen nach Ihrer Meinung die größten Gefahrenpotentiale für unsere Demokratie?
- Wie weit ist Ihrer Meinung nach die gesellschaftliche Mitte rechtsextrem gefährdet?
- Worin liegen für Sie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus?

Konkrete Erscheinungsformen, Vorfälle, Ereignisse etc. in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, insbesondere in spezifischen Jugendmilieus

- die Darstellung von sozialer Ungleichheit und Unterversorgungslagen im Querschnitt und Zeitverlauf
- Gewalttaten, Propagandadelikte §86a, 130,131 etc.
- Opfer
- Täter
- Situation von stigmatisierten Gruppen und Personen (Ausländer, „Zecken“, usw.)
- Politische Bestrebungen des Rechtsextremismus
- Taktiken von Personen und Gruppen des Rechtsextremismus
- Ideologische Bilder und Diskurse des Rechtsextremismus

- Kulturelle Aktivitäten des Rechtsextremismus
- Aussage zur Bewertung der Stärke in der Region und ihren Teilen
- Rechtsextremismus und Neue Medien, rechtsextreme Kommunikationsstrukturen, Radioprogramme und Infotelefone im Internet, rechtsextreme Homepages
- Rechtsextreme Parteien, Organisationen, Kameradschaften, Schulungszentren, Burschenschaften und andere Bündnisse und Zusammenschlüsse, ihre Ideologien und Programme sowie ihre Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit
- Personen, die rechtsextremen Gruppierungen angehören, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit
- Rechtsextreme Symbole
- Vorfälle, Aktionen und Erscheinungsformen mit rechtsextremem Hintergrund, Jugendgewalt, gewalttätige Übergriffe auf Ausländer und andere Gruppen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft
- Rechtsextreme Publikationen, Verlage, Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter
- Rechtsorientierte Jugendkultur, Lifestyle, Musik, Konzerte, Fanzines

2. Umsetzung

- Wie und in welcher Art und Weise engagieren Sie sich für Demokratie gegen rechtsextreme Ausgrenzung und Gewalt?
- Wie lange engagieren Sie sich schon in dieser Art und Weise?
- Können Sie Ihre Aktivitäten, Initiativen oder Projekte näher beschreiben?
- Welche konkreten Ziele verfolgen Sie mit ihrem Engagement?
- Was wäre anders, wenn Sie nicht da wären? Oder anders: was haben Sie bewegt oder auch verändert?
- Wen wollen Sie mit ihrem Engagement erreichen, wie definieren Sie Ihre Zielgruppe?
- Was waren Ihre Erfolge und was waren für Sie eher ernüchternde Erfahrungen während Ihres Engagements?

2.1 Motivationen

- Was sind die ausschlaggebenden Gründe dafür, dass Sie sich für die demokratischen Grundwerte unser Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus engagieren?
- Engagieren Sie sich ehrenamtlich, wenn ja, warum?
- Wenn Sie sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit engagieren, was bedeutet das für Sie?
- Was bedeutet für Sie Demokratie?
- Welche sind Ihre politischen Grundhaltungen und Überzeugungen?
- Welche Werte sind für Sie die wichtigsten in unserer Gesellschaft?
- Was verstehen Sie unter Integration und was unter Toleranz?
- Wurden Sie selbst Opfer von Gewalt und Ausgrenzung?
- Fühlen Sie sich auf Grund Ihres soziokulturellen und politischen Engagements bedroht?
- Wie gehen Sie mit Ihren Ängsten um?
- Fühlen Sie sich in Ihrer politischen Arbeit eher alleine oder haben Sie viele

Partner denen Sie vertrauen können und die Sie aktiv unterstützen?
- Was motiviert Sie in ihrem gesellschaftlichen Engagement?
- Wie gehen Sie mit Erfolgen und mit Misserfolgen in Ihrer Arbeit um?
- Was definieren Sie als Erfolg und was als Misserfolg in Ihrem Engagement?

Die allgemeinen und speziellen Konzepte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die im eigenen Handlungsfeld und darüber hinaus vorhanden sind, sowie deren bisherige Umsetzung und Wirksamkeit

- Demokratische Initiativen
- Demokratisch orientierte zivilgesellschaftliche Prozesse, Bürgerengagement
- Strategien und Methoden in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Bildung und Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Gewaltprävention
- Neue Medien und ihre Bedeutung für die Wirksamkeit von Gegenstrategien demokratischer Organisationen und Initiativen
- Praktische und theoretische Problemstellungen, offene Fragen
- Hinweise auf Veranstaltungen, Vernetzungen und Erfordernissen der Zusammenarbeit
- Wahrnehmungen des Rechtsextremismus-Syndroms durch Personen und Organisationen
- Interventionen: Anlass, Planung, Umsetzung und Verläufe
- Projekte
- Besondere Ereignisse in der Demokratischen Landschaft
- Allgemeine Gemeindesituation, Demokratie, lokale politische Kultur

3. Erfahrungen

- Was funktioniert, was nicht?
- Was brauchen Sie vor Ort?
- Wo sehen Sie demokratische Reserven in dieser Gesellschaft und konkret vor Ort?
- Was machte Sie wütend?
- Was motivierte Sie zum Weitermachen?
- Was empfehlen Sie anderen, um mit einem ähnlichen Engagement zu beginnen?
- Was bleibt Ihrer Erfahrung nach offen, wo würden Sie „weiße Flecken" beschreiben?
- Haben für Sie zivilgesellschaftliche Prozesse eine Chance? Wenn ja, worin besteht diese?
- Braucht Bad Freienwalde ein Handlungskonzept für Weltoffenheit und Toleranz?

Vorstellungen und Ideen für zukünftige Demokratie fördernde Handlungsstrategien und deren Weiterentwicklung; Perspektiven der Stärkung demokratischer Strukturen

- Politische Willensbildung durch die demokratischen Parteien in lokalen und regionalen Bereichen
- Zivilgesellschaftliches Engagement
- Rahmenbedingungen
- Politische Entwicklungen und gesellschaftliches Klima

4. Partner

- Wer sind für Sie Partner? Beschreiben Sie ihre wichtigsten „Verbündeten“!
- Durch wen erfuhren Sie aktive Unterstützung?
- Arbeiten Sie allein oder in einem Netzwerk?
- Wer behinderte Sie in Ihren Aktivitäten?
- Von wem erwarten Sie zukünftig mehr Unterstützung?

Potenziale der Vernetzung und Möglichkeiten der übergreifenden Kooperation

- Gesellschaftliche Partizipation demokratischer Formationen (Verbände, Kirchen usw.)
- Kontakte, Vernetzungen und Fragen der Zusammenarbeit

5. Ausblicke/Visionen

- Sie haben einen Zauberstab; was wünschen Sie sich für die Zukunft? (Drei Wünsche)
- Werden Sie weitermachen, wenn ja, wie?

Robin Kendon

Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern

Eine der Kernfragen der Arbeit der Mobilen Beratungsteams (MBT) ist die Frage der Zuständigkeit. Wer ist zuständig für die Lösung gesellschaftlicher Probleme? Für welche gesellschaftlichen Fragestellungen ist das MBT „zuständig", d.h. zu welchen Themenbereichen beraten wir und wann geben wir Anfragen an andere „Zuständige" weiter?

Die erste Frage betrifft die Grundsätze des MBTs. Vor allem in den neuen Bundesländern erwarten viele Menschen, dass der Staat, bzw. seine Organe wie Polizei, Justiz, Verwaltung, für die Beseitigung gesellschaftlicher Missstände zuständig seien. So muss das MBT immer darüber aufklären, dass die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind, dass die Menschen selbst ihre Rolle in der Gestaltung der Gesellschaft spielen müssen, dass das demokratische System mehr bedeutet als regelmäßige Wahlen und dass es mit Leben gefüllt werden muss. Aufgabe des MBTs ist es, neben der Aufklärung, auch Unterstützung anzubieten, so dass Menschen, die anfangen, sich als Zuständige zu begreifen, auch erste – und weitere – Schritte gehen können.

Die zweite Frage ist manchmal nicht so einfach zu beantworten. Wenn eine örtliche oder regionale Initiative, die wir beraten, im Feld Rechtsextremismus aktiv ist, befinden wir uns sicher mitten im Auftrag Tolerantes Brandenburg. Was ist aber, wenn dieselbe Initiative ein Thema aufgreift, für das es auch andere potentielle Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen gibt? So selten ist dies nämlich nicht, vor allem wenn das Thema z. B. Asyl und die Integration von Zuwanderern heißt. Allein in Ostbrandenburg haben wir mit vier Orten zu tun, in denen unsere Beratungsprozesse dieses Themenfeld mindestens teilweise beinhalten. Und gerade zu diesem Themenfeld gibt es neben dem MBT als potentielle Beratungs- und Unterstützungsträger z. B. die RAA und FAZIT. Die RAA – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule – ist Teil unseres eigenen Trägers, Demokratie und Integration Brandenburg e.V.; FAZIT (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz) bündelt mehrere Aufgabenfelder im Bereich Zuwanderung. Solche Konstellationen existieren auch in anderen Themenfeldern wie z. B. der Jugendhilfe oder der Dorfentwicklungsplanung.

Das Knotenspiel während der Zukunftswerkstatt „Jugendsozialarbeit in MOL in 2010“, Februar 2003

Was auf den ersten Blick wie ein großes Konfliktpotential aussieht, lässt sich eigentlich ziemlich leicht klären. Mit unserem Ansatz, die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken, können wir eine prozessbezogene Beratung durchführen und zusätzlich eine fachbezogene Beratung in die Prozesse einbeziehen. Es obliegt eben den Akteuren vor Ort, zu entscheiden, von wem sie sich beraten lassen. Natürlich muss das MBT auf eine gute Kommunikationskultur achten, damit die verschiedenen Spieler auf dem Feld sich nicht als Konkurrenz sehen, aber gerade eine gute Kommunikationskultur sollte sowieso für jede positive demokratische Entwicklung gefördert werden.

Während das Thema Asyl und Integration von Asylbewerbern ein klassisches Thema der Rechtsextremen ist, muss außerdem beachtet werden, dass in den letzten Jahren eine kontroverse politische Diskussion auf Bundesebene geführt worden ist, in der es parteipolitisch sehr unterschiedliche Positionen gibt. Vor Ort muss mit der Gesetzgebung umgegangen werden und oft wird diese auch gerade von denjenigen kritisiert, die sich auch gegen den Rechtsextremismus engagieren.

Es ist aber nicht Aufgabe des MBT, (partei-)politisch Stellung zu beziehen – unsere Leitlinien sind das Grundgesetz und die allgemeinen Menschenrechte. Unser Beratungsansatz in einem solchen kontroversen Themenfeld zielt daher auf die Förderung einer transparenten, auf Werte bezogenen, demokratischen Kultur der Kommunikation und der Auseinandersetzung, die sich deutlich von dem Vorurteile schürenden, Schuld zuweisenden Ansatz der Rechtsextremen abgrenzt.

Lagerfeuer während einer Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen „Mensch ärgere Dich nicht – tu was!", September 2003

In Märkisch-Oderland berät das MBT Frankfurt (Oder) seit 1999 den Kreis-Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V. (KKJR), auf dessen Initiative hin das kreisweite Netzwerk für Toleranz und Integration (NTI) 2000 gegründet wurde. Ebenfalls seit 1999 berät das MBT Frankfurt (Oder) in der Stadt Strausberg mehrere Akteure, die sich zu einem Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus zusammengeschlossen haben. Die nachfolgende Beschreibung der Beratungsprozesse soll:

– den Wert langjähriger Beratungsprozesse an sich verdeutlichen;
– Beispiele für Themenverknüpfungen geben, die sich über eine kontinuierliche Vernetzung ergeben; und
– Beispiele für die Förderung der zivilgesellschaftlichen Diskursfähigkeit geben.

Das Netzwerk für Toleranz und Integration (NTI) Märkisch-Oderland

Das MBT, damals als Regionalbüro Fürstenwalde, seit Dezember 2004 als MBT Frankfurt (Oder), ist seit 1999 im Märkisch-Oder-Landkreis (MOL) tätig. Erste Anfragen des Kreis-Kinder- und Jugendrings MOL bezogen sich auf die Sensibilisierung der Jugendsozialarbeit für das Thema Rechtsextremismus. Ersten Gesprächsrunden in Jugendclubs folgten Fortbildungsveranstaltungen für JugendsozialarbeiterInnen. In dieser Zeit entstand auch die Idee, ein kreisweites Netzwerk aufzubauen, das vor allem im zivilgesellschaftlichen Bereich aktiv werden sollte. Am 15. Mai 2000 fand die Gründungsveranstaltung statt: das

Teilnehmer eines vom NTI organisierten Graffiti-Projektes in Seelow, 2006

Netzwerk für Toleranz und Integration MOL wurde geboren. Der Name entsprach den Aufgabengebieten wichtiger Akteure und sollte weniger ein „Gegen rechts“ enthalten, sondern vielmehr eine positive Zielrichtung vorgeben.

So begann für das MBT Fürstenwalde/Frankfurt (Oder) ein langjähriger Beratungsprozess. Diese Beratungsarbeit hat mehrere Phasen durchlebt, in denen das MBT unterschiedliche Aufgaben und Rollen übernommen hat, u. a.:

- fachliche Inputs vor allem zum Thema Rechtsextremismus aber auch zu anderen Themen, wie z. B. Netzwerkarbeit, Argumentationshilfen;
- Moderation von Veranstaltungen, sowohl netzwerkintern als auch auf Workshops und Tagungen des NTI;
- Beratung zur Konzeptentwicklung für Projekte;
- Prozessberatung;
- Konfliktvermittlung.

An dieser Stelle soll jedoch nicht das NTI an und für sich beschrieben oder gar dokumentiert werden. Eine Kurzbeschreibung des NTI MOL, wie es sich bis 2006 entwickelt hat, findet sich in den beiden hervorgehobenen Einschüben. Wichtig ist nur festzuhalten, dass die langjährigen Beratungsprozesse für das MBT auch den Aufbau und die Pflege von vielen Kontakten in MOL bedeuten, die jederzeit aktiviert werden können. Aufgrund dieser vernetzten Kontakte kommt es selten vor, dass das MBT gar keinen Kontakt herstellen kann zu einem Ort, in dem gerade ein Beratungsbedarf entsteht.

Der Integrationsfachtag MOL

Zu einer festen Größe in MOL ist der seit 2002 jährlich stattfindende und vom NTI organisierte Integrationsfachtag geworden. Mehr als nur eine Tagesveranstaltung, hat der Integrationsfachtag im Laufe der Jahre zur Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Vernetzung in MOL beigetragen. Das MBT Frankfurt (Oder) hat das NTI 2002 bei der Entstehung des Integrationsfachtages beraten und übernahm bei der Umsetzung und Weiterentwicklung in den Folgejahren verschiedene, dem Bedarf entsprechende beratende und unterstützende Rollen.

Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland – 1

Kurzbeschreibung:

- Das Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland (NTI) ist ein bürgerschaftlich orientiertes, kreisweites Netzwerk mit mehr als 40 Mitgliedern aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche, die sich für die weitere demokratische Entwicklung in Märkisch-Oderland engagieren.
- Das NTI pflegt eine gute **Kommunikation** unter seinen Mitgliedern sowie zwischen allen Akteuren, ob Verein/Verband oder Verwaltung, Institution oder Politik.
- Dadurch fördert das NTI die **Kooperation** zwischen allen an einem Thema beteiligten Akteuren anstelle von Konkurrenz und Feindbilddenken, z. B. zwischen freien Trägern oder zwischen Verwaltung und Verbänden.
- Daraus entstehen **Synergien**: Konflikte und Probleme können besser gelöst werden, Neues kann entstehen.
- Durch die vom NTI initiierten **Fortbildungen, Aktivitäten und Projekte** findet – bezogen auf die unten genannten Themenfelder – ein **Kompetenztransfer** in den Landkreis sowie innerhalb des Landkreises statt.
- Die vom NTI für Projekte akquirierten Finanzmittel werden überwiegend im Landkreis ausgegeben.
- Beispiele für die **Nachhaltigkeit der NTI-Arbeit** sind u. a. die Ergebnisse der Integrationsfachtage (Runder Tisch Asyl MOL, Arbeitskreis Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement), wiederholte Anfragen für Angebote des NTI (Fortbildung zu Themen wie Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus; mehrfache Anfragen aus einem Ort, z. B. Letschin), gewachsene Praxis der Zusammenarbeit der Mitglieder bei Projekten (z.B. Theaterprojekte, Benefizgala zu Gunsten bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis, März 2006).

Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland – 2

Ziele des NTI
- Förderung der Werte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft
- Förderung von bürger- und zivilgesellschaftlichem Engagement
- Abbau von Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft
- Abbau von Vorurteilen gegenüber sozial Schwachen, Minderheiten und Zuwanderern
- Perspektivbildung mit und für junge Menschen insbesondere in den strukturschwachen Regionen des Landkreises
- Vernetzung der vorhandenen Ressourcen und damit verbunden Schaffung von Synergieeffekten
- Förderung der Wertschätzung der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft

Struktur /Aufbau /Partner
- Bürgerschaftlich orientiert
- Kreisweit organisiert
- Für alle offen, die sich für die weitere demokratische Entwicklung in MOL engagieren
- Das NTI hat derzeit 43 Mitglieder aus den Bereichen
  - Vereine und Verbände
  - Bürgerinitiativen
  - Parteien
  - Schulen
  - Polizei
  - Verwaltung
  - Privatpersonen und andere
- Das NTI wird zwischen den Netzwerktreffen vom eigenen Beirat koordiniert.
- Gründung: am 15. Mai 2000
- Träger: Kreis-Kinder-und Jugendring Märkisch-Oderland e.V.
- Das NTI wird seit der Gründung vom Mobilen Beratungsteam Tolerantes Brandenburg beraten.
- Weitere Partner sind u. a. RAA

Arbeitsweise
- Koordination und Vernetzung
- Regelmäßige Netzwerktreffen mit inhaltlicher Ausrichtung
- Projekte
- Fortbildung, Information, Ausstellungen, Veranstaltungen, Fachtage
- Moderation und Mediation
- Analyse und Öffentlichkeitsarbeit zu den im Netzwerk behandelten Themen

Themenfelder
- Rechtsextremismus entgegentreten, Toleranz fördern
- Zuwanderung und Integration
- Demokratische Entwicklung des Gemeinwesens
- Schule und Berufsausbildung
- Kinder, Jugend und gesellschaftliche Integration

2002: Der erste Integrationsfachtag

Im Herbst 2002 war die bundesweite öffentliche Debatte über die Integration von Zuwanderern im Zusammenhang mit der ersten Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes in vollem Gange. Das MBT beriet das NTI zur Frage, wie das Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein im Landkreis getragen werden könnte und machte den Vorschlag, einen Fachtag zum Thema zu organisieren. Dieses Vorhaben wurde vom NTI aufgegriffen und innerhalb kurzer Zeit (acht Wochen zwischen Konzeption und Umsetzung) durchgeführt.

In der Konzeption dieses ersten Integrationsfachtages hieß es unter anderem:

> „Die Integration von Migranten kann nicht vom Staat allein ausgehen – genauer gesagt, der Staat *kann nicht* das Zusammenleben von Menschen bestimmen. Es heißt folgerichtig Integration in die Gesellschaft, nicht in den Staat. In der bundesweit geführten Debatte über die Integration von Zuwanderern wird um Prinzipien und Grundsätze gerungen, während man vor Ort bereits nach praktischen Lösungen sucht, die nicht auf die Gesetzgeber warten können: die Menschen sind schon hier."

Ziel war es, die Bedeutung der Integrationsarbeit stärker ins öffentliche Bewusstsein im Landkreis zu rücken und dabei deren Stellenwert zu erhöhen, positive Beispiele in der Integrationsarbeit aufzuzeichnen und dabei die Aktiven zu ermutigen, weiterzumachen. Almuth Berger, die damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, referierte zur Frage „Was ist Integration?" und regte die Diskussion an. Weitere Akteure aus der Verwaltung und von freien Trägern des Landkreises sprachen zu den Themen:

- Situationsbeschreibung mit Zahlen und Fakten
- Rahmenbedingungen für Integration in MOL
- Erfahrungen in der praktischen Integrationsarbeit
- Situation der Asylbewerber im Landkreis MOL
- Perspektiven der Betroffenen

Darstellungen und Berichte von Projekten und Erfahrungen in der praktischen Integrationsarbeit rundeten den Tag ab, an dem auch die mit der neuen Gesetzgebung verbundene Hoffnung auf neue Möglichkeiten zum Ausdruck kam. Schon an diesem Tag wurde deutlich, dass eine Fortsetzung nötig sein würde, um weitere Fragen um das Thema Integration zu behandeln.

2003: Der zweite Integrationsfachtag zum Thema Asyl

Bei der Auswertung des ersten Integrationsfachtages hatte sich herausgestellt, dass viele Maßnahmen, Initiativen und Aktivitäten zur Integration der Spätaussiedler in MOL existierten. Viele der anderen im Landkreis vertretenen Zuwanderergruppen, seien es ehemalige Vertragsarbeiter die in die DDR gekommen waren oder mit Deutschen verheiratete, z. B. polnische Staatsbürger, waren oft durch Arbeit und Familie bereits gut integriert. Bei den Asylbewerbern sah es anders aus. Erst nach einer positiven Entscheidung des Asylverfahrens entstehen Möglichkeiten, an Integrationsmaßnahmen wie Deutschkursen, Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt u.ä., teilzunehmen. Wer nicht als politisch verfolgt im Sinne von Art. 16a GG anerkannt wird, aber aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden kann, hat keinen Anspruch auf Maßnahmen zur Integration. Offiziell gilt in der Regel, dass Asylbewerber, deren Asylverfahren noch nicht entschieden ist, nicht zu integrieren seien, weil ihr künftiger Aufenthalt nicht sicher ist.

Um diese Situation aufzugreifen und zu thematisieren, verständigte sich die vom NTI beauftragte und vom MBT moderierte Vorbereitungsgruppe darauf, dass die Thematik „Integrationsprozesse bei Asylbewerbern im Landkreis MOL“ im Vordergrund des zweiten Integrationsfachtages stehen sollte. Über mehrere Monate wurde die Veranstaltung entwickelt und geplant. Dies stellte für das MBT eine komplexe, prozessbegleitende Beratungssituation dar. In dieser Zeit fanden auch wichtige Verständigungsprozesse statt, die ihren Ausdruck im Text der Einladung sowie im Programm (siehe Kasten) fanden.
Circa 120 Personen nahmen an diesem Fachtag teil, unter ihnen AsylbewerberInnen, die ihre Lebenssituation eindrücklich darstellten, MitarbeiterInnen der mit der Beratung, Beherbergung und Betreuung von AsylbewerberInnen befassten Träger, KommunalpolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen sowie interessierte und engagierte BürgerInnen.

Wichtiges und konkretes Ergebnis des zweiten Integrationsfachtages war die Einrichtung einer Kommunikationsstruktur zur Besprechung der vielen am Integrationsfachtag entstandenen Fragen: der „Runde Tisch Asyl in MOL“. Somit wurden Prozesse, die während der Vorbereitung des zweiten Integrationsfachtages begonnen wurden, nach der Veranstaltung fortgeführt – der Integrationsfachtag selbst war ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Auszüge aus dem Programm des zweiten Integrationsfachtages MOL:

„Die Zuwanderung von Menschen aus fremden Ländern führt in jedem Fall zu Integrationsprozessen in der aufnehmenden Gesellschaft, auch wenn keine gezielte Steuerung der Integration erfolgt“
(„Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg”, Potsdam 2002, S.7)

„Für Asylbewerber gibt es keine Integrationsmaßnahmen, dennoch finden Integrationsprozesse statt – wie geht das?“

„Bei Zuwanderern mit vorübergehendem Aufenthalt ist eine dauerhafte Integration zunächst nicht Ziel dieses Aufenthaltes. Dies gilt auch für die Gruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Aufenthalt ausschließlich zur Durchführung des Asylverfahrens gestattet wird, und für die Gruppe der Geduldeten, bei denen (...) auf die Vollziehung der Abschiebung verzichtet wird. Gleichwohl findet mit zunehmender Aufenthaltsdauer eine je nach den örtlichen und individuellen Umständen unterschiedliche tatsächliche Integration statt“
(„Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg“, Potsdam 2002, S.16)

„Der 2. Integrationsfachtag in Märkisch-Oderland will anhand der Situation der Asylbewerber Impulse geben für die Diskussion und konkrete Arbeit zur Integration von Zuwanderern in MOL. Er will Informationen über die Lebenssituation der Asylbewerber im Landkreis vermitteln, Asylbewerber über ihre Erfahrungen und Probleme zu Wort kommen lassen, und Beispiele gelungener Integrationsprozesse in den Bereichen Nachbarschaft, Kita, Schule, Vereine, etc. darstellen.“

„Was hat die bundespolitische Zuwanderungsdebatte mit MOL zu tun?
Wie sind die Bürger auf den Umgang mit Asylbewerbern eingestellt?,
Wie sind Mitarbeiter der Verwaltung und anderer Institutionen vor Ort auf die Beratung und Betreuung von Asylbewerbern vorbereitet?
Welche Erwartungen an die Asylbewerber sind realistisch, welche überzogen?“

Der Runde Tisch Asyl in Märkisch Oderland

Der Runde Tisch Asyl in Märkisch Oderland sollte alle an Asylfragen Beteiligten zusammenbringen, um im Dialog Probleme, Konflikte und offene Fragen zu besprechen. Beteiligt waren die freien Träger, die Asylarbeit leisten (Sozialarbeit mit und Beratung von Asylbewerbern), die Betreiber der Asylbewerberheime, die zuständigen Stellen der Verwaltung auf Kreis- bzw. Kommunalebene sowie der Ausländerbeauftragte des evangelischen Kirchenkreises und das Netzwerk für Toleranz und Integration, das die Koordination, Einladung und Protokollführung übernommen hatte. Auf Wunsch des NTI wurde der Runde Tisch Asyl beraten und begleitet durch das Mobile Beratungsteam. Damit begann ein neuer Beratungsprozess für das MBT in MOL.

Hintergrund des Bedarfs an einer solchen Runde waren Konflikte im Zusammenhang mit einem Fall von Kirchenasyl gewesen, bei dem eine vietnamesische Familie vor der Abschiebung geschützt wurde. So war ein Feindbilddenken gefördert worden, das die Kommunikation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft erschwert hatte. Verschiedene die Situation der AsylbewerberInnen betreffende Alltagsfragen fanden keine gute Lösung. Die Beratung und Moderation durch das MBT zielte darauf ab, zunächst die Kommunikation über konkrete Fragen und die Suche nach Gemeinsamkeiten herzustellen und gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln. Daraus entwickelte sich anstelle des Misstrauens eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freien Trägern. Eine detaillierte Beschreibung aller Themen und Entwicklungsprozesse wäre ein Kapitel für sich. An dieser Stelle soll nur als Ergebnis erwähnt werden, dass der Runde Tisch Asyl 2006 der Ort entscheidender Beratungen war, auf denen die ins Stocken geratene Umzugsplanung des Asylbewerberheims Waldsieversdorf endlich zu einer Entscheidung gebracht werden konnte.

2004 und danach: Dritter bis sechster Integrationsfachtag – Die Themen werden erweitert

Nachdem der zweite Integrationsfachtag ausgewertet wurde, stellte sich die Frage nach weiteren Integrationsfragen in MOL. In einer Sitzung der NTI wurde für den dritten Integrationsfachtag das Thema „Integration bezogen auf die EU-Erweiterung und das Zusammenwachsen der grenznahen Regionen auf beiden Seiten der Oder" gewählt. Zunächst waren die Vorstellungen etwas diffus. Zur Klärung der Fragestellungen sowie zur Vorbereitung des dritten Integrationsfachtages wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Erwartung, dass der Integrationsfachtag wieder das Ergebnis eines Diskussions- und Entwicklungsprozesses sein würde.

Zu diesem Zeitpunkt hat das MBT einen Blick auf die Entwicklung des Integrationsfachtages geworfen und eine Beschreibung seiner wesentlichen Merkmale formuliert. Dabei wurde deutlich, dass der Integrationsfachtag keine einfache Tagesveranstaltung, sondern Höhepunkt eines inhaltlichen Diskussionsprozesses ist, der in die Arbeit und Vernetzung der PraktikerInnen eingebettet ist (siehe Kasten).

So entwickelten sich die Integrationsfachtage unter der Begleitung und Beratung des MBTs weiter. 2004 erfolgte die Unterstützung durch das mbt-eurokomm, einen zeitlich befristeten Ableger des MBTs, der

die deutsch-polnischen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens zur EU bearbeitet hat. 2005, 2006 und 2007 übernahm wieder das MBT Frankfurt (Oder) die Beratung. Thematisch wurde der Begriff Integration über den Kreis der Zuwanderer hinaus gesellschaftlich breiter verstanden – geblieben ist der zivilgesellschaftlich initiierte, prozessorientierte Charakter der Integrationsfachtage.

- 2004: Dritter Integrationsfachtag: „Das Abenteuer liegt auf beiden Seiten der Oder, oder?", daraus ist der „Arbeitskreis deutsch-polnische Zusammenarbeit" entstanden.
- 2005: Vierter Integrationsfachtag: „MOL macht ooch Laune – Wege und Visionen von Jung und Alt im ländlichen Raum". Daraus entstand der „Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement".
- 2006: Fünfter Integrationsfachtag: „Zwischen Pausenbrot und Tokio Hotel – Glückliche Kinder in MOL?!" zum Thema Kinderarmut, Kinderrechte und soziale Ausgrenzung.
- 2007: Sechster Integrationsfachtag: „MOL - geradeaus gegen den rechten Weg" zum Umgang mit Rechtsextremismus und zur Stärkung von Zivilcourage.

Merkmale des Integrationsfachtages:

1. Die treibende Kraft für den Integrationsfachtag ist die Zivilgesellschaft: Praktiker, Bürger, freie Träger, Vereine, vor allem diejenigen, die im Netzwerk für Toleranz und Integration MOL engagiert sind. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht kann man sagen, dass die zu behandelnden Fragen zu wichtig sind, als dass man sie allein den staatlichen Institutionen überlassen könnte.
2. Die Diskussionsprozesse zum Thema sind während der Vorbereitung ebenso wichtig wie beim Integrationsfachtag selbst und sie sollen auch nach dem Tag fortgeführt werden.
3. Für die Praktiker, Bürger, teilnehmende Zivilgesellschaft soll etwas herauskommen: Kenntnisse, Erkenntnisse, neue Projekte, Kontakte, Vernetzung.
4. Somit ist der Integrationsfachtag mehr als eine Tagesveranstaltung. Besonderer Wert wird auf die Nutzbarkeit der Ergebnisse sowie in der Vor- und Nachbereitung auf die Einbeziehung und Beteiligung der Akteure gelegt, die zum gewählten Thema arbeiten. Dadurch kann der Integrationsfachtag viel besser seine multiplikatorische Wirkung im Landkreis entfalten.

Zuletzt hat sich herausgestellt, dass das Ringen um die richtigen Fragestellungen für die Referate und die Arbeitsgruppen zu guten Diskussionen geführt hat. Wie es in einem fernöstlich klingenden Spruch heißt: Nicht die Antwort, sondern die richtige Frage bringt die Erkenntnis.
(aus der Dokumentation des dritten Integrationsfachtages)

Der Arbeitskreis Strausberg – zivilgesellschaftlich und lokal gegen den Rechtsextremismus und für die Integration von Zuwanderern

Parallel zum NTI hat das MBT Frankfurt (Oder) in Strausberg einen Entwicklungsprozess beraten und begleitet, in dem sich eine zivilgesellschaftlich orientierte Gruppe über mehrere Jahre gegen den Rechtsextremismus engagiert hat.

Strausberg liegt am nordöstlichen Ende der Berliner S-Bahnlinie S5 und ist mit seinen ca. 26.000 Einwohnern (2005) die größte Stadt in MOL. Seit langem und noch heute ein Militärstandort, prägt diese Tradition die Stadt und ihre Gesellschaft. Gleichzeitig hat Strausberg jugendkulturell eine große Vielfalt, darunter aber auch rechtsextreme Anteile. Rechtsextreme Gewalt hat es über die Jahre hinweg immer wieder gegeben, ohne dass die Stadt deswegen in die bundesweiten Schlagzeilen geraten ist.

Ende der 1990er Jahre wurde – ausgehend von der Stadtverordnetenversammlung und dem Bürgermeister – ein Runder Tisch gegründet. Die Stadt war mehrfach Ort rechtsextremer Gewalt gewesen, der Druck, etwas zu unternehmen, war gestiegen. Da aber dieses Gremium aus Sicht einiger zivilgesellschaftlich orientierter TeilnehmerInnen keine konkreten Ergebnisse hervorgebracht hatte, entstand 2000 ein Arbeitskreis von Menschen, die praxisorientiert arbeiten wollten. Zunächst hieß der Arbeitkreis schlicht „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“. Das MBT Frankfurt (Oder) wurde zu Beginn angefragt, den Arbeitskreis zu beraten und zu begleiten.

Im Arbeitskreis versammelten sich Vertreter dreier stadtteilbezogener Bürgervereine, eines alternativen Jugendzentrums, verschiedener Träger der Jugendarbeit, die Mitarbeiter der RAA, die bis 2004 eine Niederlassung in der Stadt hatte, sowie einige Kommunalpolitiker und Einzelpersonen. Die erste Phase der Arbeit und der Beratung durch das MBT war durch eine nicht immer einfache Klärung des Selbstverständnisses des Arbeitskreises gekennzeichnet. Oft musste das MBT interne Diskussionen moderieren, auch Konflikte vermitteln. Inhaltlich stand der Rechtsextremismus im Mittelpunkt. Praktische Ergebnisse dieser Zeit waren u. a. der Druck eines Informationsblattes über rechtsextreme Aktivitäten in der Stadt, das an Haushalte verteilt wurde sowie die Entstehung der Beratungsgruppe für die Opfer rechter Gewalt (BOrG) Strausberg.

Ein weiterer Anlass für die Arbeit des Arbeitskreises war die Sorge über das Auftreten von Konflikten zwischen jugendlichen Spätaussiedlern und alteingesessener Wohnbevölkerung in der Stadt. Strausberg

Spielplatz für Asylbewerberkinder, der in gemeinsamer Arbeit mit Jugendlichen entstanden ist, 2004

nimmt einen Großteil der nach MOL zugewiesenen Spätaussiedler auf; aufgrund der Wohnsituation in der Stadt konzentrieren sich deren Wohnungen in den Plattenbauten im Stadtteil Hegermühle.

Ein direktes Zugehen auf Schulen und Bürger ermöglichte es den Teilnehmern des Arbeitskreises, integrationsfördernde Projekte an den Brennpunkten zu installieren. Zwei Vereine profilierten sich besonders über die ehrenamtliche Arbeit mit Spätaussiedlern. Sie schufen Möglichkeiten für einen gewaltfreien Umgang der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So boten einige der Spätaussiedler den einheimischen Familien an, für sie russisch zu kochen. Dies wurde dankend angenommen; Gegenbesuche und ein Kennenlernen folgten.

In dieser Phase hat das MBT eine stark organisatorische Rolle übernommen. Während die inhaltliche Themensetzung und die Umsetzung der konkreten Aktivitäten lokal verankert waren, schien uns, dass der Arbeitskreis ohne eine stabilisierende Hand die vielen Kontroversen nicht überlebt hätte. So übernahm das MBT vorübergehend die Einladung und Moderation der Sitzungen, um die Aktivitäten des Arbeitskreises „abzusichern".

Im Laufe der Zeit traten die erhofften Effekte ein: der Arbeitskreis etablierte sich durch seine Aktivitäten und die Kommunalpolitik wurde darauf aufmerksam. So begann eine neue Phase. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und weitere Stadtverordnete sowie Vertreter der in der Integrationsarbeit tätigen Träger und der evangelischen Kirche nahmen nun aktiv an der Arbeit teil. Dieser Zuwachs erforderte allerdings einen neuen Findungsprozess für die Gruppe. Gleichzeitig

war es notwendig, endlich den Arbeitskreis organisatorisch zu stabilisieren, da die RAA-Niederlassung in Strausberg geschlossen wurde und somit eine auch für den Arbeitskreis wichtige Infrastruktur verloren ging. Als Ergebnis der MBT-Beratung ist es gelungen, die Caritas und die Evangelische Kirche für die Einladung und Moderation des Arbeitskreises zu gewinnen und damit eine lokale organisatorische Verankerung zu erreichen. Somit konnte das MBT in den Hintergrund treten und sich wieder stärker auf seine beratenden Aufgaben konzentrieren.

Aus dem Findungsprozess entstand auch ein neuer Name: „Arbeitskreis Strausberg – aufklären, informieren, handeln – Gemeinsam für Menschenwürde, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus". Sitzungen bekamen eine strukturierte Tagesordnung, damit der Informationsaustausch unter den Mitgliedern garantiert werden konnte: die BOrG und die an der Integrationsarbeit tätigen Träger berichten jedes Mal; aktuelle Themen kommen hinzu. Wichtig war vor allem die Tatsache, dass die Konkurrenzsituation aus der Gründungszeit des Arbeitskreise nicht mehr vorhanden war – der Arbeitskreis wurde von der Kommunalpolitik als Partner angesehen, bestimmte Fragen zu thematisieren und gesellschaftliche Diskussion anzuregen.

2005 – 2006: Integrationskonzept Strausberg – Begleitung eines zivilgesellschaftlichen Diskursversuches

Die bundesweite Diskussion über Zuwanderung und Integration und die lokale Behandlung dieser Fragen im Landkreis, u. a. durch die Integrationsfachtage und die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Träger, löste auch in Strausberg eine entsprechende Diskussion aus. So wurde die Idee eines Integrationskonzeptes auch hier aufgegriffen. Aufgrund der spezifischen Konstellation der Träger und Interessierten formulierte der Arbeitskreis auf Bitte des Bürgermeisters einen ersten Entwurf. Dieser Beleg für die gute Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft führte dazu, dass das MBT auch zu diesem, nicht originär zum MBT-Profil zählenden Thema beraten hat.

Neben dem MBT waren auch FAZIT sowie die RAA am Beratungsprozess beteiligt. Für das MBT stand von Anfang an fest, dass wir nicht selbst zu den fachspezifischen Fragen beraten, sondern an die entsprechenden Beratungsträger vermitteln würden. Die besondere Situation bei der Entwicklung eines Integrationskonzeptes in Strausberg bestand

darin, dass eine zivilgesellschaftliche Gruppe – und nicht allein die Verwaltung – die Aufgabe in der Hand hatte. So sahen wir die Möglichkeit, über den zivilgesellschaftlich entwickelten Entwurf einen gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Integration von Zuwanderern anzuregen.

Der eigentliche Prozess, in dem der schriftliche Entwurf für ein Integrationskonzept entstanden ist, war lang und mühsam. Der Arbeitskreis traf sich einmal pro Monat, diese Treffen wären aber mit der notwendigen redaktionellen Arbeit überfordert gewesen, so dass eine kleinere Redaktionsgruppe gebildet wurde, die wir unterstützt haben. Ein mehrmaliges Hin und Her zwischen der Redaktionsgruppe und dem gesamten Arbeitskreis war nötig, bis die wichtigsten Entscheidungen, zunächst über Form und Umfang, später über den Inhalt des Konzepts getroffen wurden. Dabei waren mehrere Diskussionen innerhalb des Arbeitskreises notwendig, u. a. um Begriffe zu klären und die Mitglieder des Arbeitskreises zu einigen Fragen aufzuklären und zu sensibilisieren. Das MBT hat als einzige Beratungsinstanz alle Phasen des Prozesses unterstützt.

Technisch gesehen konnte die Redaktionsgruppe für den Austausch und die gegenseitige Korrektur zwar auf Computer und Email zurückgreifen, die professionellen Werkzeuge, die Arbeitsgruppen in Unternehmen zur Verfügung stehen, waren im ehrenamtlichen Kontext jedoch nicht vorhanden. Nach gut einem Jahr ist ein Papier entstanden, das vom Arbeitskreis beschlossen werden konnte. Auch die Frage, wie mit dem beschlossenen Entwurf verfahren werden sollte, musste im Arbeitskreis und in Abstimmung mit der Stadtverwaltung geklärt werden. Aus unserer Sicht war jeder Schritt der Diskussion auch innerhalb des Arbeitskreises schon Teil des beabsichtigten gesellschaftlichen Diskurses.

Hinzu kam, dass am Anfang der Diskussionen davon ausgegangen wurde, dass das einzige Asylbewerberheim des Landkreises nach Strausberg ziehen würde, d.h. es gab in der Stadt schon einen Diskurs zum Thema, der leider eher negativ geprägt war. Der Arbeitskreis war insofern direkt davon betroffen, als ein im Arbeitskreis vertretener Träger Betreiber des Heims war und ist. Kurz nach Fertigstellung des Papiers wurde dann auf Kreisebene entschieden, das Asylbewerberheim in einen Nachbarort von Strausberg ziehen zu lassen. Das hat aber dem Entwurf nicht geschadet, denn die Fragestellung blieb auch ohne Asylbewerberheim bestehen.

Während des Prozesses haben wir für eine Beratungsvorlage folgende Sätze zum Sinn und Zwecke eines Integrationskonzeptes for-

muliert, die vom Arbeitskreis übernommen und in das Vorwort des Entwurfes aufgenommen wurden:

> „Die Diskussion und Annahme eines Integrationskonzeptes im kommunalen Kontext bietet eine einmalige Chance, Politik, Verwaltung und Gesellschaft für das Thema Integration in all seinen Facetten zu sensibilisieren, *damit* den lokalen Diskurs zum Thema konstruktiv zu beeinflussen und *somit* die Umsetzungschancen für das Konzept selbst zu erhöhen." [kursiv im Original]

Weiter hat der Arbeitskreis im Papier formuliert:

> „Das heißt, die konstruktive Diskussion des Themas Integration von Zuwanderern, die Entwicklung einer handlungsorientierten Konzeption sowie deren Umsetzung haben als globales Ziel das verbesserte Gemeinwohl der Stadt Strausberg insgesamt.
> Verantwortung für erfolgreiche Integration muss Verpflichtung aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft sein. Integration ist ein anhaltender Prozess; seine Steuerung und Gestaltung ist ein Element des solidarischen Gemeinwesens in unserer Stadt."

Im Gegensatz zu einigen Integrationskonzepten, die der Arbeitskreis während der Arbeit gesichtet hat, legt das Integrationskonzept Strausberg den Schwerpunkt auf die Reflexion der derzeitigen Arbeit mit Zuwanderern sowie auf Überlegungen zur interkulturellen Öffnung der Kommune. Nach einer Beschreibung der Zuwanderer in Strausberg werden als Zielgruppen genannt:

1. alle in Strausberg aufgenommenen Zuwanderer, unabhängig vom Status als bleibeberechtigte Zuwanderer und solche, die sich nur zeitweise in Strausberg aufhalten. Integrationsprozesse vollziehen sich bei beiden Personengruppen.
2. die Stadt Strausberg als aufnehmendes Gemeinwesen, deren Behörden und Institutionen sowie die Einwohner.

Es folgt dann – mit Bezug auf die „Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg" – eine Definition von Integration an und für sich sowie unter Bezug auf die RAA eine Beschreibung der Ansätze „Interkulturelle Öffnung" und „Interkulturelle Kompetenz" bevor die Handlungsfelder, die aus Sicht des Arbeitskreises eine wichtige Rolle spielen, genannt und kurz beschrieben werden.

Nachdem der Arbeitskreis das Papier mit dem Titel „Diskussionsgrundlage für eine Handlungskonzeption für die Aufnahme und Integration von Zuwanderern in Strausberg: SpätaussiedlerInnen, ihren Angehörigen, AsylbewerberInnen und anderen MigrantInnen“ beschlossen hatte, wurde es dem Bürgermeister vorgestellt, der es dann in die kommunalpolitischen Gremien (Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse) einbringen sollte. In einer Sitzung des Arbeitskreises würdigte der Bürgermeister die Arbeit zur Erstellung des Papiers. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Präsentation wurde gemeinsam gestaltet, Vertreter des Arbeitskreises haben das Papier und seine Bedeutung u. a. im Hauptausschuss vorgestellt. Ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess wurde in Gang gesetzt.

Reflexion

Die hier dargestellten Beratungsprozesse zeigen, wie das MBT nicht ausschließlich an die offiziellen Themen des Toleranten Brandenburg gebunden sein muss, wenn Anlass und Kontext stimmen. So wie hier beschrieben, kommt es immer häufiger zu Situationen, in denen wir im Gemeinwesen zu einem aktuellen oder vor Ort wichtigen Thema beraten und darüber demokratische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse unterstützen können, auch dort wo das Thema Rechtsextremismus nicht unmittelbarer Anlass unserer Arbeit ist. Ferner wird anhand der beschriebenen Beispiele deutlich, wie langjährige kontinuierliche Beratung Schritt für Schritt zu immer neuen Entwicklungsmöglichkeiten führen kann, wie sie bei einem bloß projektbezogenen Ansatz nicht möglich wären.

Karin Dörre, Jürgen Lorenz

Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum

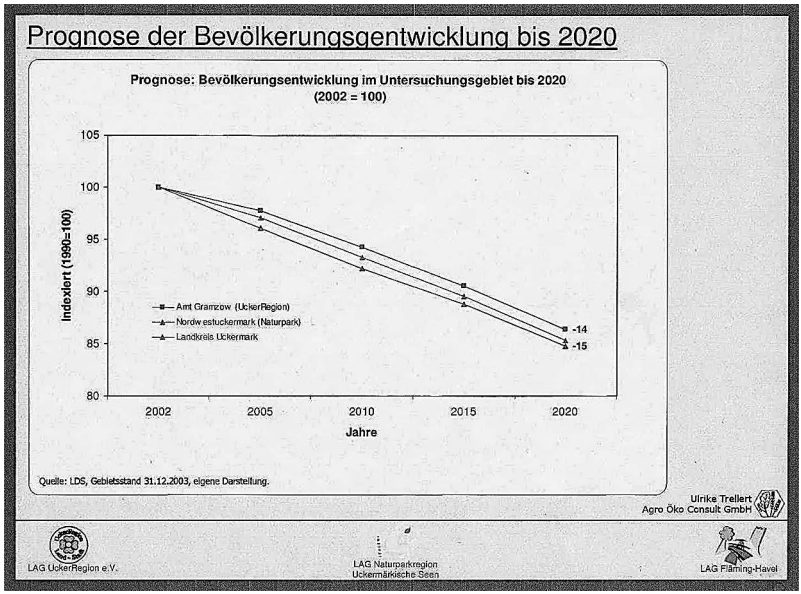
Vorab: das MBT Angermünde verfolgt in seiner Beratungstätigkeit grundsätzlich einen gemeinwesenorientierten und -formierenden Arbeitsansatz, in dem der Mensch mit seiner Autonomie als verantwortlicher Akteur respektiert wird.

Seit acht Jahren sind wir in den Landkreisen Uckermark und Barnim tätig, die vorwiegend ländlich geprägt sind, einschließlich der berlinnahen Städte Bernau und Eberswalde, wie auch der Uckermark-Perlen Templin, Prenzlau und Angermünde und der Petrol-Stadt Schwedt. Mit der Gemeindegebietsreform sind manche der kleinen Städte um bis zu 20 Dörfer größer geworden. Dörfer, die bislang eigenständig waren, müssen sich nach dem Zusammenschluss mit anderen Dörfern in neu entstandenen Gemeinden zusammenraufen.[1] In diesem Beitrag geht es vor allem um die Uckermark.

Die demografische Entwicklung im ländlichen Bereich geht einher mit einem Rückzug der Infrastruktur wie Staat, Wirtschaft, Verkehr, soziokultureller Sektor, medizinischer Bereich. Studien weisen aus, dass bis zum Jahr 2020 im Landkreis Uckermark ein Bevölkerungsrückgang um 24.000 Einwohner, das sind 16 Prozent, zu erwarten ist. Aufgrund des Geburtendefizits wird sich zugleich die Bevölkerungspyramide zugunsten der höheren Jahrgänge verschieben. Dabei steigt die Anzahl der Personen über 65 Jahre um 29 Prozent von 25.376 im Jahr 2002 auf voraussichtlich 32.640 im Jahr 2020 an.[2] Gleichzeitig wandern aus diesen Regionen junge und flexible Menschen ab. Kompetenzverlust der Bleibenden und ein höherer Anteil bildungsarmer

[1] Mit der Gemeindegebietsreform ging es grundsätzlich um die Bildung größerer Strukturen in jedem Landkreis. Das „Gesetz zur Reform der Gemeindestruktur und zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden des Landes Brandenburg“ trat im März 2001 in Kraft. Vgl. Claudia Mier: Die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg, KWI der Universität Potsdam.

[2] Ulrike Trellert, Leader+-Studie zur Stabilisierung des ländlichen Raumes, in: Agro-ko. Consult u. a. (Hrsg.): Modellvorhaben zur Stabilisierung des ländlichen Raumes im demografischen Wandel. Grundlagenstudie und Netzwerkaufbau (Stand Oktober 2005), Prenzlau, unter www.aoec.de/index.php?option=com._docman&task=doc_download&gid=17, eingesehen am 15.9.2007.



Demografische Entwicklung (Leader+-Studie, Anm. 2)

Milieus sind die Folge. Diese Milieus anzusprechen und für sich zu gewinnen gehört zu den Kernzielen rechtsextremer Kader.

Zu verzeichnen ist eine sehr hohe Arbeitslosigkeit bzw. eine hohe Zahl von Hartz IV-Empfängern. Im März 2007 gab es im Landkreis Uckermark 14.208 Bedarfsgemeinschaften. Das sind immerhin rund 1.000 weniger als noch im März 2006. Die Arbeitslosenquote beträgt 22,8 Prozent[3], die Anzahl derjenigen Einkommensbezieher, die neben ihrem Einkommen ergänzende Leistungen nach SGB II beziehen, liegt bei fast 5.000 Personen[4].

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt jedoch, obwohl die Gesamteinwohnerzahl in der Uckermark seit 1992 um rund 30.000 auf nunmehr 136.000 Einwohner gesunken ist. Von denen sind etwa 30.000 Menschen auf Unterstützung des Grundsicherungsamtes oder des Sozialamtes angewiesen. „Diese Zahlen zeigen den sozialen Zündstoff, der in unserem Landkreis liegt", machte der Landrat in der Märkischen Oderzeitung vom 5. Juli 2007 deutlich.

[3] MOZ, 30. März 2007, Seite 13.
[4] UK, 14. September 2006, Seite 18.

Blick in die Landschaft bei Prenzlau

Viele Menschen fühlen sich von der Politik verraten und vergessen, sehen für sich keine Perspektive. Dem stehen gestresste Milieus lokaler Verantwortungsträger gegenüber, die die Diskrepanz zwischen Sollen, Wollen und Können kaum noch bearbeiten können. Das uckermärkische Amt für Grundsicherung beispielsweise will über das Optionsmodell[5] Menschen wieder in Arbeit vermitteln, in der Realität scheinen aber die Projekte, in die Menschen vermittelt werden, nichts anderes zu sein als seinerzeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Nachhaltigkeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind bislang noch nicht wirklich zu sehen. In Projekten wie der Schaumosterei, der Aufarbeitung von alten landwirtschaftlichen Geräten oder dem Bau eines Strohballenhauses haben ca. 270 junge Leute im Mai 2006 für ein Jahr einen sozial- und arbeitslosenversicherten Job und auch eine nicht zu unterschätzende sinnvolle Betätigung gefunden. Dennoch führen diese Projekte unter Regionalpolitikern gerade in der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu Diskussionen. Beklagt wird z. B. eine mangelnde Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen. So wie seinerzeit ABM keine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation nach sich zog, viele Menschen ihre Lebenskarrieren auf alimentierten ABM-Strukturen aufbauen mussten, scheint

[5] Das Optionsmodell ist ein Feldversuch für die Betreuung von Arbeitslosen in Deutschland: Für die Bezieher von Arbeitslosengeld II sind ausschließlich Städte oder Gemeinden zuständig.

Auch in der Uckermark wird das Bild durch Alleen geprägt

es, dass neue Wege auch mit Projekten wie „Sammeln und Sichten alter Geräte“ oder „Herstellung von lang haltbaren Fruchtsäften und Leichtweinen“ noch fern sind.

Dörfer und Kleinstädte im äußeren Entwicklungsraum

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum ist negativ, die wirtschaftliche Entwicklung nur punktuell, die Menschen erleben und beschreiben ihre Lebenssituation als schlecht.

Wir finden eine tief greifende Veränderung der sozialen Verhältnisse und des Lebens überhaupt vor, gekennzeichnet von einer Veränderung der Altersstruktur, von Perspektivlosigkeit als Grundstimmung, von einem Vertrauensverlust in Demokratie – all das geht einher mit den Lebenserfahrungen der Menschen vor Ort. Es gibt mehr positive Bezugnahmen auf die Vergangenheit („in der DDR war alles viel besser“, „wir hatten Arbeit“, „meine Kinder hatten eine Perspektive“, etc.).

Viele Menschen blicken „nach oben“, Eigeninitiative ist oft gelähmt und wird oft gar nicht positiv bewertet. Denunziantentum und Neid werden nicht zuletzt auch staatlich motiviert, beispielsweise durch Kontrollen von Bedarfsgemeinschaften und Melden von vermeintlicher Schwarzarbeit. In dieser Alimentiertenkultur gibt es kaum noch Schichtungen, aus „wer muß als Ein-Euro-Jobber (MAE, Mehraufwand-

Auch die Uckermark hat ihre Sternwarte

sentschädigung) im Dorf arbeiten“, wird zunehmend „wer darf …“. Einerseits hat das Solidarisierung, andererseits Ausgrenzung zur Folge. Kreativitätsverluste, Ideenlosigkeit, geradezu Angst vor Kreativität sind in Dörfern nicht selten.

Wo beispielsweise der ehemalige Großgrundbesitzer wieder da ist und seine Bedingungen stellt, werden Menschen nicht selten verunfähigt, sich dem zu widersetzen und für die eigenen Interessen einzustehen – das trifft sich gut mit der Stimmung derjenigen, die eine Diktatur wieder für erstrebenswert halten, im Interesse der Verbesserung ihrer Lage, als Mittel zum Zweck gewissermaßen.

Viele Städte kommen mit den neuen Aufgaben nach der Gemeindegebietsreform nur schwer zurecht, sie betrachten die eingemeindeten Dörfer wie Kolonien. Ein ganzheitliches politisches Konzept für eine integrierte Stadt-Land-Entwicklung fehlt. Wie auf dem Dorf sind Bürgermeisterposten nicht mehr unbedingt begehrt, es fehlt an geeigneten Kandidaten (in der Stadt sind es bezahlte Stellen!). Bürgermeister fühlen sich vielfach ausgebrannt und ausgebremst. Die kleinen Städte im ländlichen Raum machen einen Funktionswandel durch. Einerseits gibt es auch hier einen Rückzug der Infrastruktur, andererseits werden die Kleinen gezwungen, eine gewisse Infrastruktur für Bereiche vorzuhalten, mit denen sie gar nichts zu tun haben. In den Verwaltungen sind zu viele Mittel für eine zu hohe Personaldecke gebunden. Viele Städte stehen vor der drohenden Zwangsverwaltung. Wie auch auf dem Dorf verlieren Immobilien an Wert. Viele Innenstädte verfallen

infrastrukturell, baulich, sozial und ökonomisch, ihre Wirtschafts- und Kaufkraft wird geschwächt, sofern sie nicht rechtzeitig Fördermittel akquirieren konnten. Eine Stadtplanung erfolgt nur noch nach finanziellen Gesichtspunkten, daraus wiederum erwachsen Interessenskonflikte. Die Konkurrenz zwischen den kleinen Städten wächst, alle stehen unter dem Zwang, zu expandieren, um Einwohnerzahlen zu halten bzw. die demografische Entwicklung zu kompensieren. Ein Sterben-Lassen von Dörfern ist in der Perspektive, so unsere These, durchaus erwünscht, kollidiert aber mit den Interessen der Menschen in den Dörfern.

Weitere Stichworte zur Beschreibung der Situation sind: Überalterung der Einwohner, eine sich verfestigende Erwerbslosigkeit und damit verbundene Alimentierung über Hartz IV, was immer mehr zum Alltag der Menschen wird, und Kompetenzverlust durch den Wegzug von Fachkräften. Wenn wir über fehlendes Innovationspotential, fehlende Dynamik, fehlenden Generationswechsel sprechen, so liegt auf der Hand, dass dies eine wachsende Abhängigkeit von Investitionen von außen nach sich zieht. Politische Entscheidungsgremien verknöchern zusehends. In den kleinen Städten erfolgt eine Konzentration von Schulen als Ganztagsschulen, was wiederum eine Überforderung der Städte darstellt. Das Freizeitverhalten der aus den Dörfern kommenden Schüler ändert sich. Die Kleinstadt ist nicht ihr Lebensraum. Wachsender Vandalismus in den kleinen Städten, wie wir ihn gegenwärtig in der Uckermark erleben, ist nur eine Folge.

In höherem Maße entstehen mehr oder weniger undurchsichtige Strukturen bezogen auf Arbeitsplätze- und Mittelverteilung, das Wort Kungelei ist in Vieler Munde. Wir finden immer weniger kritische Geister, die Opposition ist Bestandteil des Systems. Probleme, die die Elite nicht betreffen, werden ausgeblendet, Innovationsfähigkeit wird eingeschränkt.

Unter diesen Bedingungen entwickeln sich in den Kleinstädten folgende Gruppen zu Eliten: Lehrer, Beamte, Verwaltungsangestellte, Akademiker, klein- und mittelständische Unternehmer, Kirche, Polizei, Gewerkschaften, Parteien, Bildungsträger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Tourismusverband. Elitenbildung in Kleinstädten funktioniert über wenige Clans und oftmals über ein karrierebezogenes und auf den Beruf bezogenes Engagement. Ruf und Image, Kapitalkraft sind wie Beziehungskapital und die Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze ebenso von Bedeutung wie Innovationsfähigkeit und das Engagement für die Kommune, z. B. über ein Ehrenamt. Eine erkennbare Opposition, eine klare Rollenverteilung zwischen Opposition und Mehr-

heit (im Unterschied zum Dorf) wie auch der Wille zur Macht wirken ebenso elitenbildend. Wichtig ist auch die Gruppenzugehörigkeit – bei der Opposition heißt das, ich muss potentiell regierungsfähig sein.

Wie und nach welchen Grundsätzen gehen wir in eine Beratung?

Vielfach werden wir nach unseren Methoden in der Beratung gefragt. Abgesehen von den notwendigen Kompetenzen für Gesprächsführung oder Fragen, für Seminarführung, Durchführung von Zukunftswerkstätten, Weiterbildungen etc. gibt es für uns nicht die oder jene Methode. Allen voran steht unsere Grundhaltung, die tief verinnerlicht ist: Wir respektieren euch in eurer Autonomie, wir nehmen euer Problem ernst. Wir wollen euch und euer Problem verstehen. Und dies in jedem Beratungsprozess. Wir beraten nach den Grundsätzen der Themenzentrierten Interaktion (TZI), die auf einem ethischen Fundament steht und sicherstellt, dass jeder Mensch in seiner Ganzheitlichkeit, seiner Autonomie und als Teil des Universum, also mit dem um ihn wirkenden Umfeld im Zentrum steht. Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Diese Ehrfurcht, dieser Respekt bedingen bewertende Entscheidungen. Wertvoll ist das Humane, wertbedrohend das Inhumane. Und jede freie Entscheidung geschieht innerhalb innerer und äußerer Grenzen, die einander bedingen. Eine Erweiterung der Grenzen ist möglich, nicht unbegrenzt, aber Menschen können sich spürbar wachsend entwickeln, wenn die Bedingungen dafür geschaffen werden. Dies zu bedenken ist eine Lebenshaltung, vielleicht sogar eine Lebenskunst oder Lebensphilosophie, die der ständigen Reflexion, des ständigen Philosophierens bedarf, um sich seines Standpunktes immer wieder zu vergewissern und um gesprächsfähig zu bleiben, gegenüber dem Zeitgeist und nicht zuletzt auch gegenüber anderen Strömungen.[6] Und auch wir als Berater befinden uns in einem ständigen Prozess, miteinander im Team wie auch mit unserem Umfeld. In jeder Beratung sind wir als Berater auch Lernende, auch dies gehört zu unserer Authentizität und Ehrlichkeit, mit der wir den Menschen hier vor Ort begegnen.

Vor jeder unserer Beratungen steht stets die Beschreibung des Problems, des Umfeldes und der mittelbar und unmittelbar Beteiligten, gemeinsam mit den Klienten. Dabei hilft uns unsere Nähe zum

[6] Vgl. etwa Jens Röhling, „TZI und Philosophie der Lebenskunst“, in: Themenzentrierte Interaktion, 1/2005.

Thema, wir leben selbst im ländlichen Raum, was durchaus zu einer geschärften Wahrnehmung für Probleme führt. Und auch wir verfügen durch unsere langjährige Arbeit in der Region über ein gewisses Beziehungskapital, das ergänzt wird durch das Kapital persönlicher Kontakte aus dem persönlichen Umfeld. Wo immer wir sind und was immer wir tun, wir sind präsent und erkennbar, unsere Beratung ist eine nachhaltige – will heißen, wir fliegen nicht als Besserwisser mit einem Rezept ein, sondern suchen gemeinsam mit den Menschen vor Ort nach einer Lösung und sind verlässlich, bei Bedarf auch über einen längeren Zeitraum, bei einem Klienten tätig. Wir geben den Menschen die Gewissheit, ihr Problem in einem vertraulichen Rahmen beschreiben zu können.

Was ist im Dorf für eine Beratungstätigkeit aber nun so anders als in der Stadt?

Zunächst ist der Ansatz der Bürgergesellschaft, deren Stärkung zu unserem Auftrag gehört, ein städtischer. In der Stadt sind die Rollen klar, es gibt eine hohe Konstante von Ansprechpartnern, es kann relativ schnell und zügig gearbeitet werden. Eine Beratung im ländlichen Raum hingegen braucht mehr Zeit. Beziehungspflege ist nötig, wir müssen ganz anders verfügbar sein, das Dorf greift eher in unser Zeitregime ein als das in den Strukturen einer Stadt der Fall ist. Die Rolle als Berater ist nicht die konventionelle, sondern wir stehen mit der ganzen Person ein, die zu Beratenden brauchen das sichere Gefühl, uns, wenn nötig, zu jeder Zeit erreichen zu können und zu dürfen. Ein Misserfolg auf dem Dorf, der ja auch möglich ist, wird hier viel direkter, viel persönlicher als in der Stadt erlebt.

Unsere Beschreibungskompetenz als Berater gewinnt gerade im Dorf eine besondere Bedeutung angesichts solcher Fragen wie der nach Verwandschaftsgeschichten, nach historischen Zusammenhängen, gegenseitigen Abhängigkeiten etc. Die Frage nach rechtsextremen Milieus muss für jedes Dorf gesondert bedacht werden. Die Relevanz der Informationen wird oft nicht erkannt (wegen unseres städtischen Ansatzes). Dazu kommt die nicht zu vernachlässigende Ost-West-Sensibilität. Und stets zu bedenken ist, dass der ländliche Raum seit Jahrzehnten oftmals politisch nur agitatorisch benutzt wird. Uns geht es genau um das Gegenteil: um ehrliche Wertschätzung und um das Finden, Entwickeln und Ergreifen von Chancen, gemeinsam mit den Menschen hier. Für die Entwicklung und Gestaltung einer pluralisti-

schen Zivilgesellschaft mit gemeinsamer Wertebasis, was wiederum des offenen demokratischen Diskurses bedarf. Dabei können wir Mittler, Partner, Moderatoren, Begleiter und Berater sein, mit unserer Autonomie und im Respekt vor der Autonomie unseres Gegenübers.

Rechtsextremismus ist ein unserer Gesellschaft immanentes Problem. Es ist nicht zu leugnen, auch wenn dies so mancher Amtsdirektor oder Bürgermeister immer noch gern möchte. Dabei wird oft verkannt, dass das Erkennen und Benennen des Problems die Chancen erhöht, Gefährdete dem Einfluss rechtsextremer Organisationen zu entziehen und die Ressourcen politischer Gegenkräfte zu stärken. So lässt sich verhindern, dass rechtsextreme Themenbesetzungen Meinungsführerschaft erhalten. Viele Bürgermeister, Stadtverordnete und Mitarbeiter aus Verwaltungen sowohl in der Uckermark als auch im Barnim sind sensibilisiert für dieses Thema. Gerade in den Städten konnte durch den Aufbau von Bürgerbündnissen eine Gegenöffentlichkeit hergestellt werden, die gewissermaßen eine Brücke schlägt zwischen kommunalen und überregionalen Diskursen. In unserer Beratungstätigkeit bemühen wir uns, jene zu stärken, die sich dem Problem Rechtsextremismus stellen. Dabei sind wir auch im Austausch mit Strukturen, die qua Amt das Problem zu bearbeiten haben, wie Schule, Jugend- und Sozialarbeit. Hier allerdings beobachten wir oft Überlastung, mangelnde Kooperation oder auch nicht ausreichende Professionalität. Das verstärkt die Grenzen bürgerschaftlichen Engagements, die es ohnehin schon durch die beschriebenen sozialen Probleme gibt.

Drei Beispiele – drei Wahrnehmungen in dörflichen Strukturen

Das Dorf A

In einem wunderschönen, idyllischen Dorf am Rande der Uckermark, an der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern, ist der Sohn des früheren Großgrundbesitzers wieder da, eine Konkurrenz hat er nicht. Wer bei ihm Arbeit hat, lebt nach der Devise: Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing. Aber oft wird die Faust in der Tasche geballt, weil ein anderer Gutsbesitzer im Nachbarort sich ganz anders verhält. Dort werden die Beschäftigten angemessen entlohnt, die Bauern der früheren LPG erhielten eine anständige Entschädigung. Dort sind die Pachtzinse höher, die der Bauer zahlt. Dort feiert das ganz Dorf jedes Jahr ein großes Erntefest. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was in den Menschen vorgeht, die so nah beieinander in zwei Dörfern einer

Gemeinde mit insgesamt nur rund 800 Einwohnern leben. Verletzungen, Gefühle mehrfacher Entwertung, werden lange, über Generationen hinweg, ihr Leben bestimmen. Und dennoch – wen man auch von den Alteingesessenen fragt, sie schwören auf den Zusammenhalt im Ort. Noch vor Jahren schien es kaum möglich, dass die Altdörfler und zugezogene Neudörfler dicke Freunde werden könnten. Fremden gegenüber gab es schon immer Argwohn und eine große Zurückhaltung.

Jetzt gibt es gemeinsame Dorffeste. In die freie Schule gehen auch Kinder der Alteingesessenen. Mit der Schließung des Gemeindekindergartens hat man sich abgefunden, immerhin ist da der alternative Kindergarten. Die Altdörfler sind auf die Neudörfler zugegangen. Die sind auch inzwischen die Mehrheit im Dorf. Man hat sich arrangiert. Unsere Erfahrung ist, wer aus der Stadt in ein Dorf zieht, ist gut beraten, sich bewusst auf die neue Wahlheimat einzulassen. Das bedeutet auch, zu verstehen versuchen, wie so ein Dorf „tickt", in dem manche Familie seit Jahrzehnten lebt, in dem sich Gewohnheiten und unausgesprochene wie ausgesprochene Regeln über eine lange Zeit entwickelt haben.

Für so manche mitgebrachte Innovationsidee von Neuuckermärkern stand das Eigeninteresse zuerst. Für die alten Dorfregeln, wie beispielsweise die Vorgartenkultur, gab es wenig Verständnis. Wir fragen, ob dies nicht eine andere Art von Gutsbesitzermanier oder auch eine Form feindlicher Übernahme ist. Das ist kein öffentliches Thema im Dorf, dessen gesamte Gemarkung nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird. Aber die Alten vermissen die Maisfelder, das leuchtende Gelb des Rapses, das Muhen der Kühe, sie verstehen nicht, was Ökologie mit Unkraut auf dem Gehweg zu tun hat.

Und trotzdem fühlen sich die Menschen in diesem Dorf wohl, versuchen das Beste aus dem, was sie haben, zu machen. Und sie haben vor allem sich selbst. Das Vereinsleben ist rege, von der Feuerwehr über den Karnevalsverein, den Dorfverein bis zum Schulverein. Bei den Wirtsleuten des Dorfkruges findet jeder ein offenes Ohr, auch am Schließtag. Denen haben wir viel zu verdanken, sagt einer, hier im Krug war immer was los, klingt es ein bisschen wehmütig. Früher trafen sich die Leute hier nach der Arbeit auf ein Bier, nach Mähdreschereinsätzen manchmal erst spät in der Nacht. Feiern sind heute seltener – mal eine Rentnerfeier, der Karneval. Ansonsten bestellt man lieber das Buffet und die Kuchentafel und feiert zu Hause. Die Geselligkeit im Krug ist angenehm, aber man kann sie sich nicht mehr leisten.

So schön und besinnlich zeigen sich viele Dörfer in der Uckermark

Die Jugendlichen haben noch ihren Klub. Als es da drunter und drüber ging, gab es klare Ansagen aus der Gemeinde, jetzt läuft es ruhiger. Eine der Lehrkräfte der freien Schule hat ein Auge mit drauf, ehrenamtlich. Das achten die Altdörfler, auch wenn viele mit dem „neumodischen Kram" einer freien Schule nicht so gut können.

Wahlergebnisse wie in Mecklenburg-Vorpommern mit 30 Prozent Stimmen für die NPD könnten sie sich hier nicht vorstellen, auch wenn ihre soziale Situation nicht viel besser ist als dort. „Jugendliche, die so denken, sind bei uns in den Vereinen, sie haben eine Aufgabe, kümmern sich z. B. um die Absicherung von Veranstaltungen". sagen Gemeindevertreter. Und: „Wir hören nicht weg, wenn es einen blöden Spruch gibt, wir schauen auch nicht weg."

Solange das Einsickern in die Vereinslandschaft des Dorflebens nicht Strategie aus dem rechtsextremen Spektrum wird, wie mancherorts im benachbarten Bundesland, mag das funktionieren. Die Meinungsführerschaft gehört anscheinend noch der demokratischen Mehrheit. Der Besucher des schmucken Dörfchens merkt schnell, dass man sich hier mit der rechtsextremen Klientel arrangiert hat, deren Attacken aus den Anfängen der 90er Jahre Geschichte sind. Man stört sich gegenseitig nicht, im Dorf ist Ruhe. Die Polizei thematisiert das Problem kaum, ist aus dem Gemeinderat zu hören. Dabei wäre es nicht unwichtig, in der Gemeinde darüber miteinander zu sprechen, wie es kommt, dass bei rechtsextremen Schmierereien hinter vorgehaltener Hand eher zu hören ist: „Müsste noch viel mehr passieren, damit die da oben end-

lich aufwachen“. Diese instrumentelle Zustimmung zum Rechtsextremismus treffen wir in der Uckermark häufiger an.

Das Dorf wächst, Kinder werden geboren, fast alle Wohnungen sind vergeben. Dass die Neuzugezogenen inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, hat auch frühere Widerstände der Alteingesessenen gezähmt, sie sind realistisch genug, um zu erkennen, dass sie als Minderheit schlechte Karten haben, ihre Gestaltungsspielräume immer geringer werden, auch politisch.

Geringe oder gar keine Gestaltungsspielräume – das hören wir in Gesprächen in vielen Dörfern häufig. Aber immer wieder treffen wir auf Bürgermeister und Gemeindevertreter, die darum ringen, das Beste für ihr Dorf, ihre Gemeinde zu tun.

Die Gemeinde B

Das Beispiel der Gemeinde B zeigt, wie wichtig Vorrecherchen und Kenntnisse über Vergangenheit oder Milieu eines Dorfes sind.

Vor einer Beratung Informationen über ein Dorf zu sammeln, in dem man bislang nicht tätig war, ist nicht so einfach. Eine Internetrecherche kann ein Anfang sein, aber sie ist nicht immer sehr ergiebig. Über ein Dorf erfährt man mehr, über ein anderes ausgesprochen wenig. Aber vor allem erfährt man wenig über die Menschen, die dort leben.

Grundmoränenlandschaften mit ausgedehnten Wiesen prägen das Bild vieler Dörfer in der Uckermark. So auch in einem kleinen Dorf nahe der A 11. In der Umgebung gibt es viele Seen, die Autobahnanbindung ist nur wenige Kilometer entfernt. Das ist ein Pfund, mit dem auch im Tourismus geworben werden kann. Viele Dorfanlagen sind slawischen Ursprungs. Der 30jährige Krieg hat in den Dörfern viele Zerstörungen angerichtet. Die Zuwanderung von Hugenotten ist ein weiteres gemeinsames Geschichts-Detail vieler Dörfer.

Und, wie sollte es anders sein, als der liebe Gott die Familie von Arnim auf die Erde der Uckermark fallen ließ, landete ein Zweig der Familie auch in diesem Dorf. Für das alte Schloss, stark sanierungsbedürftig, sucht die Gemeinde händeringend nach Investoren. Schwierigkeit: Der Boden ist mit Altlasten wie z. B. Öl verseucht. Jetzt, nach dem durch die Gemeindegebietsreform erzwungenen Zusammenschluss mit den anderen zwei Dörfern, müssen alle gemeinsam die noch offenen Verbindlichkeiten tragen. Das heißt, das wenige Geld, das den Dörfern im Haushalt noch zugewiesen wird, fließt zur Zeit nur in dieses Dorf. Das birgt bei den anderen Frust und ein Konfliktpotential in sich.

Das Dorf taucht seit Beginn unserer Tätigkeit als Regionalteam immer mal wieder auf, kaum positiv besetzt. „Ach geh“, hören wir abwinkend, Gerüchte über mögliche Ausbildung von Rechtsextremen, Jugendklub als geschlossene Gesellschaft, viel Gewalt, Diebstahl und ähnliches mehr. Höhepunkt war die Verurteilung einer Jugendlichen im Zusammenhang mit einem Überfall auf einen Afrikaner. Es schien, als wäre das im Dorf kein Thema. Wir fanden keinen Zugang. Getreu dem bisherigen Beratungsansatz „Wir gehen nur dorthin, wo wir gerufen und gewollt sind“, haben wir die Füße still gehalten. In einem Nachbardorf konnten wir hilfreich sein bei der Gründung eines Dorfvereins und in der Vermittlung eines Geschichtsprojektes für die Jugendfeuerwehr des Ortes. Aber es gelang nicht, Jugendliche des anderen Dorfes zu motivieren, ein ähnliches Projekt für sich zu suchen.

Aber wir hatten in der Nachbarschaft Spuren hinterlassen, die uns die Tür zum neu gewählten Bürgermeister der Gemeinde geöffnet haben. Wir hatten vergangenen Sommer ein gutes Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde, von dem wir hier einiges wiedergeben möchten, weil es exemplarisch ist für viele Dörfer und auch viele Bürgermeister der Uckermark.

> Habt ihr schon gehört, was wieder im Nachbardorf los war? Die haben doch da Rasen frisch gesät und dann gedüngt – so (der Bürgermeister zeichnet mit dem Finger Linien auf den Tisch), na ein Hakenkreuz eben. Das ist jetzt dunkelgrün zu sehen. Jetzt ist schnell nachgedüngt worden, ich hoffe, das verwächst sich bald. Die Polizei war schon zwei Mal da, ich denke, man kann gut rauskriegen, wer dafür verantwortlich ist, über die Firma. Die wird ja wissen, wer da gearbeitet hat.
>
> *Was bedeutet das, wieder? Wieso winken da viele Leute immer ab?*
> Das Dorf ist kein altes Bauerndorf, es war ein Gut mit einem Grafen. Und dann sind viele zugezogen, die alten Gutsarbeiterhäuser und auch die Siedlungshäuser, die nach 45 entstanden, bezeugen das. Da gibt’s keine Einigkeit, immer viele Streitereien, Diebstähle. Drei Familien beherrschen alles. Alles wird personifiziert, die Sache, um die es geht, wird zur Nebensache. Wie z. B. beim Streit um den Kindergarten. Das Gebäude ist total marode, das Amt, das Träger der Kita ist, hätte die Kita sowieso geschlossen. Und als eine Frau aus dem Nachbarort sich privatisiert hat, und auf ihrem Grundstück eine neue Kita gebaut hat, wurde ihr Antrag bestätigt. Dagegen gab es sogar eine Unterschriftensammlung. Aber die Privatisierung hat für die Gemeinde eine Ersparnis von 24 000 Euro gebracht, eine

Kollegin aus der alten Kita wurde übernommen. Heute sind Eltern und Kinder glücklich mit der neuen Kita.

Und was ist mit dem Schloss?
Ach, alles offen. Wir warten jetzt auf das Gutachten für das Gelände, die Gemeinde kann durch die Naivität beim damaligen so genannten 1-Euro-Schnäppchen möglicherweise ewig zahlen. Wir versuchen, den Hof zum Außenbereich umzuwidmen, damit sich für das Schloss vielleicht doch in absehbarer Zeit ein Investor findet. Und wenn das Grundstück Außenanlage wäre, hätten wir eine Chance auf Ausgleichmaßnahmen. Die vor dem Zusammenschluss der Dörfer ausgelösten Aufträge und damit die Verträge müssen eingehalten werden. Deshalb hat die Gemeinde jetzt einen so genannten Sicherungshaushalt für fünf Jahre, wir können nur die Pflichtaufgaben erfüllen, und damit stecken wir fest, mehr geht nicht. Auch die Rücklagen, die die anderen hatten, sind dorthin geflossen.

Was müsste denn getan werden, damit die drei Dörfer enger zusammenrücken, damit es ein besseres Verstehen gibt?
Ich glaube, das ist schwierig. Die kleinen Dörfer wurden unter Druck gesetzt. Wir mussten uns zusammenschließen. Zusammenwachsen konnte da gar nichts. Die ganze Gemeindegebietsreform hat nichts gebracht. In der Verwaltung wurde nichts eingespart – Haushalte müssen z. B. nach wie vor für jedes Dorf einer Gemeinde gesondert erstellt werden. Die einzige Idee, die aus dem Verwaltungsbereich zur Einsparung kam, war der Vorschlag, die Aufwandsentschädigung für die Gemeindevertreter zu kürzen. Aber da wird wirklich keiner reich davon, dass ist wirklich nur eine Entschädigung, fürs Hin- und Herfahren z. B.
Und der Gesetzgeber verbietet ja geradezu Eigeninitiative – z. B. darf der Gehweg in einem Dorf nicht ehrenamtlich erneuert werden. Wenn der aber gemacht werden muss, müssen die Bürger richtig zahlen, das kann sich kaum einer mehr leisten – wir haben 50 Prozent Arbeitslose in unserer Gemeinde. Da rühr ich doch jetzt nicht am Gehweg.

Was kann denn so eine Gemeinde oder eines der drei Dörfer eigenständig entscheiden?
Wir können nur noch entscheiden, wann wir unsere Laternen ausschalten. Ansonsten kann der Bürger gar nichts bewegen oder entscheiden. Das Straßenreinigungsgesetz ist den Gemeinden übergeholfen worden, jetzt geht der Streit darum, dass die Kreisstraßen auch noch den Gemeinden aufgedrückt werden sollen – wovon sollen wir denn die Kosten bezahlen?

Im Gemeinderat ist es so, dass jedes Dorf für sich entscheidet, wenn irgendwas beschlossen werden muss, ein Grundstücksverkauf oder was auch immer. Dann heißt die Frage: Was wollen die im Nachbardorf ? Na denn macht mal. Oder was wollen die anderen? Na denn macht. Es gibt kein gemeinsames Nachdenken über die Zukunft unserer Gemeinde. Sogar ein eigenes Feuerwehrgebäude soll das Amt jetzt finanzieren. Dabei steht ein Kilometer weiter ein gut ausgestattetes neues. Die Eigenständigkeit der Dörfer, das ist es, was die Leute wollen, und die ist ihnen weggenommen worden. Ich bin noch gar nicht sicher, wie ich mit der Idee vom altersgerechten Wohnen in den Gemeinderat gehen soll.

Worum geht es da?
Ein Investor wollte das Schloss für altersgerechtes Wohnen umbauen. Wir als Gemeinde sollten das Geld für die Sanierung besorgen. Das ist eine Nummer zu groß für uns. Aber im Nachbardorf steht die alte Schule leer. Die gehört der Gemeinde, ist überschaubar von der Größe her. Da ließe sich die Idee eines altersgerechten Wohnens eventuell verwirklichen. Derjenige, der dann die Betreuung und Versorgung übernimmt, müsste sich verpflichten, dass er Menschen aus unserer Gemeinde einstellt. Wir haben hier z. B. auch eine arbeitslose Krankenschwester.

Und wenn Sie es als Beginn beschreiben, als einen ersten Schritt für ein gemeinsames Projekt, gewollt von allen drei Dörfern?
Das klingt gut, das probier ich, vielleicht kann ich die Gemeindevertreter so gewinnen.
(Der Gemeinderat hat inzwischen das Projekt befürwortet. Die alte Dorfschule soll umgebaut werden zu einer altersgerechten Wohnalternative. Jetzt werden die entsprechenden Förderanträge gestellt.)

Mitte der 70er Jahre gab es in der DDR schon einmal den Versuch, die kleinen Dörfer sterben zu lassen zugunsten der Zentraldörfer und förderfähigen Kleinstädte. Ist das jetzt ähnlich?
Ja, auch das Dorf, in dem ich wohne, hatte damals schon das Kreuz. Beweisen kann ich zwar nicht, dass das jetzt auch gewollt ist, aber der Verdacht liegt sehr nahe.

Wenn ein Dorf, auch eine Gemeinde, ihrer Meinung nach so gut wie nichts mehr entscheiden kann, was bewegt dann jemand wie Sie, Bürgermeister zu sein?
Als ich mit der ehrenamtlichen Tätigkeit als Ortsbürgermeister nach der Wende begonnen habe, war an die Gemeindegebietsreform noch nicht

zu denken. Ich habe damals im öffentlichen Dienst gearbeitet. Auch so ein Ding – da wurde erst für drei Millionen ein neues Gebäude gebaut, und dann wurde alles in die Kreisstadt verlagert. Ich wurde erst ins Jugendamt versetzt, dann sollte ich in die Kommunalaufsicht. Und da hätte ich allerdings alle Ehrenämter aufgeben müssen, weil sich die nicht mit einer Tätigkeit in der Kommunalaufsicht vereinbaren lassen. Ich musste mich entscheiden zwischen dieser Arbeit oder einer Abgruppierung. Ich bin jetzt Fallmanager, mit weniger Gehalt, und eben ehrenamtlicher Bürgermeister meiner Gemeinde. Ich will tun, was ich tun kann, um den Menschen zu helfen und mit dafür zu sorgen, dass unsere Dörfer nicht sterben. Ich kann nicht aus meiner Haut.

Dorf C

In einem weiteren Ort, einem ehemaligen Musterdorf der DDR, wird versucht, die demografische Entwicklung als Chance für Arbeit und Lebensqualität der mehr werdenden älteren Menschen anzunehmen. Hier wurde durch den Bürgermeister, der einen Pflegedienst betreibt, eine der ersten Senioren-Wohngemeinschaften der Uckermark gegründet. Hilfe- und pflegebedürftige Senioren leben in kleinen Gruppen von acht bis zehn Bewohnern in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, werden von Betreuungskräften rund um die Uhr unterstützt. Jede/r hat ein eigenes Zimmer, es gibt eine Gemeinschaftsküche, einen Gemeinschaftsraum, zwei Bäder, davon ein Pflegebad. Diese Betreuungsform ermöglicht ein bedarfsgerechtes Angebot im vorhandenen Wohnungsbestand des ländlichen Raumes ohne mit den Anforderungen des klassischen Heimgesetzes in Konflikt zu geraten (die Heimbewohner haben einen Mietvertrag mit der kooperierenden Wohnungsgesellschaft).

Und gerade im Senioren- und Pflegebereich, im Bereich der Dienstleistungen liegen neben dem Freizeit- und Tourismusbereich Chancen für eine Stabilisierung des ländlichen Raumes. Die LEADER+-Studie[7] weist für die Uckermark aus, dass durch den altersgerechten Umbau von Wohnraum und ein zusätzliches Angebot zielgruppengerechter hauswirtschaftlicher Dienstleistungen bis zum Jahr 2020 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Bedauerlich ist, dass ambulant tätige Pflegedienste keine Auszubildenden betreuen dürfen. Hier bestünde auch für Jugendliche eine Chance.

[7] Vgl. Anm. 2.

Alltag im Dorf

Für dieses Dorf als früheres DDR-Vorzeigedorf standen die gute Infrastruktur mit Geschäften, Schule und Kindergarten, ein Kulturhaus, der Jugendklub, Neubauten und eine große Milchviehanlage, in der vor allem Frauen auch in verantwortungsvollen Positionen tätig waren. Lehrlinge des 20 km entfernten volkseigenen Gutes machten hier ihr Praktikum. Der frühere Vorsitzende der LPG Pflanzenproduktion ist auch heute in der Gemeinde in einer Agrar-, Handels- und Verwaltungsgesellschaft führend tätig.

Das Dorf verfügt auch heute noch über eine Gesamt- und eine Grundschule wie auch über eine Kita. 2004 vermeldete die Statistik noch 83 Gewerbebetriebe in der Gemeinde. Im Ort selbst gibt es Einkaufsmöglichkeiten, einen Zahnarzt und eine allgemeine Arztpraxis. Vor zwei Jahren hat ein Bäcker hier eine Verkaufsfiliale mit Cafébetrieb aufgemacht. Insofern sind die Bewohner des Ortes in manchen Dingen weniger abhängig von den durchfahrenden Verkaufsautos und auch vom Nahverkehr, weil sie eben das Notwendigste, bis hin zur Sparkasse, in ihrem Dorf finden. Der Weg zur Amtsverwaltung allerdings ist 15 km lang, das ist ohne Auto schon beschwerlich.

Auch dieses Dorf, wie die gesamte Gemeinde der insgesamt vier Dörfer, steht für Tourismus und hat einiges zu bieten: Reitsport, Fußball, Bogenschießen, Senioren- und Frauensport. Der örtliche Fahrrad- und Kanuverleih ist inzwischen in der gesamten Uckermark etabliert. Mit ihm kann man Touren vereinbaren, die Radsport und Kanufahrten verbinden.

Die Gemeinde liegt im Zentrum der Uckermark, gut erreichbar durch die nahe Autobahn wie auch mit dem Zug, der hier noch fährt.

Auch hier war die Gemeindegebietsreform nicht unbedingt von Vorteil für das eigene Dorf. Andere Dörfer aus der Gemeinde haben Schulden, die zuerst abgetragen werden müssen. Das Problem ist, die Gemeinde als Gesamtkonstrukt zu betrachten; das Zusammenwachsen dauert und „die Bürokratie frisst uns auf", sagt der Bürgermeister. Für das Ansinnen der Kommunalaufsicht, an den Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Gemeindevertreter zu sparen, hatte er bei unserem Gespräch im Sommer 2006 nur ein Kopfschütteln.

Seiner Meinung nach ist der Zusammenschluss vieler Dörfer im Zuge der Gemeindegebietsreform kaum strategisch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt.

> „Ehrlich, viele Beschlüsse zum Zusammenschluss sind aufgrund persönlicher Beziehungen, danach, ob man mit den anderen Bürgermeistern kann oder nicht, gefasst worden. Aber das ganze ist ja noch nicht beendet – durch das Gemeindefinanzierungsgesetz bleibt der Druck."

> *Was wünschen Sie sich von Ihren Gemeindevertretern?*
> „Sie müssen begreifen, dass das Amt zur Dienstleistung für uns da ist und nicht umgekehrt."

Als dringlichste Probleme beschreibt der Bürgermeister, der zugleich selbständiger Unternehmer ist, die „Arbeit an der Demokratie" und die „Arbeit mit den Jugendlichen".

> „Wir müssen mehr dafür tun, die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Menschen zu stärken. Ohne die funktioniert Demokratie nicht. Aber wenn das 40 bis 50 Prozent der Menschen verstanden haben, ist es viel. Noch zu viele leben nach dem Motto: Geh voran, ich komme mit dir mit und wenn es bis ins tiefste Wasser ist. Sie wollen, dass ihnen jemand sagt: da geht's lang."

Viele Jahre hat der Bürgermeister Fußball gespielt, aus dieser Zeit denkt er, hat er viel gelernt, was Jugendarbeit betrifft, und sagt von sich, dass er nicht zickig ist, auch nicht vergessen hat, welchen Blödsinn er als Jugendlicher selbst mal angestellt hat. Er trifft den Ton, auf ihn hören sie, aber die alten Leute haben Angst, wenn sie beim Spaziergang auf eine größere Gruppe junger Leute treffen.

„Die meisten jungen Leute sind offen oder verdeckt dem Rechtsextremismus zugeneigt, das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen."

Der Bürgermeister sieht, dass die Wurzel des Problems allerdings eher bei den Eltern und Großeltern zu finden ist. Niemand kommt mit rechtsextremen Gedanken auf die Welt. Die Wahlergebnisse der letzten 10 Jahre mit stets so um die 30 bis 40 Stimmen für die NPD sind für den Bürgermeister alarmierend.

Früher gab es im Dorf einen Jugendklub, mit einer von der Gemeinde bezahlten Angestellten. Jetzt fehlt das Geld. Aber mit einer ABM oder einer MAE-Kraft wäre dem Ort nicht geholfen.

„Wir brauchen was dauerhaftes, einen Profi, der bereit und in der Lage ist, mit Jugendlichen zu arbeiten, auch unter dem Aspekt Rechtsextremismus. Das kann nicht jeder."

Wohl kaum wird es in Zukunft in jedem Dorf einen Jugendklub mit einem ausgebildeten Sozialarbeiter geben, das sieht auch dieser Bürgermeister nicht anders als Verantwortliche in Land und Landkreis. Aber das darf nicht heißen, die Jugendlichen der Dörfer dem Rechtsextremismus zu überlassen. Es braucht neue Modelle der mobilen Jugendarbeit auf dem Lande und dies auf fachlich hohem Niveau. Dafür ist dieser Bürgermeister ganz sicher ein Partner. Einer, der trotz aller Probleme optimistisch durch sein Dorf geht. „Die Kinder sind da, wir haben die Schule und die Kita. Und immer auch wieder Leute, die motiviert sind, was anzupacken – ob es im Schützenverein ist oder in der Feuerwehr. Gerade haben wir den Verein „Altes Eisen" für Senioren gegründet. Und ich scheue mich nicht davor, offen anzusprechen, wo es klemmt."

Was ist nun das Besondere in Dörfern?

Migrationsgeschichtliche Hintergründe spielen in Dörfern der Uckermark oftmals eine größere Rolle als in Städten. Und die Besonderheit ist, dass jeder jeden kennt, lange tradierte Feindschaften werden von Generation zu Generation weitergegeben. Auch Hierarchien und Bilder werden immer wieder reproduziert, z. B. wird bei Zugezogenen oder Flüchtlingen über Generationen hinweg immer wieder auf deren Herkunft verwiesen.

Differenzen und Konflikte werden oft mit Schweigen überdeckt, irgendwie ist man ja auch voneinander abhängig. Das MBT könnte hier auch ein Störfaktor sein, wenn wir in unserer Arbeit nicht respektieren und berücksichtigen, dass das Leben im Dorf anders ist als in der Stadt. Desinteresse am Umfeld und am Sinn des eigenen Lebens gewinnt Raum. Da wir uns im Land Brandenburg bewegen, müssen wir selbstredend auch die Ostsozialisierung im Blick haben. Die Streitkultur fehlt im Dorf nicht unbedingt, aber sie ist eine andere als in der Stadt. Fehlende Infrastruktur, daraus resultierende Probleme im Gesundheitswesen, machen das Leben im Dorf nicht eben leichter. Das Leben im Dorf ist zudem gekennzeichnet durch ein multiples Rollenverständnis, eine Frau z. B. hat immer mehrere Rollen, sie ist Frau, Mutter oder Tochter von xy, Kindergärtnerin, die frühere Sekretärin des LPG-Vorsitzenden und dergleichen mehr. Und sie äußert sich eben nur insoweit, wie sie es glaubwürdig in Bezug auf ihre eigenen Kinder vertreten kann. Identitätsfindung findet auf dem Dorf über die Gartenkultur statt, der Garten ist das gemeinsame Thema, hier erfolgt eine Aneignung der Natur, Kreativität gibt es im Dorf hinsichtlich der Pflanzen und Tiere. Wertschöpfung erfolgt informell – eine Hand wäscht die andere.

Das Dorf ist charakterisiert durch verschiedene Gruppenbildungen und konkurrierende soziale Systeme, wie Wirtschaft, Gärtner, Großbauern, Alteingesessene, Neuzugezogene, Migrationsgruppen. Wir haben familiengeschichtliche Peergroups, weltanschauliche Ausrichtungen (Parteien, Christen und Nichtchristen, Katholiken, Protestanten). Innerhalb dieser Konkurrenzen und Ausdifferenzierungen entwickeln sich Status- und Funktionshierarchien.

Wenn wir uns den Bildungsbereich auf dem Dorf anschauen, stellt sich die Frage: ist hohe Bildung ein Integrationshindernis? Einerseits ist es so, dass eher die Menschen mit einer höheren Bildung weggehen. Andererseits gab es traditionell im Dorf drei bis vier Hochgebildete (Arzt, Pfarrer, Lehrer, Kantor), davon ist aber heute nicht mal mehr der Pfarrer da. Das heißt, wir haben eine Disproportion zwischen traditionellen und tatsächlich vorhandenen ausgebildeten Intellektuellen und dem Wegzug. Intellektuelle, die jetzt da sind, sind möglicherweise öffentlich nicht zugänglich (z. B. ein Professor). Wenn wir hier den Begriff Elite verwenden, dann weniger im Sinne von Funktionseliten, sondern eher in dem Sinne: wer macht die herrschende Meinung. Dörfliche Eliten sind eher Deutungseliten, Bildung ist nicht ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur Dorfelite.

Eher geht es um Macht. Die gewinne ich, wenn ich im Dorf etwas zu meinen Gunsten aus der Waage bringe. Das eingangs beschrie-

Blick über die Felder in ein Dorf

bene Dorf A mit dem immer stärker werdenden Mehrheitsverhältnis Neuzugezogener, der durch sie gegründeten Kita und Schule, mag dafür als ein Beispiel stehen. Rollenbilder und Hierarchien geben vor, ob jemand zur Elite kommt oder nicht. Der Status eines Bürgermeisters wird in den Dörfern heute neu beschrieben. Er hat kaum Stellenwert in der Hierarchie. Es erfolgt ein Abbau ehrenamtlicher Politik. Die Bildung von Großgemeinden und die mit der Gemeindegebietsreform vergrößerten Kleinstädte durch die Angliederung von oftmals bis zu 20 Dörfern haben zur Folge, dass der Spielraum für die aktive Dorfgestaltung sinkt. Die politische Autonomie des Dorfes ist faktisch weg. All dies führt wiederum zu einem Motivationsverlust, Entscheidungen werden woanders, nicht im und kaum mit dem Dorf getroffen. Der Wegfall bzw. das Nichtvorhandensein politischer Eliten auf der einen und die wachsende Zahl von jenen, die die Vergangenheit verklären auf der anderen Seite fordern geradezu die Suche nach neuen Wegen.

Strukturen und die sie tragenden Bereiche gewinnen an Bedeutung. Die Schattenwirtschaft wird stärker. Fraglich ist, ob es durch Hartz IV-Empfänger eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung geben wird. Landbesitz wird wieder Macht- und Statusfaktor. Andererseits ist ein Wertverlust bei Immobilien zu verzeichnen. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich Wirtschaftseliten, die nur noch lokal möglich und andererseits verwaltungsabhängig sind, z. B. von Aufträgen aus öffentlicher Hand. Zu den dörflichen Eliten gehören neben Institutionseliten wie z. B. Träger von ABM oder MAE auch an Karriere orientierte

Politikerkasten. Lobbyisten wie z. B. Bauunternehmer und Eliten aus Zugezogenen und traditionellen Meinungsmachern wie z. B. alteingesessen Familiendynastien. Ortsbürgermeister und informelle Gruppen wie Feuerwehr oder Karnevalsverein zählen ebenso dazu.

Fragen wir Dorfbürgermeister und Dorfbewohner danach, was sie sich für ihr Dorf wünschen, so steht ganz oben der Wunsch, dass das Dorf ein Dorf bleibt. Dem sollte Aufmerksamkeit seitens der Politik und der Ämter und Behörden gewidmet werden. Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit wollen die Menschen in den Dörfern. Hier decken sich unsere Recherchen mit den Ergebnissen der in der Leader+-Studie erfolgten Befragung von Ortsbürgermeistern.[8] Vereinsarbeit wird als hohes Gut für die Entwicklung von Zusammengehörigkeitsgefühl im Dorf beschrieben. Zuzügler seien schwer integrierbar, wird ebenso in der Studie festgestellt, wie ein Auseinanderdriften des Dorfes. Zugleich wird in der Pflege dörflicher Traditionen und in der Integration junger Leute im Vereinsleben eine Chance gesehen, Jugend im Dorf zu halten. Dies ist ein wichtiger Ansatz für Demokratinnen und Demokraten, auch, um der Gefahr aus dem Bereich des Rechtsextremismus entgegenzuwirken. Denn die NPD sucht gerade hier Zugang zu den Menschen.

Die Gemeindegebietsreform wird von nahezu allen, die wir befragten, eher als Problem und Hindernis denn als Chance beschrieben. Ein Grund dafür mag sein, dass sie kaum professionell begleitet und nur nach verwaltungstechnischen Aspekten umgesetzt wurde.

Die Reform war eine Chance, die, wie Bürgermeister heute beschreiben, oftmals nicht erkannt und genutzt wurden. Es gab, so die Meinung, weder bei ihnen noch auf der Landesebene eine gemeinsame politische Strategie und Vision. Die Städte betrachten die Dörfer oft als Verfügungsraum – Kläranlagen kommen z. B. genau dorthin, Schulen werden abgewickelt, die Dörfer sollen alles bezahlen, ihr Dorffest, den Lampionumzug der Kinder etc. Im Moment überwiegt seitens der Städte ein geopolitischer Politikansatz, die Infrastruktur der Städte wird stabilisiert, es gibt einen Bevölkerungszuwachs und Kopfpauschalen. Andererseits gibt es eine hohe innere Ablehnung in den Dörfern gegenüber der Stadt, sie wollen ihre Identität behalten. Daraus entwickelt sich langsam eine Widerstandskultur im Dorf, aber auch Trotz. Missverständnisse und Unverständnis, ein mangelndes Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten erschweren die Kommunikation. Verwaltungstechnisches gewinnt immer mehr Raum, politische

[8] Vgl. Anm. 2.

Entscheidungen fallen nicht vor Ort, was wiederum demotiviert, kurz gesagt: wir haben es mit einer Entpolitisierung zu tun. Die Gestaltungshoheit verändert sich und wird dem ökonomischen Zwang untergeordnet, die Verwaltung legt vor und bestimmt, die Politik nickt ab. Das heißt, die demokratischen Grundregeln werden verkehrt, das geht durch bis auf den einzelnen Bürger.

Wenn wir über Partizipation im ländlichen Bereich sprechen, sehen wir da z. B. folgende Felder: Dorffeste, Fraueninitiativen, Vereine vom Anglerverein bis Dorfverein etc., informelle Strukturen, Familienverbände, Feuerwehr, Jugendklubs, Kirche, Kleinunternehmer, so genannte Subbotniks zur Dorfverschönerung. All dies ist auf keinen Fall gering zu schätzen, wird aber möglicherweise nicht die Gestaltungshoheit zu Gunsten eines ganzheitlichen Politikansatzes Dorf-Stadt-Dorf verändern.

Dennoch entwickelt sich in den Dörfern visionäres Potential und Kreativität für das neu entstandene Kommunalgeflecht. Strategien wie Nachbarschaftshilfe, Tauschhandel bzw. -börsen werden entwickelt oder ausgebaut, die Schattenwirtschaft mit nicht angemeldetem Gewerbe wächst, Transporte werden anders „organisiert", Brennstoffe aus dem Wald geholt etc., hier sind der Phantasie kaum Grenzen gesetzt. Wichtig bei allem ist, ob es ein Radweg nach Treckernorm ist oder ein Jugendraum, in dem man günstig sein Bier bekommt, dass alle etwas davon haben müssen. Andererseits wächst das kreative Potential entweder für den Boykott oder für die Anpassung. Gesetzliche Vorgaben gehen fast immer massiv in den Geldbeutel des Einzelnen wie z. B. beim Bau der Kanalisation oder der Straßenerneuerung. Für die Städte wurden viele Vorgaben subventioniert. Grundsätzlich geht die Eingemeindung zu Lasten des einzelnen Dorfbewohners. Er, nicht der Bürger der Stadt, hat die Kosten zu tragen. Konflikte, die mit der Eingemeindung vom Land auf die Städte und Dörfer durchgereicht wurden, gehen zu Lasten der Verwaltung, sie muss Negatives verkünden, Positives wie z. B. das Ausreichen von Fördergeldern u. ä. verkünden Landespolitiker.

Handlungsansätze und Perspektiven

Am Anfang unserer Beratungstätigkeit steht immer die Frage, wie kommen wir in die Systeme rein, z. B. Landespolitik, die Beratung bestehender Eliten, die Beratung von Nichteliten mit dem Ziel der Basisverbreiterung oder anderes. Mögliche Felder sehen wir in der

Befähigung von Nichteliten, sich ein Standbein zu schaffen. Das erfordert aber perspektivisch auch gesetzliche Veränderungen. Wenn z. B. die Idee der Ich-AG weitergedacht wird, müsste eine Unternehmensgründung leichter möglich werden. Der Start einer Wertschöpfungsdebatte könnte Chancen bieten, aber auch hier würden Gesetzesänderungen erforderlich sein. Bedarf gibt es ohne Zweifel in der Kompatibilitätsberatung. Wie kriegen wir es z. B. in Kleinstädten hin, Dörfer strategisch mitzudenken, die gegenseitige Kommunikation zu befördern, Politikkonzepte für das System als Ganzes zu entwickeln? Die Vernetzung von Eliten in strategischer Sicht (Wirtschaft, Politik, Bildung) ist ein weiteres wichtiges Feld.

Hier sehen wir eine wichtige Aufgabe für uns. Demokratieentwicklung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bedürfen eines verbindenden Wertehorizontes. Der wiederum braucht die Verbindlichkeit innerhalb des demokratischen Gemeinwesens – verlässliche und kontinuierliche Zusammenarbeit der demokratisch legitimierten Politik mit der gemeinwohlorientierten Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Es geht darum, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu entwickeln, Koalitionen und Kooperationen zu bilden – nicht gegen Personen und Ziele, sondern für gemeinsame Ziele. Darin liegt auch im ländlichen Raum unsere Zukunft. Nichts ist so schädlich wie Lobbyismus und eitles Gerangel um parteipolitischen kurzfristigen Machtzuwachs.

Freilich gibt es die verschiedensten Möglichkeiten, Türen für ein Erstgespräch zu öffnen, z. B. über Freiwillige Feuerwehr, Arbeitersamariterbund, Technisches Hilfswerk, ein Gesprächsaufhänger können Museen, die örtliche Geschichte etc. sein. Aber: wie kommen wir rein, auch wenn wir nicht reinkommen bzw. nicht angefragt werden? Ehrliches Interesse, ein Gespräch am Gartenzaun, das offene Eingestehen eigenen Nichtwissens über bestimmte Abläufe im dörflichen Leben, in der Tierhaltung etc. können, so unsere Erfahrung, das Eis brechen. Kurz gesagt: es ist unsere wertschätzende Grundhaltung, zu der im dörflichen Bereich noch eine besondere Sensibilität gegenüber dem Anderssein des Dorfes gegenüber der Stadt kommt. Hervorzuheben ist der sehr viel höhere Bedarf an Zeit, die wir investieren müssen. Wir müssen herausfinden, wer für uns Ansprechpartner sein kann und da lauert so manches Fetttöpfchen. Wenn es beispielsweise um den Seniorenbereich geht – Senioren sind zunehmend in der Mehrheit in dörflichen Strukturen – haben wir einerseits ein hohes Erfahrungspotential mit vielen erlebten Brüchen (Bodenreform, LPG-Gründung, Demokratieabgewandtheit) und zugleich andererseits das Bedürfnis

von Menschen, ihre Biografien zu schützen. Wie könnten wir dabei helfen, Entwertungserfahrungen in Wertungserfahrungen umzuwandeln, Menschen zu ermöglichen, das zu erzählen und zu beschreiben, worauf sie stolz sind und dies in Bezug zu setzen zu öffentlichen Aufgaben?

Kurzum: es geht darum, dass Menschen sich ihrer Autonomie wieder bewusst werden, dass sie ihre Fähigkeit zu denken, zu urteilen und eigenverantwortlich zu entscheiden entwickeln oder wieder erwecken. Dies ist die Voraussetzung für einen offenen und damit demokratischen Diskurs über eine zu entwickelnde kulturell pluralistische Zivilgesellschaft, basierend auf einer objektiven Werteordnung. Hier haben die Menschen in den Dörfern in uns einen vertrauenswürdigen und verlässlichen Partner. Die Zukunft der Region liegt in ihrer Hand.

Gabriele Schlamann

Arbeitsfeld Elternberatung im Mobilen Beratungsteam

Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung unterstützt ein Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, das von der Idee der Demokratisierung geleitet ist, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Mobile Beratungsteam als zentraler Arbeitsbereich des Instituts unterstützt die Menschen in unserer Gesellschaft, die sich rechtsextremen sowie fremden- und demokratiefeindlichen Entwicklungen im Lande entgegenstellen. Zu diesem Personenkreis gehören als Bürgerinnen und Bürger auch Eltern.

Die Ansprüche an die Erziehungsfähigkeiten von Eltern nehmen mit gesellschaftlichen Veränderungen zu. Der eigene Arbeitsplatzverlust, die persönliche Entwertungserfahrung, der Eindruck von Perspektivlosigkeit, die Wahrnehmung von Konzeptlosigkeit bei den PolitikerInnen, die Sorge der ständig zunehmenden Gefährdung für die Kinder und das Gefühl der Hilflosigkeit bei der Erziehung sind eine Mischung, die Eltern in ihrem Elternsein überfordern kann bzw. zwangsläufig muss. Trotzdem: Eltern haben eine Erziehungsaufgabe.

Unsere Gesellschaft befindet sich in vielfältigen Veränderungen, d.h., wir leben in einer Zeit voller Unsicherheiten. Neue Koordinaten müssen sich bilden, neue Vorbilder sich zeigen, an denen wir uns ausrichten können. Besonders Kinder brauchen für ihre Orientierung Vorbilder. Solche Vorbilder im Sinn eines von demokratischen Prinzipien geleiteten Handelns gibt es innerhalb der eigenen Familie und des sozialen Umfeldes immer weniger, bzw. sie fehlen inzwischen ganz.

Rechtsextreme nutzen diese Vorbild-Lücke gezielt, um für ihre menschenverachtende Ideologie Anhänger zu finden. Sie bieten in platten Forderungen vermeintliche Perspektiven. Sie interessieren sich für persönliche Sorgen. Sie bieten Unterstützung bei allen Problemlagen an. Sie wollen Kindern das Gefühl geben: du bist uns etwas wert. Sie haben sich Kinder- und Jugendarbeit auf ihre Fahnen geschrieben, um ihre Ideologie in der nächsten Generation von Erwachsenen gesellschaftlich verwirklicht zu sehen.

Kinder sind deshalb eine spezielle Zielgruppe der Rechtsextremen. Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung und die desolate soziale Lage von vielen Menschen tun das Übrige dazu, um eine rechtsex-

treme Orientierung für Kinder attraktiv zu machen. Manchmal wachsen Kinder auch in einer rechtsextrem orientierten Familie auf.

Das Institut für Gemeinwesenberatung begreift diese Situation als eine Gefährdung der demokratischen Gesellschaft. Als MitarbeiterInnen des Mobilen Beratungsteams stehen wir auf unterschiedlichen Ebenen mit Fachleuten aus Erziehungsberatung, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Kirche, Politik und Jugendarbeit in möglichst enger Partnerschaft, um im Land Brandenburg für Eltern eine angemessene Unterstützung geben zu können. Wir informieren, sensibilisieren, bieten Fortbildungen in diesen Bereichen an und tauschen uns über unsere Wahrnehmungen aus. Manchmal wenden sich auch Eltern mit dem Wunsch nach Beratung direkt an uns. Seit Februar 2007 gibt es in unserem Institut das Modellprojekt „Elternwege – Beratungswege", das eine Elternselbsthilfekultur im Land Brandenburg befördern soll.
In diesem Beitrag gehe ich im ersten Teil auf Situationen von Eltern im Kontext von Rechtsextremismus ein, im zweiten Teil auf die Rolle von BeraterInnen und mögliche Beratungsinhalte. Den Abschluss bilden mögliche Schlussfolgerungen für Elternberatung im Land Brandenburg.

Was heißt „Eltern"?

Mit „Eltern" meint man meistens Mutter und Vater als eine „Einheit", die mit dem Kind zusammenleben und für es sorgen. Diese Konstellation findet sich allerdings immer weniger. Wir treffen zunehmend auf „Ein-Eltern-Familien" und auf „Patchwork-Familien".

Bei „Ein-Eltern-Familien" wird von Alleinerziehenden gesprochen, gemeint sind damit i.d.R. alleinerziehende Mütter und nicht alleinerziehende Väter. Die Anzahl der Kinder kann dabei unterschiedlich sein, wobei nicht alle Kinder denselben Vater haben müssen.

Unter „Patchwork-Familien" wird landläufig der Zusammenschluss von Müttern und Vätern mit Kindern aus früheren Beziehungen verstanden. Auch hier kann die Anzahl der Kinder und die Anzahl der Eltern schwanken.

Diese Konstellationen lassen ahnen, wie schwierig es sein kann, Vorstellungen von Erziehung zwischen den Partnern abzuklären, die Kinder nach einer einheitlichen Linie zu erziehen oder als Alleinerziehende allen Anforderungen gerecht zu werden.

Eine zweite enorme Schwierigkeit für die Erziehung sind diverse Problemlagen eines oder beider Elternteile. Jahrelange Arbeitslosig-

keit, Alkoholmissbrauch, Trennung von der/dem Partner/in, finanzielle Notlage, fortschreitende Isolierung aus dem sozialen Umfeld, Antriebsschwäche, psychische und physische Krankheit, Leben in strukturell abgekoppelten Gebieten, mangelnde Bildung usw. sind keine begünstigenden Faktoren für die Erziehung von Kindern.

Warum Eltern im Kontext von Rechtsextremismus eine Beratung suchen

Manchmal bekommen wir Anrufe von Eltern und manchmal sprechen uns Eltern nach einer Veranstaltung an, weil sie mehr über die Gefährdung ihrer Kinder durch den Rechtsextremismus wissen möchten. Eher selten werden wir zur Zeit noch mit einer ganz konkreten Beratungsanfrage von Eltern zum Umgang mit ihrem rechtsextrem orientierten Kind angefragt. Unsere Erfahrungen decken sich dabei mit denen von BeraterInnen aus anderen Bundesländern, die ebenfalls berichten, dass sich betroffene Eltern wegen Schuld-, Scham- oder Versagensgefühlen eher nicht direkt melden. Eine Mutter sagte dazu in einem Beratungsgespräch: „Wissen Sie, wie beschissen ich mich fühle, wenn mein Sohn wieder jemanden mit verprügelt hat oder wieder die Polizei im Hausflur steht und zu uns will? Wie schwierig es als Mutter ist, darüber zu reden?“

Wenn Eltern von sich aus Beratung suchen, sind dies nach unseren Erfahrungen zumeist Eltern mit einem höheren Bildungsgrad. Diese Eltern suchen einen Ort, eine Institution, eine Person, wo sie Unterstützung für ihre Fragen und auch Antworten finden.

Wenn Eltern eine Beratung aus eigenem Antrieb suchen, ist der Leidensdruck in der Familie meistens schon sehr hoch, und es besteht ein starkes Interesse, an der Situation etwas zu verändern. Eltern haben bis zu diesem Schritt alle Stufen durchlebt von der Wahrnehmung der ersten Anzeichen über die Abschwächung der Gefahr bis zur Verleugnung und erneuten Wahrnehmung der rechtsextremen Orientierung ihres Kindes.

Eine Empfehlung zur Beratung kann auch von außen an die Eltern herangetragen werden, wenn das Kind in Schule, Jugendeinrichtung, bei Nachbarn oder der Polizei auffällig geworden ist. Manche Eltern können dies als Bestätigung für ihre Wahrnehmung sehen; andere werten es als unerwünschte Einmischung in innerfamiliäre Angelegenheiten.

Andere Eltern nehmen gerade erst dann Beratung in Anspruch, wenn sie von außen dazu aufgefordert werden, weil sie die Verantwortung für diesen Schritt innerhalb der Familie auf die Außenperson übertragen können. Das kann für diejenigen, die Unterstützung suchen, innerhalb der Familie entlastend sein: „Ich wäre da nie hingegangen, aber ich musste ja!“.

Manchmal suchen Eltern eine Unterstützung auch eher im direkten Kontakt in ihrem sozialen Umfeld wie Sportverein, Feuerwehr, Kita, Schule, Kirche oder Nachbarschaft. Dort sprechen sie über die Schwierigkeiten, die sie mit ihrem Kind haben und erhoffen sich dort Beistand und gute Ratschläge.

Spätestens dann, wenn das Kind strafrechtlich auffällig geworden ist, steigt für viele Eltern der Handlungsdruck allerdings enorm!

Erfahrungsgemäß suchen eher Mütter als Väter Beratung. Das Verhalten des Kindes wird von Müttern und Vätern vor allem dann unterschiedlich bewertet, wenn es um jugendliche Inszenierungen von Gewalt geht, die Suche nach Action oder einer extremen Selbsterfahrung. In dieser Hinsicht nehmen Mütter ihren Söhnen gegenüber häufig eine andere Position ein als Väter.

„Mütter suchen zwar leichter Hilfe und kommen meist auch leichter an ihre Kinder heran. Aber Väter sind oft wichtiger, gerade für Jungen, wenn man etwas bewegen/verändern will.“ [1]

Väter sind gerade für Söhne meist die zentrale Person auf der Suche nach Orientierung, Identität und Selbstwertgefühl. Väter wollen, nach unserer Erfahrung, mit rechtsextrem orientierten Söhnen jedoch oft nichts mehr zu tun haben. Mütter sehen sich dagegen meist in der Rolle der Vermittlerin zwischen allen Familienmitgliedern. Mütter suchen Informationen, den Austausch über ihre Wahrnehmungen und Wege der Bearbeitung dann auch ohne den Partner.

Wenn Eltern eine Beratung wegen einer möglichen rechtsextremen Orientierung ihres Kindes suchen heißt das, dass sie bei ihrem Kind Auffälligkeiten durch seine Äußerungen und/oder sein Verhalten wahrgenommen haben. Die Bandbreite ist dabei sehr weit und reicht von Hakenkreuzschmierereien im Schulheft über Nachplappern von Parolen wie „Ausländer raus“, Begeisterung für Musik mit rechtsextremen Inhalten, Zugehörigkeit zu einer rechtsextrem orientierten Clique,

[1] These von Professor Krafeld anlässlich der Fortbildung „Rechte Jungs, rechte Mädchen, ratlose Eltern“ im Lidice-Haus in Bremen im November 2004.

Verteilen von Flugblättern mit eindeutigen Inhalten, Tragen von szenetypischer Kleidung bis zur offenen Demonstration der Gesinnung bei Veröffentlichungen und Aufmärschen.

Genauso groß wie die Bandbreite der Auffälligkeiten ist der Bedarf der Eltern. Er reicht von dem Wunsch nach Informationen, was als rechtsextrem eingestuft werden kann oder muss, über die Frage nach Tipps für das eigene Verhalten dem Kind gegenüber, die Beratung während eines Ausstiegsprozesses oder Unterstützung bei einer externen Unterbringung des Kindes bis zur therapeutischen Begleitung für sich selbst.

Manche Familien leben in Orten, in denen rechtsextreme Jugendcliquen den Ton angeben, und Eltern die Gefährdung für ihr Kind im öffentlichen Raum sehen. Wer sich nicht anpasst wird als „Feind" betrachtet und ausgegrenzt, unterdrückt, gemobbt, bedroht, bekämpft. Eltern brauchen hier die Unterstützung aus dem gesamten Gemeinwesen. Es müssen in dem Ort überhaupt erst wieder plurale Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, um ihnen Optionen für ein Anderssein zu geben. Erst dann kann in einem Einzelfall i.d.R. etwas bewegt werden.

Eltern wollen, dass ihr Kind sein Verhalten abstellt. Manche Eltern glauben, dass nur jemand mit dem Kind arbeiten, mit ihm „mal ordentlich sprechen" muss, damit das Kind wieder auf den „richtigen Weg" kommt. Es ist wichtig, dass auch das Kind eine Unterstützung bekommt. Trotzdem ist die Beratung mit den Eltern notwendig, weil sie mit dem Blick auf das Kind Veränderungen initiieren, aushandeln, unterstützen und langfristig begleiten müssen.

Manchen Eltern geht es in erster Linie darum, ihr Kind dem Machteinfluss der Rechtsextremen zu entreißen. Sie glauben, dass das Problem dadurch gelöst werden kann, dass das Kind keinen Kontakt mehr zu einer rechtsextremen Person/Gruppe hat. Sie wollen bestimmen, welchen Kontakt das Kind hat, sprechen Verbote aus, setzen allein repressive Maßnahmen ein. Das Kind wird dabei zum Objekt ihrer Rettungsbestrebungen gemacht, um es wieder unter den elterlichen Machteinfluss zu stellen. Das bedeutet innerhalb der Eltern-Kind-Beziehung, dass Eltern ihr Kind nicht als eigenes Wesen, als Subjekt wahrnehmen und sich nicht für sein Tun, seine Vorstellungen und Träume interessieren. Dies ist aber die wesentliche Voraussetzung, um Kindern ehrlich zu signalisieren: du bist mir/uns als Mensch, als unser Kind absolut wichtig. Wir wollen uns mit dir auseinandersetzen, wollen wissen, warum du denkst, was du denkst, tust, was du tust und fühlst, was du fühlst. „Eltern sind immer Teil des Problems. Daher

erweisen sich alle Elternaktivitäten als kaum erfolgversprechend, die sich nur auf deren Kinder richten.“ [2]

Eltern wollen die Frage „Wer ist schuld?“ beantwortet haben, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Sie neigen aber dazu, diese Frage ohne eine Selbstreflexion zu beantworten. Es fällt ihnen schwer, sich mit dem eigenen Verhalten auseinandersetzen, gerade auf der Suche nach Faktoren, die eine rechtsextreme Orientierung des Kindes begünstigt haben könnten. Diese Faktoren sind immer vielschichtig, es gibt nie nur einen Grund. Deshalb kann das Verhalten der Eltern nicht ausgeklammert werden. Es kann aber auch nicht darum gehen, „... darüber zu entscheiden, ob das Verhalten der Eltern richtig oder falsch ist, sondern darum, aufgrund der Einschätzungen, Erfahrungen und der Bereitschaft der Eltern einen gelingenden Weg aus der Krise zu finden. ... zurückliegendes Verhalten der Eltern als falsch zu bewerten, führt eher dazu, dass Eltern noch unsicherer werden ...“[3] Elternberatung muss sich hier allerdings von einer Aufarbeitung der biografischen Vergangenheiten der Eltern abgrenzen, denn Thema der Elternberatung ist der Umgang der Eltern mit ihrem rechtsextrem orientierten Kind.

Manchmal ist der neue Partner der Mutter ein Grund für den Sohn, sich den Rechtsextremen zuzuwenden, auch hier ist dies nicht der alleinige Grund. Manchmal kommt mit dem neuen Partner eine rechtsextreme Orientierung in die Familie, die das Bedürfnis nach Anerkennung, Wertschätzung, Erlebnishunger und Zugehörigkeit zu einer Gruppe befriedigt. Hier haben Rechtsextreme besonders gute Möglichkeiten, Kinder an sich und damit an die rechtsextreme Ideologie zu binden.

Manchmal übernehmen Mütter die rechtsextreme Einstellung ihres Sohnes, um ihn nicht ganz an die Rechtsextremen zu verlieren und zumindest darüber noch eine Nähe zu ihrem Kind zu haben.

In „vaterlosen“ Familien kann die männliche Identitätssuche gerade für Jungen ein Problem sein. Rechtsextreme besetzen gerne auch diese Lücke.

Dies alles können Gründe für einen Beratungswunsch sein, mit dem Eltern auf hoffentlich kompetente BeraterInnen treffen.

[2] These von Professor Krafeld anlässlich der Fortbildung „Rechte Jungs, rechte Mädchen, ratlose Eltern“ im Lidice-Haus in Bremen im November 2004.

[3] Aus: Cornelius Peltz: „Handlungsfähig bleiben – handlungsfähig werden“, Bd. 1: Eltern-Handreichung, 2006.

Rahmenbedingungen von Beratungsarbeit

Es gibt im Land Brandenburg diverse Erziehungsberatungsstellen in verschiedener Trägerschaft und mit unterschiedlicher Finanzierung. Die Absicherung der Beratungsstellen, der Arbeitsplätze für die BeraterInnen und damit die Kontinuität und Nachhaltigkeit der Beratung kann im Land Brandenburg nicht durchgängig als positiv beschrieben werden. In einigen Landkreisen wird Erziehungsberatung in Abständen neu ausgeschrieben und vergeben. Begründet wird dies als Instrument der Qualitätskontrolle, um damit Druck auf die Einrichtungen auszuüben, fachlich immer auf dem neusten Stand zu sein. Vor dem Hintergrund schwindender finanzieller Mittel geht es auch um möglichst kostengünstige Vergabe. Wie sich das langfristig auf die Entwicklung einer bedarfsgerechten Erziehungsberatung gerade für den Bereich Rechtsextremismus auswirkt, bleibt abzuwarten.

Je nach Träger kann der inhaltliche Schwerpunkt einer Erziehungsberatungsstelle variieren. Es gab im Land Brandenburg bis Ende 2006 nur sehr wenige Beratungsstellen, die die Beschäftigung mit Rechtsextremismus als einen Beratungsinhalt angaben. BeraterInnen gaben auf unsere Nachfragen eher klassische Beratungsinhalte an. Einige BeraterInnen lehnen Rechtsextremismus als unzulässiges, weil politisches, Themenfeld für ihre Arbeit ab. Andere begreifen eine rechtsextreme Orientierung als ein individuelles und damit eingegrenztes Problem, das mit einer/einem Klienten bearbeitet und gelöst werden kann und weniger als gesellschaftliche Herausforderung, die als Prozess innerhalb des Gemeinwesens bearbeitet werden muss.

Die Beschäftigung mit „Rechtextremismus“ ist bisher kein fester Bestandteil der sozialpädagogischen oder psychologischen Ausbildung. Immer mehr Studierende eignen sich allerdings Wissen zum Umgang mit Rechtsextremismus an.

Voraussetzungen für die Beratung von Eltern rechtsextrem orientierter Kinder

Grundwissen zu und Erfahrung in Beratung sind die unabdingbare Basis für diese spezielle Elternberatung.

Darüber hinaus sind Basiswissen über jugendtypische Gesellungsformen und Grundwissen zum Rechtsextremismus (Einstiegsmotivationen, rechtsextremer Life style, Strategien und Ziele der Rechtsextremen) Voraussetzungen für diese Beratungsarbeit. Dieses Wissen ist

notwendig, um Eltern Informationen geben zu können, mit ihnen für sie angemessene Wege zur Bearbeitung zu finden und für die Handlungssicherheit des/der BeraterIn.

Rechtsextremismus hat eine gesellschaftliche Dimension, ist individuell und gruppenbezogen und ein direkter Angriff auf die Demokratie, in der wir leben. Rechtsextremisten vertreten eine autoritätshörige und menschenverachtende Ideologie. Dies kann nicht allein als „persönliches Problem" bearbeitet werden. Daher ist Rechtsextremismus ein spezifisches Thema, für das Beratungskonzepte wie z. B. für Sucht nicht greifen. Sucht kann zwar ebenfalls als gesellschaftliches Problem gesehen werden, die Dimension der oben beschriebenen Ideologie und Zielsetzung fehlt allerdings.

Wenn Eltern und das Kind beraten werden, muss dies durch verschiedene BeraterInnen gewährleistet sein. Die Praxis zeigt, dass ansonsten der/die BeraterIn in Loyalitätskonflikte kommt. Das äußert sich darin, dass Eltern oder Kind dem/der BeraterIn nicht mehr vertrauen, weil nicht klar ist, auf welcher Seite der/die BeraterIn im Konfliktfall steht und wem mehr geglaubt wird. Eltern und Kind brauchen für gemeinsame Gespräche manchmal eine Übersetzung für das, was sie einander mitteilen wollen. BeraterInnen berichten, dass sie sich in der Doppelfunktion unwohl fühlen, weil sie glauben, keiner Seite wirklich gerecht werden zu können.

Die besondere Anforderung an BeraterInnen

Die besondere Herausforderung für BeraterInnen liegt in der oben beschriebenen gesellschaftlichen Dimension des Rechtsextremismus. Der/die BeraterIn muss verstehen, dass Rechtsextremisten unsere demokratische Gesellschaftsform abschaffen und eine Gesellschaft errichten wollen, in der sich das Individuum dem Volk unterzuordnen hat und die heute geltenden Werte von gleicher Menschenwürde außer Kraft gesetzt sind.

BeraterInnen müssen ihr Verständnis von Demokratie klären. Das bedeutet Auseinandersetzung und Erarbeitung einer inneren Haltung. Es bedeutet, dass der Arbeitgeber diese Auseinandersetzung unterstützen muss, damit alle Beschäftigten die Diskussion führen können, um eine für den Träger möglichst einheitliche Position zu erarbeiten. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit eventuellen Einstellungen der KollegInnen zu rechtsextremen Positionen.

Geklärt werden sollte auch, wann und wie BeraterInnen/FamilienhelferInnen/MitarbeiterInnen des Jugendamtes entscheiden, dass eine Familie eine Beratung wegen rechtsextremer Orientierungen benötigt.

Das können/sollten Inhalte der Beratung sein

Manche Eltern wollen lediglich Informationen zu rechtsextremem Lifestyle, Strategien der Rechtsextremen und regionalen rechtsextremen Gruppierungen. Sie brauchen eine Bestätigung, dass das, was sie an ihrem Kind z. B. an veränderter Kleidung wahrnehmen, zu dem Outfit einer rechtsextrem orientierten Gruppe gehört. Sie wollen mit ihrem Kind einen Austausch darüber, wollen wissen und verstehen, ob und warum es diese Kleidung trägt, zu Konzerten oder Aufmärschen fährt. Sie wollen Wissen über örtliche Vorkommnisse, z. B. Flugblätter mit einschlägigen Inhalten, Treffpunkte, Führungspersonen. Viele Eltern haben oder finden dann einen für sie angemessenen Umgang mit dem Kind bzw. haben Unterstützung im sozialen Umfeld, ohne dass es einer längeren Beratung bedarf.

Ist ein Kind wegen rechtsextremen Verhaltens straffällig geworden, brauchen Eltern zunächst eine direkte Rechtsberatung, zumindest eine Aufklärung zum juristischen Verfahren, unabhängig davon, ob das Kind als TäterIn, Opfer oder ZeugIn auftreten muss.

Die Bewertung der rechtsextremen Handlung des Kindes ist bei Eltern sehr unterschiedlich. Das Zeigen von rechtsextremen Symbolen, verbale Äußerungen und der Musikgeschmack werden eher als dummer Streich, Tat aus Langeweile ohne Wissen über den Inhalt, etwas für das Alter Normales angesehen und/oder als übertriebene Bewertung von Dritten eingestuft. Manche Eltern teilen rechtsextreme Einstellungen des Kindes an einigen Punkten oder im Ganzen, stören sich aber an der Gewalttätigkeit und/oder Straffälligkeit ihres Kindes, manchmal allerdings nur deshalb, weil es sich hat erwischen lassen. Bei den Brandanschlägen auf Imbissbetriebe im Havelland z. B. wussten Eltern (und andere Erwachsene) teilweise von den Vorhaben ihrer Kinder, schritten jedoch nicht ein. Kinder setzen, vor allem als Jugendliche, oft das in die Tat um, was sie bei den Eltern in Gesprächen, z. B. am Abendbrottisch oder auf Familienfeiern gehört, bzw. glauben verstanden zu haben.

„Die allermeisten Eltern rechtsextremistischer Jugendlicher weisen selbst sehr hohe Affinitäten zu Autoritarismus, zu Ideologien der Ungleichwertigkeit und zum Rechtsextremismus auf, die allerdings

von ihren Kindern in eigener – oft jugendtypisch ausgeprägter – Weise ausgeformt, also geäußert, entfaltet, gestaltet und in Szene gesetzt werden.“ [4]

Eltern haben im Umgang mit dem Kind meistens schon viel probiert, wie z. B. Verbote, vermehrte Zuwendung, Diskussionen. Diese Wege können beschrieben und auf ihr Resultat hin überprüft werden. Andere/neue Wege können gemeinsam erarbeitet, erprobt und in ihrer Wirkung wieder überprüft werden.

Eltern sind in ihrer Erziehung meistens aus unterschiedlichen Gründen nicht konsequent. Hier kann Beratung dabei unterstützen, dass Eltern ein ihnen entsprechendes Verhalten finden, damit sie das, was sie sagen, auch in der Konsequenz durchhalten können. Es nützt niemandem, wenn Eltern z. B. ein Verbot aussprechen, das bei einer Nichtbeachtung keine Folgen hat oder ihrem Kind etwas versprechen, was sie nicht einhalten können oder wollen. BeraterInnen können in diesem Zusammenhang mit den Eltern auch mögliche Eskalationen besprechen, die durch konsequentes Verhalten entstehen können, wenn Eltern z. B. CDs mit verbotenen Inhalten einziehen oder den Freunden des Kindes Hausverbot erteilen.

Manchmal versuchen Eltern aus lauter Verzweiflung einen Weg zu gehen, der nicht zu ihnen passt und den sie deshalb nicht durchhalten können. BeraterInnen können Eltern dabei unterstützen, den jeweils individuellen und authentischen Weg für sich zu finden.

Manchmal haben Eltern einfach die Nase voll von ständigen Diskussionen, dem Alkoholkonsum des Kindes und seiner Kameraden, den menschenverachtenden Sprüchen, mit denen sie konfrontiert sind, der ständigen Auseinandersetzung mit der Polizei oder der drohenden Eskalation von Gewalt. Sie wissen nicht, wie sie mit einem betrunkenen gewaltbereiten Sohn umgehen sollen, der nachts nach Hause kommt und rumbrüllt. Sie fürchten die nächste Auseinandersetzung, wenn sie die Freunde des Kindes wegen Ruhestörung vor die Tür setzen wollen. „Da stehen fünf von diesen besoffenen rechtsextremen Kerlen in meinem Flur, und ich will einfach nur noch, dass die verschwinden. Und die beschimpfen mich auch noch, ich kann gar nicht wiederholen, wie schlimm“, sagte eine Mutter. BeraterInnen können Raum geben, damit Eltern ihre Erfahrungen erzählen und auch über ihre Gefühle sprechen können. Eltern sagen uns, wie entlastend

[4] These von Professor Krafeld anlässlich der Fortbildung „Rechte Jungs, rechte Mädchen, ratlose Eltern“ im Lidice-Haus in Bremen im November 2004.

sie es gefunden haben, über den ganz normalen Alltag mit einem rechtsextrem motivierten Kind zu sprechen und die Möglichkeit zu haben, dass ihnen jemand zuhört, der keine Vorwürfe macht, nicht gleich Ratschläge erteilt oder vermeintlich einfache Lösungen parat hat. Eltern beschreiben dies als Entlastung und eine Art Stärkung, die ihnen, neben der ganz konkreten Beratung, Kraft für die nächste Situation gegeben hat. Beratung muss hier zunächst die Stärkung der Eltern im Blick haben, ihre Entlastung und die Anerkennung all dessen, was sie bisher geleistet haben.

Manche Eltern, insbesondere Mütter, werden von ihrem Kind bedroht, beschimpft, geschlagen, beraubt und sehen für sich kaum noch Handlungsmöglichkeiten. Beratung kann in derartigen Fällen auch die Trennung von dem Kind thematisieren.

Manchmal beherrscht rechtsextrem geprägter Lifestyle den jugendkulturellen Alltag im Wohnort, so dass es für die Kinder/Jugendlichen nur geringe Möglichkeiten gibt, sich anders zu orientieren. Hier kann Beratung Eltern dabei unterstützen, dies im Ort zum Thema zu machen und MitstreiterInnen zu finden, die sich zivilgesellschaftlich engagieren und so den lokalen Rechtsextremismus zurückdrängen wollen.

Eltern müssen ermutigt werden, ihr Kind als eigenständige Person wahr- und ernstzunehmen, sich für sein Tun, seine Vorstellungen und Träume zu interessieren. Dies kann sich in der Beratung als schwieriges Thema erweisen, wenn Eltern ihr Kind als ihr Eigentum verstehen, das ihnen zu gehorchen hat. In der Beratung kann dazu gearbeitet werden, was Erziehung überhaupt für die Eltern heißt, nach welchen Vorstellungen sie erziehen wollen, welche Werte ihnen wichtig sind, die sie bei ihren Kindern wiederfinden möchten, an welchen Punkten sie Unterstützung brauchen und wo sie diese finden können.

Wenn es darum geht, das Kind aus einer rechtsextremen Orientierung und Gruppe herauszulösen, muss mit Eltern darüber gesprochen werden, dass ein Ausstieg daraus für das Kind nur ein Umstieg auf einen neuen mindestens ebenso attraktiven Weg wie der der Rechtsextremen sein kann. Was findet das Kind auf diesem neuen Weg, wer begleitet es? Beratung kann dabei unterstützen, z. B. Personen aus dem sozialen Umfeldes des Kindes zu finden, die eher geeignet sind, einen Ablösungsprozess des Kindes aus rechtsextremen Zusammenhängen zu befördern.

Manchmal ist das Verhältnis zwischen Eltern und Kind seit längerem gestört. Jede/r geht inzwischen seiner Wege; gerade bei älteren Kindern will jede/r im Grunde nur noch in Ruhe gelassen werden. Man spricht miteinander nur noch das Notwendigste, um den All-

tagsablauf zu managen. Das Kind versteht die Welt der Eltern nicht; die Eltern haben und finden keinen Zugang zur Welt, den Gedanken, Gefühlen, Problemen und Fragen des Kindes mehr. Geht ein Kind in die rechtsextreme Orientierung, erhöht sich diese Störung und es verstärkt sich das jeweilige Verhalten.

Es „finden sich bestimmte Muster des biografisch gewachsenen Umgangs von Eltern mit ihren Kindern praktisch durchgängig bei allen (Aussteigern), nämlich die Tatsache, dass die Kinder sich im Rückblick massiv vernachlässigt fühlen, dass sie selbst minimales Interesse an ihnen vermisst haben, und erst recht jedes Ernst-Genommen-Werden und Gemocht-Werden. Erlebnisse der Wertschätzung und Anerkennung, der Achtung ihrer Würde und des respektvollen Umgangs mit ihnen finden sich in ihren biografischen Erinnerungen erschreckend wenig oder gar nicht.“ [5]

In der Beratung müssen Bedingungen und Wege einer anderen Kommunikation miteinander erarbeitet werden, um die Sprach- und Interesselosigkeit aufheben zu können.

Der bisherige Umgang der Eltern mit dem Kind hat zu der aktuellen Problemlage beigetragen. Es gibt inzwischen viele Schichten des Problems, wobei eine Schicht als rechtsextremes Verhalten des Kindes sichtbar wird. Es gibt Familien, in denen hierarchischer und undemokratischer Umgang miteinander normaler Alltag ist; es wird nicht miteinander diskutiert, es wird angeordnet. Es gibt Kinder, die ihre Eltern wegen ihres gesellschaftlichen und/oder christlichen Engagements verachten oder ihre Eltern nur noch als finanzielle Versorgungsstation benutzen. Es gibt Familien, die „Ausländer“ per se ablehnen, in denen verbale und körperliche Gewalt Alltag ist, in denen Suchtprobleme der Eltern, schwere Krankheiten, psychische Auffälligkeiten dazugehören, ein sozialer Abstieg die Motivation etwas zu tun ausgeschaltet hat oder Großeltern die Enkel in ihrer rechtsextremen Einstellung bestärken. Dieses Verhalten nährt und potenziert sich durch eine rechtsextreme Anbindung der Kinder. Eltern wissen nicht, wo sie bei dieser komplexen Problemlage überhaupt ansetzen sollen. Beratung kann helfen, diese Vielschichtigkeit zunächst zu ordnen und die rechtsextreme Orientierung des Kindes möglicherweise als ein Symptom zu begreifen. Erst dann kann es um die Einstellungs- und Verhaltensänderung auf verschiedenen Ebenen der gesamten Familie gehen. Das ist in einer Einmalberatung und mit nur einer/einem BeraterIn nicht zu lösen.

[5] These von Professor Krafeld anlässlich der Fortbildung „Rechte Jungs, rechte Mädchen, ratlose Eltern“ im Lidice-Haus in Bremen im November 2004.

Eltern können sich als Selbsthilfegruppe organisieren und dort mit ihren Erfahrungen für andere Eltern hilfreich sein. Dies ist allerdings bis jetzt zum Thema Rechtsextremismus im Land Brandenburg eine sehr seltene Option. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit in einer Elterngruppe muss der Erfahrungsaustausch über und die Ermutigung zur offensiven Beziehungsarbeit mit dem Kind stehen. Kontraproduktiv ist eine Bestärkung von elterlichen Schuldgefühlen, die Wahrnehmung nur „einer Wahrheit" und ein Verharren in der Sicht, dass „die Politik" die Verantwortung für die rechtsextreme Orientierung von Menschen, also auch des eigenen Kindes trägt. Elterngruppen sollten aus unserer Sicht deshalb zunächst durch BeraterInnen angeleitet werden.

Neues Beratungsfeld

Ein neues Feld der Elternberatung sind für uns Anfragen von Eltern, deren Kinder in der Kita, der Schule, im Sportverein usw. mit Kindern von rechtsextrem orientierten Eltern in Kontakt sind bzw. wo sich Freundschaften unter den Kindern entwickelt haben. Die rechtsextrem orientierten Eltern sind z.T. bekannte Führungspersonen der NPD.

Die unsere Beratung suchenden Eltern stellen Fragen nach Umgangsformen für die Kinder untereinander aber auch für sich selbst im Umgang mit den rechtsextremen Eltern. Sie sind verunsichert, wem sie ihr Kind anvertrauen können, ohne dass es von rechtsextremer Ideologie beeinflusst wird. Sie suchen nach Möglichkeiten eines demokratischen Gegengewichtes für das Kind der Rechtsextremen. Sie setzen sich stärker damit auseinander, was für sie ein Leben in einer demokratischen Gemeinschaft bedeutet. BeraterInnen können hier informieren und die Diskussion begleiten.

Schwierigkeiten in der Beratung

Neben den für alle Beratungen geltenden möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten kann es in der Beratung von Eltern, deren Kinder rechtsextrem orientiert sind, besondere Schwierigkeiten geben:

- Der/die BeraterIn kann sich im Verlauf der Beratung mit rechtsextremen Einstellungen der Eltern oder eines Elternteils konfrontiert sehen.
- Der/die BeraterIn entdeckt bei sich selbst eine Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Positionen.

– Der/die BeraterIn versucht, über die Elternberatung Einfluss auf die Jugendszene als vermeintlich „gesellschaftlichen Auftrag“ zu bekommen und deren Distanzierung von der rechtsextremen Szene anzugehen; dabei geht der Blick für die Beratung der Eltern verloren.
– Der/die BeraterIn wird vom Arbeitgeber als ExpertIn für alles, was mit Rechtsextremismus zu tun hat, gesehen und bekommt dies deutlich in der Aufgabenverteilung aber u.U. auch in den innerbetrieblichen Gesprächen zu spüren.
– Der/die BeraterIn fühlt sich nur noch umgeben von rechtsextrem Orientierten.

Hier ist die Diskussion mit KollegInnen wünschenswert und hilfreich. Darüber hinaus gibt es inzwischen im Land Brandenburg eine Gruppe von BeraterInnen, die sich intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus in all seinen Facetten beschäftigt hat, die angesprochen werden können.

Ausblick

Ein Jugendgerichtshelfer betreut einen Angeklagten, der zum wiederholten Mal wegen rechtsextremer Straftaten vor Gericht steht. Auf die Frage des Richters, ob die rechtsextreme Orientierung des Angeklagten ein Thema in den Beratungen gewesen sei, verneint dies der Jugendgerichtshelfer mit dem Hinweis, dass die Jugendgerichtshilfe dafür nicht zuständig sei.

Eine Beraterin in der ambulanten Jugendhilfe berichtet, dass in der von ihr betreuten Familie eins der jugendlichen Kinder rechtsextreme Musik hört und die Eltern ganz offen rechtsextreme Einstellungen äußern. Sie fühlt sich im Umgang damit überfordert und sagt, dass sie die Tür zum Zimmer des Jugendlichen zumache, um nicht genau zu hören, was er hört und bei den Eltern auf unverfänglichere Themen lenkt, denn: „Ich kann doch nicht politisch werden!“.

Eine Mutter, deren fast volljähriger Sohn rechtsextrem orientiert ist, erzählt, dass die Mitarbeiter der Polizei ihr geraten haben, weit wegzuziehen, damit ihr Sohn den Kontakt zu den Kameraden verliert und seine Orientierung dadurch eventuell aufgibt.

Einige Eltern äußern auf einer Informationsveranstaltung in einer „Schule ohne Rassismus“, dass sie kein Problem mit den Rechtsextremen haben, denn es seien ja tatsächlich zu viele ausländische Kinder

an der Schule, die sich nicht an deutsche Gepflogenheiten anpassen. Auf Nachfrage in einigen Jugendämtern ist eine drohende rechtsextreme Orientierung eines Kindes keine Gefährdung des Kindeswohls und damit kein Grund für eine Maßnahme.

Diese Beispiele aus unserer Praxis sollen deutlich machen, dass die Beratungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus auf vielen Ebenen angeboten und vor allem in Anspruch genommen werden sollte. Eltern sind hier ein wichtiges Glied in der Kette. Sie erleben ihr Kind jeden Tag, sie wollen, dass es ihrem Kind gut geht, sie wollen ihr Kind nicht vor Gericht stehen sehen, sie wollen ihr Kind vor Gefahren schützen und sie wollen, dass ihr Kind und sie selbst mit Würde behandelt werden. Beratung von Eltern muss dies bei den BeraterInnen als Grundannahme mitbringen. Eltern von rechtsextrem orientierten Kindern tragen nicht allein die Verantwortung dafür, dass ihr Kind rechtsextrem orientiert ist – außer sie vertreten selbst die rechtsextreme Ideologie. Eltern suchen Hilfe – und finden sie zu diesem Thema in ihrer Region oft nicht.

Das Land Brandenburg mit geringer Bevölkerungsdichte in seinem großen ländlichen Raum hat die Chance, für diesen Raum neue Beratungskonzepte, gerade zum Thema Rechtsextremismus und Elternberatung zu entwickeln und zu erproben. In meiner Arbeit im Mobilen Beratungsteam frage ich mich, wie Eltern im ländlichen Raum überhaupt erreicht werden können? Fachleute aus der Praxis der Erziehungsberatung beschreiben eine zunehmende Orientierung der Menschen in Richtung radikaler Positionen, gerade im ländlichen Raum, bei mangelnder Infrastruktur, hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Bildung und objektiver und subjektiver Bewertung eines sozial schwachen Status. Greifen hier die gängigen Beratungskonzepte, die eher auf eine Komm- als auf eine Geh-Struktur ausgerichtet sind? Muss Einzelberatung von Familien in neue Konzepte einer Sozialberatung, eingebettet in eine Gemeinwesenberatung eingegliedert werden? Wie können Beratungskonzepte für schwer erreichbare bzw. beratungsresistente Familien aussehen? Wie wird die konkrete Elternarbeit in den politischen Konzepten formuliert, wie erfolgt hier die Verzahnung mit der Praxis? Wie können BeraterInnen zur Thematik des Rechtsextremismus fortgebildet werden?

Es gibt einige zarte Ansätze im Land Brandenburg. Es gibt MitarbeiterInnen aus dem Verwaltungs- und Beratungsbereich, die sich fortbilden. Es gibt einige wenige MitarbeiterInnen in Erziehungsberatungsstellen, die das Thema der rechtsextremen Orientierung von Kindern mit bearbeiten können und wollen. Es gibt kleinste Ansätze

von begleiteter Beratungsarbeit mit Müttern in einer Kleingruppe. Es gibt Ansätze von Eltern, die sich als kleine Gruppe engagieren und miteinander auseinandersetzen. Es gibt Eltern, die uns anrufen und Informations- und/oder Beratungsbedarf haben, mit denen wir nach Wegen suchen, sie ein Stück begleiten und an kompetente Fachleute in ihrer Region weiterleiten. Und wir haben durch das Modellprojekt „Elternwege – Beratungswege“, das mit FachkollegInnen eine Elternselbsthilfekultur befördern und unterstützen will, Verstärkung für unsere Elternberatung bekommen.

demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Geschäftsstelle Potsdam
Benzstraße 11-12
14482 Potsdam
Tel.: 03 31 / 7 40 62 46
Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Leiter: Wolfram Hülsemann
Tel.: 01 73 / 6 46 88 63
Email: huelsemann@big-demos.de
Verwaltung: Angela Kühne
Tel.: 01 73 / 6 48 95 81
Email: geschaeftsstelle@big-demos.de
www.gemeinwesenberatung-demos.de

Team Elternwege – Beratungswege
Benzstraße 11-12
14482 Potsdam
Tel.: 03 31 / 7 40 62 46
Fax: 03 31 / 7 40 62 47
Email: elternwege@big-demos.de
Katarina Reichmann, Tel.: 01 62 / 4 56 05 86
Mario Feist, Tel.: 01 62 / 6 27 42 69

Wissenschaftliche Beratung
Dr. Michael Kohlstruck
TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung
Tel.: 0 30 / 3 14-25838, Fax: 0 30 / 3 14-21136
Email: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Regionalbüros der Mobilen Beratungsteams (MBT)

Regionalbüro *Potsdam*
Stephansonstr. 23
14482 Potsdam
Landkreis Potsdam-Mittelmark, Havelland, kreisfreie Städte Brandenburg und Potsdam
Tel.: 03 31 / 5 05 88 83
Fax: 03 31 / 5 05 88 84
Email: mbt-potsdam@big-demos.de
Frauke Postel, Tel.: 0173 / 9772915
Thomas Weidlich, Tel.: 0172 / 9234995

Regionalbüro *Frankfurt (Oder)*
Große Oderstraße 26/27 Post: PF 1344
15230 Frankfurt (Oder) 15203 Frankfurt (Oder)
Landkreis Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)
Tel.: 03 35 / 5 00 96 64
Fax: 03 35 / 5 00 96 65
Email: mbt-ff@big-demos.de
Robin Kendon, Tel.: 01 77 / 4 11 61 30
Ray Kokoschko, Tel.: 01 72 / 3 26 22 33

Regionalbüro *Neuruppin*
Rudolf-Breitscheid-Straße 38
16816 Neuruppin
Landkreis Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel
Tel.: 0 33 91 / 35 91 89
Fax: 0 33 91 / 65 93 32
Email: mbt-neuruppin@big-demos.de
Gabriele Schlamann, Tel.: 01 73 / 6 32 69 19
Nicola Scuteri, Tel.: 01 70 / 5 43 50 63

Regionalbüro *Cottbus*
Friedensplatz 6
03058 Cottbus-Gallinchen
Landkreis Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse sowie die kreisfreie Stadt Cottbus
Tel.: 03 55 / 4 30 24 41
Fax: 03 55 / 4 99 37 50
Email: mbt-cottbus@big-demos.de
Dirk Wilking (stellv. Leitung), Tel.: 01 70 / 5 25 59 91
Miriam Schilling, Tel.: 01 71 / 5 35 66 46

Regionalbüro *Angermünde*
Berliner Straße 77
16278 Angermünde
Landkreis Barnim und Uckermark
Tel.: 0 33 31 / 29 99 80
Fax: 0 33 31 / 29 99 81
Email: mbt-angermuende@big-demos.de
Jürgen Lorenz, Tel.: 01 72 / 3 96 10 36
Karin Dörre, Tel.: 01 73 / 8 72 33 64

Regionalbüro *Trebbin*
Kirchplatz 4
14959 Trebbin
Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald
Tel.: 03 37 31 / 3 29 09
Fax: 03 37 31 / 3 29 08
Email: mbt-trebbin@big-demos.de
Andrea Nienhuisen, Tel.: 01 72 / 6 07 69 14
Jan Kasiske, Tel.: 01 72 / 6 07 69 13

Einblicke II stellt wie Einblicke I (2004) die vielfältigen Erfahrungen des Mobilen Beratungsteams Tolerantes Brandenburg (MBT) dar.
Die Beschreibung und Reflexion der eigenen Praxis, der Unterstützung zivilgesellschaftlich-demokratischer Kräfte im Gemeinwesen, verbindet sich mit der kritischen Beobachtung anti-demokratischer Kräfte.
Einblicke II enthält Berichte über gelungene Beratungsprozesse, bietet exemplarische Analysen, gibt Impulse und formuliert offene Fragen.

ISBN 978-3-00-021870-5

TOLERANTES BRANDENBURG